

**Auf Radiowellen und Datenautobahn
in eine bessere Zukunft?**
– Medienförderung innerhalb der
deutschen Entwicklungszusammenarbeit –

Hausarbeit
zur Erlangung des Magistergrades
der Philosophischen Fakultät
zu Münster, Westfalen

vorgelegt von
Christoph Teves
aus Oberhausen
2000

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abbildungsverzeichnis	I
Abkürzungsverzeichnis	II
Einleitung	1
1. Entwicklungskommunikation	7
1.1 Modernisierungsansätze	10
1.1.1 Daniel Lerner	11
1.1.2 Kritik an und Erweiterungen von Leners Modell	14
1.2 Das Diffusionsmodell	17
1.3 Dependencia-Ansätze	20
1.3.1 Kultur- und Kommunikationsimperialismus	21
1.3.2 Kritik an den Dependencia-Ansätzen	21
1.4 Partizipationskommunikation	22
1.5 Die weitere Entwicklung in Wissenschaft und Politik	25
1.5.1 Paradigmenwechsel Mitte der siebziger Jahre	25
1.5.2 Die Diskussion um eine Neue Weltinformationsordnung (NWIO)	27
1.5.2.1 Die gegensätzlichen Positionen	27
1.5.2.2 Die NWIO-Debatte zwischen Kompromiß und Scheitern	29
1.5.3 Entwicklungsjournalismus	33
1.6. Vernetzung: Neue Medien – alte Strategien?	35
1.6.1 ICT als Entwicklungsfaktor – die optimistische Position	38
1.6.2 Anwendungshindernisse und Kritik der ICT-Politik – die pessimistische Position	41
1.7 Fazit	45
2. Die deutsche Medienförderung	47
2.1 Staatlich-halbstaatliche Medienförderung	49
2.1.1 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	50
2.1.2 Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	53
2.1.3 Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)	56
2.1.4 Multilaterale Medienförderung – UNESCO	58

2.2 Medienförderung durch Weiterbildung	60
2.2.1 Carl Duisberg Gesellschaft e.V. (CDG)	60
2.2.2 Internationales Institut für Journalismus (IIJ)	62
2.2.3 Die Fortbildungszentren der Deutschen Welle	65
2.2.3.1 Hörfunk	65
2.2.3.2 Fernsehen	67
2.3 Medienförderung der politischen Stiftungen	70
2.3.1 Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	72
2.3.2 Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	78
2.3.3 Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS)	84
2.3.4 Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)	88
2.3.5 Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)	89
2.3.6 Bundesstiftung Rosa Luxemburg (BRL)	93
2.4 Medienförderung der Kirchen	94
2.4.1 Die Evangelische Kirche	94
2.4.1.1 Evangelisches Missionswerk (EMW)	95
2.4.1.2 World Association for Christian Communication (WACC)	96
2.4.2 Die Katholische Kirche	98
2.4.2.1 Catholic Media Council (CAMECO)	99
2.4.2.2 Misereor	100
2.4.2.3 Adveniat	101
2.5 Fazit	103
3. Medienförderung – ein EZ-Bereich vor dem Aus?	103
3.1 Förderschwerpunkte	104
3.1.1 Staatlich-halbstaatliche Medienförderung – Fortbildung	104
3.1.2 Die politischen Stiftungen – Beratung, Fortbildung, Partizipation	108
3.1.3 Die Kirchen – Kleinprojekte	109
3.2 Bedeutungsverlust – nicht nur ein finanzielles Problem	111
3.2.1 Bund – bewußter Rückzug oder Reaktion auf veränderte EZ-Anforderungen?	112
3.2.2 Die politischen Stiftungen – knapp bei Kasse, neue alte Schwerpunkte	115
3.2.3 Das Problem der Vermittelbarkeit	116

3.3 Tendenzen	118
3.3.1 ICT – Wiedergeburtshelfer der Medienförderung?	118
3.3.2 Bedarf, Organisation, Finanzen	121
3.3.3 Lösungsansätze – Netzwerke für die Vernetzung?	124
3.3.4 Fazit	127
Literaturverzeichnis	129
Internet-Adressen	143

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abb. 1: Dimensionen der Medienförderung	5
Abb. 2: Ansätze der Entwicklungskommunikation	47
Abb. 3: Akteure deutscher Medienförderung	49
Abb. 4: Medienförderung durch die KfW (1964-1999)	55
Abb. 5: Jährliche Ausgaben des BMZ für IPDC-Treuhandprojekte	60
Abb. 6: Teilnehmer von IJ-Kursen 1998-2000	65
Abb. 7: Etat des BMZ	112
Abb. 8: Anteil des Einzelplans 23 am Bundesetat	112

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AG KED	Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BfdW	Brot für die Welt
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BRL	Bundesstiftung Rosa Luxemburg
CAMECO	Catholic Media Council
CDG	Carl Duisberg Gesellschaft
DAC	Development Assistance Committee
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DÜ	Dienste in Übersee
DW	Deutsche Welle
DWFZ	Deutsche Welle Fortbildungszentrum
EBU	European Broadcasting Union
EED	Evangelischer Entwicklungsdienst
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EL	Entwicklungsland/Entwicklungsländer
EMW	Evangelisches Missionswerk
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
EZE	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FNS	Friedrich-Naumann-Stiftung
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
ICT	Information and Communication Technologies
IICD	International Institute for Communication and Development
IJJ	Internationales Institut für Journalismus
IL	Industrieland/Industrieländer
IPDC	International Programme for the Development of Communication
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KED	Kirchlicher Entwicklungsdienst
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KZE	Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe
MDB	Media Information Unit
MOE	Mittel- und Osteuropa
MuK	Medien und Kommunikation (= ehemalige Abteilung der FES)
NGO	Non-governmental Organization
NWIO	Neue Weltinformationsordnung
NWWO	Neue Weltwirtschaftsordnung
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
PPP	Public-Private Partnership
PZ	Personelle Zusammenarbeit
TTC	Television Training Centre
TZ	Technische Zusammenarbeit
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
VE	Verpflichtungsermächtigung
WACC	World Association for Christian Communication

Einleitung

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder am 23.2.2000 in Hannover die diesjährige CeBIT eröffnete, betonte er, daß die künftige wirtschaftliche und politische Bedeutung Deutschlands in der Welt vor allem vom Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien abhinge. Nur wenn es gelinge, den deutschen Markt in diesem Bereich auszubauen und gleichzeitig der breiten Bevölkerung die sinnvolle und kompetente Anwendung der neuen Technologien zu vermitteln und zu ermöglichen, könne Deutschland im Informationszeitalter, im „Online-Jahrhundert“¹ eine führende Rolle einnehmen.

Doch die Informations- und Kommunikationstechnologien (u.a. Internet, Telekommunikation, engl.: Information and Communication Technologies - ICT) werden nicht nur hinsichtlich ihrer Bedeutung für die künftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft hervorgehoben. Auch auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik werden viele Erwartungen und Hoffnungen in diese neuen Medien gesetzt. Die optimistisch bis euphorisch vorgetragenen Zukunftsprognosen erwecken zuweilen den Eindruck, daß den sogenannten Entwicklungsländern (EL)² und den Entwicklungspolitikern der Industrieländer (IL) nun endlich ein Instrument zur Verfügung steht, um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in einem absehbaren Zeitraum entscheidend voran zu bringen und entwicklungspolitische Mißerfolge der letzten Dekaden vergessen zu machen. Den neuen Technologien wird das Potential zugeschrieben, Armut in

¹ Gerhard Schröder, zitiert nach BPA: Pressemitteilung vom 23.2.2000. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Eröffnungsfeier der CeBIT 2000 am Mittwoch, 23. Februar 2000, in Hannover.

² Der Begriff „Entwicklungsländer“ ist insofern problematisch, als es keine übereinstimmende Definition gibt. Da in dieser Arbeit ein Teilbereich der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) untersucht wird, für die das BMZ die Federführung hat, wird hier der Begriff dem Verständnis des BMZ entsprechend verwendet, welches sich wiederum an der Liste der Entwicklungs- und Übergangsländer des Entwicklungsausschuß der OECD (DAC) orientiert. Vgl. BMZ (Hrsg.): Journalistenhandbuch Entwicklungspolitik 1999, Bonn 1999, unter www.bmz.de am 2.3.2000, S. 326 (künftig BMZ: Journalistenhandbuch 1999). Da man es bei den EL nicht mit einer homogenen Gruppe, sondern mit zum Teil äußerst unterschiedlichen Ländern und Regionen hinsichtlich wirtschaftlicher, sozialer und politischer Merkmale zu tun hat, wird in dieser Arbeit so weit wie möglich versucht, verschiedene Region gesondert zu betrachten.

den EL auszurotten³, „Jahrzehnte des Niedergangs“⁴ zu stoppen und somit der Globalisierung „humane Züge“⁵ zu verleihen.

Die Idee, durch den Einsatz von Medien zu versuchen, sozialen Wandel in EL herbeizuführen ist allerdings alles andere als neu. Bereits im 17. Jahrhundert führten die Missionare Alphabetisierungsmaßnahmen durch, um christliche Schriften und damit den christlichen Glauben unter der einheimischen Bevölkerung zu verbreiten. Mit derselben Intention produzierten sie später auch die ersten Zeitschriften in indigenen Sprachen.⁶ Die Kolonialmächte setzten Medien als Propagandainstrument ein, um bei der Bevölkerung ihnen genehme Einstellungen und Verhaltensweisen zu etablieren. So wurden z.B. in Afrika sogenannte Tiki-Filme gezeigt, die in den Dörfern das Bild vom überlegenden und wohlmeinenden Kolonialherrscher verbreiten sollten.⁷

Auch in der entwicklungspolitischen Arbeit wurde dem Medieneinsatz und den Kommunikationssystemen der EL stets eine wichtige Rolle zugeschrieben; und jede technologische Innovation wurde mit großen Hoffnungen hinsichtlich ihres Beitrags zum Entwicklungsprozeß begleitet. In den fünfziger Jahren glaubte man, die durch die „Transistor-Revolution“ weite Verbreitung preiswerter Radiogeräte in den EL ziehe automatisch Entwicklungserfolge nach sich. Später erklärte man das Fernsehen zum optimalen Medium zur Bildung und Information der Bevölkerung in EL.⁸ Und zu Beginn der achtziger Jahre avancierte der Mikrocomputer zum Hoffnungsträger der Entwicklungsarbeit.⁹ Trotz zum Teil desillusionierender Erfahrungen mit anderen Medien

³ Vgl. Geerlings, Ben: ICT can be used to eradicate poverty – interview with Mr. Ventura, in: IICD e-journal, o.O. 25.10.1999, unter www.iicd.org/search/show-entry.ap?entryid=3957&part=all am 14.1.2000.

⁴ Weltbank, zitiert nach: Brüne, Stefan: Afrika und die globale Informationsgesellschaft, in: UNESCO heute, 2/3/1998, S. 84-86, hier: S. 84 (künftig Brüne: Afrika).

⁵ Weirich, Dieter: Die Globalisierung bekommt humane Züge, in: Das Parlament, 48. Jg., Nr. 40, 25. September 1998, S. 12 (künftig Weirich: Globalisierung).

⁶ Vgl. Grossenbacher, René: Journalismus in Entwicklungsländern: Medien als Träger des sozialen Wandels?, Köln/Wien 1988, S. 7 (künftig Grossenbacher: Journalismus in EL).

⁷ Vgl. Hamlyn, Glenine: Die eigene Welt ins Bild setzen, in: Eine Welt. Magazin aus Mission und Ökumene, 6/1999, S. 17-19, hier: S. 17.

⁸ Siehe zur Rolle des Fernsehens in EL Becker, Jörg: Television and Cultural Change. A Historical-Structural Perspective, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 62-64 und Berwanger, Dietrich: Is Television in the Third World Useful – and if so, how?, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S.58-61.

⁹ Siehe zur Diskussion um die Rolle des Mikrocomputers im Entwicklungsprozeß Rogers, Everett: Kommunikationstechnik als Entwicklungsfaktor, in: Turner, George/Gerhardt Zeidler (Hrsg.): Dritte Welt und Kommunikation, Stuttgart 1983, S. 67-76.

wiederholen sich in der aktuellen Diskussion um den Beitrag der ICT zum Entwicklungsprozeß nicht nur Struktur und Verlauf früherer Debatten, sondern auch die positiven Erwartungen und Hoffnungen.

Wenn nun der Ansatz, über Medien/Kommunikation soziale und wirtschaftliche Veränderungen in EL anzustreben, durch die neuen Technologien eine Art Renaissance erlebt, stellt sich die Frage, wie die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) darauf reagiert. Werden die neuen Medien in der deutschen Medienförderung bereits entscheidend berücksichtigt, oder hält man sich noch zurück? Ist die Medienförderung überhaupt noch ein relevanter Bereich innerhalb der deutschen EZ, wenn Oepen diesen Bereich doch bereits 1995 „im Abseits“¹⁰ sah?

Die letzten ausführlichen Untersuchungen über die deutsche Medienförderung liegen schon etliche Jahre zurück. Seit Marie-Agnes Heines Darstellung und Analyse aus dem Jahr 1988¹¹ konzentrieren sich Arbeiten zu diesem Thema entweder auf bestimmte EZ-Akteure wie z.B. die politischen Stiftungen¹² oder geben lediglich einen schlaglichtartigen Überblick, um bestimmte Tendenzen zu veranschaulichen.¹³ Angesichts der Tatsache, daß mit den ICT in den letzten Jahren ein neuer Medienbereich entstanden ist, in den viele Hoffnungen gesetzt werden, erscheint es sinnvoll, auf einer umfassenden Bestandsaufnahme der deutschen Medienförderung aufzubauen, um über die Bedeutung dieses EZ-Bereichs allgemein und der ICT im besonderen sowie über zukünftige Tendenzen gesicherte Aussagen machen zu können.

¹⁰ Oepen, Manfred: Deutsche Medienförderung im Abseits, in: epd Entwicklungspolitik, 12/13/1995, S. j-q (künftig Oepen: Deutsche Medienförderung).

¹¹ Heine: Marie-Agnes: Dritte Welt auf Empfang? Die Medienförderung der Bundesrepublik Deutschland in der Dritten Welt, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1998 (künftig Heine: Dritte Welt). Das Standardwerk vor Heines Arbeit zum Thema Medienförderung datiert von Anfang der achtziger Jahre: Winckler, Klaus: Medienförderung in der Dritten Welt, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg., 1/1980, S. 70-91 (künftig Winckler: Medienförderung).

¹² Z.B. Krämer, Frank/Gunter Lehrke: Medienförderung in Entwicklungsländern. Der Beitrag deutscher politischer Stiftungen, in: Meckel, Miriam/Markus Kriener (Hrsg.): Internationale Kommunikation. Opladen 1996, S. 105-124 (künftig Krämer/Lehrke: Medienförderung).

¹³ Z.B. Röben, Bärbel: Deutsche Medienförderung vor einer Wende?, in: epd Entwicklungspolitik, 15/16/1998, S. 37-39 (künftig Röben: Deutsche Medienförderung) oder Oepen, Manfred: Media Support and Development Communication. The Situation in Germany, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 78-85 (künftig Oepen: Media Support, Text ist mit Ausnahme des Titels identisch mit Oepen: Deutsche Medienförderung).

Deshalb soll in dieser Arbeit die gegenwärtige Medienförderung der Bundesrepublik Deutschland untersucht werden. Dabei sollen sowohl die theoretische Diskussion, Grundsätze, Konzepte und Zielsetzungen als auch die konkrete Förderpraxis betrachtet werden. Es gilt, Tendenzen der letzten Jahre aufzuzeigen (Hat die Medienförderung an Bedeutung innerhalb der EZ eher gewonnen oder verloren?), die Gründe für diese Trends zu analysieren und künftige Entwicklungen zu formulieren. Besondere Beachtung soll dabei den ICT geschenkt werden, da aufgrund der Hoffnungen, die in politischer wie wissenschaftlicher Debatte diesen Medien hinsichtlich ihres Einsatz für entwicklungspolitische Zwecke entgegen gebracht werden, erwartet werden kann, daß sie auch in der Medienförderungspraxis bereits eine wichtige Rolle spielen oder in Zukunft spielen werden.

Durch das Zusammenwachsen von Telekommunikations- und Computertechnologie wird die Trennung von Individual- und Massenkommunikation¹⁴ immer weiter aufgehoben. Die neuen Technologien können die bekannten Massenmedien integrieren (z.B. Internetradio), als eigenständige Massenmedien agieren, Einzelpersonen als Individualkommunikationsmittel (e-mail) dienen und sie zudem in die Lage versetzen, eigene massenmediale Informationsangebote zu erstellen. So umfaßt Medienförderung durch die Einbeziehung der ICT¹⁵ einen wesentlich größeren Bereich als bisher. Es ist

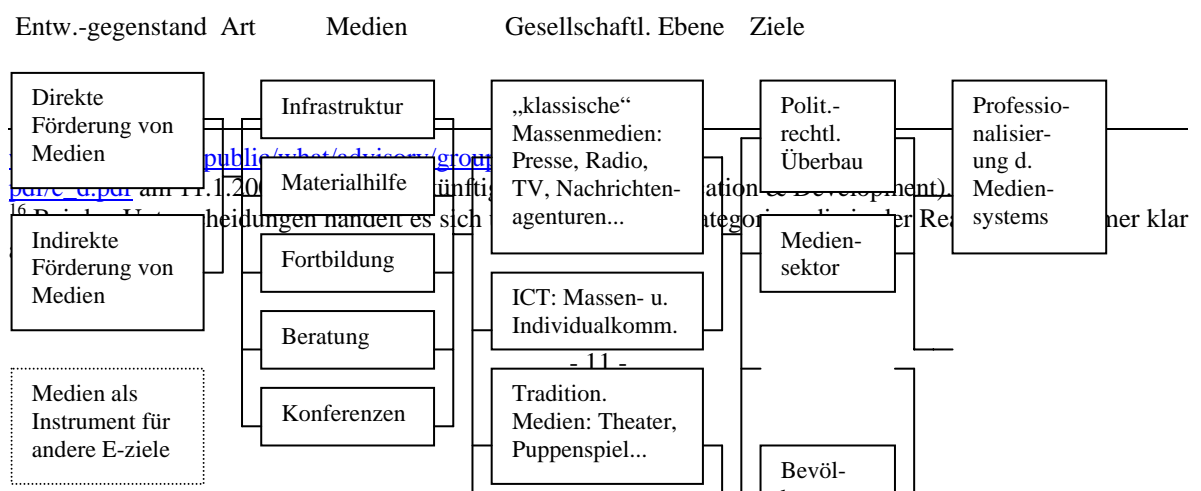
¹⁴ „Soziale Kommunikation kann man unterscheiden in interpersonale (face-to-face) Kommunikation und technisch vermittelte Kommunikation. Massenkommunikation und Telekommunikation sind technisch vermittelte Kommunikation [...]. Während *Massenkommunikation* immer öffentlich (d.h. prinzipiell für jedermann zugänglich) ist und sich an ein meist großes, anonymes Publikum richtet, ist *Telekommunikation* eine Verbindung zwischen einzelnen oder wenigen Personen (Punkt-zu-Punkt-Kommunikation) und in der Regel nicht öffentlich, sondern geschäftlich oder privat.“ Schulz, Winfried: Kommunikationsprozeß, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Winfried Schulz/Jürgen Wilke: Fischer Lexikon Publizistik. Massenkommunikation, Frankfurt a. M. 1994, S. 140-171, hier: S. 141-142 (kursiv im Original, C.T.).

¹⁵ Anashin faßt, dem Wortsinn nach durchaus korrekt, unter ICT sowohl „alte“ Kommunikationstechnologien wie Postverkehr, Presse, Radio und Fernsehen als auch neue Medien wie Telekommunikation und Internet. Vgl. Anashin, Vladimir: A worldwide view, in: UNESCO (Hrsg.): World Communication and Information Report 1999-2000, Paris 1999, S. 167-179 unter: www.UNESCO.org/webworld/wcir/en/report.html am 13.2.2000 (künftig Anashin: A worldwide view). Hamelink bezeichnet dagegen im selben Report mit ICT lediglich die sogenannten neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (Telekommunikation, Halbleitertechnologie, Computer, Internet etc.). Vgl. Hamelink, Cees J.: Human Development, in: UNESCO (Hrsg.): World Communication and Information Report 1999-2000, Paris 1999, S. 23-45 unter www.UNESCO.org/webworld/wcir/en/report.html am 13.2.2000 (künftig Hamelink: Human Development). Um eine Sammelbezeichnung für die verhandelten neuen Technologien zu haben und diese gleichzeitig von den „alten“ Medien Presse, Fernsehen und Radio abzugrenzen, soll in dieser Arbeit Hamelinks Begriffsverständnis von ICT gefolgt werden. Dabei steht ICT nur für die Technologien bzw. die Medien und nicht wie etwa in der sehr weit gefaßten Begriffsdefinition von Burke auch noch für deren Rahmenbedingungen wie z.B. Reform des Telekommunikationssektors, Deregulierung u.ä.. Vgl. Burke, Adam: Communication & Development. A practical guide, London 1999, unter

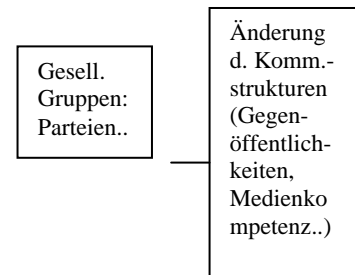
ratsam, sich zunächst klarzumachen, daß unter dem Sammelbegriff „Medienförderung“ zum Teil sehr unterschiedliche Maßnahmen subsumiert werden.

Am einfachsten lassen sich die Medienförderungsaktivitäten hinsichtlich ihrer Art (u.a. Beratung, Fortbildung, Materialhilfe, Infrastrukturaufbau) und nach den geförderten Medien (Massenmedien, traditionelle Medien, small media wie Fotos oder Dias, ICT) unterscheiden. Die Maßnahmen setzen des weiteren an verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen an: beim politisch-rechtlichen Überbau (z.B. Beratung bei Mediengesetzgebung), direkt bei den Medien (z.B. Materialhilfe für einen TV-Sender, Journalistenfortbildung), bei anderen gesellschaftlichen Gruppen (z.B. kirchliche Radiosender) oder basisnah bei der Bevölkerung (z.B. Gemeinderadiosender). Ferner ist es wichtig zu entscheiden, ob Medien der Hauptgegenstand des Entwicklungsinteresses sind. So können Maßnahmen direkt auf die Förderung von Medien abzielen oder nur indirekt, quasi als Nebenprodukt eines anderen Entwicklungsschwerpunkts, Medienförderung zur Folge haben, etwa wenn im Rahmen von Frauenförderung eine Zeitschrift für Frauen entsteht. Drittens werden Medien oft auch als Instrument der Entwicklungsarbeit eingesetzt (z.B. Broschüren zur AIDS-Aufklärung), ohne daß eine geplante, langfristige oder relevante Einwirkung auf die Medienlandschaft des EL erfolgt. Solche EZ-Maßnahmen sollen in dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden. Schließlich lassen sich die Medienförderungsaktivitäten noch hinsichtlich ihres Entwicklungsziels einteilen. Sie können entweder darauf abzielen, das bestehende Mediensystem im EL zu professionalisieren (etwa durch Ausbau der Infrastruktur, Journalistenfortbildung) oder die Kommunikationsstrukturen des Mediensystems zu ändern z.B. durch die Schaffung von Zugang zur Kommunikation für benachteiligte Gruppen. Voraussetzung dafür ist u.a. die Vermittlung von Medienkompetenz. Abbildung 1 veranschaulicht die verschiedenen Dimensionen der Medienförderung.¹⁶

Abb. 1: Dimensionen der Medienförderung



•
•
•
•



Quelle: eigene Darstellung

Da Medienförderung Teil der EZ ist, wird sie automatisch immer auch vom jeweils herrschenden Entwicklungsbegriff und von der hinter der Praxis stehenden Entwicklungsstrategie geprägt. So wie sich das Verständnis von Entwicklung im Laufe der Jahrzehnte entwickelte, änderten sich auch die Hoffnungen und Ansprüche an und die Anwendung von Medienförderung. Ferner lag und liegt Medienprojekten, die im Rahmen der EZ durchgeführt werden, immer auch ein spezifisches Kommunikationsverständnis zugrunde, was sich besonders in den Erwartungen positiver Wirkungen oder der Befürchtung negativer Folgen vom Medieneinsatz auf Entwicklung widerspiegelt.

Innerhalb der Sozialwissenschaften beschäftigt sich der Zweig der Entwicklungskommunikation systematisch mit der Frage, wie Kommunikation/Medien sozialen Wandel beeinflussen können. Dem Verständnis nach ist Entwicklungskommunikation ein interdisziplinäres Forschungsgebiet, das für Soziologie, Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft gleichermaßen von Bedeutung ist.

Oft finden sich frühe Modernisierungs- oder Partizipationsansätze auch in der heutigen Diskussion, die sich vor allem auf die Anwendung und die möglichen Leistungen der ICT bezieht. Deshalb soll im ersten Teil der Arbeit zunächst nachgezeichnet werden, wie sich das Verständnis von und das Interesse an Entwicklungskommunikation, welche grundlegend für Medienförderungsprojekte sind, geändert hat und welche Konsequenzen sich daraus für die Förderpraxis ergeben haben. Dabei sollen nicht sämtliche Strömungen der diversen Entwicklungstheorien, sondern vielmehr nur die für die

Entwicklungskommunikationskonzeption und damit für die Medienförderungspraxis wichtigsten dargestellt werden.

Im zweiten Teil wird die gegenwärtige Medienförderungspraxis der BRD beleuchtet. Die relevanten staatlichen, halbstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen werden nacheinander darauf hin untersucht, welche Medienprojekte sie wo, wie stark und wieso fördern, welche entwicklungspolitischen Prämissen der Förderpraxis zugrunde liegen, welchen Stellenwert die Medienförderung innerhalb der gesamten Aktivitäten einnimmt und ob und wie dieser sich verändert hat. Dazu wurde hauptsächlich Material der jeweiligen Organisation ausgewertet (Jahresberichte, Statistiken, Broschüren, Darstellungen im Internet etc.).¹⁷ Um einen Einblick in die Arbeit in den einzelnen Ländern zu gewinnen, der über die allgemeine Darstellung hinausgeht, wurden zudem zahlreiche Auslandsvertreter per e-mail kontaktiert, von denen die große Mehrheit geantwortet und Informationen zurück gemailt hat. Darüber hinaus wurden mit einigen ausgewählten Mitarbeitern von EZ-Institutionen qualitative Interviews geführt, in denen Unklarheiten geklärt, einzelne Problembereiche vertieft und Einschätzungen erfragt werden sollten.

Der dritte Teil der Arbeit dient der Auswertung der im zweiten Teil erfolgten Bestandsaufnahme. Schwerpunkte der deutschen Medienförderung sollen aufgezeigt, die Gründe für die festgestellten Tendenzen der letzten Jahre untersucht und darauf aufbauend künftige Entwicklungen angedacht werden. Der Fragestellung entsprechend soll dabei besonders betrachtet werden, ob ICT in der deutschen Medienförderung die erwartete wichtige Rolle spielen bzw. ob sie in Zukunft die Bedeutung innerhalb der EZ erlangen, die ihnen in der theoretischen Debatte bereits heute zugeschrieben wird.

1. Entwicklungskommunikation

Die aktuelle politische und wissenschaftliche Diskussion sowie die aktuelle Förderpraxis gründen sich und rekurrieren auf die unterschiedlichen Konzepte von

¹⁷ Bei der Materialsammlung wurde versucht, auf das aktuellste Material zurückzugreifen, doch ergab sich das Problem, daß etwa die Jahresberichte unterschiedlich früh erscheinen, die Angaben zu manchen Organisationen also aktueller als die zu anderen sind. Zudem unterscheiden sich sowohl die Vorstellung, was als Medienprojekt zu bezeichnen ist als auch die Dokumentation der Auslandsarbeit bei den Organisationen zum Teil erheblich. Während einige detaillierte Projektaufstellungen anfertigen, war von anderen nur eine

Entwicklungskommunikation. Um die grundlegenden theoretischen Modelle identifizieren und Debatte wie Förderung einordnen zu können, sollen im ersten Teil die wichtigsten Ansätze der Entwicklungskommunikation vorgestellt und zumindest ansatzweise diskutiert werden. Da sich die verschiedenen Konzepte fast stets aus der Kritik an und der Weiterentwicklung von älteren Ansätzen entwickelten, soll dabei im wesentlichen chronologisch vorgegangen werden. So werden in 1.1 Modernisierungsansätze, in 1.2 das Diffusionsmodell, in 1.3 Dependenzia-Ansätze und in 1.4 das Konzept der Partizipationskommunikation dargestellt. 1.5 faßt die weitere Entwicklung der politischen und wissenschaftlichen Diskussion zusammen, ehe in 1.6 die Diskussion um ICT als Entwicklungsfaktor umfassend nachgezeichnet wird. Bei den verschiedenen theoretischen Ansätzen soll jeweils gefragt werden, welches Entwicklungskonzept dahinter steht, welches Entwicklungsinteresse verfolgt wird, welche Rolle die Medien dabei spielen, auf welchen Vorstellungen von Kommunikation sie aufbauen und – wenn möglich – welche Medien bevorzugt werden. Am Ende des ersten Teils werden die wichtigsten Ansätze der Entwicklungskommunikation überblickartig in einer Tabelle zusammengefaßt.

„Entwicklungskommunikation“, von Grossenbacher definiert als „**Kommunikation im Dienst geplanten sozialen Wandels**“¹⁸, wird als Bezeichnung einer eigenständigen Forschungsrichtung innerhalb der Kommunikationswissenschaft erst seit den späten siebziger Jahren regelmäßig in der Literatur verwendet. Doch von ihrer Geburt kann man schon sprechen, als 1952/53 ein Sonderheft der amerikanischen Zeitschrift „Public Opinion Quarterly“ den Grundstein für die internationale Kommunikationsforschung legt. Von Beginn an haben ihre Vertreter, unter denen sich so bekannte Kommunikationswissenschaftler wie Leo Lowenthal, Paul F. Lazarsfeld und Harold D. Laswell befinden, als einen Arbeitsschwerpunkt auch die EL im Blick.¹⁹

grobe sektorale und regionale Einteilung der Projekte zu erhalten. So sind die Angaben zur Medienförderung der einzelnen Akteure nur eingeschränkt vergleichbar.

¹⁸ Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 7 (Fettung im Original, C.T.). Somit impliziert der Begriff nicht automatisch die internationale Dimension. Da Entwicklungskommunikation aber sozusagen eine ‚Erfindung‘ der westlichen, vor allem nordamerikanischen, Wissenschaft ist und sich der angestrebte soziale Wandel stets auf EL bezog, kann man sie in die internationale Kommunikationsforschung einordnen.

¹⁹ So beschäftigt sich bspw. Smith in seinem Artikel im „Public Opinion Quarterly“ mit Kommunikationsbedingungen in nicht-industrialisierten Ländern. Vgl. Smith, Bruce L.: „Communications Research on Non-Industrial Countries“, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 16, 4/1952/53, S. 527-538. Vgl. Rullmann, Anja: Modernisierung und Dependenz. Paradigmen internationaler Kommunikationsforschung, in:

In den Texten des oben angesprochenen Heftes zeigt sich, daß bestimmte geopolitische und ideologische Bestimmungsfaktoren und damit Interessen der US-amerikanischen Politik die Begründung der neuen Forschungsrichtung „internationale Kommunikation“ beeinflußt haben. Zum einen begannen die USA nach Ende des Zweiten Weltkriegs mit der weltweiten Expansion ihres Informations- und Mediensystems und erkannten auch die sogenannte Dritte Welt als potentiellen Absatzmarkt ihrer medialen Güter. Dadurch, daß die Kommunikationswissenschaft Konzeptionen entwarf, wie Kommunikation die gesellschaftliche Entwicklung von EL positiv beeinflussen kann, erfuhren die Expansionsbestrebungen der Medienindustrie quasi „wissenschaftlich firmierende Legitimation“²⁰ und Unterstützung.

Zum anderen machte die Entkolonisierung zahlreicher Länder und der Ost-West-Konflikt EL auch in geopolitischer Hinsicht für die USA interessant. In der Konkurrenzsituation mit dem sozialistischen System der UdSSR wurde die Entwicklung der Staaten der Dritten Welt zu einer strategischen Frage im globalen Machtgefüge. Entwicklung sollte in den jeweiligen Ländern also auf ein US-freundliches politisches System abzielen und zugleich die Rolle der EL als Rohstofflieferant und Absatzmarkt westlicher Produkte festigen.²¹

Um die Entwicklungsziele und -interessen zu verwirklichen, galt es, den EL bestimmte gesellschaftliche und wirtschaftliche Konzepte nahe zu bringen. Wie dies am besten zu erreichen sei, wurde zur entscheidenden Frage nordamerikanischer entwicklungspolitischer Überlegungen, und hier „[...] setzten die Erwartungen und Anforderungen an die (zu erarbeitende) entwicklungsorientierte Kommunikationswissenschaft (...) an.“²² Noch bevor man auf Erkenntnisse der Kommunikations- oder der Medienwirkungsforschung aufbauen konnte, schrieb man in der US-amerikanischen Außenpolitik Medien und Kommunikation große Wirkung auf gesellschaftliche Entwicklung zu. Bereits zu dieser Zeit wurde der später oft beschworene „free flow of information“ zu einem Kernpunkt nordamerikanischer Außenpolitik. Das Postulat des freien Informationsflusses als wesentliche Grundlage für

Meckel, Miriam/Markus Kriener (Hrsg.): Internationale Kommunikation, Opladen 1996, S. 19-47 (künftig Rullmann: Modernisierung und Dependenz).

²⁰ Gedatus, Michael: Massenmedien, Kommunikationstechnologie und gesellschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt, Frankfurt a. M./Bern/New York/ Paris 1988, S. 66 (künftig Gedatus: Massenmedien).

²¹ Vgl. Gedatus: Massenmedien, S. 66-68.

²² Gedatus: Massenmedien, S. 68 (Unterstreichung im Original, C.T).

internationale Kommunikationsbeziehungen diene somit der US-Regierung auch als Rechtfertigung und quasi als Freibrief für planmäßige, „ständige Auslandspropaganda“.²³

Neben ihrem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse sollte die neue Forschungsrichtung somit von Beginn an auch der US-amerikanischen Politik nutzen. Diese Einschätzung bestätigt Lowenthal selbst in der Einleitung zum „Public Opinion Quarterly“-Sonderheft:

„As is almost invariably the case, this infant science was born of practical expediency. Two trends have fostered it: the spreading of the technological means of communication into the non-industrialized areas of the world and the expanding activities of governments in spreading their information and propaganda throughout the world, utilizing various communications methods in a more or less systematic way.“²⁴

Angesichts des Einflusses realpolitischer Gegebenheiten und Interessen in der Anfangsphase der Entwicklungs- bzw. internationalen Kommunikationsforschung spricht Gedatus sogar von einer „[...] symbiotische[n] Beziehung von Wissenschaft und Politik im Interesse nationalstaatlicher politischer Zielsetzungen [...]“²⁵. Und Luyken kommt zu dem drastischen Urteil, daß die mit Entwicklungskommunikation beschäftigten Gesellschaftswissenschaftler seit Gründung dieses Forschungszweiges nur damit beschäftigt seien, Strategien zu erarbeiten, „[...] welche den Metropolen die möglichst reibungslose Vereinnahmung peripherer Länder verheißen, jenen indes ihre Entwicklung vormachen.“²⁶ Mag man diese Auffassung auch als überzogen empfinden²⁷, ist es doch zumindest schwer vorstellbar, wie Wissenschaftler, die ihren Forschungsgegenstand in internationalen Prozessen ansiedeln, zu unabhängigen Ergebnissen kommen wollen, wenn sie von vornherein auf ihren eigenen Staat fixiert sind und offen bekunden, dessen Interessen zu vertreten.²⁸

²³ Hoffmann, Emil: Medienfreiheit? Anspruch und Wirklichkeit, Schotten 1981, S. 26 (künftig Hoffmann: Medienfreiheit). Besonders in der Debatte um eine Neue Weltinformationsordnung wird das „free flow“-Prinzip wichtig. Siehe 1.5.2.

²⁴ Lowenthal, Leo: Introduction, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 16, 4/1952/53, S. v-x, hier: S. v-vi.

²⁵ Gedatus: Massenmedien, S. 70 (Unterstreichung im Original, C.T.). Ein anderes Beispiel – ebenfalls aus der Kommunikationswissenschaft – für die Verschränkung von Wissenschaft und Politik führt Kunczik an: Zu Beginn der Massenkommunikationsforschung ging es hauptsächlich um die Frage, wie sich Propaganda militärisch und politisch am besten verwerten läßt. Deshalb richteten die USA im Zweiten Weltkrieg eine „Research Branch of the Army’s Information and Education Division“ ein. Vgl. Kunczik, Michael: Massenkommunikation, Köln/Wien 1977, S. 27.

²⁶ Luyken, Georg-Michael: 25 Jahre ‚Communication and Development‘-Forschung in den U.S.A.: Wissenschaft oder Ideologie?, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg., 1/1980, S. 110-122, hier: S. 110 (künftig Luyken: 25 Jahre).

²⁷ Vgl. Rullmann: Modernisierung und Dependenz, S. 21.

²⁸ „It is not only that we should contribute to the policy-making of the United States; we should expect the policy-makers also to make sure that their work contributes to the social science. This is imperative (...) because, to a considerable extent, the national and the international welfare of the country is (...) tied up with

1.1 Modernisierungsansätze

Sehr vereinfachend kann man die zahlreichen verschiedenen entwicklungstheoretischen Entwürfe zwei miteinander konkurrierenden Grundansätzen zuordnen – dem Modernisierungs- und dem Dependenzansatz.²⁹ Die frühen Modernisierungstheoretiker übertrugen Erkenntnisse, die sie bei der Untersuchung von sozialen Wandlungsprozessen in heute industrialisierten Gesellschaften gewannen, auf EL³⁰. Ihr Modell basiert auf der Dichotomie Tradition vs. Moderne. Ziel jedes Entwicklungsprozesses sei die moderne, Ausgangspunkt die traditionale Gesellschaft, also jede Zivilisationsform, die nicht den Kriterien der (westlichen industrialisierten) Moderne entspricht. Um den notwendigen Schritt von der Tradition in die Moderne zu machen, müßten diese Gesellschaften einen an den IL ausgerichteten nachahmenden Prozeß durchlaufen. Dieser Prozeß, der zwangsläufig, unumkehrbar, zielgerichtet und in mehreren Phasen verlaufe, sei für jede Gesellschaft im Laufe ihrer Geschichte notwendig.³¹ Da sie Unterentwicklung als ein im historischen Ablauf notwendiges Stadium definiert, fragt die Modernisierungstheorie kaum nach Gründen für diese Unterentwicklung. Sie untersucht allenfalls die Barrieren, die Entwicklung behindern und sieht diese vor allem in endogenen Faktoren. Exogene Faktoren, wie die Struktur des Weltmarktes oder Folgen der Kolonisation, berücksichtigt die klassische Modernisierungstheorie nicht. Im Gegenteil werden exogene Einflüsse als Vorbild oder Impulsgeber fast durchweg als notwendig für die Überwindung von Unterentwicklung beschrieben.³²

1.1.1 Daniel Lerner

the techniques of social research.“ Lazarsfeld, Paul F.: The Prognosis for International Communications Research, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 16, 4/1952/53, S. 481-490, hier: S. 490 (künftig Lazarsfeld: Prognosis).

²⁹ Vgl. Andersen, Uwe: Entwicklungspolitik/-hilfe, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 5. Aufl., Bonn 1994, S. 83-92, hier: S. 85. Als erster Überblick über verschiedene Strömungen innerhalb der Dependenz- bzw. Modernisierungstheorie eignen sich die jeweiligen Einträge in Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, 10. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1998.

³⁰ Vgl. Rullmann: Modernisierung und Dependenz, S. 23.

³¹ Vgl. Servaes, Jan: Development Communication Approaches in an International Perspective, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 24-39 und Gedatus: Massenmedien, S. 70-71 (künftig Servaes: Development Communication).

³² Vgl. Nohlen, Dieter/H. C. Felipe Mansilla: Modernisierungstheorien, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, 10. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1998, S. 523-527, hier: S. 526.

Ein wesentlicher Begründer der Modernisierungstheorien und der erste, der systematisch den Einfluß von Kommunikationsprozessen auf Entwicklung betrachtete, war Daniel Lerner. 1958 stellte er seine Studie „The Passing of Traditional Society“ vor, die zu Beginn der fünfziger Jahre im Nahen und Mittleren Osten durchgeführt worden war und in der er untersuchte, wie die Menschen in verschiedenen Staaten mit Wandlungsprozessen umgingen³³. Den empirischen Befunden entnahm er deutliche Parallelen der Modernisierung in den untersuchten Ländern zur historischen Entwicklung industrialisierter Länder des Westens und konstatierte davon ausgehend einen Universalismus von Entwicklungsverläufen.

Prämisse von Leners Untersuchung ist die behauptete Überlegenheit moderner Staaten, womit er die IL des Westens, besonders die USA meint.³⁴ Er geht von der Dichotomie Tradition vs. Moderne aus, wobei Gesellschaften auf ihrem Weg von der Tradition zur Moderne eine Übergangsphase durchlaufen, in der sie als transitionale Gesellschaften zu bezeichnen sind. In welcher Stufe sich eine Gesellschaft befindet, zeige sich an verschiedenen Indizien, wie Einstellungs- und Verhaltensmuster und bestimmten Kommunikationsformen.³⁵

Als Ergebnis der Auswertung seines empirischen Materials kommt Lerner zu dem Schluß, die Phase der Transition, also die eigentliche Modernisierungsphase, verlaufe als vierstufiger linearer Prozeß. Er stellt die Indikatoren Urbanisierung, Alphabetisierung, Massenmediennutzung und Partizipation in einen kausalen Zusammenhang, den er als für alle Gesellschaften und historisch allgemeingültig erklärt. Lerner zufolge führt wachsende Urbanisierung zu stärkerer Alphabetisierung. Diese hat eine vermehrte Mediennutzung zur Folge, welche ihrerseits nicht nur – in einer Wechselwirkung – Alphabetisierung, sondern

³³ Die untersuchten Länder waren Syrien, Jordanien, Ägypten, Iran, Libanon, Türkei. Vgl. Lerner, Daniel: The Passing of Traditional Society. Modernizing the Middle East, New York 1958 (künftig Lerner: Passing).

³⁴ „...Western society provides the most developed model of societal attributes (power, wealth, skill, rationality) which Middle East spokesmen continue to advocate as their own goal.“ Lerner: Passing, S. 47.

³⁵ Vgl. Lerner: Passing, S. 55 u. 71. So dominierten in einer traditionellen Gesellschaft mündliche Kommunikationssysteme, während man in einer modernen Gesellschaft vermittelte Kommunikationssysteme vorfinde.

Diesen historischen Universalismus und Determinismus der Entwicklung jeder Gesellschaft allerdings mit stärkerer Betonung wirtschaftlicher Aspekte behauptet auch Walt W. Rostow in seiner ökonomischen Stadien Theorie. Nach Rostow entwickelt sich eine ‚traditionale Gesellschaft‘ über die Zwischenphasen ‚Übergangsgesellschaft‘, wirtschaftliches ‚take-off‘ und ‚Reifestadium‘ schließlich zur ‚Wohlstandsgesellschaft‘. Vgl. Gedatus: Massenmedien, S. 77.

auch die ökonomische und politische Partizipation verstärkt.³⁶ Lerner sieht in den Massenmedien also nicht nur ein wesentliches Kennzeichen für eine moderne Gesellschaft, sondern schreibt ihnen auch im Modernisierungsprozeß eine wichtige Rolle und, da sie für verstärkte Partizipation sorgten, enorme Wirksamkeit zu.³⁷

Noch deutlicher betont Lerner aber die Wichtigkeit der Kommunikationsprozesse, wenn er untersucht, wie nun die konstatierten Stufen der oben beschriebenen kausalen Kette am besten zu erreichen sind. Hier geht Lerner über bisherige Modernisierungsansätze, die ausschließlich in wirtschaftlichen Kategorien operierten, hinaus, indem er eine individualpsychologische Komponente ins Spiel bringt. Neben institutionellen Veränderungen erfordere eine erfolgreiche Modernisierung der Gesellschaft nämlich vor allem auch eine Änderung der Einstellungen und des Verhaltens der einzelnen Gesellschaftsmitglieder. Um die anfängliche traditionale Kultur zu überwinden und so der modernen Kultur näher zu kommen, müßten die Individuen physisch, sozial und besonders psychisch mobil sein. Zur Verdeutlichung dieser psychischen Mobilität entlehnt Lerner aus der Psychoanalyse den Begriff „Empathie“, der die Bereitschaft und Fähigkeit eines Menschen beschreibt, sich in die Rolle, Einstellung und Umgebung anderer Menschen einzufühlen.³⁸

Führe man diesen empathischen Menschen in einer traditionellen Kultur nun das Bild einer modernen und damit besseren Kultur vor, so entwickelten sie zwangsläufig den Wunsch, die eigene Situation und damit die eigene Gesellschaft zu verändern, d.h. zu modernisieren.³⁹ Aufgabe der Massenmedien sei es nun, den Menschen in traditionellen Gesellschaften neue Ideen und Informationen, bisher nicht gekannte Lebensentwürfe und Erfahrungen anderer, entwickelter Kulturen zu vermitteln, um „[...] das Weltbild der traditionellen Menschen [zu] erweitern, ihre Innovationsbereitschaft [zu] erhöhen (...), bei

³⁶ Vgl. Lerner: Passing, S. 46 u. 60-64. Ökonomische und politische Partizipation kann man nach Lerner am Pro-Kopf-Einkommen bzw. an der Wahlbeteiligung ersehen, also an Meßgrößen die euro-amerikanischen Modernisierungsvorstellungen entsprechen. Die Vorstellung, daß gesteigerter Medienkonsum automatisch zu höherer Wahlbeteiligung, also nach Lerner größerer politischer Partizipation führt, ist aus heutiger Sicht schon mit einem Blick auf die Wahlbeteiligungen in Gesellschaften mit hoher Medienausstattung wie die USA oder Deutschland anzuzweifeln.

³⁷ „[...] a communication system is both index and agent of change in a total social system.“ Lerner: Passing, S. 56.

³⁸ Vgl. Lerner: Passing, S. 49-52.

³⁹ Vgl. Lerner: Passing, S. 412.

ihnen psychische Mobilität [zu] erzeugen“⁴⁰ und somit Modernisierungsprozesse in Gang zu setzen.

Lerner vertritt die Auffassung, man könne Massenmedien gezielt dazu einsetzen, das Bewußtsein des einzelnen Menschen so zu ändern, daß man die gewünschten Einstellungs- und Verhaltensänderungen erzeugt. Kommunikation versteht er als lineare unidirektionale Informationsübermittlung von einem aktiven Sender zu einem passiven Empfänger, die in jeder Gesellschaft und bei jedem Individuum gleich verläuft.⁴¹ In der behaupteten Wirkung der Massenmedien auf die Rezipienten greift Lerner auf die einfachste Form des stimulus-response-Modells zurück, nach dem die erwünschte Wirkung lediglich vom Reiz abhängt, gleicher Reiz also gleiche Wirkung erzeugt.⁴² Dabei versäumt er, die dem Modell zugrunde liegenden Prämissen im Hinblick auf ihre Anwendbarkeit im konkreten Fall der massenmedialen Entwicklungskommunikation zu problematisieren. Kognitive Verarbeitung beim Rezipienten berücksichtigt er ebensowenig wie soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Rahmenbedingungen, in denen die Kommunikationsprozesse stattfinden.

1.1.2 Kritik an und Erweiterungen von Leners Modell

Wie anderen Modernisierungsansätzen auch, wurde Lerner der Vorwurf des Ethnozentrismus gemacht. Davon versucht er sich zwar von vornherein freizusprechen, indem er den von ihm verwendeten Begriff „Modernization“ von früheren Begriffen für das gemeinte Phänomen wie „Europeanization“, „Americanization“ und „Westernization“ abgrenzt. Auch bezieht er Modernisierung zu Beginn noch mit auf das sowjetische Entwicklungsmodell.⁴³ Doch da er sich im Folgenden stets nur auf die westlich

⁴⁰ Heine: Dritte Welt, S. 23.

⁴¹ Als Überblick über verschiedene Kommunikationsmodelle und ihre Entwicklung siehe Bentele, Günter/Klaus Beck: Information – Kommunikation – Massenkommunikation: Grundbegriffe und Modelle der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, in: Jarren, Otfried (Hrsg.): Medien und Journalismus 1. Eine Einführung, Opladen 1994, S. 16-49.

⁴² Zum stimulus-response-Modell sowie als Einführung in die Medienwirkungsforschung siehe Merten, Klaus: Wirkungen von Kommunikation, in: Merten, Klaus/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien, Opladen 1994, S. 291-328 (künftig Merten: Wirkungen).

⁴³ Vgl. Lerner: Passing, S. 45. Lerner wirft im Gegenteil den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens Ethnozentrismus vor, der sich in extremen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit manifestiere. Dies führe zu dem Fehler, daß diese Länder in ihrer Entwicklung zu ungeduldig (und für Lerner wohl auch zu eigensinnig) sind und anstatt den Entwicklungsweg nach westlichen Vorbild zu beschreiten, ihren eigenen Weg („their own way“) gehen wollen. Vgl. Lerner: Passing, S. 47.

industrialisierte Welt als den bestmöglichen Endpunkt jeder Entwicklung fixiert, liegt hier klar ein „Ethnozentrismus nordamerikanischer Ausrichtung“⁴⁴ vor, ganz gleich, wie Lerner ihn auch bezeichnen mag.

Auch die idealtypische Dichotomie Tradition – Moderne ist problematisch. Es erscheint beliebig, alle Länder, die nicht Lernalers Vorstellung einer modernen Gesellschaft entsprechen, unter dem Begriff „Tradition“ zu subsumieren. Geographische, kulturelle, politische, soziale und wirtschaftliche Unterschiede zwischen diesen Ländern blendet Lerner ebenso aus wie exogene Faktoren, die Unterentwicklung begünstigen, bzw. sich auf den Entwicklungsprozeß auswirken (u.a. koloniale Einflüsse, asymmetrische Handelsbeziehungen zwischen EL und IL). Nur unter Verzicht auf diese Erklärungsfaktoren kann Lerner von einem uniformen Entwicklungsprozeß zu sprechen, der für alle Länder gleich verläuft.⁴⁵

Kritisiert wird ferner sein Verständnis von Kommunikation und deren Wirkung, ein Verständnis, das auf einfachsten Modellen beruht, die den sozialen Kontext, in welchem Kommunikation stets stattfindet, ausklammern, und in seiner Gültigkeit bereits zu Lernalers Zeit hinterfragt wurde.⁴⁶ Auch ignoriert Lerner mögliche negative, dysfunktionale Wirkungen von Medien. Medieninhalt wird ebensowenig thematisiert wie der Medienbesitz. In seinem individualpsychologischen Ansatz stellt Lerner zwar das Individuum als Rezipienten und daraus folgend als Träger des Modernisierungsprozesses in den Mittelpunkt seines Interesses. Er übersieht dabei jedoch, „[...] daß die Massenmedien in den Entwicklungsländern von den herrschenden Eliten beeinflußt werden, die eher an dem Erhalt derzeitiger Strukturen als an einer Modernisierung interessiert sind [...].“⁴⁷

⁴⁴ Gedatus: Massenmedien, S. 71 (Unterstreichung im Original, C.T.).

⁴⁵ Weitere Kritikpunkte sind Lernalers methodische Vorgehensweise (Einfügung von Einzelbeobachtungen in vorher festgelegte Entwicklungsvorstellungen und die darauf gründende Postulierung eines allgemeingültigen historischen Determinismus), die Variablen zur Messung von Entwicklung und die Verwendung des Empathiebegriffs. Vgl. u.a. Gedatus: Massenmedien, S. 75, Heine: Dritte Welt, S. 24 und Luyken: 25 Jahre, S. 111.

⁴⁶ Lazarsfeld etwa weist bereits 1952/53 auf den „two-step-flow“ der Kommunikation hin: „But listening goes on in a social context. Some people [...] play the role of brokers in the field of mass media; then listen a great deal, they read a great deal and then they pass the material on to others. There are such small-scale opinion leaders in every social stratum, people who are asked by others for their advice and help.“ Lazarsfeld: Prognosis, S. 484.

⁴⁷ Rullmann: Modernisierung und Dependenz, S. 31.

Die unterstellte und in keiner Weise überprüfte starke Medienwirkung führt in Verbindung mit Lernalers Verwendung des Empathiebegriffes und seinen ideologisch stark aufgeladenen Vorstellungen von Modernisierung zudem dazu, daß er diejenigen, denen Entwicklung eigentlich zugute kommen sollte, zunächst zwar noch als die Subjekte bezeichnet, die aktiv den Modernisierungsprozeß anstoßen und vorantreiben sollen, sie im Verlauf seiner Argumentation aber immer stärker zu von den Medien konditionierbaren Objekten degradiert.⁴⁸

Empirische Untersuchungen in Nachfolge von Lernalers Studie konnten die Annahmen seines Kausalmodells der Modernisierung nicht belegen. Die realen Entwicklungen in den EL, die vor allem durch ein Ausbleiben der erhofften Modernisierungserfolge gekennzeichnet waren, ließen Lerner und andere Vertreter modernisierungstheoretischer Ansätze ihre ursprünglichen Annahmen revidieren bzw. erweitern.⁴⁹ So versucht Lerner selbst die empirisch belegten Entwicklungskrisen der peripheren Länder zu erklären, indem er die Gefahr beschreibt, daß die „revolution of rising expectations“, die von den Massenmedien in Gang gebracht worden sei, von einer „revolution of rising frustration“ abgelöst werden könne, wenn die neuen Erwartungen nicht hinreichend befriedigt werden könnten. Dabei sieht Lerner aber keine Defizite auf Seiten der Medien, denen er als Konstrukteure von Erwartungen nach wie vor eine Schlüsselfunktion zuschreibt. Problematisch sei es vielmehr, wenn sich die hervorgebrachte psychische Mobilität und die tatsächlich erreichte bzw. erreichbare wirtschaftliche Veränderung ungleich oder ungleichzeitig entwickeln. Dies führe laut Lerner zu individueller Frustration und gesellschaftlich-politischer Instabilität.⁵⁰

In Weiterentwicklungen anderer Autoren werden Lernalers Annahmen zwar eingeschränkt, aber an der Vorstellung, daß Massenmedien individuelle Einstellungen und Handlungen beeinflussen und damit den Entwicklungsprozeß vorantreiben wird grundsätzlich festgehalten.⁵¹ Das wohl bekannteste dieser Werke ist Wilbur Schramms „Mass Media and

⁴⁸ Vgl. Luyken: 25 Jahre, S. 111 und Gedatus: Massenmedien, S. 75.

⁴⁹ Vgl. u.a. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 12.

⁵⁰ Vgl. Rullmann: Modernisierung und Dependenz, S. 26 und Heine: Dritte Welt, S. 24.

⁵¹ Maletzke weist darauf hin, daß Massenmedien auch dysfunktionale, entwicklungshemmende Wirkungen haben können (z.B. Verstärkung der Kluft zwischen reich und arm). Er sieht in Massenmedien die potentiellen Verursacher von Frustrationen, während Lerner nicht die geschürten Erwartungen, sondern die nicht eintretenden Veränderungen dafür verantwortlich macht. Vgl. Maletzke, Gerhard: Die zukünftige Bedeutung der Massenmedien für die Dritte Welt, in: Magnus, Uwe (Hrsg.): Massenmedien in der Prognose.

National Development“, das 1964 erschien.⁵² Im Auftrag der UNESCO untersuchte er anhand von Experteninterviews, wie Menschen für den Modernisierungsprozess mobilisiert werden können. Die Aufgabe und Leistung der Massenmedien besteht nach Schramm darin, bei der Bevölkerung ein Nationalgefühl, eine Identifikation mit der eigenen Nation aufzubauen. Dieses „nation building“ sei wichtig, da nur ein leistungsfähiger Nationalstaat Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum gewährleisten könne.⁵³ Er beschreibt Nation als Bedürfnis des Menschen, nach dessen Erfüllung jeder Einzelne auch unter Entbehrungen und der Vernachlässigung seines Eigeninteresses zu streben habe.⁵⁴ Die Massenmedien sollen also auf individueller Ebene durch Informationsübermittlungen Einstellungsveränderungen bewirken und auf gesellschaftlicher Ebene „a climate for development“⁵⁵ schaffen.

Wie Lerner schreibt Schramm Massenmedien höchste Wirksamkeit zu, in dem Sinn, daß mehr Kommunikation automatisch mehr Entwicklung nach sich ziehe, und sieht deshalb für sie die Rolle des Lehrers vor.⁵⁶ Dabei geht er über Leners Vorstellung hinaus, indem er betont, daß nicht nur die quantitative Versorgung der Bevölkerung mit Medienangeboten für erfolgreiche Entwicklung notwendig sei, sondern auch die Qualität des Angebots, also die Medieninhalte. Zudem müsse man diese Inhalte an die vorgefundene traditionelle Kultur anpassen und die Medien lokal einsetzen, um so die Partizipation der Bevölkerung zu erhöhen, was die Verwirklichungschancen der intendierten Entwicklungsziele erhöhe.⁵⁷

Konzepte und Modelle für die Zukunft, Berlin 1974, S. 173-188. Auch Sola Pool konstatiert potentiell negative Auswirkungen von Massenmedien, weshalb deren Aussagen von interpersonaler Kommunikation unterstützt werden müßten (Zwei-Stufen-Fluß von Kommunikation). Ferner verweist er auf die Wichtigkeit der politischen und materiellen Entstehungsbedingungen massenmedialer Kommunikation in EL. Vgl. Heine: Dritte Welt, S. 25.

⁵² Schramm, Wilbur: Mass Media and National Development, Stanford/Paris 1964 (künftig Schramm: Mass Media).

⁵³ Vgl. Schramm: Mass Media, S. 252.

⁵⁴ „There must be willingness to defer gratifications until the nation as a whole can afford them. [...] there must be acceptance of group or national goals over and above some individual goals.“ Chu, Godwin G.: Communication and Development: Schramm's Contributions, in: Westley, Bruce H. (Hrsg.): Journalism monographs, No. 36, Oct. 1974: Contributions of Wilbur Schramm to Mass Communication Research, S. 17-23, hier: S.20. Selbst wenn Schramm es nicht so meinte, wirkt die Aufforderung an die materiell ohnehin Benachteiligten, ihre Bedürfnisse hintanzustellen bis die gesamte Nation Entwicklungserfolge erzielt, angesichts bestehender gewaltiger Verteilungsunterschiede innerhalb der Entwicklungsländer ausgesprochen zynisch.

⁵⁵ Schramm: Mass Media, S. 131.

⁵⁶ Neben der ‚teacher‘-Funktion sollten Medien zudem als ‚watchmen‘ für den Informationsaustausch zwischen Stadt und Land, Gesellschaft und Regierung und EL und IL sorgen und als ‚policy makers‘ politische Prozesse und Entscheidungen beeinflussen. Vgl. Schramm: Mass Media, S. 127-141.

Auch die erweiterten Modernisierungsmodelle in der Nachfolge Lernalers werden wegen ihrer Kommunikations- und Medienwirkungsvorstellungen und der Vernachlässigung materieller Rahmenbedingungen, gesellschaftlicher und weltwirtschaftlicher Strukturen kritisiert. Selbst die zaghaften Lokalisierungs- und Partizipationsaspekte finden bei Kritikern wie Luyken wenig Gnade, da sie nur dem Ziel dienen,

„[...] die von den Metropolen als notwendig erachteten Modernisierungsimperative nun so am erfolgreichsten zu vermitteln. Dergestalt können die zum Wandel gezwungenen, zu ihrer optimalen Funktionalisierung dazu fortan zwar einiges äußern, haben jedoch weiterhin nichts zu sagen.“⁵⁸

Doch den modernisierungstheoretischen Vertretern der Entwicklungskommunikationsforschung kommt zumindest das Verdienst zu, sich erstmals systematisch mit dem Zusammenhang massenmediale Kommunikation – soziale Entwicklung auseinandergesetzt und so entscheidend zur internationalen Kommunikationswissenschaft beigetragen zu haben.

1.2 Das Diffusionsmodell

Auf den Annahmen Lernalers und anderer Modernisierungstheoretiker baut auch die Diffusionsforschung auf, die allerdings nicht in makrotheoretischer Ausrichtung den gesamten Entwicklungsprozeß im Auge hat, sondern konkret die Kommunikation darin untersucht, angeleitet von der praxisrelevanten Frage nach dem effektivsten Einsatz von Kommunikation im Dienste von Entwicklung. Trotz ihrer interdisziplinären Wurzeln und Ausrichtung kann man damit die Diffusionsforschung in der hier betrachteten Ausformung der Medienwirkungsforschung zuordnen.⁵⁹

Für die Entwicklungskommunikation ist besonders die Arbeit Everett Rogers' von Bedeutung. In Anlehnung an Lerner vertritt er die Auffassung, daß soziale Entwicklung maßgeblich von Kommunikation, konkret von der Verbreitung von Neuerungen abhängt. Er beschreibt sozialen Wandel als dreistufigen Prozeß, an dessen Beginn das Entstehen neuer Ideen steht („invention“), die dann den Menschen vermittelt werden („diffusion“) und schließlich zu Veränderungen führen („consequences“).⁶⁰ Die Entscheidung für oder

⁵⁷ Vgl. Schramm: Mass Media, S. 114-126.

⁵⁸ Luyken: 25 Jahre, S. 112.

⁵⁹ Vgl. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 20.

⁶⁰ Vgl. Rogers, Everett M./F. Floyd Shoemaker: Communication of Innovations. A Cross-Cultural Approach, 2nd ed., New York/London 1971, S. 38 (künftig Rogers/Shoemaker: Communication of Innovations).

gegen eine neue Idee stelle wiederum einen Prozeß dar („innovation-decision process“), der sich in die Stufen ‚Kenntnisnahme‘, ‚Überzeugung‘, ‚Entscheidung‘ und ‚Bestätigung‘ einteile und von Kommunikation bestimmt werde.⁶¹

Rogers geht von dem von Lazarsfeld beschriebenen Zwei-Stufen-Fluß der Kommunikation aus und relativiert im Vergleich zu anderen theoretischen Ansätzen die Bedeutung der Massenmedien. Er räumt ihnen lediglich in der Phase der ‚Kenntnisnahme‘, in der eine Innovation bekannt gemacht wird, eine starke Wichtigkeit ein. In der für die Annahme oder Ablehnung der Innovation entscheidenden zweiten Phase der ‚Überzeugung‘ spielten dagegen interpersonale Kommunikationskanäle die größere Rolle. Persönlicher Kontakt und direkte Kommunikation könnten also das soziale Verhalten der Bevölkerung stärker beeinflussen als die Massenmedien.⁶² Ferner unterscheidet Rogers die Kommunikationskanäle nach ihrer Quelle. Kanäle mit weltweitem Bezug seien in ihrer Informationsfunktion, Kanäle mit lokaler Verankerung in ihrer Überzeugungsfunktion wichtiger.⁶³ Für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie wäre es somit entscheidend, massenmediale mit interpersonalen Kanälen, internationale mit lokalen Quellen zu verknüpfen.

Die Medienrezipienten teilen sich hier in aktive und passive Teilnehmer, in Meinungsführer und Meinungsfolger auf. Aufgrund ihres starken Einflusses sind Meinungsführer, die nach Rogers bestimmte Charakteristiken wie größere soziale Partizipation oder stärkere Innovationsfähigkeit besitzen, für die Verbreitung von Innovationen und damit für den Entwicklungsprozeß von enormer Bedeutung.⁶⁴ Daß in dieser Rolle auch die Möglichkeit liegt, den Entwicklungsprozeß gezielt von außen zu beeinflussen, wird deutlich, wenn Rogers von „change agents“ spricht: „A *change agent* is a professional who influences innovation decisions in a direction deemed desirable by a change agency.“⁶⁵

⁶¹ Vgl. Rogers/Shoemaker: Communication of Innovations, S. 132. In der dritten Auflage seines Buches fügt er noch eine fünfte Phase hinzu. Zwischen „Entscheidung“ und „Bestätigung“ tritt dort die Phase „Durchführung“ („implementation“), in welcher die neue Innovation in Gebrauch genommen wird. Vgl. Rogers, Everett M.: Diffusion of Innovations, 3rd ed., New York/London 1983, S. 206.

⁶² Rogers stellt verschiedene idealtypische Kategorien auf, in die sich die Bevölkerung einteilen ließe nach der Schnelligkeit mit der sie Innovationen annimmt: „Innovators“, „early adopters“, „early majority“, „late majority“, „laggards“). Vgl. Rogers/Shoemaker: Communication of Innovations, S. 195.

⁶³ Vgl. Rogers/Shoemaker: Communication of Innovations, S. 266.

⁶⁴ Vgl. Rogers/Shoemaker: Communication of Innovations, S. 225.

⁶⁵ Rogers/Shoemaker: Communication of Innovations, S. 248 (kursiv im Original).

Rogers wird der Vorwurf gemacht, daß er Rolle und Funktion des „change agents“, der die Innovationen, also die anvisierten Entwicklungsziele, von außen in die zu entwickelnde Gesellschaft hineinträgt, nicht kritisiert, sondern als normalen und im Hinblick auf die eigenen Entwicklungsvorstellungen beabsichtigten Vorgang beschreibt. Zwar räumt er ein, daß der „change agent“, um Erfolg zu haben, im Einklang mit den Bedürfnissen der Bevölkerung handeln müsse⁶⁶, doch bleibt der gesamte Innovations- und Kommunikationsentwurf Rogers' von einer vertikalen, von oben nach unten verlaufenden Ausrichtung bestimmt. Kanäle, die von unten nach oben verlaufen und über die die Bevölkerung ihre Bedürfnisse selber formuliert, sind nicht vorgesehen. Auch wird nicht problematisiert, sondern eher befürwortet, daß sich die vorgesehenen Meinungsführer nicht unbedingt im Umfeld der Betroffenen befinden, sondern privilegierten Kreisen angehören. So ist nicht unbedingt davon auszugehen, daß sich das Interesse der Meinungsführer an Innovationen mit dem der Meinungsfolger deckt. Ferner werden die Diffusionsforscher wegen ihrer Technologiegläubigkeit kritisiert, wonach Innovationen zunächst einmal als positiv gesehen werden, ohne das soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Umfeld der Betroffenen zu berücksichtigen.⁶⁷

Die entwicklungspolitische Praxis der fünfziger und sechziger Jahre stand ganz im Zeichen modernisierungstheoretischer Strategien. Mangel und Unterentwicklung sollten durch Technologie- und Kapitalzufuhr von außen – durch Entwicklungshilfe und Investitionen – überwunden werden. Dabei ging man gemäß der Wachstumsstrategie davon aus, daß sich Fortschritte und Entwicklungserfolge in einem Bereich durch einen Durchsickereffekt (trickle down) auch auf andere Sektoren und schließlich die armen Bevölkerungsschichten positiv auswirken würden. Doch trotz anfänglicher Erfolge mußte man gegen Ende der sechziger Jahre eine negative Bilanz ziehen und konstatieren, daß sich die Entwicklung der Dritten Welt offensichtlich in einer Krise befand.⁶⁸

1.3 Dependencia-Ansätze

⁶⁶ Eine Einschränkung, die Rogers auch erst in der zweiten Auflage seines Buches von 1971 und noch nicht im Original von 1962 macht. Vgl. Heine: Dritte Welt, S. 27.

⁶⁷ Vgl. Heine: Dritte Welt, S 28.

⁶⁸ Vgl. Nuscheler, Franz: Das Nord-Süd-Problem, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Grundwissen Politik, 2. Aufl., Bonn 1993, S. 335-422, hier: S. 380-381 (künftig Nuscheler: Nord-Süd-Problem).

Als Ergebnis der kritischen Auseinandersetzung mit den Modernisierungsansätzen sowie der Suche nach einer Erklärung für Unterentwicklung, Wirtschaftskrisen und ausbleibende Entwicklungserfolge entstanden Mitte der sechziger Jahre in Lateinamerika entwicklungstheoretische Entwürfe, die den Begriff der Abhängigkeit (span.: *dependencia*) in den Mittelpunkt rückten.⁶⁹ Vertreter dieser Ansätze sehen die Ursache für Unterentwicklung nicht in endogenen Faktoren, sondern in internationalen Strukturen. Durch den Kolonialismus seien die EL in ein Abhängigkeitsverhältnis von den IL gedrängt worden, das weiter fortbestehe durch die Integration der EL in den Weltmarkt, dessen Bedingungen („terms of trade“, ungleiche internationale Austauschbeziehungen) die kapitalistischen IL (Zentren) zum Nachteil der EL (Peripherien) diktierten.⁷⁰ Die Abhängigkeitsstruktur werde dadurch gefestigt, daß die herrschenden Klassen der Peripherien aufgrund weitgehend gleicher Interessen den Zentren als Brückenkopf für die Durchsetzung ihrer Interessen dienten. Eine entsprechende Interessenharmonie und Solidarität zwischen der Peripherie der Zentren (IL) und der Peripherie der Peripherie (EL) gebe es dagegen nicht.⁷¹

1.3.1 Kultur- und Kommunikationsimperialismus

Die sich eigentlich auf ökonomische Kategorien beziehende Theorie der Abhängigkeiten wurde auch auf internationale Kommunikationsbeziehungen übertragen. Die Zentren beherrschten wie die Weltwirtschaft auch die internationale Kommunikation, was für die EL ebenfalls negative Folgen habe. Durch die Ausbreitung ihrer Hardware betrieben die IL

⁶⁹ Vgl. Boeckh, Andreas: Abhängigkeit, Unterentwicklung und Entwicklung: Zum Erklärungswert der Dependencia-Ansätze, in: Nohlen, Dieter/Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd.1, 2. Aufl., Bonn 1982, S. 133-151 (künftig Boeckh: Abhängigkeit). Boeckh weist darauf hin, daß man von einer einheitlichen Dependencia-Theorie mangels eines übereinstimmenden Verständnisses von zentralen Begriffen nicht sprechen könne. Deshalb soll hier nur der dependenztheoretische Grundkonsens berücksichtigt werden.

⁷⁰ Vgl. Servaes: Development Communication, S. 26 oder Boeckh, Andreas: Dependencia-Theorien, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, 10. Aufl. Reinbek bei Hamburg 1998, S. 171-175 (künftig Boeckh: Dependencia-Theorien).

⁷¹ Wie Unterentwicklung zu beseitigen ist wird kontrovers diskutiert. Neo-marxistische Vertreter halten eine Revolution für notwendig, die bürgerlich-nationalistische Richtung präferiert eine Abkopplung vom Weltmarkt. Wie Revolution oder Abkopplung aber realisiert werden können, ist ebenfalls umstritten. Vgl. Boeckh: Dependencia-Theorien, S. 172 und Rullmann: Modernisierung und Dependenz, S. 32-35. Rullmann fügt an, daß man Galtungs „Theorie des strukturellen Imperialismus“, auf der die Brückenkopf-These beruht, trotz ähnlicher Grundannahmen nicht eindeutig der Schule der Dependencia-Ansätze zuordnen könne. Grossenbacher und Boeckh fassen sie dagegen darunter. Da hier sowieso lediglich ein grober Überblick geleistet werden kann, soll auch hier der Imperialismus-Ansatz unter die Dependencia gefaßt werden. Vgl. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 15-16 und Boeckh: Dependencia-Theorien, S. 173.

Kommunikations-, durch das Einbringen von Medieninhalten in die Länder der Peripherie Kulturimperialismus.⁷² So sieht bspw. Schiller im nordamerikanischen Hard- und Software-Export in periphere Länder die Verwirklichung ökonomischer und ideologischer Interessen und befürchtet neben der Gefährdung einer eigenständigen Entwicklung auch den kulturellen Identitätsverlust der EL.⁷³ Anderen Vertretern des kommunikationsimperialistischen Ansatzes zufolge bestehen die kulturellen Auswirkungen des internationalen Kommunikationssystems darin, daß 1) die Bevölkerung der EL beginne, westliche, auf Konsum und Materialismus ausgerichtete, Werte und Lebensstile zu kopieren, 2) benachteiligte Schichten noch weiter an den Rand gedrängt würden und 3) „[...] die lokale Kulturindustrie in Abhängigkeit von internationaler Werbung[...]“⁷⁴ gerate. Massenmedien werden hier also nicht als Initiator, sondern als Verhinderer von Entwicklung gesehen.

1.3.2 Kritik an den Dependencia-Ansätzen

An den Dependencia-Ansätzen wurde kritisiert, daß sie bei der Konzentration auf wirtschaftliche Faktoren (ein Vorgehen, das sie mit den Modernisierungsansätze gemein haben) und exogene Gründe für Unterentwicklung die Unterschiede in den verschiedenen EL außer acht ließen. Die Differenzierungstendenzen der EL und nicht zuletzt die Entwicklung der ostasiatischen Schwellenländer, die ihre Erfolge genau mit der von der Dependencia verurteilten Einbindung in den Weltmarkt erzielten, konnten Dependencia-Theoretiker nicht mehr erklären. Ferner seien deren Annahmen und Schlußfolgerungen weniger eine Erklärungen liefernde Theorie als bloße Zustandsbeschreibung der Situation Lateinamerikas und deshalb wenn überhaupt nur sehr bedingt auf andere Entwicklungsregionen übertragbar.⁷⁵

Die Kommunikationsvorstellung der Dependencia-Theoretiker unterscheidet sich im Grunde nicht von der der Modernisierungsvertreter. Auch sie gehen davon aus, daß Massenmedien in der Lage sind, Einstellungen und Handlungsweisen von Individuen zu ändern. Der einzige Unterschied liegt in der Bewertung dieses Einflusses, der in den

⁷² Vgl. Rullmann: Modernisierung und Dependenz, S. 37.

⁷³ Vgl. Gedatus: Massenmedien, S. 83.

⁷⁴ Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 17.

⁷⁵ Vgl. und siehe zur weiteren kritischen Auseinandersetzung mit Dependencia-Ansätzen Boeckh: Abhängigkeit und Boeckh, Andreas: Entwicklungstheorien: Eine Rückschau, in: Nohlen, Dieter/Franz Nuscheler: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, 3. Aufl., Bonn 1993, S. 110-130.

Dependencia-Ansätzen nicht als Modernisierungsimpuls, sondern als Kulturzersetzung und damit Verhinderung von Entwicklung eingeschätzt wird. Das zugrunde liegende Kommunikationsmodell ist das gleiche, was impliziert, daß man lediglich die Medieninhalte ändern, also die kapitalistischen, kommerzialisierten Inhalte verbannen müsse, um Medien konstruktiv für Entwicklung einsetzen zu können. Es ist allerdings ein ungeklärter Widerspruch, wie diese behaupteten negativen Auswirkungen der Medien überhaupt zustande kommen können, wo doch empirische Untersuchungen zeigten, daß der Großteil der betroffenen (ländlichen) Bevölkerung gar keinen Zugang zu Massenmedien hat.⁷⁶ „In many ways dependency is the antithesis of modernization, but at the level of communication it is a continuation of it.“⁷⁷

1.4 Partizipationskommunikation

Mitte der siebziger Jahre entwarfen Wissenschaftler aus EL unter dem Einfluß der Dependenzmodelle und der Kritik an westlich-kapitalistischen Vorstellungen ein entwicklungs-theoretisches Konzept, welches die Partizipation der Bevölkerung beim Entwicklungsprozeß und die Möglichkeit, sich durch eigene Stärke, Ressourcen und Traditionen zu entwickeln (self-reliance), in den Mittelpunkt rückte. Die Kritik der Vertreter dieses Ansatzes an der bisherigen Entwicklungskommunikationsforschung bezog sich vor allem auf die Vernachlässigung der sozial-strukturellen Bedingungen innerhalb der EL, die geeignet sind, Entwicklung zu hemmen oder zu verhindern.⁷⁸

Essentiell sei für den Entwicklungsprozeß, daß die Bevölkerung auf allen Stufen (von der Planung über die Durchführung bis zur Auswertung) an Entscheidungen teilhabe. Um diese Partizipation zu erreichen, müßten Kommunikationsstrukturen geschaffen werden, die ihrerseits ebenfalls auf Partizipation beruhen. Auch innerhalb des Kommunikationsprozesses müsse auf allen Ebenen Zugang und Teilnahme möglich sein. Im Entwicklungs- wie im Kommunikationsprozeß dürfe die Bevölkerung der EL nicht länger Objekt sein, sondern müsse zum Subjekt werden, da sie, gemäß des self-reliance-

⁷⁶ Vgl. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 17-19.

⁷⁷ Servaes: Development Communication, S. 30.

⁷⁸ Vgl. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 28.

Ansatzes, über genügend Wissen und Möglichkeiten verfüge, um ihre Entwicklung in Eigenregie zu betreiben.⁷⁹

Die Ansätze der Partizipationstheorie werden im wesentlichen aus zwei Quellen gespeist: zum einen aus dem UNESCO-Diskurs über Kommunikation und Partizipation in den siebziger Jahren, zum anderen aus der Arbeit Paulo Freires.⁸⁰ Nach Freires Lehre der dialogischen Pädagogik darf der Erziehungsprozeß nicht hierarchisch strukturiert sein. Ziel ist nicht, einem untergeordneten passiven Schüler Wissen zu übermitteln, sondern im Rahmen eines Prozesses, bei dem es nur gleichberechtigte Partner gibt, ein kritisches Bewußtsein auszubilden. Dabei sei es sowohl bei pädagogischen als auch bei politischen Programmen wichtig, Umwelt, Wissen und Ansichten der Bevölkerung zu berücksichtigen. Anderenfalls betreibe man, trotz noch so guter Absichten, kulturellen Imperialismus.⁸¹

Freire lehnt also top-down-Pädagogik bzw. -Kommunikation ab und wendet sich deshalb auch gegen den Einsatz von Massenkommunikationsmitteln.⁸² Überträgt man Freires pädagogisches Konzept auf Entwicklung, so wird klar, daß Partizipationstheoretiker Entwicklungsbemühungen, die von außen ins Land kommen, ablehnen und sich auf ein Konzept autonomer Entwicklung konzentrieren.

In der Kommunikationsvorstellung der Partizipationstheoretiker steht vor allem der Prozeßcharakter im Vordergrund: Kommunikation ist ein sozialer Prozeß, der sich in einer sozialen Umwelt abspielt und durch die Interaktion verschiedener Menschen selber in der Lage ist, soziale Beziehungen zu konstituieren. Statt der Beeinflussungsfunktion, die beim Kommunikationsbild der Diffusionsforscher im Vordergrund steht, wird hier der Informationsaustausch, der sich nach den Bedürfnissen der Betroffenen richtet, betont. Gemäß Freires Forderung des dialogischen Charakters sieht das Partizipationskonzept eine

⁷⁹ Vgl. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 24-25.

⁸⁰ Freires und der innerhalb der UNESCO diskutierte Ansatz unterscheiden sich hinsichtlich des Ausmaßes, der Schnelligkeit und der Institutionalisierung der angestrebten Partizipation. Vgl. Servaes: Development Communication, S. 32.

⁸¹ Freire, Paulo: Pedagogy of the Oppressed, 3rd ed., New York 1997, S. 74-76.

⁸² Auch in seiner praktischen Arbeit orientiert sich Freire an Dialog und Selbsthilfe und setzt demgemäß Kleinmedien wie Bilder, Fotos, Dias oder Tonbänder ein. Vgl. Freire, Paulo: Erziehung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 46-63.

horizontale, empfängerorientierte, dezentralisierte und lokal verankerte Kommunikationsstruktur vor.⁸³

Indem es die Bedeutung der Eigeninitiative und des Einsatzes von small media betonte, verlieh das partizipatorische Konzept der Entwicklungsarbeit neue Impulse, wobei es in finanzieller Hinsicht bedeutend war, daß nicht mehr nur kapital- und materialintensive Medienprojekte, sondern auch der relativ günstige Einsatz von small media zu als erfolgversprechend angesehen wurde. Doch die Umsetzung des Konzepts in die entwicklungspolitische Praxis führte zu enttäuschenden Ergebnissen. Einzelne erfolgreiche Beispiele, die in der Literatur oft zitiert werden, können nicht darüber hinweg täuschen, daß eine systematische Konzeption fehlt, wie das theoretische Modell umzusetzen ist. Empirische Befunde zeigen, daß durch mangelnde Institutionalisierung der Partizipationskommunikation viele Projekte aus finanziellen und organisatorischen Gründen nicht selbsttragend arbeiten können und entweder eingestellt werden müssen oder in Abhängigkeiten geraten, die der Partizipationsidee zuwider laufen.⁸⁴

Dies hängt damit zusammen, daß auch die Partizipationstheoretiker die strukturellen Entwicklungshindernisse innerhalb der EL letztendlich außer acht lassen, obwohl sie ja gerade das den Modernisierungstheoretikern zum Vorwurf machten. Auch hinter ihrem Konzept verbirgt sich die Annahme, daß „[...] Medienkommunikation nur richtig einzusetzen sei, damit die erwünschten Effekte erreicht würden.“⁸⁵ Dabei wird der Effekt, den Gruppenkommunikation als Antrieb für sozialen Wandel entfalten kann, überbewertet, der gesellschaftliche und politische strukturelle Kontext, in den auch Partizipationskommunikation auf internationaler, nationaler und kommunaler Ebene eingebettet ist, vernachlässigt. So kann Partizipation nicht nur staatlichen Widerstand hervorrufen. Bemühungen, alle Teile einer Bevölkerung in Entscheidungsprozesse zu integrieren, können auch durchaus bestehenden traditionellen Hierarchien im lokalen Bereich entgegenstehen.⁸⁶

⁸³ Vgl. Servaes: Development Communication, S. 33-35.

⁸⁴ Vgl. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 30.

⁸⁵ Vgl. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 31.

⁸⁶ Vgl. Colle, Royal D.: The Pragmatics of Development Communication, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 168-174, hier: S. 170 (künftig Colle: The Pragmatics). Balit weist pragmatisch darauf hin, daß erfolgreiche Partizipationskommunikation neben der Motivation der Bevölkerung auch den politischen Willen der jeweiligen Regierung benötigt. Vgl. Balit, Sylvia: Development Communications. Essentials from a Berlin Conference Working Group, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 160-161, hier: S. 161.

In der Praxis scheint es außerdem nicht sinnvoll, massenmedialer top-down-Kommunikation jegliche Funktion und Berechtigung für den Entwicklungsprozeß abzusprechen, da diese partizipatorische Entwicklungsprojekte durchaus unterstützen kann, z.B. indem sie der Bevölkerung notwendige Informationen zu einem Entwicklungsproblem liefert, die diese dann für die Suche nach Lösungen verwerten kann. Zudem erweist sich die Forderung nach partizipatorischen Entscheidungsprozessen oftmals als nicht durchführbar, etwa in Fällen der Katastrophenhilfe, wo schnell reagiert und entschieden werden muß.⁸⁷

1.5 Die weitere Entwicklung in Wissenschaft und Politik

1.5.1 Paradigmenwechsel Mitte der siebziger Jahre

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der dependenztheoretischen Ansätze begann die klassische Entwicklungskommunikationsforschung, ihr altes modernisierungstheoretisches Paradigma zu überdenken. Hinzu kam die Enttäuschung über die Ergebnisse der Ersten Entwicklungsdekade (1961-1970), die von einer wachstumsorientierten Entwicklungspolitik gekennzeichnet war. Die großen Hoffnungen, die man in die Kommunikation als Entwicklungsfaktor gesetzt hatte, hatten sich nicht erfüllt. Obwohl sich Medien in den EL beachtlich verbreiteten und systematisch für die Entwicklungsarbeit eingesetzt wurden, blieben die Erfolge für die Länder aus, die die modernisierungstheoretische Strategie verfolgt hatten. Beabsichtigte ‚trickle-down‘-Effekte hatten offensichtlich nicht die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten erreicht.⁸⁸ Gleichzeitig verdeutlichten die Erfolge Chinas und der Erdöl exportierenden Länder, daß es offensichtlich Alternativen zum bisherigen entwicklungspolitischen Paradigma gab. Durch wachsende Umweltprobleme in den IL und die Einsicht in die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen kamen zudem Zweifel an der Möglichkeit und Wünschbarkeit der imitierenden

⁸⁷ Vgl. Colle: The Pragmatics, S. 169-170. Terminologische Schwierigkeiten führen ferner dazu, daß Partizipation nicht gleich Partizipation ist. Freies Partizipation hat nichts mit von oben verordneter Partizipation zu tun, die nichts anderes ist als Manipulation in partizipatorischer Verkleidung. Vgl. Thomas, Pradip: On the Notion of Participation, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 165-167, hier: S. 166. Servaes stellt Anforderungen auf, die wirklich partizipatorische Projekte erfüllen müßten (u.a. innere demokratische Organisation). Vgl. Servaes: Development Communication, S. 37-38.

⁸⁸ Vgl. Rogers, Everett M.: New Perspectives on Communication and Development. Overview, in: Rogers, Everett M. (Hrsg.): Communication and Development. Critical Perspectives, Beverly Hills /London 1976, S. 7-14, hier: S. 7 (künftig Rogers: New Perspectives).

Entwicklungsstrategie auf.⁸⁹ In verschiedenen Erklärungen auf internationaler Ebene, als deren bedeutendste die Rede des Weltbank-Präsidenten Robert McNamara von 1973 gilt, vollzog sich der Wandel von einer auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichteten zu einer Grundbedürfnisstrategie der Entwicklungspolitik, bei der die Bekämpfung der absoluten Armut im Vordergrund stehen sollte.⁹⁰

Die Einschränkungen der bisherigen entwicklungstheoretischen Annahmen gingen einher mit der kommunikationswissenschaftlichen Erkenntnis, daß Massenmedien keinesfalls einen direkten starken Einfluß auf Einstellungen und Verhalten und damit die Entwicklung einer Gesellschaft haben, sondern lediglich einen indirekten, unterstützenden Beitrag leisten.⁹¹ Medieninhalte, die in früheren Untersuchungen fast gänzlich außer acht gelassen worden waren, und Fragen des Medienbesitzes⁹² rückten stärker in den Mittelpunkt.

Man erkannte, daß das alte entwicklungspolitische Paradigma nicht mehr haltbar war. Zunächst nahm man vom Universalismusprinzip Abstand: „Each nation will develop in its own way.“⁹³ Das neue Entwicklungsverständnis wurde bestimmt von Begriffen wie Partizipation, Gleichheit und Freiheit. Die Betroffenen sollten auf allen Ebenen des Entwicklungsprozesses (von der Planung bis zur Durchführung von Projekten) aktiv beteiligt sein.⁹⁴ Bedürfnisorientierte Selbstentwicklungsprojekte auf lokaler Ebene lösten als Strategieelemente von oben verordnete Entwicklungsmaßnahmen ab. Entwicklung

⁸⁹ Vgl. Rogers, Everett M.: *Communication and Development. The Passing of the Dominant Paradigm*, in: Rogers, Everett M. (Hrsg.): *Communication and Development. Critical Perspectives*, Beverly Hills /London 1976, S. 121-148, hier: S. 129-130 (künftig Rogers: *Communication and Development*).

⁹⁰ Vgl. Nuscheler: *Nord-Süd-Problem*, hier: S. 381-383. Neben McNamaras Rede waren vor allem der Pearson-Bericht und die Erklärung von Cocoyoc von besonderer Bedeutung. Vgl. die Einträge „Grundbedürfnisse“, „Pearson-Bericht“ und „Cocoyoc-Erklärung“ in Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt*, 10. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1998.

⁹¹ Vgl. Rogers: *Communication and Development*, S. 135.

⁹² Diktaturen in Lateinamerika, Afrika und Asien lieferten Beispiele für Massenmedien als Propagandainstrument und den dadurch entstehenden Verlust des Vertrauens der Bevölkerung in die Massenmedien. Vgl. Rogers: *Communication and Development*, S. 135.

⁹³ Rogers: *New Perspectives*, S. 8. Vgl. auch Schramm, Wilbur: *End of an Old Paradigm?*, in: Schramm, Wilbur/Daniel Lerner (Hrsg.): *Communication and Change. The Last Ten Years – and the Next*, Honolulu 1976, S. 45-48.

⁹⁴ Das klassischen Verständnis von Partizipation, das zwischen Teilnahme am politischen Prozeß und der materiellen Partizipation an Wirtschafts- und Kulturgütern unterschied, wird hier um eine dritte Komponente erweitert. Gerade die Modernisierungsvertreter tun sich mit dem Partizipationsbegriff auf theoretischer Ebene jedoch sehr schwer. Für viele besteht zwischen politischer Partizipation und demokratischen Freiheitsrechten nach westlichem Vorbild auf der einen und wirtschaftlichem Wachstum auf der anderen Seite ein Gegensatz: „Jeder Grad an Freiheit wird mit etwas Verlangsamung der Entwicklung, jeder Grad an Beschleunigung mit etwas Verlust an Freiheit bezahlt.“ Richard Löwenthal zitiert nach Nohlen, Dieter: *Partizipation*, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt*, 10. Aufl., Reinbek bei Hamburg, S. 608-610, hier: S. 609.

sollte von unten kommen anstatt von oben oktroyiert zu werden.⁹⁵ Statt der Fixierung auf Eliten und der damit verbundenen Hoffnung auf einen ‚Durchsickereffekt‘ von Entwicklungserfolgen bis zur breiten Bevölkerung sollte auf Verteilungsgleichheit (auch von Informationen) Wert gelegt werden, d.h. darauf, daß die benachteiligten Bevölkerungsgruppen direkt und nicht über Umwege von Entwicklung profitierten. Da man zudem bestimmten traditionellen Kulturmerkmalen, Techniken und Kommunikationsformen nun auch entwicklungsförderndes Potential zuschrieb, sollten sie nicht länger einfach von modernen Ideen und Technologien abgelöst, sondern sinnvoll mit diesen verbunden werden.⁹⁶

Massenmedien sollten gleichberechtigt neben anderen Kommunikationsmitteln stehen und, statt wie bisher Entwicklung quasi zu diktieren, angepaßt, d.h. unterstützend und bedürfnisorientiert⁹⁷, eingesetzt werden. Zum einen sollten sie für die Betroffenen Informationen liefern über relevante Entwicklungsprobleme und mögliche Lösungsstrategien. Zum anderen sollten sie auf umgekehrten Wege die Selbstentwicklungsprojekte und ihre Erfolge bekannt machen. Kommunikation wurde nicht mehr als einseitige Übermittlung von oben nach unten, sondern als zweiseitiger Prozeß mit wechselseitiger Rückkopplung von Sender und Empfänger gesehen. Rogers faßt dieses neue Verständnis so zusammen:

„Development communication should be viewed as a total process that includes understanding the audience and its needs, communication planning around selected strategies, message production, dissemination, reception (and perhaps interpersonal discussion with peers), and feedback, rather than just a one-way, direct communicator-to-passive-receiver activity.“⁹⁸

1.5.2 Die Diskussion um eine Neue Weltinformationsordnung (NWIO)

Die politische Auseinandersetzung um das internationale Kommunikationssystem verlief im wesentlichen parallel zur wissenschaftlichen Debatte. Wichtigste Foren waren dabei zum einen die UNESCO, zum anderen die Bewegung der Blockfreien Länder.

⁹⁵ „People cannot *be* developed; they can only develop themselves.“ Rogers: Communication, S. 131.

⁹⁶ Vgl. Rogers, Communication, S. 130-133 und Rogers, Everett M.: The Passing of the Dominant Paradigm – Reflections on Diffusion Research, in: Schramm, Wilbur/Daniel Lerner (Hrsg.): Communication and Change. The Last Ten Years – and the Next, Honolulu 1976, S. 49-52.

⁹⁷ Hier wird der Bezug zum ‚uses-and-gratification‘-Ansatz deutlich, der im Gegensatz zum früheren ‚stimulus-response‘-Modell von einem aktiven Rezipienten ausgeht, welcher die Medien seinen Bedürfnissen gemäß zu nutzen weiß. Vgl. Merten: Wirkungen, S. 317-318.

⁹⁸ Rogers: New Perspectives, S. 13.

1.5.2.1 Die gegensätzlichen Positionen

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs gelang es den USA dank der zu ihren Gunsten herrschenden Mehrheitsverhältnisse, das Prinzip vom „free flow of information“ in den Grundsätzen der UNESCO zu verankern. So war es ihnen, mit wissenschaftlicher Fundierung durch das modernisierungstheoretische Entwicklungskonzept, möglich, ihrer Kommunikationsindustrie in den EL neue Absatz- und Investitionsmärkte zu sichern, den US-amerikanischen Vorsprung in diesem Sektor weiter auszubauen und zugleich westliche Werte und Lebensvorstellungen in die Dritte Welt zu transportieren, ein Aspekt, der vor allem im sich verschärfenden Ost-West-Konflikt an Bedeutung gewann.⁹⁹ Denn die politische Ost-West-Auseinandersetzung wurde auch auf dem Gebiet der internationalen Kommunikation ausgetragen. Für die sozialistischen Staaten des Ostens gehörten Massenmedien zum Instrumentarium des Staates, weshalb die Kontrolle über Medieninhalte in den Händen des Staates liegen sollte. In der westlichen Doktrin des grenzüberschreitenden „free flow of information“ sahen sie daher eine illegitime Einmischung in innere Angelegenheiten.¹⁰⁰

Die politische Emanzipation und Dekolonisation vieler Länder der Dritten Welt veränderte in den sechziger Jahren die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der UN-Gremien und in der UNESCO. Die Auseinandersetzung um internationale Kommunikationsflüsse wurde primär zu einer Nord-Süd-Debatte. Die sozialistischen Länder schlugen sich dabei auf die Seite der EL, da sie mit ihnen die Ablehnung des westlichen „free flow“-Prinzips teilten. Das Motiv für diese Ablehnung bestand auf Seiten der EL allerdings vor allem in der Furcht vor Benachteiligung und vor Verlust der kulturellen Identität durch den Einfluß westlicher

⁹⁹ Vgl. Hoffmann: Medienfreiheit, S. 85. In der Satzung der UNESCO wird in der Präambel vom Glauben an den „free exchange of ideas and knowledge“ und in Artikel 1 von der Notwendigkeit eines „free flow of ideas by word and image“ gesprochen. UNESCO: Constitution, unter www.UNESCO.org/general/eng/about/constitution/index.html, hier: www.UNESCO.org/general/eng/about/constitution/pre.html und www.UNESCO.org/general/eng/about/constitution/i.html am 13.2.2000.

¹⁰⁰ Vgl. dazu Kleinsteubers idealtypische Gegenüberstellung des westlich-liberalen und des östlich-realistischen Mediensystems in Kleinstaub, Hans J.: Nationale und internationale Mediensysteme, in: Merten, Klaus/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994, S. 544-569. Hoffmann verdeutlicht, daß die US-Politik zwar von den sozialistischen Staaten das „free flow“-Prinzip verlangte, wobei sie mit den Menschenrechten argumentierte, es aber selber lediglich gemäß ihrer eigenen Interessen verwirklichte. Stand es gegen US-Interessen, so wurde eine Einschränkung des „free flow“ nicht nur gebilligt, sondern auch explizit verlangt, etwa im Verhältnis der BRD zur UdSSR. Vgl. Hoffmann: Medienfreiheit, S. 93-94.

Medien. 1969 wurde deshalb auf einer Konferenz erstmals innerhalb der UNESCO das Ungleichgewicht im internationalen Kommunikationsfluß thematisiert. Die Länder der Dritten Welt bezogen sich vor allem auf die Dominanz der vier großen westlichen Nachrichtenagenturen (AP, UPI, Reuters, AFP)¹⁰¹, kritisierten hauptsächlich die verkürzte und verzerrte Berichterstattung westlicher Medien über Themen der EL und verlangten, die internationalen Kommunikationsbeziehungen (auf inhaltlicher Ebene) ausgewogener zu gestalten.¹⁰²

1.5.2.2 Die NWIO-Debatte zwischen Kompromiß und Scheitern

Nach teilweise heftigen Auseinandersetzungen wurde 1972 das „free flow“-Prinzip erstmals eingeschränkt. Die Möglichkeit grenzüberschreitender Satellitenrundfunkdirektübertragungen führte zum Konflikt zwischen Informationsfreiheit und staatlicher Souveränität. In der UNESCO-Satellitendeklaration wurde das „prior consent“-Prinzip für diese Frage fest geschrieben, welches besagt, daß der sendende Staat vor Beginn der Übertragung zunächst die Zustimmung des Empfängerstaates einholen muß.¹⁰³

Die von den EL wahrgenommene westliche Mediendominanz (besonders der USA), durch die man die eigene kulturelle Identität bedroht sah, wurde von verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigt¹⁰⁴, deren bekannteste die UNESCO-Studie von Nordenstreng/Varis ist. Sie kommt 1973 zu dem Ergebnis, daß sich der internationale Austausch von Fernsehprogrammen als „Einbahnstraße“ von den westlichen Exportländern zu den südlichen Empfängerländern darstellt. Diese Unausgewogenheit der Programmflüsse führe unweigerlich zu einer technologischen und inhaltlichen Abhängigkeit der Empfängerregionen (besonders Afrika) vom Westen. Außerdem wurde befürchtet, daß die durch ausländische Medien übermittelten westlichen Werte und Leitbilder zu einer globalen Kulturhomogenisierung US-amerikanischer Prägung führten

¹⁰¹ AP (Associated Press) und UPI (United Press International) sind US-amerikanische Agenturen, Reuters ist eine britische, AFP (Agence France Press) eine französische Agentur.

¹⁰² Vgl. Berwanger, Dietrich: Die Neue Internationale Informationsordnung und die UNESCO-Mediendeklaration, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg., 1/1980, S. 7-20 (künftig Berwanger: Die NIIO).

¹⁰³ Vgl. Breunig, Christian: 50 Jahre Kommunikationspolitik der UNESCO, in: Nord-Süd aktuell, 4. Quartal 1996, S. 697-704, hier: S. 697 (künftig Breunig: 50 Jahre).

¹⁰⁴ Erste Studien, die eine Unausgewogenheit der globalen Nachrichtenströme konstatieren, wurden bereits in den fünfziger Jahren durchgeführt. Vgl. Berwanger: Die NIIO, S. 11.

und Entwicklung verhinderten, da sie nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung in der Dritten Welt entsprächen.¹⁰⁵

Als Reaktion auf die „Informationslawine“ des Westens und die dadurch betriebene „Gesinnungsmassage“¹⁰⁶ beschlossen die Blockfreien Länder auf der Vierten Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs 1973 in Algier verstärkten Informationsaustausch, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit der EL untereinander¹⁰⁷ und forderten zum ersten Mal die Umstrukturierung der internationalen Kommunikationsflüsse. Auf der Gipfelkonferenz in Lima (1976) forderten sie dann explizit eine „*neue internationale Informationsordnung*“¹⁰⁸ und verknüpften diese Forderung mit der Diskussion um eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO).¹⁰⁹ Zum einen sah man in einer veränderten internationalen Kommunikationsstruktur – verbesserte Kommunikation der EL untereinander und stärkerer Informationsfluß von Süd nach Nord, um in den IL Politik und Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer NWWO zu überzeugen – die Voraussetzung für die Durchsetzung der NWWO. Zum anderen sind Kommunikationshardware (Technik, Infrastruktur) und Software (Programme) auch Bestandteil der Wirtschaftsbeziehungen.¹¹⁰

¹⁰⁵ Spätere Untersuchungen bestätigten diesen Befund. Die aufgrund dieser Kommunikationsdominanz des Westens befürchtete Homogenisierung der Kulturen konnte dagegen nicht belegt werden. Doch könne man von einer ebenso von einer Angleichung der Mediensysteme der EL an die der IL sprechen, welche sich durch Kommerzialisierungs- und Liberalisierungstendenzen auszeichne, wie von einer westlich diktierten Standardisierung der Auffassung von Journalismus und journalistischer Arbeitsweisen. Vgl. Rullmann: Modernisierung und Dependenz, hier: S. 43-45 und Heine: Dritte Welt, S. 34.

¹⁰⁶ Hoffmann: Medienfreiheit, S. 24.

¹⁰⁷ Die Kooperation der EL im Kommunikationssektor mündete 1975 in den „Pool der Nachrichtenagenturen der nichtpaktgebundenen Länder“. Vgl. zum Nachrichtenpool Metzke-Mangold, Verena: Die alternativen Nachrichtenagenturen: Nachrichtenpool der blockfreien Staaten und Inter Press Service, in: Steinweg, Reiner (Hrsg.): Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die Neue Internationale Informationsordnung, Frankfurt a. M. 1984, S. 202-228, hier: S. 206-215 (künftig Metzke-Mangold: Nachrichtenagenturen).

¹⁰⁸ Zitat nach Breunig: 50 Jahre, S. 699 (kursiv bei Breunig). Breunig weist darauf hin, daß die Begriffe „Internationale Informationsordnung“ und „Weltinformationsordnung“ synonym verwandt werden, dem Wortsinn nach aber ein Bedeutungsunterschied dergestalt vorliegt, daß „international“ eine zwischenstaatliche, „Welt-“ aber eine supranationale Ordnung impliziert. Eine Übereinstimmung in der Terminologie gibt es auch in der Literatur nicht. „Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung“ (vgl. Gedatus: Massenmedien, S. 516), „Neue Internationale Informationsordnung“ (vgl. Berwanger: Die NIIO) oder „Neue Weltinformations- und – kommunikationsordnung“ (vgl. Becker, Jörg: Marginalisierte Debatte, in: epd Entwicklungspolitik, 15/16 1998, S. 19-22 (künftig Becker: Marginalisierte Debatte)) werden weitgehend synonym verwandt. Hier wird im weiteren Breunigs Begriff der „Neue Weltinformationsordnung“ (NWIO) (vgl. Breunig: 50 Jahre) benutzt, auch um die Parallele zur Diskussion um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ deutlich zu machen.

¹⁰⁹ Die Errichtung einer NWWO war nach einer Deklaration der UN-Vollversammlung vom 1.5.1974 erklärtes Ziel der Vereinten Nationen. Vgl. Berwanger: Die NIIO, S. 15.

¹¹⁰ Vgl. Gedatus: Massenmedien, S. 516-520.

Der Bereich Kommunikation wurde aus dem in der UNO verhandelten Komplex NWWO ausgekoppelt und getrennt als Debatte um eine NWIO in der UNESCO verhandelt. Die Auseinandersetzungen¹¹¹ mündeten 1978 in die sogenannte Mediendeklaration der UNESCO¹¹², die einen Versuch bildete, zugleich der westlichen wie der südlichen (und östlichen) Kommunikationsauffassung gerecht zu werden. So ist in Artikel 1 sowohl vom „freien Austausch“ als auch von einer „umfassendere[n] und ausgewogenere[n] Verbreitung von Informationen“ die Rede.¹¹³ Ferner schreibt die Präambel die Berechtigung der Forderung der EL nach einer „neuen, gerechteren und leistungsfähigeren Weltinformations- und -kommunikationsordnung“ fest.¹¹⁴ Auch die übrigen Inhalte der Mediendeklaration – u.a. Festschreibung von Aufgaben der Massenmedien wie der Einsatz gegen Kriegshetze, Rassismus und Apartheid oder die Unterstützung unterdrückter Völker, Hervorhebung der kulturellen Identität der Völker – verdeutlichen den Versuch, gleichermaßen westlich-demokratische, östlich-sozialistische und die Interessen der EL zu berücksichtigen.¹¹⁵

Um die Probleme der internationalen Kommunikationsstrukturen auch wissenschaftlich zu beleuchten, berief die UNESCO 1976 eine Expertenkommission ein. Diese legte ihren Abschlußbericht, den nach dem Vorsitzenden der Kommission benannten MacBride-Report, 1980 der 21. Generalkonferenz in Belgrad vor. Zum einen stellt der Report die ungleiche Verteilung von materiellen Kommunikationsmitteln und der Möglichkeiten, an Kommunikation zu partizipieren, fest und betont, daß dieses Ungleichgewicht zur strukturellen Benachteiligung und Abhängigkeit führt, auf globaler Ebene der EL und innerhalb der EL von benachteiligten Bevölkerungsgruppen (z.B. Landbevölkerung, Frauen).¹¹⁶ Zum anderen legt der Report einen Empfehlungskatalog vor. Darauf und auf der Mediendeklaration aufbauend wurden auf der Belgrader UNESCO-Generalkonferenz Elemente einer NWIO formuliert: Freier, umfassenderer und ausgewogenerer Informationsfluß, Informationsvielfalt, Presse- und Informationsfreiheit, Hilfe für die EL

¹¹¹ Siehe zur Vorgeschichte der UNESCO-Mediendeklaration Berwanger: Die NIIO.

¹¹² Die offizielle Bezeichnung der Mediendeklaration lautet „Erklärung über die Grundprinzipien für den Beitrag der Massenmedien zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, zur Förderung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Rassismus, Apartheid und Kriegshetze“. UNESCO: Resolution der 20. Generalkonferenz der UNESCO am 28. November 1978 in Paris, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg., 1/1980, S. 106-109 (künftig UNESCO: Resolution).

¹¹³ UNESCO: Resolution, hier: S. 107.

¹¹⁴ UNESCO: Resolution, hier: S. 106.

¹¹⁵ Vgl. Breunig: 50 Jahre, S. 699.

¹¹⁶ Vgl. Rullmann: Modernisierung und Dependenz, S. 41.

bei der Erweiterung ihrer Medienkapazitäten und beim Aufbau nationaler Kommunikationssysteme, Abwehr der Kommerzialisierung von Kommunikation und von Monopolisierungstendenzen durch Großkonzerne, Bewahrung der kulturellen Identität, Demokratisierung von Kommunikation in Zusammenhang mit dem allgemeinen Recht auf Verbreitung und Empfang von Informationen.¹¹⁷

Die Jahre 1978-1980 bildeten mit Mediendeklaration, MacBride-Report und Belgrader UNESCO-Generalkonferenz den Höhepunkt der Debatte um eine NWIO. Die Bedeutung liegt vor allem darin, daß der Versuch gemacht wurde, die verhärteten, von gegensätzlichen Ideologien geprägten Fronten aufzuweichen und zu einem kommunikationspolitischen Kompromiß zu gelangen, der die Chance hatte, in die Praxis umgesetzt zu werden. Erstmals wurden grundlegende internationale Prinzipien für die Stellung, Funktionen und Aufgaben der Massenmedien beschlossen und die Massenmedien in einen rechtlichen und normativen Rahmen eingebettet.¹¹⁸ Zudem wurde die Absicht bekräftigt, die EL zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, was zumindest für die Medienförderungspraxis der Bundesrepublik eine Art Signalwirkung für verstärktes Engagement hatte.¹¹⁹

Berwangers Hoffnung angesichts der Ergebnisse der Mediendeklaration, daß nun die NWIO „[...] nicht mehr Gegenstand ideologischer Auseinandersetzungen, sondern praktischer Politik“¹²⁰ sei, war freilich verfrüht. Denn zu Beginn der achtziger Jahre verschärfte sich die politische Auseinandersetzung zwischen Befürwortern des marktwirtschaftlichen „free flow“-Prinzips und den Vertretern einer regulativen Umsetzung der NWIO zusehends und gipfelte Ende 1984 schließlich im Austritt der USA aus der UNESCO. Als Grund gaben sie an, daß die angeblich anti-westliche UNESCO-Politik eine Gefährdung der Informationsfreiheit und von Menschenrechten darstelle.¹²¹ Ein wesentlich wichtigerer Grund war aber wohl, daß die UNESCO-Politik der angestrebten Ausdehnung der US-amerikanischen Kommunikationsindustrie entgegenstand, weshalb die USA ihre

¹¹⁷ Vgl. Breunig: 50 Jahre, S. 700 und Krennerich, Michael/Michael Windfuhr: Neue Weltinformationsordnung (NWIO), in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, 10. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1998, S. 551-554, hier: S. 552.

¹¹⁸ Internationale Vereinbarungen über den Kommunikationssektor gab es freilich schon früher, etwa in den Karlsbader Beschlüssen von 1819 oder im sogenannten „Rundfunkfriedenspakt“ des Völkerbundes von 1936. Vgl. Berwanger: Die NIO, S. 9.

¹¹⁹ Vgl. Berwanger: Die NIO, S. 20.

¹²⁰ Berwanger: Die NIO, S. 19.

¹²¹ Vgl. Gedatus: Massenmedien, S. 526- 523.

medienpolitischen Aktivitäten mehr und mehr in Foren verlagerten, die stärker von wirtschaftlichen und technischen Prioritäten diktiert werden wie die ITU (International Telecommunication Union) oder die WIPO (World Intellectual Property Organization).¹²²

Auch wenn das Ziel, die EL auf dem Gebiet der Kommunikation zu unterstützen nie aufgegeben wurde, verschwand nach dem Austritt der USA (und später Großbritanniens) das Thema NWIO weitgehend von der offiziellen Agenda der UNESCO¹²³, was insofern verständlich ist, als die USA durch ihre Kommunikationsdominanz Hauptadressat der Forderung nach einer Umstrukturierung der internationalen Kommunikationsstrukturen waren.

Zur gleichen Zeit wie die politische erlahmte auch die wissenschaftliche Debatte über internationale Kommunikation. Einerseits machte sich in den achtziger Jahren in der Wissenschaft angesichts realer Entwicklungsprobleme, die oft nicht den theoretischen Prognosen und Hoffnungen entsprachen, eine gewisse Resignation breit.¹²⁴ Andererseits ließ der politisch-strategische Bedeutungsverlust der EL nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die ideologische Komponente der Entwicklungskommunikationsforschung in dieser Hinsicht obsolet werden.¹²⁵ Neu belebt wurden wissenschaftliche wie politische Diskussion über internationale Kommunikationsbeziehungen und die Frage, welche Bedeutung Kommunikation und Medien für Entwicklung haben können, durch das rasante Wachstum der ICT.

1.5.3 Entwicklungsjournalismus

Im Zusammenhang mit der NWIO-Debatte und der darin geäußerten Kritik an der westlichen Berichterstattung über die EL, kam die Frage auf, ob ein Journalismus europäischer und US-amerikanischer Prägung für die EL überhaupt geeignet sei. Schließlich sollten Kommunikation und Medien zur nationalen Entwicklung beitragen. So

¹²² Ferner paßte der UNESCO-Austritt zur US-Politik, internationale Gremien zu meiden, deren Abstimmungsmodus sich am „one country, one vote“-Prinzip orientiert, in denen die USA also jederzeit problemlos überstimmt werden können. Vgl. Becker: Marginalisierte Debatte, S. 20.

¹²³ Vgl. Becker: Marginalisierte Debatte, S. 20.

¹²⁴ Vgl. Gedatus: Massenmedien, S. 513-514.

¹²⁵ Vgl. Rullmann: Modernisierung und Dependenz, hier: S. 45.

forderten Politiker aus EL bereits in den sechziger Jahren einen neuen Journalistentypus, der seine Arbeit im Dienst des geplanten gesellschaftlichen Wandels erledige.¹²⁶

Diese Auffassung von journalistischer Arbeit bezeichnet man als „Entwicklungsjournalismus“. In der Literatur gibt es jedoch kein einheitliches Konzept zum Entwicklungsjournalismus, sondern eine Fülle verschiedener, teils sich widersprechender Ansätze mit jeweils anderen Schwerpunkten, die zumeist ein idealtypisches, normatives Leitbild beschreiben. Einige sehen gemäß modernisierungstheoretischer Vorstellungen Journalisten als Erzieher der Bevölkerung zu modernen Individuen, andere sehen demgegenüber im Entwicklungsjournalismus gerade den Gegenentwurf zum westlich geprägten Journalismus in den EL, der entsprechend dem Dependencia-Konzept als Brückenkopf für die IL dient und system- und herrschaftsstabilisierende Funktion hat. Einige fordern eine radikale Deprofessionalisierung der Kommunikation mit maximaler Partizipation der Bevölkerung, andere sehen Entwicklungsjournalismus als Staats- und/oder Parteiinstrument, das z.B. durch stärkere Betonung von „good news“ (im Gegensatz zum westlichen Grundsatz „Only bad news are good news.“) ein von den jeweiligen Herrschaftsträgern vorgegebenes Wohl des Landes zu stützen hat. Der gemeinsame Nenner der diversen Ansätze besteht lediglich in der Auffassung, daß Journalismus dem geplanten sozialen Wandel dienen soll.¹²⁷

Ein Grund für die verschiedenen Vorstellungen von Entwicklungskommunikation besteht in den unterschiedlichen politischen, kulturellen und gesellschaftlicher Realitäten in den EL.¹²⁸ So scheitern viele Ansprüche an die journalistische Arbeit an rechtlichen und politischen Beschränkungen der Pressefreiheit.¹²⁹ Inhaltsanalysen von Medienaussagen in EL haben zudem gezeigt, daß sich offensichtlich das Verständnis eines Entwicklungsjournalismus nicht durchgesetzt hat. Hingegen finden sich hauptsächlich

¹²⁶ Vgl. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 60-62.

¹²⁷ Vgl. Kunczik, Michael: „Development Journalism“ – ein neuer Journalistentypus?, in: Publizistik, 31. Jg., 3/4/1986, S. 262-277 (künftig Kunczik: Development Journalism).

¹²⁸ Diesen Punkt betont auch der systemtheoretische Ansatz: „Die Möglichkeit der Durchsetzung eines Development Journalism hängt [...] ab vom Wertklima im Subsystem Massenkommunikation [...] sowie ganz ent-scheidend von der Umwelt, und zwar insbesondere der Politik.“ Kunczik: Development Journalism, S. 267.

¹²⁹ In den ASEAN-Staaten bspw. habe sich als Folge jahrzehntelanger Kontrolle bei Journalisten eine Art vorausseilender Gehorsam gebildet, der sich in Selbstzensur der eigenen Arbeit ausdrücke. Vgl. Tan, Abby/Thomas Bernd Stehling (Hrsg.): The ASEAN Media Directory, Manila (KAS) 1998, S. XII (künftig Tan/Stehling: ASEAN Media Directory).

Berichterstattungsmuster und Nachrichtenfaktoren westlichen Ursprungs wie etwa Konzentration auf Metropolen statt Peripherie, Ereignisse statt Hintergründe oder Prominenz.¹³⁰

Auch wenn Entwicklungsjournalismus weder als einheitliches theoretisches Konzept existiert noch in der Realität journalistischer Arbeit in EL angemessen verwirklicht wurde, lebt die Vorstellung von und der Wunsch nach einem alternativen Journalismus als Gegenentwurf zur westlichen Journalismusauffassung, die Unterhaltung als eine Hauptfunktion, Liberalisierung und Kommerzialisierung der Kommunikation betont, in der Diskussion durchaus weiter. Dabei ist man sich jedoch bewußt, daß aufgrund der Verschiedenheit der kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Realitäten in den EL ein einheitliches, genau umrissenes Konzept von Entwicklungsjournalismus weder möglich noch wünschenswert ist, sondern flexibel und situationsbezogen gestaltet sein muß.¹³¹

1.6 Vernetzung: Neue Medien – alte Strategien?

Innerhalb der UNESCO bemühte man sich seit Mitte der achtziger Jahre um eine ideologiefreie Kommunikationsdebatte, wobei kulturelle und rechtliche Aspekte (Pressefreiheit) die Verteilungsfrage als Schwerpunkt ablösten. In der Blockfreien Bewegung blieb die Forderung nach einer NWIO zwar aktuell, doch der Einfluß der Bewegung ging durch das Ende des Ost-West-Konflikts deutlich zurück¹³², und die wachsende Differenzierung der EL erschwerte in fast allen politischen Fragen zusehends die Formulierung gemeinsamer Positionen.¹³³ Daher verlagerten sich die politisch entscheidenden Debatten um internationale Kommunikationsbeziehungen besonders im

¹³⁰ Vgl. Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 61-62. Siehe zu Nachrichtenfaktoren westlicher Vorstellung Ruhrmann, Georg: Ereignis, Nachricht und Rezipient, in: Merten, Klaus/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994, S. 237-256 und zu verschiedenen Berichterstattungsmustern Schmidt, Siegfried J./Weischenberg: Mediengattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen, in: Merten, Klaus/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994, S. 212-236.

¹³¹ Vgl. zum Beispiel Second Round Table on Communication for Development, 20th General Assembly & Scientific Conference of the International Association for Mass Communication Research (IAMCR), Sydney 1996, unter [www.kubrusel.ac.be/psw/pcr/newsletter5\(1\)1997/secondro.html](http://www.kubrusel.ac.be/psw/pcr/newsletter5(1)1997/secondro.html) oder Ali, Owais Aslam: Freedom of the Press and Asian Values in Journalism, unter www.oneworld.org/ppf/publications/asianvalue.htm, beide am 15.2.2000.

¹³² Vgl. Becker: Marginalisierte Debatte, S. 21.

¹³³ Vgl. Tetzlaff, Rainer: Die Dekolonisation und das neue Staatensystem, in: Kaiser, Karl/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die neue Weltpolitik, Bonn 1995, S. 34-55, hier: S. 50.

Hinblick auf ICT in Organisationen und Gremien, bei denen technologische und wirtschaftliche Determinanten im Mittelpunkt stehen (WTO, G7-Verhandlungen, ITU u.a.). Dies hängt damit zusammen, daß sich der ICT-Sektor, der durch das Zusammenwachsen von Telekommunikation und Computertechnologie, von Individual- und Massenkommunikation gekennzeichnet ist, in wenigen Jahren zu einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige entwickelt hat.¹³⁴

Im globalen Handel mit ICT zeigen sich jedoch genauso wie beim Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationsmedien die altbekannten Asymmetrien zuungunsten der Länder des Südens: Die reichsten 20 % der Weltbevölkerung machen 93,3 % der Internet-Nutzer und 74 % der Telefonbesitzer aus, die ärmsten 20 % lediglich 0,2 % und 1,5 %.¹³⁵ Die Telefondichte betrug in Afrika 1996 14/1000 Einwohner und 108/1000 in Lateinamerika gegenüber 640/1000 in den USA.¹³⁶ Hinzu kommen enorme regionale Unterschiede. So befinden sich von allen Telefonen Afrikas rund 90 % und von den rund 1,2 Millionen Internet-Nutzern rund 800.000 in Südafrika, dem einzigen Land des Kontinents, das eine mit dem Westen vergleichbare Kommunikationsinfrastruktur aufweist.¹³⁷ Doch der „[...] statistische Durchschnittsafrikaner telefoniert weniger als eine Minute im Jahr.“¹³⁸

¹³⁴ Vgl. Anashin: A worldwide view, S. 172, und Lob, Harald/Matthias Oel: Europa und die Informationsgesellschaft: wirtschaftspolitische Herausforderungen und regionalpolitische Chancen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/98, S. 30-38, hier: S. 31 (künftig Lob/Oel: Europa und die Informationsgesellschaft). Der Anteil der ICT-Industrie beträgt bereits 10-15 % am gesamten Welthandel. Vgl. Hamelink: Human Development, S. 25 u. 27 Besonders e-commerce gilt als Geschäft der Zukunft: Das Business-to-Business-Geschäft (B2B) soll von heute 45 Mrd. \$ bis 2003 auf 1,4 Billionen \$ steigen. Vgl. Hoffmann, Jürgen: Jenseits von Europa, in: SZ-Technik Cebit 2000, Beilage der SZ, Nr. 44, 23.2.2000, Seite V2/15. Für Süd- und Mittelamerika sagt das Marktforschungsinstitut Jupiter Communications ein Umwuchswachstum des e-commerce von heute 194 Mio. auf bis zu 8,3 Mrd. \$ bis 2005 voraus. Vgl. Jupiter Communications: Low PC Penetration, Low Credit Card Usage and Infrastructure Hinder Latin American Internet Markets, Miami 2000, unter www.jup.com/company/pressrelease.jsp?doc=pr000215 am 27.2.2000. In Deutschland wurden 1999 für rd. 150 Mio. DM Online-Anzeigen geschaltet. Vgl. DPA: Werbung im Netz nimmt weiter zu, in: SZ-Technik Cebit 2000, Beilage der SZ, Nr. 44, 23.2.2000, S. V2/28. Die Zahl der Internet-Nutzer stieg weltweit von 26 Mio. (1995) auf 205 Mio. (1999). Bis 2005 rechnet man mit 350 Mio. Nutzern. Vgl. N.N.: „Das Internet boomt weiter“, in: Tomorrow, 1/2000, S. 13(Grafik).

¹³⁵ Vgl. UNDP: Human Development Report 1999, unter www.undp.org/hdro/report.html am 20.1.2000, S. 2-3 (künftig UNDP: Human Development Report 1999).

¹³⁶ Vgl. UNDP: Human Development Report 1999, S. 53 und UNESCO (Hrsg.): World Communication and Information Report 1999-2000, unter www.UNESCO.org/webworld/wcir/en/report.html am 13.2.2000, S. 281 (künftig UNESCO: Report).

¹³⁷ Vgl. Mutume, Gumisai: Technology – Africa: Lagging Behind In Telecommunication, in: World News, 2.7.1999, unter www.oneworld.org/ips2/july99/10_31_024.html am 20.1.2000.

¹³⁸ Brüne: Afrika, S. 86.

Besonders auf Betreiben der USA steht in der internationalen Debatte¹³⁹ die Schaffung globaler Märkte für Netze, Dienste und Anwendungen im Vordergrund. Deregulierung, Privatisierung und bekannte „Konzepte der internationalen Spezialisierung und der komparativen Kostenvorteile“¹⁴⁰ sollen auch auf den Bereich der ICT angewendet werden und die globalen Kommunikationsstrukturen bestimmen.¹⁴¹ Dabei steht zum einen die kaum verhüllte Unterstützung der Expansionsbestrebung westlicher ICT-Industrien im Mittelpunkt des Interesses.¹⁴² Zum anderen versprach man sich aber, vielleicht noch stärker als bei früheren massenmedialen Neuerungen, von Beginn an von ICT ein großes Potential für den Entwicklungsprozeß. So unterschiedliche Organisationen und Gremien wie die Weltbank, die G7, UNDP, UNESCO und die African Information Society Initiative sehen übereinstimmend im Zugang zu und in der Ausstattung mit ICT ein wichtiges Instrument für die EL, ihre Entwicklung voranzutreiben und die Armut zu besiegen.¹⁴³ Die optimistischsten Stimmen schreiben ICT gar das Potential zu, EL in die Lage zu versetzen, Entwicklungsstufen zu überspringen und zu den IL aufzuschließen (leap-frogging). Selbst wenn diese Auffassung angesichts der infrastrukturellen Probleme in den meisten EL und des globalen Kommunikationsgefälles zu optimistisch erscheint, gilt als allgemeiner Konsens, daß die EL ohne Zugang zur globalen Informationsgesellschaft überhaupt keine Chance haben, wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu werden.¹⁴⁴ Auch den EL werden von internationalen Organisationen wie der Weltbank Deregulierung, Abbau von Handelsbarrieren, Reduzierung des öffentlichen Sektors und Privatisierung bisheriger

¹³⁹ Stationen dieser Debatte sind etwa die „National Information Infrastructure“ in den USA 1993, die „Global Information Society“ in Europa 1994, die „Global Infrastructure“ der G7-Konferenz 1995 und die „Information Society and Development“-Konferenz in Südafrika 1996. Vgl. Lange, Gerald: Neue Medien – Eine Chance für Entwicklungsländer? – Die Globale Informationsgesellschaft, in *Entwicklung und ländlicher Raum*, 31. Jg., Heft 2/1997, S. 3-6, hier: S. 3.

¹⁴⁰ Neyer, Jürgen: Die Dritte Welt am Netz, in: *Internationale Politik*, 51. Jg., 6/1996, S. 28-34, hier: S. 29 (künftig Neyer: Die Dritte Welt am Netz).

¹⁴¹ Diese Forderung wurde übrigens auf dem G7-Treffen in Midrand (Südafrika) im Mai 1996 über „Informationsgesellschaft und Entwicklung“ auch von den 30 teilnehmenden EL akzeptiert. Vgl. Becker, Jörg: Kommunikation und Medien, in: Hauchler, Ingomar/Dirk Messner /Franz Nuscheler: *Globale Trends 1998. Fakten – Analysen – Prognosen*, Frankfurt a. M. 1997, S. 379-397, hier: S. 396.

¹⁴² So verkündete Bill Clinton zur Funktion der neuen Technologien: „Um den Vereinigten Staaten ihre Vorreiterrolle zu sichern, ist es meine Aufgabe als Präsident der Vereinigten Staaten, Amerika so an die neuen Umstände anzupassen, daß wir die Gewinner des 21. Jahrhunderts sein werden.“ Zitiert in: Schiller, Herbert I.: *Die Kommerzialisierung von Information*, in: Leggewie, Claus/Christa Maar: *Internet & Politik*, Köln 1998, S. 134-141, hier: S. 139.

¹⁴³ Die Hoffnung auf Armutsbekämpfung zielt auf den Armutsbegriff des UNDP ab, der auch Mangel an Gesundheitsdiensten, Wissen, Kommunikation und der Ausübung politischer Rechte umfaßt. Vgl. Hamelink: *Human Development*, S. 24.

¹⁴⁴ Vgl. Hamelink, Cees J.: *New Information and Communication Technologies, Social Development and Cultural Change*, Discussion Paper No. 86, June 1997, unter <http://www.unrisd.org/engindex/publ/list/dp/dp86/toc.htm> am 6.1.2000 (künftig Hamelink: New ICTs).

Staatsmonopole als Königsweg empfohlen, um vom globalen ICT-Markt profitieren zu können.¹⁴⁵

In der äußerst regen wissenschaftlichen Diskussion über den Beitrag von ICT zur Entwicklung herrscht ebenfalls die Ansicht vor, daß ICT ein wichtiges Entwicklungsinstrument darstellen und von den EL gezielt und verstärkt eingesetzt werden sollten. Uneinig ist man sich jedoch sowohl in der Einschätzung des Ausmaßes der bestehenden Hindernisse für einen ICT-Einsatz und daraus resultierend des real zu erwartenden Nutzens als auch in der Frage, welche Strategie beim ICT-Einsatz zu verfolgen sei und ob die internationale Kommunikationspolitik, die auf Privatisierung und das freie Spiel der Kräfte abzielt, für die EL die richtige Strategie darstellt. Nahezu alle Beiträge zur Debatte berücksichtigen sowohl Chancen als auch Risiken von ICT. Uneingeschränkte Technologieeuphorie findet sich ebensowenig wie völlige Ablehnung von ICT. Dennoch lassen sich zwei Trends feststellen. Der erste stellt die Anwendungsmöglichkeiten in den Vordergrund und schätzt die Entwicklungschancen trotz aller Schwierigkeiten optimistisch ein. Der zweite betont eher die Hindernisse und Risiken und kritisiert vor allem die expansionistisch, neo-liberale Strategie. Obwohl es sich bei den beiden Positionen um aus vielen Einzelbeiträgen zusammengestellte Idealtypen handelt, die kaum so eindeutig vertreten werden, werden sie nun zur Veranschaulichung der problematisierten Punkte und Themen kurz vorgestellt.

1.6.1 ICT als Entwicklungsfaktor – die optimistische Position

Durch den Einsatz von ICT erhalten EL die große Chance, ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben und die bestehende Kluft zu den IL zu verringern. Dazu sind zunächst Reformen und neue rechtliche Rahmenbedingungen notwendig. Der Telekommunikationssektor, der in vielen Ländern lange Zeit Staatsmonopol war und oft bloß als lukrative Einnahmequelle gesehen wurde¹⁴⁶, muß privatisiert werden, der öffentliche Sektor gleichzeitig zurückgefahren, Investitions- und Handelsbarrieren abgebaut werden. So kann man ausländisches Kapital zum Aufbau von Infrastrukturen ins Land

¹⁴⁵ Vgl. The World Bank Group: Operational Strategy, unter www.worldbank.org/html/fpd/telecoms/subtelecom/operationalstrategy.htm am 24.1.2000.

holen. Zugleich garantiert das freie Spiel der Kräfte der Bevölkerung den günstigsten Zugang zu den neuen Medien. Ohne solche Reformen droht der ICT-Zug, ohne die EL abzufahren.¹⁴⁷

Im Rahmen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gibt es zahlreiche Bereiche, in denen ICT erfolgreich eingesetzt werden können:

- *Wirtschaft:* Klein- und Mittelbetriebe erhalten genauere und schnellere Informationen über Preis- und Nachfrageentwicklungen auf den Exportmärkten, können besser auf Veränderungen reagieren und so ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Da sie zugleich die Effizienz von Produktions- und Vertriebsabläufen stärken, fördern ICT die Entwicklung einer flexiblen dezentralisierten Kleinindustrie in den EL.¹⁴⁸ Außerdem entstehen in den EL neue Arbeitsfelder in der ICT-Industrie. Als Vorzeigebeispiel dafür gilt die indische Computerindustrie, die in den letzten zehn Jahren enorm angewachsen ist. Technisches Know-how gepaart mit niedrigen Lohnkosten veranlassen zahlreiche Firmen aus IL gewisse arbeitsintensive Bereiche wie etwa die Dateneingabe oder die Produktion standardisierter Software nach Indien zu verlagern. Die EL können somit von der globalen Arbeitsteilung, die sich auf den ICT-Bereich ausgedehnt hat, profitieren.¹⁴⁹
- *Demokratie:* Mit Hilfe von ICT können (in EL wie in IL) verkrustete politische Strukturen überwunden und die Bürger stärker in den politischen Prozeß eingebunden werden. Das Internet besitzt potentiell die „Fähigkeit zur Wiederbelebung“¹⁵⁰ der Demokratie. Es dient zur besseren und schnelleren Information der Bürger, zur Schaffung kritischer Gegenöffentlichkeiten, zur Organisation von Bürgerbewegungen und NGOs auch beim Kampf gegen autoritäre und totalitäre Regime (da etwa über e-

¹⁴⁶ Vgl. UNESCO: Information and Communication Technologies in Development: A UNESCO Perspective, Paris 1996, dokumentiert unter: www.itu.int/acc/rtc/UNESCO.htm am 21.12.1999 (künftig UNESCO: ICTs in Development).

¹⁴⁷ Vgl. Burke: Communication & Development, S. 82-83 und Appiah, Kwaku: Developing Participation in the Global Information Society, in: INFOethics forum for the Conference on Information Ethics in Monte Carlo, October 1998, unter www.de3.emb.net/conference/Topics/fullTexts.asp?TUSR= am 19.2.2000 (künftig Appiah: Developing Participation).

¹⁴⁸ Vgl. Afemann: Internet, S. 34 und Hamelink: New ICTs. Ein praktisches Beispiel ist das Online-Projekt PEOPLink (www.peoplink.com). Bestellungen, die per Internet aufgegeben werden, werden an die Produzenten in den Ländern weitergegeben, die dann das bestellte Produkt an die Kunden liefern. Vgl. Neuhaus, Gabriela: Globale Datenautobahn – ein Segen für alle?, in: Eine Welt, 1/1999, S. 4-6, hier: S. 6.

¹⁴⁹ Vgl. Hegener: Bits of help.

¹⁵⁰ Grossman, Lawrence K.: Der Traum des Nebukadnezar. Demokratie in der Ära des Internet, in: Leggewie, Claus/Christa Maar (Hrsg.): Internet & Politik, Köln 1998, S. 85-96, hier: S. 90 (künftig Grossman: Der Traum).

mails eine schnelle, nahezu zensur- und kontrollfreie Kommunikation möglich ist)¹⁵¹, zum engeren Kontakt von Verwaltungs- und Regierungsstellen zur Gesellschaft und – als eine Art „Knopfdruckdemokratie“ – als Mittel der direkten politischen Willensbekundung. So entsteht eine elektronische Demokratie mit mehr Bürgerbeteiligung, größerer Transparenz des politischen Systems und neuen Formen von Öffentlichkeit.¹⁵² Grossman sieht im Internet darüber hinaus sogar eine Waffe gegen die „totale Kommerzialisierung der Information“, da es mit seiner Hilfe möglich sei, „[...] die Kontrolle der Unterhaltungsgiganten über die Zugangs- und Übertragungswege wirksam zu unterlaufen.“¹⁵³

- *Bildung und Forschung*: Die Vernetzung von Schulen, Universitäten und Bibliotheken ermöglicht den schnellen Zugriff auf Lehrmaterial, Fachzeitschriften, Expertenwissen, Forschungsergebnisse und praktische Informationen für u.a. den Agrarsektor. Da die Nichtverfügbarkeit von Informationen und des Zugangs zur internationalen Forschung für viele Wissenschaftler bislang ein Grund war, ihr Land zu verlassen, kann Vernetzung den wissenschaftlichen „brain drain“ der EL eindämmen. Forscher aus EL können durch Telekommunikation und Telematik in virtuellen Labors mit Forschern aus IL kooperieren. Mit Formen des „distance learning“ wie Video- und Audiokonferenzen sowie virtuellen Universitäten gelangt Bildung auch in die Peripherien. Zudem lassen sich Lehrinhalte problemlos auf jeweils spezifische Bedürfnisse (z.B. Alphabetisierung von Erwachsenen, Agrarberatung) ausrichten.¹⁵⁴
- *Kultur*: Entgegen der Befürchtung, ICT könnten zur kulturellen Dominanz des Westens und zum Verlust der kulturellen Identität der EL beitragen, sind ICT vielmehr die Chance zur kulturellen Vielfalt. Interaktivität und zweiseitiger Informationsfluß machen das Internet zu einem demokratischen, horizontalen Kommunikationsmittel, wodurch jede Gruppe ihre eigene Kultur verbreiten kann. Nicht kulturelle Dominanz sondern der

¹⁵¹ Genau diese Möglichkeit von ICT ist ein Grund dafür, daß einige Länder (z.B. China oder Vietnam) versuchen, die Internet-Kommunikation zu kontrollieren (z.B. durch die Registrierung der Nutzer, staatliche Provider-Monopolisierung, digitale Sperrung unliebsamer Websites). In dem Maße wie diese Kontroll- und Zensurmaßnahmen verstärken sich auf der Gegenseite allerdings auch die Anstrengungen, sie digital zu umgehen.

¹⁵² Vgl. Grossman: Der Traum, Kleger, Heinz: Direkte und transnationale Demokratie. Die neuen Medien verändern die repräsentative Demokratie, in: Leggewie, Claus/Christa Maar (Hrsg.): Internet & Politik, Köln 1998, S. 97-110, Panos: The Internet, S. 9-10 und Werth, Christoph H.: Die Herausforderungen des Staates in der Informationsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/98, S. 22-29.

¹⁵³ Grossman: Der Traum, S. 90.

¹⁵⁴ Vgl. Brüne: Afrika, S. 86, Hegener, Michiel: Bits of help for developing countries, in: IICD e-journal, 1.3.1997, unter www.iicd.org/search/show-entry.ap?entryid=197 am 14.1.2000 (künftig Hegener: Bits of

kulturelle Austausch wird gefördert und das Partizipationskonzept verwirklicht. „Die Informationsgesellschaft könnte die Geburtsstätte einer „Zweiten Renaissance“ regionaler Kulturen werden.“¹⁵⁵ Indigene Völker erhalten durch ICT wieder eine Stimme, die von der Weltöffentlichkeit gehört wird.¹⁵⁶ Elektronische Archivierung und Dokumentation schützen Kulturgüter der EL vor Nichtbeachtung und dem Vergessenwerden. Für Zgodzinski ist Internet-Kommunikation sogar „reverse colonialism“: „For a relatively small cost, citizens of developing countries can exploit industrialized wealthy nations for an endless supply of that precious commodity – information.“¹⁵⁷

- *Massenmedien*: Die regionalen Nachrichtenaustauschsysteme der EL (AFROVISION, ARABVISION u.a.) können ihren Informations- und Nachrichtenaustausch schneller und effizienter gestalten. Da die Journalisten des Südens ICT zum einen zur Recherche, als Informationsquelle, zum anderen als Mittel einer verstärkten Süd-Süd-Kooperation nutzen, könnten sich internationale Informations- und Nachrichtenflüsse auf Dauer ändern und die Dominanz des Westens in diesem Bereich verschwinden.¹⁵⁸
- *Gesundheitswesen*: Die Vernetzung von Krankenhäusern und Medizinern schafft ein globales medizinisches Informationssystem. Mediziner aus EL können nicht nur am Forschungsstand ihrer Kollegen aus den IL teilhaben, sondern durch die Telemedizin auch bei Diagnosen und Behandlungsmethoden mit ihnen zusammenarbeiten. Ferner kann die medizinische Versorgung effektiver organisiert werden.¹⁵⁹

help), Traoré, Vincent: Afrika auf dem Sprung, in: Eine Welt, 1/1999, S. 10 und UNESCO: ICTs in Development.

¹⁵⁵ Lob/Oel: Europa und die Informationsgesellschaft, S. 31.

¹⁵⁶ Vgl. Hegener: Bits of help. Offenhäuser führt die sogenannte „Helvetisierung“ der schweizerischen Fernseh- und Radioangebote als Beispiel dafür an, daß die Dominanz fremder (vor allem US-amerikanischer) Kulturangebote durchaus zu Gegenreaktionen führen kann, die wiederum die einheimischen Kulturen stärken. Es ist jedoch problematisch, dieses Beispiel auf die EL zu übertragen, da ja erst einmal das Potential einer eigenständigen Medienproduktion vorhanden sein muß, um den oft billigeren Programmimporten etwas entgegenzusetzen zu können. Vgl. Offenhäuser, Dieter: „Medienpolitik in der globalen Informationsgesellschaft“, in: UNESCO heute, 1/1998, S. 67-70, hier: S. 68-69.

¹⁵⁷ Zgodzinski, David: Third-World Internet, 12/1996, unter www.internetworld.com/print/monthly/1996/12/thirdworld.shtml am 14.1.2000.

¹⁵⁸ Vgl. Panos Briefing: The Internet and the South: Superhighway or Dirt-track?, Panos Media Briefing No. 16, o.O. October 1995, S. 10 (künftig Panos: The Internet).

¹⁵⁹ Vgl. Uimonen, Paula: Internet as a Tool for Social Development, Stockholm 1997, unter www.unrisd.org/infotech/publicat/inet97.htm am 11.1.2000 (künftig Uimonen: Internet). Ein eindrucksvolles Beispiel, was künftig auf dem Gebiet der Telemedizin möglich ist, zeigte die ZDF-Dokumentation „Mondgöttin flüstert mit Rotohr. Online-Lust ;-“ am 22.2.2000 um 22.45 Uhr. Im Rahmen eines Experiments mit dem sogenannten Internet II wurde eine Operation durch eine Kamera mit 7,5 Gigabit/sek. in zwei Hörsäle übertragen. Weit entfernten Experten ist somit möglich, online Operationen genau zu verfolgen und zu beraten.

- *Umwelt*: ICT sind für das ökologische Krisenmanagement, für Notmaßnahmen sowie für die Sensibilisierung der Bevölkerung nützlich. Sie liefern für die Untersuchung ökologischer Prozesse wie für die Vorhersage und Auswertung von Naturkatastrophen erheblich mehr Informationen. In Notfällen können sie durch Kopplung mit anderen Massenmedien (Radio, TV) zur Optimierung der Vorwarnung beitragen.¹⁶⁰
- *Entwicklungszusammenarbeit*: Für die Organisationen der EZ bilden ITC eine Möglichkeit trotz finanzieller Engpässe, die den intensiven Personaleinsatz zusehends erschweren, mit Partnern in EL in Kontakt zu bleiben und weiter zusammenzuarbeiten.¹⁶¹

1.6.2 Anwendungshindernisse und Kritik der ICT-Politik – die pessimistische Position

Die Konzentration auf technisch-wirtschaftliche Aspekte birgt die Gefahr, den Blick auf wichtige Voraussetzungen für den ICT-Einsatz zu verstellen. So ist Bildung nicht nur Ziel, sondern fast stets auch Voraussetzung für die Nutzung von Medien (Literalität, Medienkompetenz). Aus diesem Grund darf der Aufbau von ICT nicht zur gleichzeitigen Vernachlässigung des Bildungssektors führen. Der Bereich muß verstärkt werden, um in den EL langfristig die nötige Kompetenz zur ICT-Nutzung zu schaffen.¹⁶²

Eine allgemeine Vernetzung von EL ist kurz- und mittelfristig nicht realisierbar, da die Zugangsvoraussetzungen (hohe Kosten für Ausstattung und Benutzung¹⁶³, hohe Analphabetenquote in vielen EL¹⁶⁴, Dominanz der englischen Sprache bei Netzinhalten¹⁶⁵

¹⁶⁰ Ein praktisches Beispiel ist das International Tsunami Warning System (ITSU). Vgl. Afemann, Uwe: Internet für die Dritte Welt. Chance oder Bedrohung?, in: Wechselwirkung, Februar 1997, S. 31-41, hier: S. 34 (künftig Afemann: Internet), Schneeberger, Jane-Lise: Satelliten gegen Heuschrecken, in: Eine Welt, 1/1999, S. 8-9 und UNESCO: ICTs in Development.

¹⁶¹ Vgl. Weirich: Globalisierung.

¹⁶² Vgl. Neyer: Die Dritte Welt am Netz, S. 34 und Uimonen: Internet.

¹⁶³ Vonk hat ausgerechnet, daß ein Internet-Zugang (Computer, Modem, Telefonverbindung) in Burkina Faso fast fünfmal so teuer ist wie in den Niederlanden. Vgl. Vonk, Tjalling: Statistics: Costs and benefits of Internet in Africa, in: IICD e-journal, 24.11.1998, unter www.iicd.org/search/show-entry.ap?entryid=3150&part=all am 14.1.2000.

¹⁶⁴ 1995 waren in Subsahara-Afrika 43,2 %, in den Arabischen Staaten 43,5 %, und in Südasien 59,8 % der Bevölkerung Analphabeten. Der Anteil in den IL lag bei 1,3 %. Vgl. UNESCO: Report, S. 281.

¹⁶⁵ Die Dominanz des Englischen als Sprache des Internets, die stets als Beleg für die Ungleichheit der Informationsströme und die Bedrohung kultureller Identität der EL angeführt wird, könnte allerdings bald der Vergangenheit angehören. So sei der Anteil der englischsprachigen Internet-Nutzer seit 1998 von 80 auf heute 60 % gefallen. Es wird geschätzt, daß es in einigen Jahren mehr nicht-englischsprachige Nutzer gibt. Vgl. Appiah: Developing Participation und Hendricks, Bernd: „Heißen willkommen in New York“, in: SZ-Technik

etc.) noch zu hoch sind. Eine Alternative sind „public telecentres“ auf Gemeindeebene. Diese könnten den Zugang zum Internet und damit zu wichtigen Informationen sicherstellen und zugleich für die Vermittlung von Medienkompetenz sorgen, wobei jedoch die Gefahr besteht, daß telecentre-Projekte möglicherweise nicht selbsttragend, sondern dauerhaft auf Unterstützungsgeldern von außen angewiesen sind.

Die technisch-wirtschaftliche Akzentuierung birgt ferner die Gefahr, daß die Versorgung der EL mit ICT zum reinen Selbstzweck verkommt und alte modernisierungstheoretische Strategien des reinen Technologietransfers eine Renaissance erleben. Den Erfolg des Internets darf man aber nicht allein an Host- und Userzahlen, sondern an seinem Beitrag zur tatsächlich erfolgten sozialen Entwicklung bemessen.¹⁶⁶ Außerdem muß die Nutzung von ICT bedürfnis- und benutzerorientiert sein, d.h. es sollte stets berücksichtigt werden, daß in manchen Bereichen der Einsatz anderer Medien sinnvoller sein könnte und die Verknüpfung moderner und traditioneller Kommunikationsformen fast immer notwendig ist.

Die optimistische Position übersieht spezifische Mängel und Bedürfnisse der EL. Eine Liberalisierung des Marktes kann nur dann der gesamten Bevölkerung zum Vorteil gereichen, wenn zuvor eine allgemeine Grundversorgung mit Telekommunikation vorhanden ist. Diese fehlt jedoch in EL, vor allem in ländlichen Bereichen. Da die Versorgung von Gegenden mit relativ wenigen Kunden kaum Profit verspricht, liegt der breite Ausbau von Netzen wohl nicht im Interesse privater Telekommunikationsanbieter, weshalb mittelfristig ein effizient gestalteter öffentlicher Sektor aufrecht erhalten werden und Privatisierung erst langfristig eingeführt werden sollte.¹⁶⁷

Auch die angeblichen Vorteile für die EL vom freien Spiel der Kräfte auf den globalen Märkten sind anzuzweifeln. Die als Positivbeispiel viel zitierte indische Software-Industrie ist trotz hoher Exportzahlen im Gegenteil Beweis dafür, daß sich altbekannte asymmetrische Strukturen internationaler Arbeitsteilung nun auch im ICT-Sektor

Cebit 2000, Beilage der SZ, Nr. 44, 23.2.2000, S. V2/6. Der SZ-Artikel stellt auch die Entwicklung von Dolmetscher-Software dar, die in Zukunft die Sprachbarrieren im Internet überwinden helfen soll.

¹⁶⁶ Wie bei jeder Evaluierung von Medienprojekten stellt sich hier allerdings die schwierige Frage, wie der Entwicklungsbeitrag von ICT meßbar und überprüfbar gemacht werden kann.

wiederholen. Firmen der IL lassen lediglich arbeitsintensive, standardisierte Arbeiten in den EL erledigen. Die „anspruchsvolleren“ (und besser bezahlten) Aufgaben verbleiben in den westlichen Ländern. Und selbst diese angebliche Chance für die EL trifft nur für die EL zu, die nicht nur über niedrige Lohnkosten, sondern auch über das notwendige Know-how (Literalität, technisches Wissen) und die erforderliche technische Infrastruktur (vollen Zugang zum Internet u.ä.) verfügen. Des weiteren entsteht durch das beschriebene „Outsourcing“ gleich doppelter gesellschaftlicher Schaden, zum einen in den IL, wo die ausgelagerten Arbeitsplätze abgebaut werden, zum anderen in den EL, wo in den Metropolen neue Eliten entstehen und damit die soziale Kluft innerhalb der Gesellschaft verschärfen. In den EL entwickeln sich Spezialisten für die Lösung technischer Problembereiche der IL. Expertenwissen für Probleme, die für EL spezifisch sind, fehlt dagegen.¹⁶⁸

Von einer Stärkung der kulturellen Vielfalt kann ebenfalls keine Rede sein. Das ökonomische Diktat der Medienindustrie führt zur Kommerzialisierung der Information und Kommunikation, was wiederum Standardisierung und Homogenisierung der Medieninhalte zur Folge hat. So wird der Wettbewerb ausgehebelt und die publizistische Vielfalt gefährdet. Es besteht die Gefahr, daß staatliche Zensur durch journalistische Selbstzensur aus kommerziellen Gründen ersetzt wird.¹⁶⁹ Ein Beispiel hierfür ist das Verhalten Rupert Murdochs, der angesichts seiner Expansionsbestrebungen auf den chinesischen Markt das Erscheinen eines chinakritischen Buches in seinem Verlag verbot.¹⁷⁰ Wirtschaftlich profitable Synergien von Märkten und Technologien führen zu Monopolen, die Uniformität der Medienangebote erzeugen.¹⁷¹ So wird unter dem Deckmantel freier Märkte und angeblicher Angebotsvielfalt der Wettbewerb

¹⁶⁷ Vgl. Venturelli, Shalini: Information society and multilateral agreements: obstacles for developing countries, in: Current Issue, 2/99, unter www.wacc.org.uk/media/venturelli.htm am 11.1.2000 (künftig Venturelli: Information society).

¹⁶⁸ Vgl. German, Christiano: Politische (Irr-)Wege in die globale Informationsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/96, S. 16-25, hier: S. 23 (künftig German: Politische (Irr-)Wege), Heeks, Richard: Flying software: is the Information Society heading South?, in: id 21 Report, 30.7.1998, unter [nt1.ids.ac.uk/cgi-bin/dbtcgi.exe?RECN=147&\\$TEXTBASE_PATH=d:\inetPub\wwwroot\data\&\\$TEXTBASE_NAME=id21&\\$MAXRECS=5&\\$REPORT_FORM=Full+display&\\$DISPLAY_FORM=Full+display&\\$NOREPORT=0&\\$NODISPLAY=0](http://nt1.ids.ac.uk/cgi-bin/dbtcgi.exe?RECN=147&$TEXTBASE_PATH=d:\inetPub\wwwroot\data\&$TEXTBASE_NAME=id21&$MAXRECS=5&$REPORT_FORM=Full+display&$DISPLAY_FORM=Full+display&$NOREPORT=0&$NODISPLAY=0) am 13.1.2000 und Neyer: Die Dritte Welt am Netz, S. 30-31

¹⁶⁹ Vgl. UNDP: Report of the Roundtable on Communication for the Promotion of Peace, Development, Democracy and Respect for Human Rights and Fundamental Freedoms in the Global Village, New York 1997, unter www.undp.org/info21/text/bg/harriman.htm am 11.1.2000.

¹⁷⁰ Vgl. Kunczik, Michael/Astrid Zipfel: „In zehn, fünfzehn Jahren eine Goldgrube“, in: epd Entwicklungspolitik, 15/16 1998, S. 25-27, hier: S. 26.

zurückgefahren und langfristig sogar abgeschafft und der internationale Informations- und Kommunikationsfluß von einigen wenigen mächtigen Akteuren bestimmt. Der Hinweis, daß bei ICT jedes Individuum und jede Gruppe die Möglichkeit habe, Inhalte anzubieten und die Entscheidung allein beim Konsumenten liege, ignoriert die ungleichen Austauschbeziehungen zwischen Kulturen und Wirtschaften. Die Dominanz fremder Medieninhalte erschwert den EL die Produktion eigener Inhalte oder verhindert sie sogar, was wiederum eine Verstärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Abhängigkeit nach sich zieht. Die Liberalisierung der globalen Informations- und Kommunikationsströme ist nichts anderes als die Rückkehr zum Postulat der „Westernisierung“ der Welt.¹⁷² „Eine zweite Eroberung der Dritten Welt findet statt und kein Austausch der Kulturen. Das Internet dient als „elektronisches Trojanisches Pferd“.“¹⁷³ Kulturelle Produkte sollten daher vom freien Spiel der Weltmarktkräfte ausgeklammert werden („exception culturelle“).¹⁷⁴

Die Kommerzialisierung der Kommunikation und die daraus resultierenden Konzentrations-tendenzen sorgen auch dafür, daß das gesellschaftspolitische Potential der ICT weitgehend ungenutzt und der Entwurf einer elektronischen Demokratie und aktiven Bürgergesellschaft ein frommer Wunsch bleibt. Allein die Einführung einer neuen Technologie führt nicht automatisch zu informierteren, engagierteren, demokratischeren Gesellschaften, auch wenn sich ihnen die Möglichkeit zweiseitiger Kommunikation und eines größeren Informationsangebot bietet. Wie bei anderen Medien sind für die tatsächliche Ausprägung und Rolle der ICT politisch-gesellschaftliche Realitäten, Zielvorgaben, Wertvorstellungen und die Besitzverhältnisse entscheidend. „Eine kommerzielle Kultur wird notwendigerweise eine kommerzielle Technologie ausbilden. [...] Wenn also die Technologie zu politischen Differenzierungen führen soll, dann muß erst einmal die Politik geändert werden.“¹⁷⁵

¹⁷¹ Die geplante Fusion des Online-Dienstes America Online (AOL) und des weltweit größten Medienkonzerns Time Warner ist der vorläufige Höhepunkte dieses Trends.

¹⁷² Vgl. Barber, Benjamin R.: Wie demokratisch ist das Internet? Technologie als Spiegel kommerzieller Interessen, in: Leggewie, Claus/Christa Maar (Hrsg.): Internet & Politik, Köln 1998, S. 120-133 (künftig Barber: Wie demokratisch?), Becker, Jörg: Massenkommunikation und individuelle Selbstbestimmung. Zur Entregelung staatlich-technischer Informationsprozesse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/98, S. 3-12, Mattelart, Armand: Against global inevitability, in: Current Issue, 2/99, unter www.wacc.org.uk/media/mattelart.htm am 11.1.2000 und Venturelli: Information society.

¹⁷³ Afemann: Internet, S. 40.

¹⁷⁴ Vgl. Becker: Marginalisierte Debatte, S. 22.

¹⁷⁵ Barber: Wie demokratisch, S. 123-124. Vgl. auch Jarren, Otfried: Internet – neue Chancen für die politische Kommunikation?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/98, S. 13-21 (künftig Jarren: Internet).

Damit ist jedoch nicht zu rechnen angesichts bestehender internationaler Regelungen, die ganz auf die Liberalisierung der internationalen Informations- und Kommunikationsflüsse setzen, welche aber zunehmend von einer neuen globalen Elite kontrolliert werden, die ihre kommerziellen Interessen unabhängig von staatlichen Regierungen (oder in deren Einverständnis) verfolgen kann. Dies gefährdet nicht nur den Wettbewerb, sondern auch die Demokratie.¹⁷⁶ Die Hoffnung, dieser Gefahr werde begegnet, indem sich durch ICT kritische Gegenöffentlichkeiten bilden, ist trügerisch. Zwar können ICT bestehende Gemeinschaften und Organisationen sinnvoll unterstützen, doch reinen virtuellen Gemeinschaften wird wegen ihrer Fragilität, zeitlichen Begrenztheit, minimalen Organisation und Nichtbeachtung durch die Allgemeinheit kein dauerhaftes gesellschaftliches Potential zugeschrieben.¹⁷⁷

1.7 Fazit

In politischer wie wissenschaftlicher Diskussion über ICT als Entwicklungsfaktor wiederholen sich altbekannte Muster. In der optimistischen Position schwingt der modernisierungstheoretische, nach den enttäuschenden Erfahrungen mit früheren Medien schon überwunden geglaubte, Glaube an eine technologieinduzierte Entwicklung mit. Dabei werden wirtschaftliche, soziale und politische Strukturen zwar nicht völlig ausgeblendet, aber doch vernachlässigt. Im Mittelpunkt des Interesses steht das technisch Machbare. Daß diese Auffassung an das Eintreten für eine globale Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik westlicher Vorstellung gekoppelt ist, erinnert zudem an frühere Verbindungen von Theorie und (US-amerikanischer) Interessenpolitik.

Den Ländern des Westens ist es im wesentlichen gelungen, in den Regelungen zu internationalen Informations- und Kommunikationsströmen ihre Vorstellungen von Liberalisierung und Privatisierung durchzusetzen. Den EL hingegen fehlt Macht und Einfluß, ihre Vorstellungen entscheidend einzubringen.

Das schon angesprochene Verhalten Murdochs in Bezug auf China zeigt, daß kommerzielle Interessen Demokratieförderung und publizistischer Vielfalt diametral entgegen stehen können.

¹⁷⁶ Vgl. German: Politische (Irr-)Wege, S. 21.

¹⁷⁷ Vgl. Jarren: Internet, S. 18-20.

„The structures and processes for global policy-making are not representative. The key economic structures – the IMF, World Bank, G-7, G-10, G-22, OECD, WTO – are dominated by the large and rich countries, leaving poor countries and poor people with little influence and little voice...“¹⁷⁸

Die aus Modernisierungskonzepten bekannte „Westernisierung“ der EL wird quasi zur Voraussetzung von Entwicklung gemacht, denn nur durch den an westlichen kapitalistischen Maßstäben orientierten Umbau der Gesellschaft soll es den EL möglich sein, von der Globalisierung der Märkte zu profitieren. Daß es den IL dabei hauptsächlich um technische Möglichkeiten und wirtschaftspolitische Interessen (Unterstützung der Expansionsbestrebungen der ICT-Industrie) und weniger um internationale Solidarität und Entwicklungskooperation geht, veranlaßt den Human Development Report zu dem Fazit: „Multilateral agreements have helped establish global markets without considering their impacts on human development and poverty.“¹⁷⁹

Auch wenn allgemein Globalisierung als unumkehrbare Tatsache akzeptiert, die Ausstattung der EL mit ICT befürwortet wird und dependenztheoretische Abkopplungsstrategien nicht neu aufgewärmt werden, werden internationale Liberalisierungsregelungen durchaus kritisch betrachtet und zum Teil abgelehnt. Die Kritiker betonen, daß altbekannte Abhängigkeiten der EL von den IL sowohl in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht nach wie vor existent seien, nicht zuletzt weil nicht nur ICT sondern auch andere „alte“ Massenmedien (Presse, Radio, TV) global äußerst ungleich verteilt sind.¹⁸⁰

Die Fixierung auf das Technische überdeckt es zwar häufig, doch das Verständnis von Kommunikation in der ICT-Debatte ist wesentlich differenzierter als in früheren Ansätzen. Kommunikation wird als komplexer Prozeß sowohl horizontaler als auch vertikaler Strukturen gesehen mit Kommunikatoren, die (potentiell) zugleich Informationsanbieter und –nutzer sind – manche sehen durch ICT die Vorstellung von partizipatorischer Kommunikation verwirklicht – und in einem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umfeld agieren, welches auch den Kommunikationsprozeß beeinflusst. Abbildung 2 faßt die wichtigsten beschriebenen Entwicklungskommunikationsansätze überblickartig zusammen.

¹⁷⁸ UNDP: Human Development Report 1999, S. 8.

¹⁷⁹ UNDP: Human Development Report 1999, S. 8.

¹⁸⁰ Siehe dazu Kapitel 3.3.2.

Abb. 2: Ansätze der Entwicklungskommunikation

Theoret. Ansatz	Entwicklungs-konzept	Rolle der Medien	Kommunikations-vorstellungen	Bevorzugte Medien
Modernisierung (Lerner, Schramm..)	- Ursache von UE: endogene Faktoren - Entwicklung: Wachstum nach Vorbild der IL	- neue Ideen, Ideale vermitteln - Bedürfnisse wecken → E anstoßen	- vertikaler, linearer, eingleisiger Übermittlungsprozess - Ursache-Wirkung	Massenmedien (zentralisiert, Inhalt entsprechend westlicher Entwicklungsziele)
Diffusionsmodell	Siehe Modernisier.	Informationen vermitteln	Vertikaler Zwei-Stufen-Fluß: Medien → Meinungsführer → Meinungsfolger	- Massenmedien zur Information - interperson. Kom. zur Beeinflussung
Dependencia	Ursache von UE: exogene Faktoren	westliche Medieninhalte verhindern E	- siehe Modernisier. - Unterschied: Bewertung	
Partizipation	E. von innen, Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen	- Beteiligung der Bevölkerung an E-entscheidungsprozessen ermöglichen - Info-Austausch	Zweiseitiger, horizontaler Prozeß	small media, angepaßte bedürfnisorientierte Technologie
Vernetzung	Leap-frogging, Entwicklung durch Medien	- Infos vermitteln und austauschen - Partizipation	Vertikaler + horizontaler (vernetzter), zweiseitiger, Prozeß	ICT

Quelle: eigene Darstellung

2. Die deutsche Medienförderung

Die Federführung hinsichtlich Konzeption, Durchführung und Überprüfung der deutschen EZ liegt beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).¹⁸¹ Doch es ist bei weitem nicht der einzige Akteur. Die EZ der BRD stellt sich vielmehr als Netz vieler Organisationen und Institutionen unterschiedlichster Trägerschaft, finanzieller Ausstattung und Zielsetzung dar.¹⁸² Da sich diese Arbeit auf den entwicklungspolitischen Teilbereich Medienförderung konzentriert, soll im folgenden nur auf die Akteure eingegangen werden, die auch Medienförderung betreiben.¹⁸³ Weil ferner die Entwicklungskomponente der Medienförderung im Vordergrund steht, werden privat-kommerzielle Medienaktivitäten in EL nicht behandelt, sondern nur solche Organisationen,

¹⁸¹ Siehe zur Gründung des BMZ und Geschichte deutscher Entwicklungspolitik BMZ: Journalistenhandbuch 1999, S. 37 und Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 3. Aufl., Bonn 1991, S. 233-234 (künftig Nuscheler: Lern- und Arbeitsbuch).

¹⁸² Das Verzeichnis der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), das die EZ-Institutionen aufführt, umfaßt gut 350 Seiten. Vgl. DSE (Hrsg.): Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn 1998.

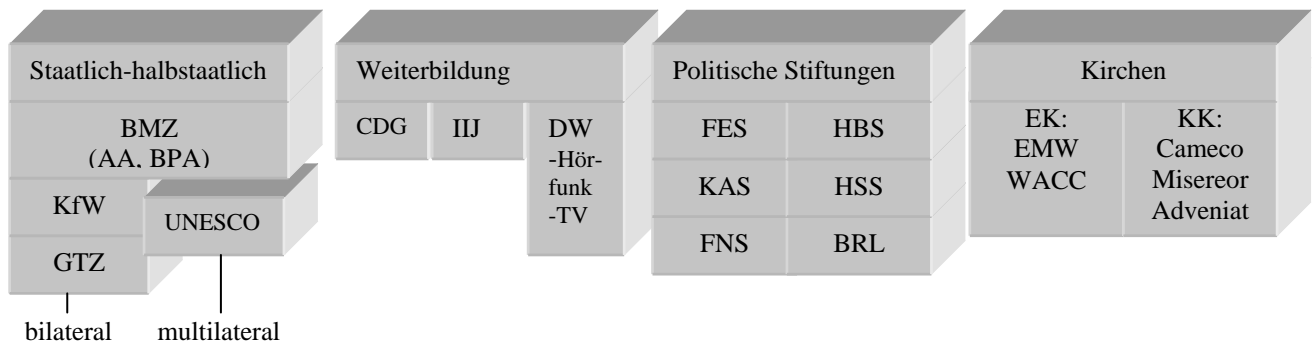
die voll oder zum Teil von staatlicher Seite finanziert werden. Von den multilateralen Aktivitäten sollen nur die angesprochen werden, bei denen der originär deutsche Anteil an Projektentscheidungen und Förderungsstrategien klar erkennbar ist, d.h. bei denen der deutsche finanzielle Beitrag gezielt für konkrete Projekte gedacht ist (Treuhandprojekte).

Die Akteure der Medienförderung kann man in vier Blöcke einteilen: In die staatlich-halbstaatlichen Organisationen (2.1), die Weiterbildungseinrichtungen (2.2), die politischen Stiftungen (2.3) und die kirchlichen Institutionen (2.4). Zum staatlich-halbstaatlichen Block zählen neben dem BMZ (2.1.1) das Auswärtige Amt (AA) und das Presseamt der Bundesregierung (BPA), die allerdings nur sporadisch und selten Medienprojekte unterstützen, sowie die beiden großen Durchführungsorganisationen für das BMZ, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) (2.1.2) und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2.1.3). Rein vom organisationellen Aspekt müßte man auch die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) (2.2.1) als weitere Durchführungsorganisation des BMZ, das Internationale Institut für Journalismus (IJ) (2.2.2) und die Fortbildungszentren der Deutschen Welle (2.2.3/2.2.4), die im Auftrag und mit Mitteln des Bundes arbeiten, zur staatlich-halbstaatlichen Medienförderung zählen. Da diese Organisationen aber ausschließlich für berufliche Fortbildungsmaßnahmen im Mediensektor zuständig sind, macht es Sinn, sie zum eigenen Block „Weiterbildung“ zusammenzufassen. Abbildung 3 zeigt schematisch die Akteure der deutschen Medienförderung.

Im folgenden werden diese Organisationen nacheinander vorgestellt. Um die Bedeutung der Medienaktivitäten einschätzen zu können, werden sie jeweils zur gesamten Arbeit ins Verhältnis gesetzt. Grundsätze, Ziele und konkrete Aktivitäten werden für jede Organisation untersucht und dargestellt. So ergibt sich eine umfassende Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Medienförderung, die als Grundlage für die Analyse im dritten Teil dient.

¹⁸³ So kommt es, daß auch ein so wichtiger Akteur der EZ wie der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) nicht berücksichtigt wird, da dieser nach eigener Aussage „[...] nicht im Medienbereich tätig“ ist. Dr. Ludger Reuke vom Beratungsreferat Bonn des DED in einem Brief vom 8.12.1999.

Abb. 3: Akteure deutscher Medienförderung



Quelle: eigene Darstellung

2.1 Staatlich-halbstaatliche Medienförderung

Staatliche EZ kann entweder bilateral, also in direkter Zusammenarbeit der BRD mit einem Partnerland, oder multilateral über internationale Organisationen erfolgen. Von den rd. 7.820 Mio. DM, die das BMZ 1999 ausgegeben hat, entfielen 5.280 Mio. DM auf die bilaterale (ca. 2/3) und 2.540 Mio. DM auf die multilaterale EZ (ca. 1/3).¹⁸⁴

Das BMZ legt Grundsätze, Ziele und Instrumente der EZ fest. Mit der Durchführung der konkreten Projekte beauftragt es die sogenannten Durchführungsorganisationen. Dabei wird die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) im wesentlichen über die KfW und die Technische Zusammenarbeit (TZ)¹⁸⁵ über die GTZ abgewickelt.¹⁸⁶ Nicht immer lassen sich FZ und TZ strikt trennen, weshalb es zu Überschneidungen in der Zuständigkeit kommen kann, die

¹⁸⁴ Vgl. BMZ: Haushalt und Leistungen des BMZ unter www.bmz.de am 13.2.2000.

¹⁸⁵ FZ ist nach dem Ausgabenvolumen das wichtigste entwicklungspolitische Instrument und meint die Finanzierung von Projekten und Programmen zum Umbau struktureller Rahmenbedingungen durch Zuschüsse oder zinsgünstige Kredite. Die TZ wird in der Regel als Zuschuß gewährt. In Zusammenarbeit mit Trägern innerhalb der EL werden u.a. Beratung durch Fachkräfte (z.B. Ausbilder, Gutachter), Lieferung von Sachmitteln oder Aus- und Fortbildungsmaßnahmen finanziert. Die Personelle Zusammenarbeit (PZ) zielt auf die Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der EL, Hilfe bei Existenzgründungen und die Vermittlung und Vorbereitung von Fachkräften. Vgl. BMZ (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Bonn 1999, dokumentiert unter: www.bmz.de am 6.12.1999, S. 10-13 (künftig BMZ: Jahresbericht 1998).

¹⁸⁶ Siehe zum oft nicht unproblematischen Verhältnis zwischen BMZ und seinen Durchführungsorganisationen: Glasgow, Manfred: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und seine Durchführungsorganisationen: Zwischen inhaltlicher Steuerung, bürokratischer Reglementierung und punktueller Intervention, in: Glasgow, Manfred/Wilfried Gotsch/Andreas Stucke (Hrsg.): Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ): Entstehungszusammenhang, Personalpolitik, Steuerungsfähigkeit, Pfaffenweiler 1989, S. 242-255.

Absprachen und Kooperation zwischen KfW und GTZ nötig machen.¹⁸⁷ Für die Personelle Zusammenarbeit (PZ) sind im Bereich der Medienförderung neben der CDG mit dem IJ und den beiden Fortbildungszentren der Deutschen Welle drei weitere Organisationen zuständig. Innerhalb der multilateralen Zusammenarbeit sind im Bereich Medien/Kommunikation vor allem die Aktivitäten der UNESCO relevant.

2.1.1 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Nach Informationen des BMZ beliefen sich sämtliche Ausgaben der BRD für Projekte im Bereich Medien und Kommunikation innerhalb der FZ und der TZ 1998 auf rund 121 Mio. DM. In dieser Summe sind Projekte des Förderbereichs 22 „Kommunikation“ und des Bereichs 15065 „Freier Informationsfluß“ (ca. 224.700 DM) enthalten und lediglich die Ausgaben für die Fortbildungszentren der Deutschen Welle ausgeklammert.¹⁸⁸

Schon anhand dieser Zahl, die ansonsten wenig aussagekräftig ist, da sie weder über Träger, Adressaten, Leistungsart oder Anzahl der einzelnen Maßnahmen Informationen liefert, wird deutlich, daß Medienförderung innerhalb der gesamten EZ lediglich von marginalem Interesse ist. Die 121 Mio. DM stellen gerade einmal gut 1,5 % des BMZ-Etats dar (1998: 7.924,6 Mio.). Dieser machte 1998 wiederum nur 1,7 % des gesamten Bundesetats aus, Tendenz fallend.¹⁸⁹ Eine andere Statistik des BMZ zeigt, daß 1998 von den insgesamt rd. 7.665 Mio. DM Zusagen der bilateralen öffentlichen EZ (ODA)¹⁹⁰ der BRD mit 46,92 Mio. DM nur 0,6% auf den Sektor „Kommunikation“ entfielen.¹⁹¹

Dem statistischen Eindruck von der Nachrangigkeit des Kommunikationsbereichs in der EZ entspricht die Tatsache, daß es innerhalb des BMZ kein Referat gibt, das sich

¹⁸⁷ Siehe zu Zuständigkeiten von und Zusammenarbeit zwischen KfW und GTZ: Elshorst, Hansjörg: Organisation und Entwicklung – zum System der deutschen Entwicklungspolitik, in: Glasgow, Manfred (Hrsg.): Deutsche und internationale Entwicklungspolitik, Opladen 1990, S. 19-34.

¹⁸⁸ Vgl. BMZ – Referat 313: Daten zum Förderbereich 22 – Kommunikation (unveröffentlichte Tabellen). Der Förderbereich 22 „Kommunikation“ gliedert sich in die Unterbereiche 22010 „Politik und Verwaltung im Bereich der Kommunikation“, 22020 „Telekommunikation“ und 22030 „Radio Fernsehen und Printmedien“.

¹⁸⁹ Vgl. die Statistiken unter www.bmz.de. Auf den BMZ-Etat wird in Kapitel 3.2.1 noch eingegangen.

¹⁹⁰ Zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (englisch: Official Development Assistance, ODA) zählen nur Leistungen von öffentlichen Stellen oder deren ausführenden Organen an EL, die 1) vor allem wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Lebenssituation in den EL zum Ziel haben und 2) die ein Zuschußelement von mindestens 25% beinhalten. Vgl. BMZ (Hrsg.): Journalistenhandbuch Entwicklungspolitik 1998, Bonn 1998, hier: S. 71 (künftig BMZ: Journalistenhandbuch 1998).

¹⁹¹ Vgl. Statistiken unter www.bmz.de.

schwerpunktmäßig mit Medienplanung und Kommunikation beschäftigt.¹⁹² Die fehlende institutionalisierte Zuständigkeit ist wohl auch der Grund für das Fehlen von strategischen Konzepten und Grundsätzen in diesem Bereich. Heute sucht man vergeblich Strategiepapiere zur Medienförderung, die Anfang und Mitte der achtziger Jahre innerhalb des BMZ relativ regelmäßig erstellt wurden¹⁹³. Einzig in einem kurzen Kapitel zu „Medien in den Entwicklungsländern“ im Medienbericht 1998 der Bundesregierung finden sich einigermaßen aktuelle, offizielle Stellungnahmen zur Medienförderungs politik des Bundes. Die Bundesregierung spricht sich darin einmal mehr für den freien grenzüberschreitenden Informations- und Ideenaustausch aus und betont die „Bedeutung unabhängiger und freier Medien für Aufbau und Sicherung des demokratischen Rechtsstaates“.¹⁹⁴ Indem die deutsche Medienhilfe durch Politikberatung, Techniklieferung und -aufbau, Entsendung von Fachkräften und Fortbildung die Kommunikationssysteme der EL verbessere, trage sie „[...] zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und Demokratisierung der Länder sowie zum Abbau des Nord-Süd-Informationsgefälles [...]“¹⁹⁵ bei.

Diese Betonung des Medienbeitrags hinsichtlich der Verminderung des Informationsgefälles und innerhalb des allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses kann man als Relikte der entwicklungspolitischen Überlegungen und Strategien aus der Zeit der Bundesminister Offergeld und Warnke (in seiner ersten Amtszeit)¹⁹⁶ betrachten, als der Medienförderung innerhalb der EZ offiziell eine wesentlich bedeutendere Rolle beigemessen wurden.¹⁹⁷ In speziellen Leitlinien wurde festgelegt, welche Ziele Medienförderung verfolgen sollte. Der Kommunikationssektor wurde als wesentlicher Teil der Infrastruktur der EL begriffen, welche die Basis für jegliche Entwicklung ist. Sowohl hinsichtlich des Nutzen für die EL als auch wegen der erwarteten Vorteile für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Arbeitsmarkt – euphemistisch als „partnerschaftlicher Interessenausgleich“ deklariert – wurde der Aufbau technischer

¹⁹² Vgl. zum Aufbau des BMZ auch das Organigramm unter: www.bmz.de am 6.12.1999 sowie Adelman, Karin: Entwicklungsministerium bekommt neue Organisationsstruktur, in: epd Entwicklungspolitik, 12/1999, S. 4.

¹⁹³ Vgl. das Literaturverzeichnis von Heine: Dritte Welt, S. 107-108.

¹⁹⁴ BPA (Hrsg.): Medienbericht 98, Schwerin 1998, unter: www.bundesregierung.de/05/0515/00.htm, hier: www.bundesregierung.de/05/0515/00/t00589.htm am 11.3.2000 (künftig BPA: Medienbericht 98).

¹⁹⁵ BPA: Medienbericht, hier: www.bundesregierung.de/05/0515/00/t00695.htm am 11.3.2000.

¹⁹⁶ Rainer Offergeld war vom 16.2.1978 bis zum 5.10.1982, Jürgen Warnke das erste Mal vom 5.10.1982 bis zum 12.3.1987 und das zweite Mal vom 21.4.1989 bis zum 18.1.1991 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

¹⁹⁷ Vgl. Heine: Dritte Welt, S. 58.

Kommunikationsnetze (regionale Nachrichtenagenturen, Massenmedien und Fernmeldewesen) als wichtige Aufgabe für die EZ hervorgehoben.¹⁹⁸ Der Aufbau von Kommunikationssystemen in EL sollte ferner dem politischen Ziel dienen, das westliche Prinzip vom freien Informationsfluß durchzusetzen und die Verbreitung der sozialistischen staatsautoritären Kommunikationsvorstellung zu verhindern.¹⁹⁹

Zwar blieb die Medienförderungspraxis hinter den in Papieren und Manuskripten formulierten Vorstellungen zum Teil weit zurück, und hinter wohlmeinenden, vermeintlich grundbedürfnisorientierten Entwicklungszielen verbargen sich oftmals kommerzielle Interessen, die die Kluft zwischen IL und EL statt wie angestrebt zu verringern eher noch vergrößerten.²⁰⁰ Doch immerhin nahm Medienförderung bis Mitte der achtziger Jahre in der Arbeit des BMZ eine zumindest deutlich wahrnehmbare Stellung ein und war in entwicklungspolitischen Diskussionen präsent. Davon kann man zur Zeit nicht sprechen. Wie gesagt gibt es – sieht man einmal von dem kurzen Abschnitt im Medienbericht 98 ab – keine speziell auf den Medien- und Kommunikationssektor bezogenen strategischen Überlegungen. Das BMZ hat den Bereich Medien/Kommunikation weder erkennbar in die vorrangigen Entwicklungsziele (Menschenrechtsschutz und Demokratieförderung, Armutsbekämpfung, Umwelt- und Ressourcenschutz, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der EL²⁰¹) integriert, noch zählt es ihn zu den Schwerpunktbereichen der EZ.²⁰² Und auch bei spezielleren Zielen wie „Stärkung der Zivilgesellschaft“ oder „Partizipation der Bevölkerung“, in deren Zusammenhang den Medien in der theoretischen Diskussion wichtige Funktionen eingeräumt werden, erwähnt das BMZ nicht, ob Medien und Kommunikation eine Rolle spielen können oder sollen.²⁰³

Aktuell beschränkt sich die offizielle Auseinandersetzung des BMZ mit dem Medien-/Kommunikationsbereich auf die Erwähnung des Informations- und Kommunikationswesens im Zusammenhang mit dem Ziel, in EL eine leistungsfähige

¹⁹⁸ Vgl. Lorenzen, Uwe: Entwicklungspolitische Zielvorstellungen und technische Kommunikation, in: Turner, George/Gerhard Zeidler (Hrsg.): Dritte Welt und Kommunikation, Stuttgart 1983, S. 37-49.

¹⁹⁹ Vgl. Witte, Barthold C.: Deutsche Medienpolitik für die Dritte Welt – Grundsätze und Thesen, in: Turner, George/Gerhard Zeidler (Hrsg.): Dritte Welt und Kommunikation, Stuttgart 1983, S. 31-35.

²⁰⁰ Vgl. Sülzer, Rolf: Medienstrategien und Entwicklungspolitik, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg., 1/1980, S. 56-69 und Winckler: Medienförderung.

²⁰¹ Vgl. BMZ: Jahresbericht 1998.

²⁰² Vgl. BMZ: Journalistenhandbuch 1999, S. 154-205.

²⁰³ Vgl. BMZ: Jahresbericht 1998, S. 8-9 und BMZ: Journalistenhandbuch 1999, S. 26.

materielle Infrastruktur aufzubauen²⁰⁴ und auf die Nennung der Telekommunikation als eines der Themen, die Teil der Aufgabe Regierungsberatung seien.²⁰⁵

Ob nun das Fehlen offizieller Texte zur Medienförderung Ausdruck für eine generelle – nicht nur finanzielle sondern auch gedankliche – Mißachtung dieses Bereichs innerhalb des BMZ ist und den Mangel an einheitlichen Vorstellungen und Konzepten zum Bereich Medienförderung innerhalb der EZ impliziert oder ob, wie Berwanger vermutet, trotz fehlender Schriften bei den jeweiligen Entscheidungsträgern Übereinstimmung in Fragen der Medienförderung herrscht, Leitlinien also sozusagen zumindest in den Köpfen existieren²⁰⁶, sei – da nicht zu überprüfen – dahingestellt. Fakt ist, daß der Medienbereich in den offiziellen Grundsätzen, Zielen und Konzepten der EZ des BMZ keine Rolle spielt und sich daher die Federführungsfunktion des BMZ in diesem Bereich auf die allgemeinen Grundsätze der EZ beschränkt (Entwicklungsziele, Schwerpunktländer, Einstellung der EZ bei Verstoß gegen „gute Regierungsführung“ etc.).²⁰⁷

2.1.2 Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Die KfW agiert für die deutsche Volkswirtschaft als Förder- und für die EL als Entwicklungsbank. Sie wickelt die FZ der BRD ab.²⁰⁸ Seit Anfang der sechziger Jahre gewährt sie im Auftrag der Bundesregierung den EL Zuschüsse und günstige Kredite²⁰⁹ für Investitionen in die soziale (z.B. Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Trinkwasserversorgung) und wirtschaftliche Infrastruktur (z.B. Elektrizitätsversorgung, Verkehr und Telekommunikation), Umweltschutzprojekte und die gewerbliche Wirtschaft. Die Projekte und Programme sind meist auf mehrere Jahre angelegt. Die zugesagten Mittel der FZ werden nicht auf einmal, sondern nach und nach, je nach Projektfortschritt

²⁰⁴ Vgl. BMZ: Jahresbericht 1999, S. 46.

²⁰⁵ Vgl. BMZ: Jahresbericht 1999, S. 50.

²⁰⁶ Dietrich Berwanger, Leiter des Deutsche Welle Fortbildungszentrums Fernsehen in einem Gespräch vom 3.11.1999.

²⁰⁷ Zu den Gründen für die aktuelle Vernachlässigung des Medienbereichs und Zukunftsaussichten siehe 3.2.

²⁰⁸ Die KfW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, an deren Grundkapital von 1 Mrd. DM der Bund mit 80 % und die Länder mit 20 % beteiligt sind. Zu Geschichte und Aufgabenwandel der KfW siehe KfW: Zur Gründung der KfW, unter http://www.kfw.de/d_kfw/kfw/f_kfw5.htm am 9.3.2000.

²⁰⁹ Zuschüsse erhalten die nach UN-Definition „am wenigsten entwickelten Länder“ (Least Developed Countries, LDC). Die anderen EL Darlehen mit zwischen 0,75 % und 2 % Zinsen und einer Laufzeit von 30 – 40 Jahren. Vgl. KfW (Hrsg.): Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Frankfurt a. M. 1999, unter www.kfw.de.

ausgezahlt.²¹⁰ Sie stammen aus dem Haushalt des BMZ. Das Ministerium legt auch die Grundsätze und Richtlinien der FZ fest (Zielvorgaben, Schwerpunktländer, Konditionalität etc.).²¹¹

Mit Gesamtzusagen von 43,5 Mrd. Euro erlebte die KfW 1999 ihr bisheriges Rekordjahr.²¹² Auch die Ausgaben für EL-Förderung stiegen 1999 im Vergleich zum Vorjahr von 1,4 Mrd. auf 1,6 Mrd. Euro, doch der Anteil an den Gesamtzusagen der KfW ist rückläufig. Er fiel von rd. 5,6 % (1997) über rd. 4,2 % (1998) auf rd. 3,7 % (1999). Asien war mit 56 % der Zusagen Schwerpunktregion. Es folgen Subsahara-Afrika mit 21 %, Lateinamerika mit 11 %, Nordafrika/Nahost und Europa/Kaukasus mit je 6 %.²¹³ Gefördert wurde schwerpunktmäßig die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur (77 %), Umwelt- und Ressourcenschutz (20 %) und der lokale Finanzsektor (12 %).²¹⁴

Maßnahmen im Kommunikationssektor machen nur einen sehr kleinen Teil der FZ der KfW aus. Seit 1962 wurden 137 Projekte im Umfang von insgesamt mehr als 2,3 Mrd. DM gefördert. Dabei ging es hauptsächlich um den Auf- und Ausbau von Telekommunikationssystemen in Asien, Afrika und Lateinamerika (97 Projekte), des Rundfunks (27 Projekte, 22 davon in Afrika) und des Nachrichtenwesens (11 Projekte in Israel). Wie Abbildung 4 zeigt, geht die Medienförderung durch die KfW seit dem Förderhöhepunkt Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich zurück.²¹⁵ 1997 machten die Zusagen im Kommunikationsbereich 8 Mio. DM (für zwei Projekte) und 1998 42 Mio. DM

[de/d_kfw/fz/f_fz2.htm](#) am 9.12.1999 (künftig KfW: Zusammenarbeit mit EL). Hier finden sich auch weitere Informationen zu allen angewandten Finanzierungs- und Hilfsformen.

²¹⁰ Siehe zum Verlauf eines Projektes: KfW: Zusammenarbeit mit EL, S. 15-47.

²¹¹ Vgl. KfW: Die Aufgabe: Struktur- und Investitionsförderung in der Dritten Welt, unter [www.kfw.de/d_kfw/fz/f_fz1.htm](#) am 9.3.2000.

²¹² Als Ursache wird u.a. die Konjunkturbelebung angegeben, die zur vermehrten Nachfrage nach KfW-Mittel geführt habe. Vgl. KfW (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Frankfurt a. M. 2000, unter [www.kfw.de/d_kfw/kfw/f_kfw4.htm](#) am 9.3.2000 (künftig KfW: Jahresbericht 1999).

²¹³ Dabei fällt vor allem die Steigerung des Anteils der Ausgaben in Asien und die Verminderung der Ausgaben in Nordafrika/Nahost auf. 1998 waren in beiden Regionen jeweils 26 % der EL-Fördermittel zugesagt worden. Vgl. KfW (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Frankfurt a. M. 1999, unter [www.kfw.de/d_kfw/kfw/f_kfw4.htm](#) am 8.12.1999.

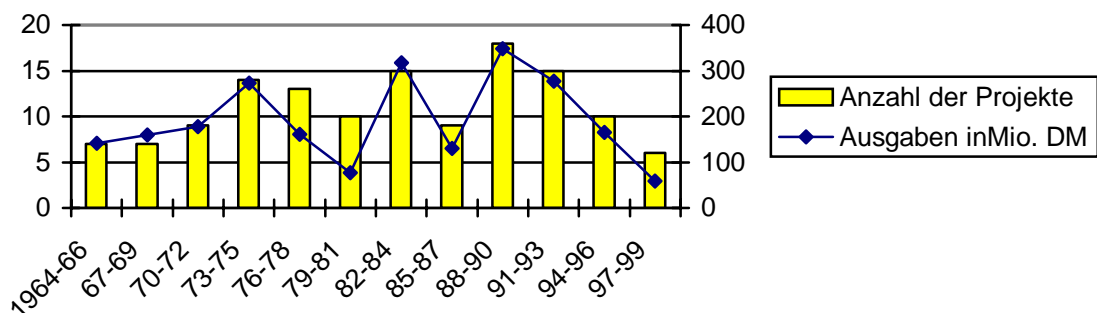
²¹⁴ Vgl. KfW: Jahresbericht 1999.

²¹⁵ Vgl. KfW: Finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Frankfurt a. M. o.J. (unveröffentlichte Statistik) (künftig KfW: FZ mit EL). Da Maßnahmen der KfW zumeist auf mehrere Jahre angelegt sind und ihre Durchführung oft erst im Jahr nach Vertragsabschluß beginnt, empfahl es sich bei dieser Darstellung statt der einzelnen Jahre einen Zeitraum von drei Jahren zugrunde zu legen. Die wichtigen Tendenzen lassen sich auch so gut erkennen.

(für drei Projekte) aus, was einem Anteil an der gesamten FZ von weniger als einem bzw. zwei Prozent entspricht.²¹⁶

1999 wurde nur noch ein neues Projekt im Kommunikationsbereich gestartet, ein Folgeprojekt, das mit neun Mio. DM die ländliche Telekommunikation in Laos unterstützt und auf drei Vorgängerprojekten aufbaut.²¹⁷ Außerdem liefen in diesem Jahr noch zwei Projekte weiter, die in früheren Jahren begonnen worden waren. Das eine war eine 1996 beschlossene und 1998 begonnene, auf 20 Monate ausgelegte Begleitmaßnahme zur ebenfalls 1996 beschlossenen Investitionsmaßnahme zur „Rehabilitierung von Radio Rwanda“. Ziel dieser Maßnahme ist es, den staatlichen Rundfunk Ruandas so weit wie möglich wieder in den Zustand von vor dem Genozid zu bringen, um den Sende- und Produktionsbetrieb zu gewährleisten und die Ausstrahlung eines landesweiten Programms zu ermöglichen.²¹⁸ Die zweite Maßnahme betrifft die ländliche Telekommunikationsversorgung in der Mongolei. Sie wurde 1998 beschlossen, 1999 gestartet, baut auf zwei Vorgängermaßnahmen auf und soll durch Lieferung und Installation von Fernmeldetechnologie zum Aufbau eines landesweiten Fernmeldenetzes beitragen.²¹⁹

Abb. 4: Medienförderung durch die KfW (1964-1999)



Quelle: KfW: Finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Frankfurt a. M. 2000 (unveröffentlichte Statistik)

²¹⁶ Vgl. KfW: Zusagen der KfW für Projekte und Programme der FZ und Förderbereiche in 1997-1998, unter www.kfw.de/d_kfw/fz/f_fz3.htm am 9.12.1999.

²¹⁷ Vgl. KfW: FZ mit EL.

²¹⁸ Vgl. KfW: Rehabilitierung von Radio Rwanda, unter www.kfw.de/d_kfw/fz/f_fz41.htm am 12.12.1999.

2.1.3 Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)

Die privatrechtlich organisierte GTZ ist per Vertrag vom BMZ mit der Durchführung der deutschen TZ beauftragt.²²⁰ Grundkriterium ist „Hilfe zur Selbsthilfe“. Dabei knüpft die GTZ mit ihren Leistungen an Vorhaben von Organisationen in den EL an. Die Initiative muß also von Partnern in den EL ausgehen. Das EL stellt dann über das AA einen Förderungsantrag an das BMZ, das über die Förderwürdigkeit entscheidet und gegebenenfalls den Durchführungsauftrag erteilt.²²¹

Die GTZ führte 1998 in 130 Ländern 2737 Projekte durch. Für Vorhaben der bilateralen TZ erhielt die GTZ vom BMZ Aufträge in Höhe von 1.204,6 Mio. DM, gut 150 Mio. DM weniger als im Vorjahr. Regional bildeten Aufträge für Afrika mit 31,9 %, Asien/Ozeanien mit 22,6 % und Lateinamerika mit 16 % die Schwerpunkte.²²²

Der Bereich Medien/Kommunikation macht bei den Projekten der GTZ einen verschwindend geringen Anteil aus. Gerade einmal vier Maßnahmen sind aus diesem Bereich dokumentiert, die 1998 gestartet wurden, bzw. noch liefen²²³:

- „Internet für Saudi-Arabien“: Um in Saudi-Arabien die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Einführung des Internets zu schaffen, ermittelte die GTZ den Bedarf an Internetdiensten und entwickelte ein Konzept zur Finanzierung,

²¹⁹ Vgl. KfW: Ländliches Fernmeldewesen, unter www.kfw.de/d_kfw/fz/f_fz41.htm am 12.12.1999.

²²⁰ Zur Entstehung der GTZ siehe GTZ (Hrsg.): 25 Jahre GTZ. Eine Chronik zum 25-jährigen Jubiläum, Eschborn 1999, unter www.gtz.de/25/deutsch/GTZ-Chronik.pdf am 10.3.2000. Durch ihre privatrechtliche Organisation kann die GTZ nicht nur für Bundesressorts, sondern auch für Dritte (z.B. Regierungen anderer Länder, internationale Organisationen) tätig werden. Vgl. BMZ: Journalistenhandbuch 1998, S. 235.

²²¹ Zum ausführlichen Verlauf einer Maßnahme der TZ siehe BMZ: Journalistenhandbuch 1998, S. 236-237.

²²² Vgl. GTZ (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Eschborn 1999, unter www.gtz.de/home/deutsch/publikat/jahresberichte.htm am 13.12.1999, S. 2 u. 43-44 (künftig GTZ: Jahresbericht 1998). Insgesamt (andere öffentliche Auftraggeber plus Aufträge des BMZ die nicht unter bilaterale TZ fallen, z.B. „Internationale Agrarforschung“) machten die öffentlichen Aufträge 1998 1.709,2 Mio. DM und 1997 1.740,8 Mio. DM aus.

²²³ Wie bei der KfW sind auch die Vorhaben der GTZ zumeist auf mehrere Jahre ausgerichtet.

Organisation, Betrieb und Vermarktung der Dienste. Im Frühjahr 1999 wurde das Projekt beendet.²²⁴

- „Untersuchung des Rundfunkwesens in Oman“: Im Auftrag des dortigen Informationsministeriums erstellte die GTZ eine Studie über das Rundfunk- und Fernsehsystem in Oman und präsentierte im November 1998 die Ergebnisse sowie Empfehlungen zu technischen und journalistischen Trainingsmaßnahmen.²²⁵
- „Unterstützung des malischen Rundfunks ORTM“: Ziel des Projektes war, die Dienstleistungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks²²⁶ Malis, des „Office de Radiodiffusion Télévision du Mali“, zu verbessern. Es ist ein Kooperationsprojekt mit der KfW, wurde im April 1997 begonnen und läuft bis September 2000. Während die KfW 1996 8,3 Mio. DM zur Behebung technischer Probleme zusagte, dient die GTZ-Förderung von 3 Mio. DM der Verbesserung der Organisation, der Betriebsabläufe und der Kosten- und Leistungsoptimierung in Redaktion und Produktion. Es werden eine Langzeitfachkraft, internationale und regionale Kurzzeitfachkräfte eingesetzt und Sachmittel geliefert.²²⁷
- Die „Journalisten- und Technikerfortbildung Radio Rwanda“ ist ebenfalls ein Kooperationsvorhaben mit der KfW. Begleitend zum FZ-Projekt „Rehabilitierung Radio Rwanda“ zielte die GTZ-Maßnahme darauf ab, Fach- und Führungskräfte im Bereich der Medientechnik fortzubilden. Das Projekt wurde im September 1997 gestartet, lief bis August 1999 und wurde von der GTZ mit 910.000 DM gefördert. Mit dem Geld wurden Dozenten, Fortbilder und Fortbildungsmaterialien bezahlt.²²⁸

Aktuell gibt es zwei neue Projektvorhaben der GTZ im Medienbereich. Bei dem einen handelt es sich um den Aufbau eines Medienzentrums an der AL-Quds Open University, an der etwa 12.000 Studenten aus den palästinensischen Gebieten Fernstudienkurse besuchen. Die GTZ soll die notwendigen technischen Anlagen liefern und das Fachpersonal einweisen. Im November 1999 befand sich die Maßnahme noch in der Prüfungsphase.²²⁹

²²⁴ Vgl. GTZ: Jahresbericht 1998, S. 20.

²²⁵ Vgl. GTZ: Jahresbericht 1998, S. 21.

²²⁶ Bis 1992 war der offizielle malische Rundfunk lediglich Sprachrohr der Regierung.

²²⁷ Vgl. GTZ: Angebot zur Durchführung des Vorhabens Unterstützung des malischen Rundfunks ORTM, Eschborn 1997 (unveröffentlichtes Manuskript).

²²⁸ Vgl. GTZ: Angebot zur Durchführung des Vorhabens Journalisten- und Technikerfortbildung Radio Rwanda, Eschborn 1997 (unveröffentlichtes Manuskript) (künftig GTZ: Angebot Radio Rwanda).

²²⁹ Vgl. ARD/ZDF-Clearing für Entwicklungsländer (Hrsg.): Clearing-Brief, Nr. 167, Februar 2000, S. 3 u. Anlage 9/I (künftig ARD/ZDF-Clearing: Clearing-Brief).

Das andere Projekt ist ein Sektorvorhaben des BMZ (Referat 416 – Infrastruktur) zum „Einsatz von Medien und IKT Technologien in der EZ“. Zunächst soll die Rolle von Medien und speziell von ICT im Entwicklungsprozeß und der Einsatz innerhalb der EZ analysiert, darauf aufbauend Strategien und Förderkonzepten zu Medien und ICT für die deutsche EZ formuliert und schließlich Projekt- und Pilotmaßnahmen in diesem Bereich mit Afrika als regionalem Schwerpunkt auf den Weg gebracht werden. Im Rahmen des Projekts sind insbesondere Ausbildungsmaßnahmen für den afrikanischen Hörfunk und finanzielle Unterstützung der Dritte-Welt-Nachrichtenagentur IPS (Inter Press Service)²³⁰ geplant. Das Vorhaben ist auf drei Jahre ausgerichtet und soll bis Oktober 2002 laufen.²³¹

Es zeigt sich, daß die Medienförderung innerhalb der TZ einen gravierenden Bedeutungsverlust erlitten hat. Mitte der achtziger Jahre betrieb die GTZ, zumindest was die Anzahl der Projekte anbelangt, eine recht intensive Medienförderung in EL. So förderte sie 1986 58 Projekte (davon 28 in Afrika) mit einem Finanzvolumen von insgesamt 31,28 Mio. DM.²³² Bezeichnend für den Bedeutungsverlust der Medienförderung innerhalb der TZ ist, daß Anfang der neunziger Jahre das Medienreferat der GTZ abgeschafft wurde. Außer in den oben beschriebenen Projekten werden Medien der EL von der GTZ höchstens noch innerhalb von Projekten aus anderen Sektoren einbezogen oder unterstützt. Da sie aber keinen Projektschwerpunkt bilden, werden sie in den Projektbeschreibungen vernachlässigt, weshalb ihr Anteil und ihre Bedeutung nicht mehr belegbar ist. Dementsprechend existieren innerhalb der GTZ wie beim BMZ auch keine grundsätzlichen Schriften und Datenaufstellungen zum Mediensektor innerhalb der TZ. Folge ist, daß sich das Angebotsmanuskript zum Rundfunkprojekt in Ruanda auf das BMZ-Konzeptpapier „Medienförderung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit“ bezieht, das aus dem Jahr 1987 datiert und mit der Förderpraxis des BMZ, wie in Kapitel 2.1.1 gesehen, nahezu nichts mehr zu tun hat.²³³

2.1.4 Multilaterale Medienförderung – UNESCO

²³⁰ Zu IPS siehe Metze-Mangold: Nachrichtenagenturen, S. 215-224.

²³¹ Vgl. ARD/ZDF-Clearing: Clearing-Brief, S. 2 u. Anlage 5/I.

²³² Vgl. Heine: Dritte Welt, S. 67. Zu den Aktivitäten der GTZ im Mediensektor Ende der siebziger Jahre vgl. Winckler: Medienförderung.

²³³ Vgl. GTZ: Angebot Radio Ruanda, S. 3. Dieser Abschnitt bezieht sich ferner auf Informationen von Dr. Peter Holasek, Abt. 42 der GTZ, in einem Gespräch vom 6.1.2000.

Der wichtigste internationale Akteur, der sich systematisch mit Medien- und Kommunikationsfragen beschäftigt ist die UNESCO. Sie ist nicht nur das in Kapitel 1.5.2 beschriebene Diskussionsforum für Fragen internationaler Kommunikationsstrukturen, sondern betreibt über das 1980 auf der Generalkonferenz in Belgrad ins Leben gerufene „International Programme for the Development of Communication“ (IPDC) auch selbst aktiv Medienförderung in EL und in Mittel- und Osteuropa (MOE). Ziel der Arbeit des IPDC ist, durch Infrastruktur- und Ausbildungsmaßnahmen sowie verbesserte technologische Ausstattung, in EL unabhängige Kommunikationssysteme aufzubauen. Damit ist sowohl die Unabhängigkeit der EL von den Medien der IL als auch die Unabhängigkeit der Medien innerhalb der jeweiligen Länder gemeint.²³⁴ Seit seiner Gründung hat das IPDC mehr als 700 Projekte in 130 Ländern durchgeführt.²³⁵ „Wegen der geringen Finanzkraft des IPDC sind sämtliche Projekte als ein erster Anstoß zu verstehen, der weitere Hilfsmaßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene erfordert.“²³⁶

Finanziert wird das IPDC aus freiwilligen Spenden der Mitgliedstaaten, die entweder in den Sonderfonds des IPDC gelangen oder als Treuhandmittel (funds-in-trust), gezielt für bestimmte Projekte vergeben werden.²³⁷ Der Sonderfonds ist seit 1995 kontinuierlich kleiner geworden und betrug 1999 noch rd. 1,5 Mio. \$. Der deutsche Beitrag, der vom AA bestritten wird, lag 1999 bei 100.000 \$, von den neun noch verbliebenen Einzählern der viertniedrigste Betrag.²³⁸ Gemessen an den Beiträgen zu Treuhandprojekten des IPDC ist die BRD mit über 21,5 Mio. \$ seit 1980 der größte Beitragszahler.²³⁹ Doch auch diese Zahlen sind stark rückläufig. Seit 1991 unterstützt das BMZ, das für die Treuhandprojekte verantwortlich zeichnet, lediglich zwei bis vier IPDC-Projekte pro Jahr. Nicht nur der finanzielle Umfang (1991: über 4 Mio. DM → 1999: 324.830 DM, siehe Abbildung 5), sondern auch die Art der unterstützten Projekte hat sich geändert: Aus den großen Regionalprojekten in Afrika, die den Schwerpunkt auf die Ausbildung afrikanischer

²³⁴ Vgl. Offenhäuser, Dieter: IPDC beschließt Reformen, in: UNESCO heute, I/II1997, S. 9-11.

²³⁵ Vgl. UNESCO: Current Projects, unter www.unesco.org/webworld/ipdc/projects/index.html am 8.3.2000.

²³⁶ Breunig, Christian: Internationale Kommunikationspolitik im Wandel, in: Meckel, Miriam/Markus Kriener (Hrsg.): Internationale Kommunikation, Opladen 1996, S. 67-84, hier: S. 81.

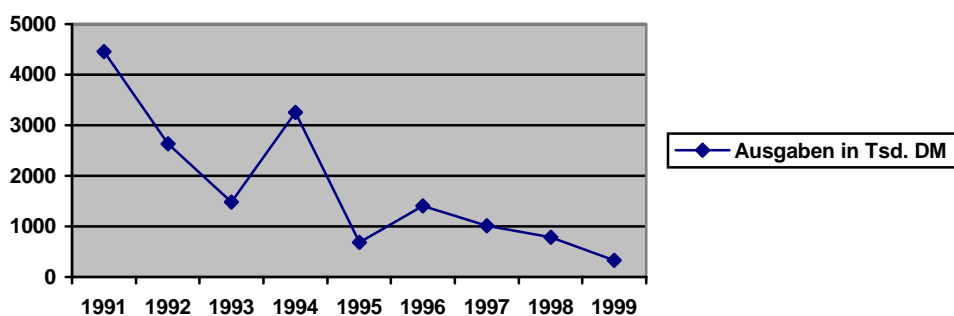
²³⁷ Vgl. IPS: Nachgefragt – nachgehakt. Präsident des IPDC-Rates fordert mehr Engagement für Entwicklungsländer, in: UNESCO heute, 2/3/1998, S. 22 (künftig IPS: Nachgefragt).

²³⁸ Vgl. IPDC: Contributions to the IPDC Special Account, Tabelle unter www.unesco.org/webworld/ipdc/funding/sp_account.html am 8.3.2000 und IPS: Nachgefragt. Die anderen Geberländer für den IPDC-Sonderfonds waren 1999 Dänemark (mit 502.793 \$ der größte Einzähler), Finnland, Frankreich, Indien, Niederlande, Norwegen und die Schweiz.

²³⁹ Vgl. UNESCO: Funds-in-trust, unter www.unesco.org/webworld/ipdc/funding/fit.html am 8.3.2000.

Fachjournalisten legten und so die Kompetenz und Unabhängigkeit der regionalen Kommunikationssysteme zu stärken versuchten (z.B. 1991, 1992, 1994: „Central African News Agencies Development“), hat sich das BMZ nach 1994 ausgeklinkt. Seit 1995 ist es nur noch an kleineren Medienprojekten beteiligt, die in Verbindung mit Demokratieförderung stehen (z.B. 1998/99: „Communication and good governance“ in West-Zentral-Afrika).²⁴⁰

Abb. 5: Jährliche Ausgaben des BMZ für IPDC-Treuhandprojekte



Quelle: BMZ – Referat 415: Medienförderung durch UNESCO-Projekte, Bonn 2000 (unveröffentlichte Tabelle)

2.2 Medienförderung durch Weiterbildung

Die BRD fördert die Medienlandschaften der EL planmäßig über Fortbildungsmaßnahmen für Journalisten, Techniker und andere im Kommunikationssektor Beschäftigte. Das vermittelte journalistische und technische Know-how soll Qualität und größere Unabhängigkeit der Medien in den EL gewährleisten. Mit dieser Aufgabe sind im wesentlichen drei Institutionen betraut, die, unterschieden nach Medien, Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte aus EL anbieten. Für den Pressebereich ist das IJ in Berlin, für den Hörfunk das Deutsche Welle Fortbildungszentrum Hörfunk (DWFZ-Hörfunk) in Köln und für das Fernsehen das Deutsche Welle Fortbildungszentrum Fernsehen (DWFZ Fernsehen) in Berlin zuständig. Neben diesen Einrichtungen führt auch

²⁴⁰ Vgl. BMZ – Referat 415: Medienförderung durch UNESCO-Projekte, Bonn 2000 (unveröffentlichte Tabelle) und Breunig, Christian: Kommunikationspolitik als Beitrag zur internationalen Verständigung, in: UNESCO heute, 1/1998, S. 71-76, hier: S. 76 (künftig Breunig: Kommunikationspolitik).

die CDG als wichtige Durchführungsorganisation des BMZ Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Kommunikationssektor durch.

2.2.1 Carl Duisberg Gesellschaft e.V. (CDG)

Die 1949 gegründete CDG mit Sitz in Köln ist eine gemeinnützige Organisation zur Weiterbildung und Personalentwicklung. Ihr Ziel ist die Herstellung internationalen Dialogs, Wissens- und Erfahrungsaustauschs, weltweiter Kooperation und die Anregung von Entwicklungsprozessen. Ihr Angebot (Trainings-, Austausch- und Fremdsprachenprogramme) umfaßt Fortbildung sowohl für Fach- und Führungskräfte aus EL und den Transformationsländern MOEs als auch für deutsche Nachwuchskräfte (und Teilnehmer aus anderen IL) im Ausland. Der jährliche Etat von rd. 180 Mio. DM stammt hauptsächlich aus öffentlichen Haushalten, vor allem aus dem des BMZ. Andere Bundes- und Landesministerien sowie multilaterale Organisationen wie die EU sind weitere wichtige öffentliche Auftraggeber. Zusätzlich zum Haushalt erhält die CDG unentgeltliche Beiträge der deutschen Wirtschaft etwa in Form von Bereitstellung von Praktikumsplätzen, Dozenten und Materialien.²⁴¹

Das BMZ ist auch Hauptauftraggeber des Weiterbildungsangebots für Fach- und Führungskräfte aus EL, das Seminare vor Ort, internationale Konferenzen und längerfristige Trainingsprogramme in Deutschland umfaßt. Neben den Themengebieten „Umwelt- und Ressourcenschutz“, „Produktion und Technologie“, „Gewerbeförderung und Internationales Marketing“ sowie „Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialstatistik“ ist auch „Infrastruktur und Kommunikation“ ein Schwerpunktbereich.²⁴²

²⁴¹ Vgl. CDG: Praxistraining ohne Grenzen, unter www.cdg.de am 15.12.1999 und CDG (Hrsg.): Zahlen, Daten, Fakten 1998, Köln 1999 (künftig CDG: Zahlen). Der Haushalt von rd. 180 Mio. DM bezieht sich auf den gesamten CDG-Verbund, dem neben der CDG e.V. noch die Carl Duisberg Centren Gemeinnützige Gesellschaft mbH (CDC), die Carl Duisberg Society International, Inc., die Nippon Carl Duisberg Gesellschaft und die Carl Duisberg Arbeits- und Förderkreise angehören. Die CDG hatte 1998 einen Anteil von rd. 149 Mio. DM am Gesamthaushalt. Davon stammten fast 90 Mio. DM vom BMZ. Gegenüber 1997 verringerte sich der Haushalt um knapp 10 Mio. DM, was auf Sparmaßnahmen bei Bund und Ländern zurückzuführen ist.

²⁴² Vgl. CDG: Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, unter www.cdg.de am 15.12.1999.

1998 nahmen insgesamt 20.526 Stipendiaten an Programmen des gesamten CDG teil.²⁴³ Davon kamen über die Hälfte aus dem Ausland. Von diesen ausländischen Teilnehmern machten Fach- und Führungskräfte aus EL die größte Gruppe aus. Auf die über 200 entwicklungspolitischen Programme verteilten sich insgesamt 5.307 Teilnehmer aus 120 Ländern.²⁴⁴ Trotz der Kürzung der Projektmittel von 52,6 Mio. DM (1997) auf 51,4 Mio. DM wurde die Teilnehmerzahl um 17 % gesteigert (1997: 4.537). Schwerpunktregionen waren Afrika mit rd. 40%, Asien mit rd. 30 % und Lateinamerika mit rd. 26 % der Stipendiaten. Im Bereich „Infrastruktur und Kommunikation“ wurden 1998 729 Teilnehmer gezählt.²⁴⁵

2000 werden acht Projekte im Kommunikationsbereich durchgeführt, plus einem Projekt, das bereits im Mai 1999 begonnen wurde und noch bis April 2000 andauert. Vier der Maßnahmen finden in Deutschland statt: zwei Konferenzen zu „Globale Kommunikation und Zivilgesellschaft“ und zu „Building Innovative Knowledge Society – the Role of ICT for Sustainable Economic Development“ und zwei „Informationstechnologie-Beratungs“-Kurse mit einer Laufzeit von sechs bzw. zwölf Monaten. Von den fünf ein- bis zweiwöchigen Projekten im Ausland finden zwei in Afrika („Datentransfer über globale Netze“ in Harare und „Unternehmens- und Schulungskonzepte für Telecenter“ in Johannesburg), zwei in Asien („Informationstechnologie als Instrument der Wirtschaftsförderung“ in Penang und in der Mongolei) und eines in Lateinamerika („Informationstechnologische Konzepte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ in Lima) statt.²⁴⁶

Die Titel der Projekte zeigen, daß sich die CDG auf den ICT-Bereich konzentriert. ICT werden als „an enabling technology for accelerating development and enhancing competitive strength“²⁴⁷ angesehen, weshalb der kompetente und effiziente Umgang mit ICT eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung sei. Die CDG

²⁴³ An allen Programmen des gesamten CDG-Verbundes nahmen 1998 27.500 Stipendiaten teil. Davon stammten ca. 12.500 aus Deutschland und ca. 15.000 aus dem Ausland. Von den ausländischen Teilnehmer stammten ca. 6.200 aus EL und ca. 5.800 aus den Transformationsländern Osteuropas. Vgl. CDG: Zahlen.

²⁴⁴ Zu beachten ist, daß hierunter nicht nur Teilnehmer aus EL fallen. Da das ASA-Programm, bei dem junge deutsche Teilnehmer zu einem dreimonatigen Aufenthalt in ein EL reisen, auch unter die EZ der CDG fällt, sind in dieser Zahl für 1998 auch 173 Deutsche (insgesamt 272 Europäer) enthalten. Vgl. CDG: Zahlen.

²⁴⁵ Vgl. CDG: Zahlen.

²⁴⁶ Vgl. CDG: IT-Projekte 2000, Köln 2000 (unveröffentlichte Tabelle).

²⁴⁷ CDG: Information Technology Consulting, Köln 1999 (Flyer für Bewerber) (künftig CDG: IT Consulting).

vertritt also die in 1.6.1 vorgestellte optimistische Position zum Beitrag von ICT zur gesellschaftlichen Entwicklung. Die beiden oben angesprochenen Programme „Informationstechnologie-Beratung“ zielen darauf ab, die Teilnehmer so fortzubilden, daß sie in ihren Heimatländern Privatunternehmen, NGOs oder öffentliche Einrichtungen bei der Einführung und Nutzung von ICT beraten können. Vermittelt werden u.a. Kenntnisse im Bereich Internet (Recherche, Datensicherheit, Datentransfer etc.) und didaktische Fertigkeiten wie Präsentation.²⁴⁸

2.2.2 Internationales Institut für Journalismus (IJ)

Das IJ mit Sitz in Berlin führt im Bundesauftrag Journalistenfortbildung im Pressebereich durch. Finanziert wird es vor allem vom BMZ. Seit seiner Eingliederung in die DSE²⁴⁹ werden die Kosten über den DSE-Gesamtplan mit dem BMZ abgerechnet. Für 2000 stehen 750.000 DM vom BMZ als Projektmittel zur Verfügung. Das Land Berlin übernimmt institutionelle Kosten in Höhe von 270.000 DM. Damit ist das IJ neben dem Entwicklungspolitischen Forum die einzige Abteilung der DSE, die nicht von Kürzungen betroffen ist.²⁵⁰

Die fachliche Fortbildung von Presse- und Agenturjournalisten aus EL soll die pluralistische Berichterstattung in den Heimatländern der Teilnehmer fördern und so zur Demokratisierung beitragen. „Nur informierte Bürger, die das Für und Wider politischer Entscheidungen abwägen können, sind auch mündige Bürger, die sich aktiv am politischen Leben eines Landes beteiligen können und damit Demokratie lebendig werden lassen.“²⁵¹ Besonders dringend sei die Verbesserung journalistischer Kenntnisse und Fertigkeiten in Ländern, die sich in einer Umbruchsituation befinden, in denen sich nach langer Einparteienherrschaft im Zuge der Demokratisierung erst vor kurzer Zeit ein liberaleres

²⁴⁸ Vgl. CDG: IT Consulting.

²⁴⁹ Das IJ wurde 1962 gegründet und nahm nach seiner Schließung 1996 seine Arbeit im Juni 1997 unter dem Dach der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) wieder auf. Vgl. IJ (Hrsg.): Berlin Bear Newsletter 1998, Berlin 1998, S. 1 (künftig IJ: Berlin Bear 1998). Die DSE (Sitz: Berlin) organisiert und veranstaltet Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte aus EL und Transformationsländern. Seit ihrer Gründung 1959 hat sie ca. 160.000 Teilnehmer fortgebildet. Die DSE wird hauptsächlich vom BMZ finanziert. Zur Arbeit der DSE siehe: DSE (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Bonn 1999 (künftig DSE: Jahresbericht 1998) oder die DSE-Homepage www.dse.de.

²⁵⁰ Laut Auskunft der IJ-Mitarbeiterin Annette Ehrminger in einem Gespräch vom 4.11.1999 und des IJ-Leiters Peter Prüfert in einer e-mail vom 31.3.2000.

²⁵¹ DSE: Jahresbericht 1998, S. 12.

Mediensystem gebildet hat. So ließe etwa bei vielen erst vor kurzem gegründeten unabhängigen afrikanischen Zeitungen die journalistische Qualität noch stark zu wünschen übrig und offenbare einen großen Weiterbildungsbedarf.²⁵²

Die Fortbildungsangebote des IJJ richten sich an Reporter und Redakteure von Zeitungen, Zeitschriften und Agenturen, Verlags- und Agenturmanager und Ausbildungsredakteure bzw. Ausbilder von Journalistenschulen oder Universitäten. Voraussetzung für eine Teilnahme ist neben der Kenntnis der Kurssprache (Englisch oder Französisch) eine mindestens vierjährige Berufserfahrung. Es wird also ausdrücklich keine Ausbildung angeboten, sondern lediglich eine Fortbildung für bereits berufstätige Journalisten. Die Teilnehmer bewerben sich über die Deutschen Botschaften in ihren Ländern individuell für die angebotenen Kurse. Allein das IJJ wählt die Teilnehmer aus.²⁵³

Grundsätzlich bietet das IJJ drei unterschiedliche Arten von Kursen an. Allgemeine Kurse zu journalistischen Techniken, die grundsätzliche Bereiche der Zeitungswirtschaft wie Interview, Recherche, journalistische Darstellungsformen oder Presserecht behandeln. Diese Kurse dauern in der Regel drei bis vier Monate und werden in Berlin durchgeführt. Ebenfalls in Berlin finden die fünf- bis elfwöchigen sogenannten Spezialkurse zu bestimmten Gebieten wie z.B. Wirtschafts- oder Umweltjournalismus statt. Darüber hinaus werden Seminare und Workshops im Ausland durchgeführt. Für diese Kurse, die zur Zeit die Mehrzahl der angebotenen Maßnahmen ausmachen, kooperiert das IJJ mit Partnerorganisationen vor Ort und mit internationalen Organisationen wie dem IPDC. Verantwortlich für die Durchführung der Kurse ist der IJJ-Leiter Peter Prüfert. Geleitet werden sie hauptsächlich von Journalisten aus Deutschland, England und Frankreich.²⁵⁴

Neben der fachlichen Qualifikation der Teilnehmer ist es Absicht des IJJ, Kontakt und Austausch zwischen Journalisten aus EL und IL aber auch zwischen Journalisten aus verschiedenen EL herzustellen. Mit dem Ziel, zum Informations- und Ideenaustausch ein internationales Journalistennetzwerk zu schaffen, wurde auf einer Nachkontaktveranstaltung in Manila eine Vereinigung ehemaliger Kursteilnehmer, die

²⁵² Vgl. IJJ (Hrsg.): Berlin Bear Newsletter 1998/99, Berlin 1999, S. 2.

²⁵³ Vgl. DSE: Jahresbericht 1998, S. 13.

²⁵⁴ Vgl. DSE: Jahresbericht, S. 13, IJJ: Berlin Bear 1998, S. 2 und die Informationen von IJJ-Leiter Peter Prüfert in einer e-mail vom 31.3.2000.

„International Alumni Association of the IJ“, aus der Taufe gehoben. Das IJ fungiert für den internationalen Austausch als Mittlerstelle. Es hält inzwischen eine Datenbank mit e-mail-Adressen von Journalisten in aller Welt bereit und stellt bei Bedarf Kontakt her.²⁵⁵

Das jährliche Angebot des IJ umfaßte in den letzten Jahren sechs bis sieben Kursen für 90-111 Teilnehmer. 1999 lag der Schwerpunkt deutlich auf der Region Asien/Pazifik. Zwei der insgesamt sechs Kurse fanden in Thailand („Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die ASEAN-Staaten“ und „Management für Regionalzeitungen“), einer in Indien („Networking von Journalisten“) und einer in Vietnam („Management für Regionalzeitungen“) statt. Die beiden zweimonatigen Kurse in Berlin beschäftigten sich mit der „Verbesserung von Ausbildungskonzepten“ und der „Finanz- und Wirtschaftsreportage“.²⁵⁶

Auch in der Planung für 2000 ist Asien Schwerpunktregion mit Indien als Schwerpunktland. Drei einwöchige Kurse zu „Wirtschaftsjournalismus“ sind in Indien, ein weiterer Kurs zu diesem Thema ist in Vietnam geplant. In Afrika (Burkina Faso und Mali) finden zwei zwölf-tägige Kurse zu „Journalistischen Techniken“ statt. In Berlin wird 2000 ein zweieinhalbmonatiger Kurs für 15 Teilnehmer aus Afrika und Asien zur „Elektronischen Redaktion“ angeboten.²⁵⁷ Abbildung 6 gibt einen Überblick über die Teilnehmer der IJ-Kurse.

Abb. 6: Teilnehmer von IJ-Kursen 1998-2000

	1998	1999	2000*
Afrika	67	13	38
Asien/Pazifik	41	76	55
Lateinamerika/Karibik	2	1	–
Sonstige	1	–	–
Gesamt	111	90	93

Quelle: DSE: Jahresbericht 1998 S. 60-62, IJ: Berlin Bear 1998, IJ: Programm 1999, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript) IJ: Programm 2000, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)

* geplant

2.2.3 Die Fortbildungszentren der Deutschen Welle

²⁵⁵ Vgl. DSE: Jahresbericht 1998, S. 15 und IJ: Berlin Bear 1998, S. 1.

²⁵⁶ Vgl. IJ: Programm 1999, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript).

²⁵⁷ Vgl. IJ: Programm 2000, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript).

In Folge der Dekolonisation und Unabhängigkeit wuchsen ab Mitte der sechziger Jahre in vielen afrikanischen und asiatischen EL die Bemühungen zum Aufbau nationaler Massenmedien und damit die Nachfrage nach Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Journalisten und andere Beschäftigte im Mediensektor. Anders als z.B. in Frankreich oder Großbritannien gab es in Deutschland keine zentralen Rundfunkausbildungsstätten für ausländische Teilnehmer. Um das bereits bestehende Qualifizierungsangebot für Fachkräfte aus EL auch auf den Rundfunkbereich auszuweiten, rief das BMZ als Instrumente seiner Medienförderung zwei Rundfunk-Ausbildungsstätten ins Leben.²⁵⁸

2.2.3.1 Hörfunk

1965 wurde das Deutsche Welle Fortbildungszentrum (DWFZ) Hörfunk gegründet. Es ist in die Deutsche Welle (DW) in Köln integriert, wird aber zum größten Teil vom BMZ getragen. Vom BMZ hat es auch den Auftrag, durch Fortbildungs- und Beratungsprojekte Hörfunkorganisationen in EL (seit 1990 auch in MOE) zu unterstützen. Fachkräfte im Hörfunkbereich, d.h. Journalisten, Redakteure, Manager und Techniker, sollen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Gebiet der Programmgestaltung, der Produktion und der technischen Verbreitung vertiefen und sich mit Kollegen anderer Länder austauschen.²⁵⁹ Zu diesem Zweck führt das DWFZ Hörfunk – zum Teil in Köln, zum größten Teil vor Ort – Fortbildungskurse in den Bereichen Journalismus, Technik, Management und Training für Trainer durch. Die Kurse dauern zwischen einer und acht Wochen und werden von Mitarbeitern des DWFZ Hörfunk oder Gastdozenten geleitet. Bei Maßnahmen im Ausland wird mit regionalen und internationalen Organisationen und Instituten zusammengearbeitet.²⁶⁰

Das Kursangebot ist im Vergleich zu den siebziger und achtziger Jahren, als weniger als fünfzehn Projekte pro Jahr angeboten wurden, stark gewachsen und liegt seit 1991 bei 25-48 Kursen jährlich.²⁶¹ Dabei wird heute ausdrücklich betont, daß es sich bei den Angeboten nicht um eine Grundausbildung, sondern lediglich um Weiterbildungsmaßnahmen für

²⁵⁸ Vgl. Berwanger, Dietrich: Das Fortbildungszentrum Fernsehen in Berlin im Überblick, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript) (künftig Berwanger: Fortbildungszentrum).

²⁵⁹ Vgl. DWFZ Hörfunk (Hrsg.): DWFZ. Deutsche Welle Fortbildungszentrum Hörfunk, Köln 1997, S.5 (künftig DWFZ Hörfunk: DWFZ).

²⁶⁰ Vgl. DWFZ Hörfunk (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Köln 2000, S. 2 (künftig DWFZ Hörfunk: Jahresbericht 1999).

bereits ausgebildete Hörfunkmitarbeiter handelt.²⁶² Dementsprechend ist mehrjährige Berufserfahrung Bewerbungsvoraussetzung. Die Bewerbung erfolgt über die Deutschen Botschaften. Die Ausschreibungen für die DWFZ-Kurse gehen an die Hörfunkorganisationen, die dann die Bewerber nominieren.²⁶³ Die Auswahl der Teilnehmer trifft das DWFZ, wobei es sich an allgemeine Vorgaben des BMZ hält (Schwerpunktländer, sanktionierte Länder), aber keine strikt festgelegten Länderquoten erfüllen muß.²⁶⁴

Insgesamt (Hörfunk und Fernsehen) verfügt die DWFZ über ein jährliches Budget von rd. zehn Mio. DM. Auf Hörfunk und Fernsehen entfällt jeweils die Hälfte des Geldes. Von den fünf Millionen DM werden gut 2,5 Mio. DM für Projektkosten, d.h. für die direkten Kosten der durchgeführten Maßnahmen wie Unterbringung der Kursteilnehmer, Materialien etc., und die anderen 2,5 Mio. DM für die institutionelle Förderung (Personal-, Sachkosten etc.) ausgegeben.²⁶⁵ Wie erwähnt bringt das BMZ den Löwenanteil der Kosten auf. Hinzu kommen Zahlungen vom AA von jährlich 350.000 DM für Maßnahmen in Osteuropa.²⁶⁶

Wie der Etat der beiden DWFZ in den letzten Jahren trotz Einsparungen im Bundeshaushalt konstant blieb²⁶⁷, hat sich auch der jährliche Angebotsumfang nicht wesentlich verändert. 1998 führte das DWFZ Hörfunk insgesamt 42 Maßnahmen durch, 12 in Köln und 30 im Ausland. Schwerpunktregion war Afrika, wo ein Drittel der Kurse im Ausland stattfanden.²⁶⁸ 1999 wurde die Zahl der längeren Kurse in Köln reduziert (acht), dafür aber gleichzeitig die der Kurse vor Ort auf 39 erhöht. Von diesen Auslandsprojekten finanzierte das BMZ 37, das AA neun (in MOE) und das BPA eins (im Kosovo). Die Mehrzahl der BMZ-Projekte waren Management- (elf) und Journalismuskurse (zehn). Acht Kurse beschäftigten sich mit Technik, fünf mit Programmgestaltung, und vier mit Training für Trainer. Insgesamt wurden 1036 Stipendiaten fortgebildet, davon 952 in Kursen vor Ort.

²⁶¹ Vgl. DWFZ Hörfunk: Jahresbericht 1999, S. 21.

²⁶² Bis 1985 gab es noch journalistische Langzeitkurse, bis 1995 technische Langzeitkurse von mindestens einem Jahr Dauer. Vgl. DWFZ Hörfunk: Jahresbericht 1999, S. 21.

²⁶³ Vgl. DWFZ Hörfunk: DWFZ, S. 6 und 9.

²⁶⁴ Nach Auskunft von Dietrich Berwanger in einem Gespräch vom 3.11.1999.

²⁶⁵ Vgl. Berwanger: Fortbildungszentrum, S. 3-4.

²⁶⁶ Nach Auskunft von Thomas Gerlach (Referat Kultur im AA) in einem Gespräch vom 14.1.2000.

²⁶⁷ Nach Einschätzung Berwangers im Gespräch vom 3.11.1999 sei dies hauptsächlich deshalb der Fall, da das DWFZ-Budget mit 10 Mio. DM zu gering sei, als daß es ein relevantes Einsparungspotential biete.

²⁶⁸ Vgl. DWFZ Hörfunk: Kursplanung 1998, Köln 1998 (unveröffentlichtes Manuskript).

Neben Afrika und Asien bildete MOE eine Schwerpunktregion.²⁶⁹ 2000 soll Afrika wieder Hauptförderregion sein. Zwölf der insgesamt 31 geplanten Auslandskurse sollen dort stattfinden. In Köln sind zehn Kurse geplant.²⁷⁰

Inhaltlich ist das Kursangebot des DWFZ Hörfunk breit gefächert und den Bedürfnissen der jeweiligen Länder angepaßt. Es reicht von „Women & AIDS“ über „Archivierung und Dokumentation“, „Children´s Programme“ bis zu „Literature on Radio“. Schwerpunkte sind vor allem moderne Rundfunktechnologien und Ausbilderausbildung. Während in vielen afrikanischen Ländern die ländliche Lokalradioproduktion im Vordergrund steht, wird bei Kursen in den Transformationsländern MOEs vor allem die tagesaktuelle Nachrichtenberichterstattung behandelt.

2.2.3.2 Fernsehen

Nach der Gründung des DWFZ Hörfunk rief das BMZ am 15.1.1971 auch eine Aus- und Fortbildungsstätte für das Fernsehen ins Leben. Da die DW damals noch kein Fernsehprogramm produzierte, wurde das „Television Training Center“ (TTC)²⁷¹ in den Sender Freies Berlin (SFB) integriert. Als die DW ein eigenes Fernsehprogramm aufbaute, wurde die entwicklungspolitische Rundfunkfortbildung reorganisiert und durch Vertrag zwischen dem BMZ und der DW der Deutschen Welle angegliedert. Sitz des Zentrums blieb Berlin.²⁷²

Entsprechend der Regelungen in Bezug auf das DWFZ Hörfunk ist auch das DWFZ Fernsehen zwar in die DW eingegliedert, wird aber vornehmlich vom BMZ finanziert und soll in dessen Auftrag den Fach- und Führungskräften im Fernsehsektor (Journalisten, Redakteure, Cutter, Techniker etc.) durch Fortbildungskurse Kenntnisse und Fertigkeiten

²⁶⁹ Vgl. DWFZ Hörfunk: Jahresbericht 1999, S. 3 und 8-10. Seit 1965 wurden insgesamt 5.415 Journalisten und 2.107 Techniker fortgebildet. Von den 2.392 Teilnehmern an Kursen in Köln stammten 1211 aus Afrika, 692 aus Asien, 318 aus Europa, 100 aus Lateinamerika und 71 aus Nahost. Afrika ist also auch bei den Inlandskursen Schwerpunktregion. Vgl. DWFZ Hörfunk: Jahresbericht 1999, S. 11-14.

²⁷⁰ Vgl. DWFZ Hörfunk: Kursplanung 2000, Köln 2000 (unveröffentlichtes Manuskript).

²⁷¹ Die englische Abkürzung TTC wird zum Teil heute noch für das DWFZ Fernsehen verwendet. Aus Gründen der Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit wird hier weiter der deutsche Name DWFZ Fernsehen benutzt.

²⁷² Vgl. Berwanger, Dietrich: Jahresbericht und Sachbericht zum Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 1998, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 1 (künftig Berwanger: Jahresbericht 1998). Wenn nicht wie hier anders angegeben, stützt sich dieses Kapitel auf das Gespräch mit Berwanger vom 3.11.2000.

bezüglich Programmgestaltung, Produktion und Verbreitung von Fernsehsendungen vermitteln. Dabei wird Fernsehen als „Leitmedium der modernen Massenkommunikation bei der Herausbildung einer demokratisch-pluralistischen Öffentlichkeit in den Entwicklungsländern wie in den Staaten Südosteuropas“²⁷³ verstanden. Die Maßnahmen des DWFZ Fernsehen sollen dazu beitragen, daß die Fernsehstationen in den EL dieser Rolle gerecht werden. Deshalb ziele das Fortbildungsangebot schwerpunktmäßig auf Mitarbeiter von Informations- und Bildungsprogrammen und auf die Entwicklung lokaler Kulturprogramme.²⁷⁴

Um seine Ziele zu erreichen, veranstaltet das DWFZ Fernsehen Kurse in Berlin von bis zu drei Monaten und im Ausland von bis zu sechs Wochen. Das Zentrum führt seit Ende der siebziger Jahre keine Langzeitkurse zur Grundausbildung mehr durch, sondern nur noch höchstens dreimonatige Fortbildungskurse. Deshalb dürfen sich nur ausgebildete Fernsehmitarbeiter mit mehrjähriger Berufserfahrung bewerben. Dieses Procedere sei angesichts des knappen Budgets nicht nur finanziell notwendig, sondern stelle zudem sicher, daß die Teilnehmer ihr erworbenes Wissen in ihren Heimatländern auch tatsächlich anwenden können. Das Bewerbungsverfahren ist wie beim DWFZ Hörfunk geregelt.²⁷⁵

Neben der Vermittlung journalistischer und technischer Fertigkeiten und Kenntnisse ist auch hier ein weiteres Motiv für die Aktivitäten der Erfahrungsaustausch (Süd-Süd-Kooperation). Medienschaffende aus EL sollen Bekanntschaft schließen, so daß sie sich künftig austauschen und bei Problemen gemeinsame Strategien entwickeln können.

Das DWFZ Fernsehen veranstaltete 1997 sieben, 1998 und 1999 je fünf Kurse in Berlin für jeweils vier bis 20 Teilnehmer. Im Ausland wurden 1997 18, 1998 22 und 1999 16 Kurse durchgeführt, die von zehn bis 30 Teilnehmern besucht wurden. Schwerpunktregion war in jedem Jahr Afrika mit knapp 2/3 der Auslandskurse. Besonders stark war das Angebot für die (und die Nachfrage der) SADC-Länder wie Simbabwe, Angola oder Mosambik. Ferner war das DWFZ 1997-1999 in Asien (fünf Kurse pro Jahr) und im Nahen/Mittleren Osten

²⁷³ Berwanger, Dietrich: DW-Fortbildungszentrum Fernsehen. Aufgabenplanung 2000-2003, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 1 (künftig Berwanger: DW-Fortbildungszentrum).

²⁷⁴ Vgl. Berwanger: DW-Fortbildungszentrum, S. 2.

²⁷⁵ Vgl. Berwanger: Fortbildungszentrum, S. 2. Obwohl faktisch seit Ende der siebziger Jahre keine Ausbildung mehr betrieben wurde, wurde erst mit Reorganisation der Name „Fernsehausbildungsstätte“ in „Fortbildungszentrum“ geändert.

(zwei Kurse pro Jahr) aktiv. Die Ausgaben für die Projekte lagen in jedem Jahr bei rd. 2,5 Mio. DM.²⁷⁶ Die Kurse leiten entweder Mitarbeiter des DWFZ Fernsehen – von den zwölf Mitarbeitern des Zentrums sind sechs Dozenten – oder Gastdozenten.²⁷⁷

Die im Vergleich zu den Auslandskursen längeren Kurse in Berlin dienten vor allem dazu, Fachkräfte aus allen Gastländern mit Fachleuten aus Europa zum Erfahrungsaustausch, gegenseitigen Lernen und zur künftigen Kooperation zusammenzuführen. Fernsehleute aus der Praxis könnten leichter als Gastdozenten hinzugezogen, Fernsehstationen besucht werden. Ferner könnten hier Themen aufgrund der technischen und didaktischen Ausstattung auf höherem Niveau und in größerer Intensität behandelt werden.²⁷⁸

Viele Kurse vor Ort finden in Zusammenarbeit mit lokalen/regionalen Fernsehstationen, Fernsehausbildungsstätten oder anderen Partnerorganisationen, z.B. der Arab Broadcasting Union oder dem Asian Media Information and Communication Centre statt. So könne man nicht nur Know-how und Ausstattung nutzen, die vor Ort vorhanden sind, sondern auch schnell und effektiv auf die Bedürfnisse der Kursteilnehmer bzw. der Mediensysteme ihrer Heimatländer eingehen. Angepaßt an die Bedürfnisse der jeweiligen Partnerländer/-regionen und die technologischen Entwicklungen reicht das Kursangebot von Nachrichtenjournalismus über Videoschnitt bis zu Computergrafik und Recherche im Internet.²⁷⁹

Ferner beteiligt sich das DWFZ Fernsehen an einem großen, auf drei Jahre angelegten Projekt im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa. Auf Anfrage des BMZ wurde ein

²⁷⁶ Vgl. DWFZ Fernsehen: Tabellarische Aufstellung der Projektmaßnahmen 1997, Berlin 1997, DWFZ Fernsehen: Tabellarische Aufstellung der Projektmaßnahmen 1998, Berlin 1999, DWFZ Fernsehen: Tabellarische Aufstellung der Projektmaßnahmen 1999, Berlin 1999 (unveröffentlichte Manuskripte).

²⁷⁷ Laut Berwanger liegt der Vorteil der fest angestellten Dozenten gegenüber freien in ihren didaktischen Fähigkeiten und der einheitlichen Linie des DWFZ. Gastdozenten stellten allerdings oft größeren Praxisbezug her und hätten aktuellere Erfahrungen.

²⁷⁸ Vgl. Berwanger: Jahresbericht 1998, S. 11. Das Problem bei gemeinsamen Veranstaltungen für Teilnehmer aus vielen verschiedenen Ländern und Regionen liegt darin, daß sich die Voraussetzungen (Wissen, Erfahrung, Ausbildung) teilweise stark unterscheiden, so daß bei jedem Kurs zunächst einmal eine gemeinsame Basis geschaffen werden muß, möglichst ohne die Teilnehmer zu unter- und zu überfordern.

²⁷⁹ Ein Beispiel für die Ausrichtung des Kursangebots nach aktuellem Bedarf ist der Kurs zum „Community TV“ in Südafrika. Dem lokalen Fernsehen, das in den letzten Jahren in Südafrika im politischen Prozeß stark an Bedeutung gewonnen hat und auch von der Regierung unterstützt wird, soll in Zukunft demokratische und partizipatorische Kommunikationsformen festigen helfen. Der Kurs des DWFZ Fernsehen fand in Kooperation mit dem Dachverband der lokalen TV-Stationen „Open Window Network“ statt und zielte darauf ab, Ausbilder für Fragen des Stations-, Redaktions- und Finanzmanagement im Community-TV-Bereich auszubilden. Vgl. Berwanger: Jahresbericht 1998, S. 8.

Konzept erarbeitet, welches u.a. die „langfristige Beratung, Betreuung und Fortbildung von bis zu drei Fernsehstationen in den jugoslawischen Nachfolgestaaten und Albanien“²⁸⁰ bei Bevorzugung kleinerer Stationen vorsieht. Dabei kooperiert das DWFZ u.a. mit dem ZDF und dem BPA, das rd. 1,8 Mio. DM für technische Ausstattung für Zeitungen, Radio- und TV-Sender, Journalistenworkshops und Diskussionsveranstaltungen bereitstellt.²⁸¹

2.3 Medienförderung der politischen Stiftungen

Seit 1962 gewährt das BMZ Zuwendungen für Projekte der politischen Stiftungen, soweit sie den entwicklungspolitischen Grundsätzen der Bundesregierung nicht zuwider laufen. Durch ihre vielfältigen Kontakte zu gesellschaftlichen Gruppen der Partnerländern und ihren Status als NGO haben sie oft einen größeren Handlungsspielraum als das BMZ, d.h. sie können auch in Bereichen tätig werden, aus denen sich die staatliche EZ aufgrund des Postulats der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten heraushalten muß.²⁸² Durch u.a. politische und berufliche Bildung, Förderung von Verbänden, Parteien, Medien und wissenschaftlichen Instituten, Beratung staatlicher Einrichtungen und Förderung internationaler Kontakte tragen die politischen Stiftungen dazu bei, „[...] Rahmenbedingungen für eine bessere Teilhabe möglichst aller Mitglieder einer Gesellschaft an den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsprozessen und ihren Ergebnissen“²⁸³ zu schaffen. Dabei sind sie vor allem in den Bereichen Demokratieförderung, Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung, Armutsbekämpfung, Förderung umweltbewußten Handelns und Krisenprävention aktiv.²⁸⁴

Für ihre entwicklungspolitische Arbeit suchen sich die politischen Stiftungen in den jeweiligen Ländern gesellschaftliche und politische Gruppen als Partner (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Parteien, wissenschaftliche Einrichtungen, Medien etc.), die ähnliche Grundauffassungen vertreten und gleichzeitig für die soziale und wirtschaftliche

²⁸⁰ Berwanger, Dietrich: Medienhilfe im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa. Konzeption für den Aufbau eines demokratischen Fernsehens, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 2 (künftig Berwanger: Medienhilfe).

²⁸¹ Vgl. BPA: Pressemitteilung Nr. 147/00 vom 5.4.2000.

²⁸² Vgl. Krämer/Lehrke: Medienförderung, S.114.

²⁸³ BMZ: Informationsvermerk für den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die entwicklungspolitische Arbeit der politischen Stiftungen, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript), S. I (künftig BMZ: Informationsvermerk).

²⁸⁴ Vgl. BMZ: Informationsvermerk, S. I.

Entwicklung der Länder eine bedeutende Rolle spielen. Neben ihrer Projektarbeit dienen sie den Partnerländern zugleich als Beispiel für demokratischen Interessenpluralismus. „Durch ihre unterschiedliche, ideologische Grundausrichtung wird es möglich, in einem Land gleichzeitig unterschiedliche, aber im Grundsatz gleich berechnigte Interessen zu unterstützen.“²⁸⁵

Eine politische Stiftung wird in die Förderung durch das BMZ aufgenommen, wenn sie eine relevante politische Strömung der BRD repräsentiert, d.h. in der Praxis, wenn die ihr nahestehende Partei in zwei aufeinander folgenden Legislaturperioden im Bundestag vertreten ist. Das bedeutet, daß 2000 neben der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS), der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) und der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) erstmals auch die PDS-nahe Bundesstiftung Rosa Luxemburg (BRL) Antrag auf Mittel für entwicklungspolitische Projekte stellen kann. Die Projektanträge, die meist auf einen Zeitraum von drei Jahren ausgerichtet sind, werden vom BMZ hinsichtlich der Übereinstimmung mit seinen entwicklungspolitischen Grundsätzen und möglicher Überschneidungen mit Aktivitäten anderer EZ-Akteure überprüft. Über ihre Maßnahmen müssen die politischen Stiftungen das BMZ zudem regelmäßig informieren.²⁸⁶

Die Gesamtzusendungen für die politischen Stiftungen²⁸⁷ werden nach einem Schlüssel auf die einzelnen Stiftungen aufgeteilt, der sich nach den Wahlergebnissen der ihnen nahestehenden Parteien in den letzten Legislaturperioden richtet. 1999 bekamen die FES und die KAS je 32,5 %, die FNS und die HSS je 12 % und die HBS 11 % der Mittel. Bis 1992 (insgesamt rd. 360 Mio. DM, davon rd. 336,1 Mio. DM für Projekte in EL) stiegen die Gesamtmittel für die Stiftungen kontinuierlich an. Seitdem nimmt ihr Umfang ab. 1998 betragen die Gesamtmittel noch rd. 347,5 Mio. DM, davon rd. 302,6 Mio. DM für Projekte in EL. Besonders schwer betroffen von diesem Rückgang waren FNS und HSS, da durch

²⁸⁵ BMZ: Informationsvermerk, S. 3.

²⁸⁶ Vgl. BMZ: Informationsvermerk, S. 1 u. 12.

²⁸⁷ Die Zusendungen für die politischen Stiftungen bestehen seit 1997 aus zwei Titeln im Haushalt des BMZ. Projekte in EL werden aus Titel 686 04 (Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der politischen Stiftungen), Projekte in MOE und in Ländern der GUS aus Titel 686 12 (Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Ländern MOEs und in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten) finanziert. Vgl. BMZ: Informationsvermerk, S. 11. Zur Finanzierung der politischen Stiftungen siehe ferner KAS (Hrsg.): Grundsätze der Finanzierung Politischer Stiftungen, Sankt Augustin 2000.

die stärkere Berücksichtigung der HBS ihr jeweiliger Anteil von 16,6 % auf 12 % fiel. Die anstehende Berücksichtigung der BRL wird die Finanzlage noch zusätzlich verschärfen, zumal auch die Gesamtzuswendungen des BMZ weiter fallen werden. So ist 2000 ein Rückgang auf 308,2 Mio. DM (davon 274,9 Mio. DM für EL-Projekte) und für 2003 eine weitere Kürzung auf 294,7 Mio. DM (davon 264,7 Mio. DM für EL-Projekte) geplant.²⁸⁸

2.3.1 Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Die SPD-nahe FES orientiert sich in ihrer Arbeit seit jeher²⁸⁹ an sozialdemokratischen Grundwerten. Sie sieht ihre Aufgaben vor allem in der politischen und gesellschaftlichen Bildung zur Vermittlung demokratischer Wertvorstellungen, der Stärkung internationaler Kontakte und der Partnerschaft mit den EL, der Förderung von Studenten, Wissenschaftlern und der Forschung sowie von Kunst und Kultur.²⁹⁰

Der Bereich „Internationale Arbeit“ teilt sich bei der FES in „Internationaler Dialog“, worunter die Zusammenarbeit mit westlichen IL, Mittel-, Südost- und Osteuropa sowie Nahost/Östliches Mittelmeer fällt, und „Internationale Entwicklungszusammenarbeit“ mit den Regionen Lateinamerika und Karibik, Afrika sowie Asien und Pazifik. Bei ihrer Auslandsarbeit kooperiert die FES mit Partnern in Politik und Gesellschaft, „[...] mit denen eine Grundübereinstimmung in den politischen Werten, Zielen und Verfahren besteht oder die an einem konstruktiven Dialog der Verständigung interessiert sind“²⁹¹, klassischerweise Gewerkschaften und Parteien sozialdemokratischer Prägung. Dabei zielt die Auslandsarbeit auf die Förderung von Demokratie, Menschenrechten, rechtsstaatlicher Prinzipien, Zivilgesellschaft, Dezentralisierung, marktwirtschaftlicher Ordnung mit sozialstaatlichen Elementen, auf Armutsbekämpfung und damit verbunden Krisenprävention.²⁹²

²⁸⁸ Vgl. BMZ: Informationsvermerk, S.11-14 u. Anlage 2.

²⁸⁹ Die FES wurde bereits 1925 ins Leben gerufen und ist damit die älteste politische Stiftung Deutschlands. Die Gründung der Stiftung hatte Friedrich Ebert kurz vor seinem Tod noch selbst verfügt. Das Gründungskapital stammte aus den Kranzspenden für Eberts Trauerfeier. Zur Gründung und Geschichte der FES siehe FES: 75 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung, unter: www.fes.de/info/75jahre/Geschichte75.html am 23.3.2000.

²⁹⁰ Vgl. FES (Hrsg.): Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998, Bonn 1999, S. 4 (künftig FES: Jahresbericht 1998).

²⁹¹ FES: Jahresbericht 1998, S. 60.

²⁹² Vgl. BMZ: Informationsvermerk, Anlage 1.1.

1998 standen der FES insgesamt rd. 220,6 Mio. DM zur Verfügung (geplant 1999: rd. 234 Mio. DM). Davon waren rd. 195,8 Mio. DM Zuwendungen der Bundesministerien (geplant 1999: rd. 209 Mio. DM). Für den Bereich Internationale Zusammenarbeit gab die Stiftung 1998 rd. 117,9 Mio. DM (geplant 1999: rd. 120 Mio. DM).²⁹³ Schwerpunktregionen in der Auslandsarbeit waren Afrika mit 29 %, Lateinamerika mit rd. 22 %, Asien mit rd. 20 % und MOE mit rd. 12 % der Mittel.²⁹⁴

Medien dienen in den Augen der FES vor allem als Austauschkanal, als Moderator zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Nur durch diesen Austausch seien Pluralismus und friedliches Miteinander möglich, weshalb freie unabhängige Medien eine Voraussetzung für Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit seien. Dabei sollten die Medien möglichst staatsfern, wirtschaftlich unabhängig und für alle Gruppen der Zivilgesellschaft offen sein. Ziel der Medienförderung müsse sein, auf eine demokratische Mediengesetzgebung hin zu wirken, die Medien dahingehend zu unterstützen, daß sie technisch, finanziell und personell für die Erfüllung ihrer Rolle als Akteur im Entwicklungsprozeß angemessen ausgestattet sind (das schließt die Verringerung der Abhängigkeit von Technologie und Information des Nordens ein), Forschung und Dokumentation zu Medienfragen zu fördern und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Hilfestellung beim Umgang mit den Medien zu geben. Instrumente dafür seien u.a. Beratung, Austauschprogramme, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Medienmanager und Journalisten und die Unterstützung von Kleinmedien (z.B. Basisradios). Die Medienarbeit der FES setzt also in den EL auf verschiedenen Ebenen an (Staat, Medien, Wissenschaft, gesellschaftliche Gruppen). So will die Stiftung sowohl den in vielen EL noch vorhandenen autoritären und diktatorischen Strukturen (u.a. Zensur) als auch den (möglichen) negativen Folgen von Globalisierungs- und Kommerzialisierungstendenzen im Medienbereich entgegenzutreten.²⁹⁵

²⁹³ Vgl. FES: Jahresbericht 1998, S. 82 u. 85.

²⁹⁴ Vgl. FES: Jahresbericht 1998, S. 51-67.

²⁹⁵ Vgl. FES: Medien für Entwicklung – Entwicklung von Medien. Die Rolle von Medien und Kommunikation in der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 1-4 (künftig FES: Medien).

Die Medienförderung spielte innerhalb der EZ der Stiftung in der Vergangenheit eine große Rolle.²⁹⁶ Ab 1971 liefen die Medienaktivitäten in einem eigenen Medienreferat zusammen. In den neunziger Jahren standen dem Referat „Medien und Kommunikation“ (MuK) jährlich rd. zehn bis zwölf Mio. DM zur Verfügung. Diese zentrale Koordinierung der Medienarbeit gibt es seit der Auflösung des MuK 1998 nicht mehr. Seitdem ist die Medienförderung in die diversen Regionalreferate integriert, was sowohl die Beschreibung der Medienprojekte als auch die Angabe der dafür veranschlagten Mittel erschwert, die für 1998 mit acht bis neun Mio. DM angegeben werden.²⁹⁷ Durch regionale Medienprojekte erhält allerdings auch aktuell die Arbeit der Regionalreferate eine starke Medienkomponente. Basierend auf Analysen der jeweiligen Medienlandschaften werden in diesen Medienprojekten Förderkonzepte für die verschiedenen Regionen entwickelt und Maßnahmen in den Ländern bzw. Regionen geplant. Aktuell stellt sich die Medienförderung der FES wie folgt dar:

In **Afrika** führt die FES drei regionale Medienprojekte durch, je eines für das westliche, das östliche und das südliche Afrika.²⁹⁸ Sie zielen darauf ab, die Medienfreiheit und Vielfalt zu fördern und damit zur Demokratisierung der einzelnen Regionen beizutragen. Dabei richten sie sich nach den Hauptproblembereichen des Mediensektors. Diese seien, wenn auch mit unterschiedlich starken Ausprägungen (welche sich aber auch innerhalb einer Region von Land zu Land feststellen lassen), in den drei Regionen ähnlich: 1) Die neuen Pressegesetze, die in den neunziger Jahren in vielen Ländern verabschiedet wurden, brachten nur selten

²⁹⁶ In der Aus- und Fortbildung für Journalisten aus EL war die FES ein Vorreiter. Bereits 1967 richtete sie ein Referat für Journalistenausbildung ein, welches Programme in Deutschland organisierte. Als diese Aufgabe von den Fortbildungszentren der DW und des SFB übernommen wurde, wandte man sich dem Training vor Ort zu. Weitere Schwerpunkte waren der Auf- und Ausbau von Forschungs- und Dokumentationszentren (z.B. AMIC in Singapur) und von regionalen Nachrichtenaustauschsystemen (1984: ASIAVISION, 1986: CARIBVISION, 1987: ARABVISION, Ende der achtziger Jahre: PACNEWS und 1991: AFRO-VISION) sowie in den neunziger Jahren die Unterstützung unabhängiger Kommunal- und Kleinradios im südlichen Afrika und in den Andenländern. Vgl. FES: Medien, S. 14-19. Zur Medienförderung der FES in den achtziger und neunziger Jahre vgl. ferner Heine: Dritte Welt, S. 83-85, Krämer/Lehrke: Medienförderung, S. 116 und Siepman, Ralf: Developing Media in the Third World. Project Examples, Bonn (FES) 1990.

²⁹⁷ Vgl. Rößen: Deutsche Medienförderung, S. 38.

²⁹⁸ Der gesamte Abschnitt über die Medienförderung in Afrika beruht auf folgenden Texten: FES – Afrika Referat: Das FES-Medienprojekt Östliches Afrika 2000 – Ausschnitte aus einem internen Bericht, Kapstadt 1999 (unveröffentlichtes Manuskript) (künftig FES – Afrika Referat: Östliches Afrika), Riehn, Wolfgang: Gesellschaftspolitisches Beraterprogramm suedliches Afrika. Teilprojekt: „Beratungs- und Ausbildungsmassnahmen fuer Medieninstitutionen im Suedlichen Afrika“. Jahresbericht 1999, Harare 1999 (unveröffentlichtes Manuskript der FES) (künftig Riehn: Südliches Afrika) und Vogt, Achim: Medienprojekt Westliches Afrika. Kurzinformationen zu wichtigen Teilbereichen, o.O. 1998 (unveröffentlichtes Manuskript der FES) (künftig Vogt: Westliches Afrika).

wirkliche Verbesserungen und beinhalten nach wie vor Zensur und andere Repressionen. 2) Die Medienkommissionen haben oft unterschiedliche Kompetenzen und Zielsetzungen. 3) Der Großteil der Journalisten hat entweder keine oder eine Ausbildung, die sich noch an den Regeln autoritärer Regime orientierte und Elemente wie kritische Recherche nicht vermittelte. 4) Die staatlichen Radio- und TV-Sender sind nach wie vor massivem Einfluß der Autoritäten ausgesetzt, was zu einer Art Hofberichterstattung führt. Zugleich sind die Bedingungen für die Zulassung privater kommerzielle Sender oft sehr rigide.

Aus diesem Problembefund leiten die Medienprojekte ihre Aufgaben ab, bei denen sie mit einer Vielzahl von Partnern kooperieren (z.B. Journalistenvereinigungen, Sender, Parteien etc.). Dazu zählen vor allem Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Konferenzen und andere Treffen auf nationaler und internationaler Ebene. Den regionalen Gegebenheiten entsprechend setzen die Medienprojekte jeweils andere Schwerpunkte. Für das Medienprojekt „Westliches Afrika“ steht derzeit die Beratung auf Regierungs- und Parlamentsebene sowie mit den Medienkommissionen der Länder im Vordergrund (bzgl. rechtlicher Rahmenbedingungen, Medienethik, Zulassung privater Medien im audiovisuellen Bereich etc.). Ferner ist die Aus- und Fortbildung von Journalisten ein Schwerpunkt. Presse-, Radio- und Fernsehjournalisten sollen die grundlegenden redaktionellen Techniken (Interview, Reportage, Recherche etc.) vermittelt werden, um kompetenten Journalismus zu gewährleisten, von dem in Westafrika noch nicht die Rede sein könne. Materialhilfe leistet man dagegen aus finanziellen Gründen nur in Ausnahmefällen.

Neben den Projekten in den einzelnen Ländern führt die FES auch regionale Maßnahmen durch (z.B. Konferenzen, Seminare), um zum einen den Erfahrungs- und Ideenaustausch zwischen Journalisten und anderer Medienmitarbeiter verschiedener Länder zu verstärken und zum anderen durch vermehrten regionalen Kontakt, Medien oder einzelne Journalisten zu unterstützen, die in ihren Ländern besonders unter Druck stehen (etwa durch staatliche Repressionen). Akteure, „[...] die [...] die Pressefreiheit behindern, können regional sehr viel stärker als national unter Druck gesetzt werden.“²⁹⁹

Die regionale Perspektive bildet auch den Schwerpunkt im östlichen Afrika. Den Problemen im Mediensektor, die im wesentlichen denen in Westafrika entsprechen

²⁹⁹ Vogt: Westliches Afrika, S. 15.

(staatlicher Einfluß, Lizenzvergabe, Privateigentum als Gefährdung der inneren Pressefreiheit → Interessenjournalismus etc.), versucht die FES vornehmlich durch die Unterstützung einer starken regional koordinierten Lobby-Organisation zu begegnen. Zusammen mit u.a. der UNESCO hat die Stiftung 1995 ein Treffen von Medienrepräsentanten aus Kenia, Tansania, Uganda, Äthiopien, den Seychellen, Mauritius und Madagaskar initiiert, das zur Gründung des „Eastern African Media Institute“ führte, das weiterhin unterstützt wird, da es als notwendiges Mittel zur Sicherung und zum Ausbau der Medienfreiheit gesehen wird.

Beim Medienprojekt im südlichen Afrika stand 1999 die Demokratisierung des Rundfunkwesens in den SADC-Ländern im Vordergrund. Dabei arbeitete es vor allem mit dem Regionalverband der nationalen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten SABA und dem „Media Institute of Southern Africa“ zusammen. Insgesamt führte die FES 1999 27 Maßnahmen durch, darunter mehrere nationale und internationale Konferenzen und Klausurtagungen zur Medienfreiheit und zum Medienrecht. Ferner finanzierte die Stiftung Fortbildungskurse für Nachrichtenredakteure aus der Region, für eine Nachwuchsredakteurin des Simbabweischen Rundfunks und für Journalisten des „Bush Radios“, eines Community Radios in Kapstadt, das 1991 mit Unterstützung der FES gegründet wurde und ein basisnahes Programm in Englisch und zwei afrikanischen Sprachen sendet.

In der Medienlandschaft **Lateinamerikas**³⁰⁰ sind die eingeschränkte Pressefreiheit in rd. der Hälfte der Länder, Konzentrations- und Kommerzialisierungstendenzen die hauptsächlichen Problembereiche, die nach Ansicht der FES die Funktionsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft gefährden können.³⁰¹ Aufgrund dieses Befundes und begrenzter finanzieller Möglichkeiten beschränkt das FES-Medienprojekt Lateinamerika seine Aktivitäten im wesentlichen auf drei Schwerpunkte. Erstens zielt es durch Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation nationaler und internationaler Tagungen und

³⁰⁰ Dieser Abschnitt beruht auf: Bauer, Dieter: Das Regionalprojekt Medienförderung und Kommunikationsberatung Lateinamerika, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript der FES) (künftig Bauer: Lateinamerika) und Bauer, Dieter: Das Projekt Nueva Sociedad der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript der FES).

³⁰¹ Mehr als 85 % der Radiostationen sind in Privatbesitz, wobei aber die Rundfunklandschaft nur von wenigen Konzernen beherrscht wird. Bspw. bindet in Mexiko der Anbieter Televisa 85 % der Fernsehzuschauer an sein Programm. Die großen Medienunternehmen werden oft von Familienclans beherrscht, die eng mit der politisch dominierenden Klasse verbunden sind.

Konferenzen auf die Sicherung bzw. Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen.³⁰² Zweitens unterstützt es durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen (Workshops, Seminare u.ä.) für Journalisten und Manager sowie Publikationen (z.B. Handbücher zur Fernsehproduktion) die alternativen Medien, die Community-TVs und –Radios. Den dritten Schwerpunkt sieht das Medienprojekt in der Herstellung von Kommunikation zwischen den politischen und gesellschaftlichen Akteuren. Dazu organisiert es Treffen zwischen Vertretern der verschiedenen Gruppen, die mit dem Medienbereich zu tun haben (Parteien, Regierungsvertreter, Sender, Verbände etc.) und versucht in seiner Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die Rolle der Medien für eine offene demokratische Gesellschaft zu vermitteln.

Zusätzlich zum Regionalprojekt fördert die FES „Nueva Sociedad“, ein Projekt, das die gleichnamige sozialwissenschaftliche Zeitschrift mit entwicklungspolitischem Schwerpunkt herausgibt, die 1972 ins Leben gerufen wurde und sich inzwischen zu einer wichtigen gesellschaftspolitischen Diskussionsplattform für die wichtigen Gesellschaftsgruppe (Parteien, Gewerkschaften, Wissenschaft etc.) entwickelt hat. Ferner gibt „Nueva Sociedad“ jährlich 20 bis 30 Bücher zu Themen aus u.a. Politik, Wissenschaft und Umwelt heraus.

Das regionale Medienprojekt für **Asien** befindet sich zur Zeit noch im Umbau.³⁰³ Sämtliche Vertreter vor Ort hatten die Aufgabe, bis zum Frühjahr 2000 eine Medienanalyse ihrer Länder zu erstellen und darauf aufbauend Bedürfnisse und mögliche Aktivitäten zu formulieren. Mit einem breitgefächerten Instrumentarium, das u.a. Expertenberatung (z.B. bei Finanzplanung, Marketing oder Recherche), Erstellung von Expertisen und Fortbildungskurse umfaßt, soll gezielt auf die Erfordernisse in den einzelnen Ländern eingegangen werden. Eingebettet werden sollen die verschiedenen Aktivitäten trotz der Heterogenität der Region in ein übergeordnetes Medienkonzept, das für Asien bislang gefehlt habe. Bislang habe das Medienprojekt Asien mit Sitz in Nepal lediglich zu einem „[...] Sammelsurium an nationalen Medienaktivitäten, die keinen in sich geschlossenen

³⁰² In Ecuador trug die Projektarbeit etwa dazu bei, daß 1998 die erste lateinamerikanische Verfassung in Kraft trat, „[...] die das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf eine gleichberechtigte Teilhabe an Kommunikation und Information, am Besitz von Medien sowie den gleichberechtigten Zugang zu Frequenzen garantiert.“ Bauer: Lateinamerika, S. 2.

³⁰³ Der Abschnitt über die Medienförderung der FES in Asien beruht auf einem Gespräch mit Erich Vogt, Leiter des Medienprojektes Asien, vom 9.2.2000.

roten Faden hatten“³⁰⁴ geführt. Das Generalziel aller Einzelmaßnahmen müsse aber klar sein. Es bestehe darin, den Medien in der Gesellschaft das Gewicht zu verleihen, das sie brauchen um als Moderator zwischen allen Gesellschaftsgruppen und –schichten zu agieren. Dafür bräuchten die Medien eine klare Rechtslage, die notwendige wirtschaftliche Ausstattung (um eigenständig arbeiten zu können und nicht erpressbar zu sein) und journalistisches Know-how. Diese Punkte werden in Zukunft auch die Schwerpunkte des Medienprojektes Asien sein.³⁰⁵

Im Zusammenhang mit politischer Bildung, Beratung und demokratischer Bewußtseinsbildung hat auch die Arbeit in **MOE** eine Medienkomponente. So wurden anlässlich der Wahlen in Bosnien-Herzegowina 1998 Journalisten geschult, um u.a. die Wahlberichterstattung zu verbessern. Auch in den anderen Staaten MOEs bilden Medienvertreter eine wichtige Zielgruppen, auch wenn Medienarbeit oft innerhalb anderer Schwerpunkte stattfindet.³⁰⁶

Es zeigt sich, daß die FES die Schwerpunkte ihrer Medienförderungskonzepte nach den regionalen Gegebenheiten und Bedürfnissen ausrichtet, wobei Mediengesetzgebung, Weiterbildung für Journalisten und Medienmanager sowie nationale und internationale Kontaktherstellung zwischen den gesellschaftlichen Gruppen die Schwerpunktbereiche sind.

2.3.2 Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

Die KAS trat 1964 in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins die Nachfolge der 1956 gegründeten „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ an und betreibt seitdem als politische Stiftung der CDU national wie international politische Bildungs- und Dialogarbeit, die primär auf die „[...] Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit [...]“³⁰⁷ abzielt. Dazu veranstaltet sie im In- und

³⁰⁴ Erich Vogt im Gespräch vom 9.2.2000.

³⁰⁵ Vgl. Tan/Stehling: ASEAN Media Directory.

³⁰⁶ Vgl. FES: Jahresbericht 1998, S. 52-57.

³⁰⁷ KAS (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Sankt Augustin 1999, Umschlagtext (künftig KAS: Jahresbericht 1998).

Ausland Seminare und Kongresse, erstellt politische Analysen, vergibt Stipendien, verleiht Preise und organisiert Ausstellungen und Lesungen.

Die Auslandsarbeit der Stiftung wurde zunächst über das bereits 1962 gegründete „Institut für Internationale Solidarität“ abgewickelt, welches seine Arbeit in Lateinamerika begann, ab 1963 auch in Afrika und Asien und ab 1964 im Mittelmeerraum aktiv war. Seit 1992 werden die weltweiten Aktivitäten der KAS im Arbeitsbereich „Internationale Zusammenarbeit“ zusammengefaßt, der den transatlantischen Dialog, die Förderung der europäischen Integration sowie EZ umfaßt und mit etwa der Hälfte der Haushaltsmittel und weltweit mehr als 200 Projekten in über 120 Ländern (1998) einen Schwerpunkt der Stiftungsarbeit bildet. Der größte Teil der Gelder fließt dabei in die EZ. Die Auslandsarbeit der Stiftung zielt hauptsächlich auf die Förderung und Verwirklichung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, sozialer Marktwirtschaft, Föderalismus, kommunaler Selbstverwaltung und christlich-demokratischer Werte. Sie soll der Armutsbekämpfung dienen und sich am Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ orientieren. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten der KAS bestehen vor allem in der Elitenförderung durch Aus- und Fortbildung von politischen und gesellschaftlichen Führungskräften, der Demokratieförderung, der Stärkung benachteiligter Bevölkerungsgruppen, im Auf- und Ausbau gesellschaftlicher Organisationen und in der Förderung des weltweiten Informations- und Erfahrungsaustauschs. Dabei arbeitet die Stiftung u.a. mit Parteien, Parlamenten, Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft in den Partnerländer zusammen.³⁰⁸

1999 standen der KAS insgesamt 209,706 Mio. DM zur Verfügung. Davon waren rd. 193 Mio. DM Zuwendungen des Bundes. Obwohl die Einnahmen damit im Vergleich zum Vorjahr (1998: 216,893 Mio. DM) wegen rückläufiger Zuwendungen des Bundes (1998: rd. 201 Mio. DM) um mehr als sieben Mio. DM zurückgingen, wurden die Ausgaben für den größten Haushaltsposten „Internationale Zusammenarbeit“ auf 106,184 Mio. DM erhöht (1998: 105,582 Mio. DM).³⁰⁹ Mit dem Geld für den Bereich Internationale Zusammenarbeit hat die KAS 1998 insgesamt 133 Projekte vor Ort finanziert, 24 weniger als im Vorjahr.

³⁰⁸ Vgl. KAS (Hrsg.): Für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1996, S. 7, 11, 15, 60-70 (künftig KAS: Für Freiheit).

³⁰⁹ Für 2000 sind wegen geringerer Bundeszuwendungen (186,131 Mio. DM) und Gesamteinnahmen (202,050 DM) aber auch für die Internationale Zusammenarbeit weniger Ausgaben (103,580 Mio. DM) vorgesehen. Vgl. KAS: Jahresbericht 1998, S. 70-71 und KAS (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Sankt Augustin 2000, S. 86-87.

Schwerpunktregionen waren Lateinamerika mit etwa einem Drittel, Asien mit rd. 23 % und Afrika mit rd. 17 % der Projekte (Nahost: rd. 14 %, Mittel-, Südost- und Osteuropa: rd. 10 %). Sektorale bildeten politische Bildung, Politik- und Rechtsberatung sowie regionale Strukturförderung und ländliche Entwicklung die Schwerpunkte.³¹⁰

Innerhalb der Auslandsarbeit sollen Massenmedien vor allem zur Bewußtseinsbildung beitragen, d.h. die Bürger informieren und ihnen demokratische und marktwirtschaftliche Grundsätze und Verhaltensweisen vermitteln. So spielten die Medien eine wichtige Rolle als Impulsgeber für soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb sieht die KAS Medienarbeit als wichtigen Bestandteil der internationalen Zusammenarbeit an.³¹¹ Dementsprechend hat die Stiftung in der Vergangenheit stets Medienförderung betrieben³¹² und gibt die Förderung freier Medien als ein Schwerpunktthema ihrer Auslandsarbeit an.³¹³

Vom Umfang her macht die Medienförderung allerdings nur einen Bruchteil der Auslandsaktivitäten aus. Für 1998 werden 12 Medienprojekte angegeben (1997: 5) mit einem finanziellen Volumen von knapp vier Mio. DM, was einem Anteil von rd. 3,7 % an den gesamten Ausgaben für Projekte der internationalen Zusammenarbeit entspricht.³¹⁴ Aufgeschlüsselt nach Regionen stellt sich die Medienförderung der KAS aktuell wie folgt dar:

In **Lateinamerika** ist die KAS seit gut 25 Jahren im Bereich der Kommunikationsmedien aktiv, zunächst hauptsächlich in Eigenregie, später vermehrt in Kooperationen mit verschiedenen Partnern. So arbeitet die Stiftung etwa seit mehr als 15 Jahren mit der „Vereinigung der lateinamerikanischen Fakultäten für soziale Kommunikation“ (Federacion Latinoamericana de Faculdades de Comunicacion Social) vor allem bei der Erstellung von Publikationen und des wissenschaftlichen Austauschs über Medienfragen zusammen. Die aktuellen Medienförderungsmaßnahmen werden durch das Programm „Medien und Demokratie“ innerhalb des KAS-Regionalprogramms „Centro

³¹⁰ Vgl. KAS (Hrsg.): Geschäftsbericht 1998, St. Augustin 1999, unter www.kas.de/dokumente/pdf/geschbericht98.pdf am 21.3.2000, S. 54-58 (künftig KAS: Geschäftsbericht 1998). Die Projektaufstellung für 1999 lag zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit im Frühjahr 2000 noch nicht vor.

³¹¹ Dobers, Hubert: Why international cooperation in the media field is essential, in: Hawatmeh, George (Hrsg.): The Role of the Media in a Democracy. The Case of Jordan, Amman (KAS/CSS) 1995, S. XI-XIII, hier: S. XI.

³¹² Vgl. Heine: Dritte Welt, S. 86-87 und Krämer/Lehrke: Medienförderung, S. 122-123.

³¹³ Vgl. KAS (Hrsg.): Partner in der einen Welt. Die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1999, S. 30.

³¹⁴ Vgl. KAS: Geschäftsbericht 1998, S. 58.

Interdisciplinario de Estudios sobre el Desarrollo Latinoamericano“ koordiniert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Aus- und Fortbildung von Journalisten, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universitäten (u.a. durch Distance-Learning-Programme). Ferner fördert die KAS Alternativmedien, Radioschulen und Journalistenvereinigungen, gibt Publikationen zu Medien- und Kommunikationsthemen heraus und unterstützt, um Medienimporten entgegenzuwirken und die einheimische Kultur zu stärken, die Produktion von Kulturprogrammen. Dagegen spielen Investitionen bzw. Transfer von technologischer Hardware keine Rolle. Weiterhin wird betont, daß trotz der Koordination der Medienförderung durch das Regionalbüro in Buenos Aires, alle Maßnahmen dezentral, bedürfnis- und projektorientiert durchzuführen seien.³¹⁵

In Bolivien beteiligte sich die KAS 1999 an der Einrichtung eines Medienlehrstuhls an der Katholischen Universität La Paz. Angeboten werden monatliche Workshops mit Journalisten, die aktuelle Themen sowie deren mediale Umsetzung behandeln (z.B. „Das Image der Frau in den bolivianischen Medien“, „Menschenrechte, Ombudsmann und Medien“ oder „Gemeinschaftsrundfunk in Lateinamerika“). An der kolumbianischen Universität Javeriana existiert ebenfalls solch ein Lehrstuhl für Medien,³¹⁶ und auch in El Salvador arbeitet die KAS mit der Universität (Zentralamerikanische Universität) zusammen. Gemeinsam mit dem Radiosender YSUCA, der zur Universität gehört, produziert sie ein Bildungsprogramm mit dem Titel „Hablemos claro“. Das Programm wird im Wechsel als Seminar der Universität und vor Ort als Diskussion mit Hörern produziert.³¹⁷

Mit verschiedenen Partnern (u.a. UNESCO, Universidad Iberoamericana, Instituto Federal Electoral) organisierte die KAS 1998/99 in Mexiko vier internationale Konferenzen, die sich mit Medienfragen beschäftigten und an Journalisten, Wissenschaftler und Politiker richteten. Behandelt wurden u.a. die Rolle der Medien in der Demokratie und im Wahlkampf, Medienethik, Reform des Medienrechts und Konzentrations- und

³¹⁵ Vgl. Priess, Frank: Cooperando con el sector de los medios. El trabajo de la Fundación Konrad Adenauer en América Latina – Un proceso de aprendizaje, Buenos Aires 1999 (unveröffentlichtes Manuskript der KAS).

³¹⁶ Vgl. Informationen zur Medienförderung der KAS in Bolivien von Dr. Hildegard Krueger, Leiterin des KAS-Auslandsbüros in La Paz, in einer e-mail vom 19.11.1999.

³¹⁷ Vgl. KAS: Jahresbericht 1998, S. 37.

Globalisierungstendenzen.³¹⁸ In Guatemala, Chile, Peru und Ecuador führt die KAS zwar keine reinen Medienprojekte durch, doch arbeitet sie im Rahmen ihrer anderen Maßnahmen regelmäßig mit Journalisten und anderen Medienmitarbeitern zusammen.

Durch die rückläufigen Finanzmittel wird wohl die regionale Ausrichtung der Arbeit in Zukunft noch verstärkt werden und die Bedeutung der einzelnen Länderbüros möglicherweise abnehmen. So schloß die KAS zuletzt 1998 zwei Auslandsbüros (Dominikanische Republik und El Salvador) und fuhr die Zahl ihrer Auslandsmitarbeiter zurück.

In **Asien** führt die KAS das „Asian Media Project“ durch. Es wurde 1996 ins Leben gerufen, hat seinen Sitz in Manila und zielt darauf ab, eine freie, verantwortungsvolle und ethische Presse in Südostasiens, besonders in der ASEAN-Region zu etablieren. Um die Fertigkeiten der Teilnehmer zu verbessern, ein journalistisches Netzwerk aufzubauen und den freien Informationsfluß zu stärken, führt das Asian Media Project in den Ländern Südostasiens Workshops, Konferenzen und Trainingsseminare für Medienvertreter durch, gibt seit Juli 1998 mit dem AsianMedia Report einen Newsletter für Medienschaffende heraus und hat ein Handbuch (The ASEAN Media Directory) mit Informationen über die Medienlandschaft der ASEAN-Staaten³¹⁹ erstellt.³²⁰ 1998 hat die KAS über ihr Asian Media Project 17 Trainingsprogramme für Journalisten der ASEAN- und der Pazifikregion durchgeführt (u.a. in Manila, Ho Chi Minh City, Hanoi, Kuala Lumpur und Bangkok).³²¹ Für 1999 waren 16 Projekte geplant, darunter Konferenzen mit Politikern über die Stellung der Medien, das deutsch-asiatische Redakteur-Forum, Seminare zu Nachrichtenjournalismus, Medienmanagement sowie Ausbildung für Ausbilder und die Verleihung des „Community Press Awards“, den die KAS gemeinsam mit dem Philippine Press Institute stiftet. Ferner sollte im November in Manila eine Journalistenschule der KAS eröffnet werden.³²²

³¹⁸ Vgl. die Informationen zur Medienförderung der KAS in Mexiko von Dr. Wilhelm Boucsein, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Mexiko, in einer e-mail vom 29.1.2000.

³¹⁹ Brunei, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Kambodscha, Thailand, Vietnam.

³²⁰ Vgl. KAS: Jahresbericht 1998, S. 31 und Tan/Stehling: ASEAN Media Directory, S. XII.

³²¹ Im AsianMedia Report finden sich zu einigen Projekten kurze Beschreibungen. Vgl. zu den Projekten in 1998 KAS (Hrsg.): AsianMedia Report, No. 1, July 1998, KAS (Hrsg.): AsianMedia Report, No. 2, October 1998 und KAS (Hrsg.): AsianMedia Report, No. 3, January 1999 (künftig KAS: AMR 3/1999).

³²² Vgl. KAS: AMR 3/1999, S. 6 und KAS (Hrsg.): AsianMedia Report, No. 4, April 1999, S. 5-6. Dort finden sich auch kurze Beschreibungen zu einigen Projekten.

Afrika: Beim Regionalprojekt in Benin handelt es sich nicht um ein Medienprojekt. Es zielt vielmehr auf die „Politische Bildung Westafrika“, beinhaltet allerdings eine starke Medienkomponente. So nehmen an den Bildungsveranstaltungen des Projekts fast immer auch Journalisten teil, die sich so thematisch fortbilden. Darüber hinaus arbeitet die KAS mit Fernsehsendern in Benin, Mali und Burkina Faso sowie mit einem Lokalradio in Benin bei der Produktion von Sendungen zur Staatsbürgerkunde zusammen. Ferner finanziert die Stiftung Fortbildungsseminare für die Redakteure einer Universitätszeitung in Benin.³²³ Außerhalb des Regionalprojekts hat die KAS in Westafrika in Senegal, wo sie ebenfalls vornehmlich zu politischen Fragen (vor allem zur Dezentralisierung) arbeitet, ein Forum zur Liberalisierung des Fernsehens in Senegal veranstaltet und eine Studie herausgegeben, die die Gesetzesgrundlagen im senegalesischen Mediensektor untersucht.³²⁴

In Uganda veranstaltet und finanziert die KAS jährlich vier bis sechs Fortbildungsworkshops für Journalisten zu Themen wie Gerichtsjournalismus, Wirtschaftsjournalismus, Presse und Internet, Medien und politische Bildung etc. Zudem bereitet die Stiftung ein wöchentliches Radioprogramm in zwei lokalen Sprachen zur politischen Bildung vor, das ab 2000 von KAS-Altstipendiaten produziert und von der Stiftung finanziert wird. Daneben organisiert die KAS Diskussionsforen und gibt Publikationen zu Medienfragen heraus.³²⁵ Im übrigen Afrika führt die KAS außer einem Stipendienprogramm für Journalismusstudenten in Südafrika keine Medienförderung durch. Wie gesehen wird hier Medienförderung hauptsächlich mit Zielen der politischen Bildung verknüpft, wobei der Schwerpunkt auf Fortbildung für Journalisten und Programmplanung liegt.

In der Region **Naher/Mittlerer Osten** finanziert die KAS seit 1997 in Palästina die Frauenzeitung „Saut an-Nisa“ (Stimme der Frauen), die alle 14 Tage der Tageszeitung „al-Ayyam“ beiliegt und dadurch einen großen Leserkreis erreicht. Herausgegeben wird „Saut an-Nisa“ von einem Verband palästinensischer Frauenorganisationen. Zudem organisiert die KAS in Palästina Gesprächsrunden mit israelischen und palästinensischen Journalisten,

³²³ Vgl. KAS: Für Freiheit, S. 51 und die Informationen zur Medienförderung der KAS in Westafrika von Dr. Holger Dix, Landesbeauftragter der KAS in Benin, in einer e-mail vom 17.11.1999.

³²⁴ Vgl. die Informationen zur Medienförderung der KAS in Senegal von Dr. Ute Gierczynski-Bocandé, KAS-Programmassistentin in Senegal, in einer e-mail vom 17.11.1999.

³²⁵ Vgl. die Informationen zur Medienförderung der KAS in Uganda von Thomas Knirsch, KAS-Mitarbeiter in Uganda, in einer e-mail vom 17.11.1999.

Politikern, Juristen, Ökonomen und Akademikern, um den gesellschaftlichen Dialog zwischen Israel und Palästina zu vertiefen.³²⁶

Das KAS-Büro in Jordanien führt zwar kein Medienprojekt durch, veranstaltet aber unregelmäßig Seminare und Workshops zu Medienthemen (z.B. 1997: Training Workshop for Journalists on „The Role of the Media in Advancing Women’s Causes“, 1998: Studienreise für Journalisten nach Deutschland) und publiziert gemeinsam mit Partnern Schriften zu diesem Bereich (z.B. „The Role of the Media in a Democracy. The Case of Jordan“).³²⁷

In der Türkei unterstützt die KAS die Media Information Unit (MDB), die im Januar 1998 an der Fakultät für Kommunikation der Universität Ankara gegründet wurde, bei Forschungsprojekten. So finanziert die Stiftung etwa ein Jahrbuch des MDB, das die Mediensituation in der Türkei beschreibt. Die erste Ausgabe des „mediascape Türkiye“ von 1998 sollte vor allem die Entwicklungsmöglichkeiten lokaler Medien beleuchten, mit dem langfristigen Ziel, der türkischen Medienkonzentration entgegenzuwirken.³²⁸

2.3.3 Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS)

Seit ihrer Gründung 1948 betreibt die politische Stiftung der FDP, die FNS, politische Bildungsarbeit im Dienste des Liberalismus. In ihren politischen Grundsätzen verpflichtet sie sich dazu, „[...] dem Prinzip Freiheit in Menschenwürde in allen Bereichen der Gesellschaft Geltung zu verschaffen.“³²⁹ Sie tritt in ihrer Arbeit vor allem für die offene Bürgergesellschaft, Demokratie, Schutz der individuellen Freiheit und der Bürgerrechte, Chancengleichheit beim Start, Wettbewerb und Pluralismus ein und zielt darauf ab, an der Herausbildung einer liberalen Elite mitzuwirken.³³⁰

³²⁶ Vgl. KAS (Hrsg.): Die Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten, September 1999.

³²⁷ Vgl. KAS (Hrsg.): Jordan (Broschüre), Amman o.J. und die Informationen über die Medienförderung der KAS in Jordanien von Olaf Köndgen, KAS in Amman, in einer e-mail vom 16.11.1999.

³²⁸ KAS/MDB (Hrsg.): mediascape Türkiye 98, Ankara 1998, S. 6-9.

³²⁹ FNS (Hrsg.): Die politischen Grundsätze für die Arbeit im In- und Ausland, Königswinter o.J. (Broschüre) (künftig FNS: Politische Grundsätze).

³³⁰ Vgl. FNS: Politische Grundsätze und FNS (Hrsg.): 1998. Zahlen. Daten. Fakten., Königswinter 1999, S. 4-5 (künftig FNS: 1998).

In Bezug auf ihre Auslandsarbeit tritt die FNS für eine offene Weltkultur und einen freien Weltmarkt ein. EZ soll über den freien Welthandel und durch die Unterstützung der EL beim Aufbau freier und selbstverantwortlicher Bürgergesellschaften erfolgen. Dementsprechend fordert die Stiftung die Informations-, Technologie-, Waren-, Dienstleistungs-, Währungs- und Kapitalmärkte weltweit zu liberalisieren.³³¹

Seit 1992 ist der Haushalt deutlich geschrumpft. Das Gros der Mittel machen Bundes- und Länderzuwendungen aus. 1992 betragen sie insgesamt noch 107,5 Mio. DM. 1999 sind sie auf 74 Mio. DM gesunken. 41,4 Mio. DM davon stammten vom BMZ, über zwei Mio. DM weniger als 1998. Dank der Steigerung der EU-Mittel und der übrigen Einnahmen verfügte die FNS 1999 mit insgesamt 85,5 Mio. DM aber über rd. eine Mio. DM mehr als im Vorjahr.³³² Rd. 51 % der Mittel entfielen 1998 (42,9 Mio. DM) auf die Auslandsarbeit. Mit 20 % der Auslandsaufwendungen war Asien die Schwerpunktregion, gefolgt von Lateinamerika mit 19,8 %, Afrika mit 14,6 %, Mittel- und Südosteuropa mit 14,5 % und dem Mittelmeerraum mit 12,3 %. 18,8 % der Mittel wurden für überregionale Projekte eingesetzt.³³³

Medienförderung als Teil der EZ spielte in der Vergangenheit stets eine wichtige Rolle. Die erste Auslandsmaßnahme überhaupt war ein Medienprojekt in Tunesien.³³⁴ Vor allem in Afrika und Lateinamerika förderte die Stiftung bis Mitte der neunziger Jahre Kleinmedien, Presse- und Rundfunkeinrichtungen und veranstaltete zahlreiche Fortbildungsmaßnahmen für Medienmitarbeiter. Der Anteil der Medienförderung an der EZ betrug Mitte der achtziger Jahre 17,5 % und zählte zu den Schwerpunktbereichen, da ein freies Mediensystem als „wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie“³³⁵ begriffen wurde.

³³¹ Vgl. FNS: Politische Grundsätze.

³³² 20,5 Mio. DM vom Bundesministerium des Inneren (BMI), fünf Mio. DM vom AA, 4,4 Mio. DM vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF), 2,2 Mio. DM aus Landesmitteln und 4,2 Mio. DM von der EU/GTZ. Vgl. FNS: 1998, S. 3.

³³³ Vgl. FNS: 1998, S. 4.

³³⁴ Nach Auskunft von Dr. Wolfgang Sachsenröder, dem Leiter des FNS-Regionalbüros Mittelmeerländer, in einer e-mail vom 18.11.1999.

³³⁵ August, Horst: Erfahrungen der Friedrich-Naumann-Stiftung in Lateinamerika, Tegucigalpa (Honduras) 1995 (unveröffentlichtes Redemanuskript). Vgl. zur Medienförderung der FNS in der Vergangenheit Berhorst, Anja: Die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung, in: Brockmann, Andreas/Martin Dabrowski/Ricardo Lagos Andino (Hrsg.): Mittelamerika und Deutschland. Das Potential einer guten Partnerschaft, Frankfurt a. M. 1996, S. 190-198, Heine: Dritte Welt, S. 87-88 und Krämer/Lehrke: Medienförderung, S. 118-119.

In den letzten Jahren sind die Medienaktivitäten stark zurückgegangen. Hauptsächlich wegen des gravierenden Mittelrückgangs verfolgt die FNS in der EZ die Strategie, Projekte zu bündeln und die Arbeit auf Schwerpunktbereiche und -länder zu konzentrieren. Für die Medienförderung bedeutet das, daß seit 1993 viele Projekte auslaufen und nicht verlängert bzw. an Partner vor Ort übergeben werden. Medien und Medienvertreter gehören nicht mehr zu den Hauptzielgruppen, da sich die FNS vor allem auf politische Arbeitsfelder konzentriert (Beratung von Regierungen, Unterstützung von Parteien, politische Bildung).³³⁶ So ergibt sich für die Medienförderung aktuell folgendes Bild:

Afrika/Mittelmeer: Nach Ablauf des regionalen Medienprojekts in Ruanda, Burundi und Zaire und des Aus- und Fortbildungsprojekts in Ägypten, bestehen heute noch vier Medienprojekte: 1) In Tansania veranstaltet die FNS mit dem Ziel, Pressefreiheit und Marktwirtschaft zu fördern, zusammen mit der „Journalists Association of Zanzibar“ Fortbildungskurse für Journalisten (vor allem zur Presse- und Informationsfreiheit) und zusammen mit der „Business Times“ Veranstaltungen für junge Journalisten zu aktuellen Wirtschaftsthemen. 2) In Ghana unterstützt die FNS die „Private Newspaper Publishers Association of Ghana“, deren Arbeit auf die Förderung der Informations- und Pressefreiheit abzielt. 3) In Senegal arbeitet die FNS mit dem „Journale Economique“ bei der Förderung des marktwirtschaftlichen Öffnungsprozesses zusammen. 4) 1994 wurde die FNS von der EU beauftragt, innerhalb eines übergeordneten EU-Programms ein Weiterbildungsprogramm für junge Journalisten in den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien) durchzuführen. Nach erfolgreicher Durchführung wurde 1996 beschlossen, das Projekt „Reseau Maghrebin pour la Formation des Communicateurs“ mit EU-Finanzierung weiter laufen zu lassen. Neben der Vermittlung von Fertigkeiten und Kenntnissen ist es Ziel, Kontakte zwischen Journalisten der drei beteiligten Länder sowie ein Journalistennetzwerk zwischen Europa und Maghreb herzustellen. Die FNS arbeitet im

³³⁶ Ein Grund für diese Schwerpunktverschiebung ist auch in den veränderten politischen Gegebenheiten in vielen Ländern des Südens zu sehen. So war es etwa in afrikanischen Ländern vor Beginn der Demokratisierungsbewegungen in den frühen neunziger Jahren nahezu unmöglich, auf die Politik Einfluß zu nehmen und demokratische Werte zu fördern. Über Medienförderung wie Journalistenfortbildung konnte die FNS zumindest indirekt zur Förderung demokratischer Grundsätze beitragen, etwa indem Presse- und Informationsfreiheit thematisiert und diskutiert wurde. Vgl. FNS (Hrsg.): Human Rights, the Rule of Law and Democracy. The international work of the Friedrich Naumann Foundation, o.O. 1996, S. 18 (künftig FNS: Human Rights).

Rahmen des Projektes mit Medieninstituten der Maghreb-Staaten sowie Spaniens, Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens zusammen.³³⁷

Lateinamerika: In Mittel- und Südamerika bildete Medienförderung seit dem ersten Medienprojekt 1979 in Costa Rica einen Schwerpunkt der EZ. Noch Mitte der neunziger Jahre unterstützte die FNS in Costa Rica ländliche Rundfunksender, arbeitete in Honduras mit einer Mediengenossenschaft bei der Aus- und Fortbildung und Programmberatung zusammen, veranstaltete in Nicaragua mit diversen Partnern Seminare, Radioprogramme und Fortbildungsmaßnahmen und beteiligte sich in Uruguay an der Aus- und Fortbildung von Rundfunkmitarbeitern.³³⁸ Diese Aktivitäten wurden in den letzten Jahren nach und nach zurückgeschraubt. Mit Einstellung der Zusammenarbeit mit der Mediengenossenschaft in Guatemala läuft 2000 auch das letzte Medienprojekt aus. Lediglich die entwicklungspolitische Zeitschrift „Perfiles del Siglo XXI“, die die FNS jahrelang selber herausgegeben und erst im September 1999 an einen privaten Verleger übergeben hat, wird weiterhin unterstützt bis sie sich selber trägt. Darüber hinaus arbeitet die FNS bei ihren anderen Projekten auch weiterhin mit Medienvertretern zusammen. Ein eigenständiges Medienförderungsprojekt wird die Stiftung allerdings ab 2000 in Lateinamerika nicht mehr durchführen.³³⁹

In **Asien** fördert die FNS keine Medienprojekte. Medien und Medienverbände der einzelnen Länder werden allerdings teilweise in die politische Dialog- und Bildungsarbeit eingebunden. So arbeitet die FNS etwa in Indonesien mit einem Journalistenverband und einem Verband der Radiosender, in Malaysia mit dem „Centre for Independent Journalism“ und auf den Philippinen mit dem „Centre for Investigative Journalism“ zusammen.³⁴⁰

Innerhalb der Aktivitäten in den Transformationsländern **Mittel-, Südost- und Osteuropas** spielen Medienprojekte eine relativ große Rolle. Ziel ist dabei vor allem, im Rahmen des

³³⁷ Vgl. FNS: Human Rights, S. 89 und die Informationen zur Medienförderung in Mittelmeerländern von Dr. Wolfgang Sachsenröder, dem Leiter des FNS-Regionalbüros Mittelmeerländer, in einer e-mail vom 18.11.1999 und die Informationen zur Medienförderung in Afrika von Rainer Erkens, Leiter des FNS-Regionalbüros Afrika, in einer e-mail vom 30.11.1999.

³³⁸ Vgl. Krämer/Lehrke: Medienförderung, S. 119-120.

³³⁹ Nach Auskunft von Anja Berhorst, Mitarbeiterin des FNS-Regionalbüros Lateinamerika, in einer e-mail vom 18.11.1999.

³⁴⁰ Nach Auskunft von Dr. Juergen Rudolph, dem Leiter des FNS-Regionalbüros Ost- und Südostasien, in einer e-mail vom 24.11.1999.

Demokratisierungsprozesses Medienpluralismus, Presse- und Informationsfreiheit zu fördern. Dazu veranstaltete die FNS in den letzten Jahren in der Tschechischen Republik, Bulgarien, Ex-Jugoslawien und Aserbaidschan Seminare für Journalisten, Redakteure, Verleger und Medienpolitiker zu Themen wie Medienrecht, journalistische Ethik oder die Rolle von Medien in der Demokratie. In Rußland und der GUS arbeitet die FNS im Rahmen der Förderung von Föderalismus und lokaler Selbstverwaltung mit regionalen und lokalen Medien zusammen. In Montenegro unterstützt die Stiftung die private, regierungskritische Radiostation „Free Montenegro“ bei der Erweiterung der Sendekapazität und, in Kooperation mit dem DWFZ Hörfunk, durch Fortbildungsseminare für Journalisten. In Bosnien-Herzegowina entwirft die FNS zur Zeit eine Fernsehprogrammreihe halbstündiger Sendungen, die politische Bildungsinhalte vermitteln sollen. Die Produktion erfolgt in Zusammenarbeit mit dem „Media Centre“ in Sarajevo. Die Programme sollen in privaten unabhängigen Medien ausgestrahlt werden, wodurch nicht nur die Bildungsinhalte dem Publikum präsentiert werden, sondern die Medien gleichzeitig kostenlose Programme erhalten.³⁴¹

2.3.4 Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)

Die CSU-nahe HSS wurde 1966 als Verein in München gegründet. Neben Bildungs- und Wissenschaftsförderung, der Schaffung von Völkerverständigung und Kulturförderung wird auch Förderung der Entwicklungshilfe als ein Ziel der Stiftung angegeben. Zur Durchführung ihrer entwicklungspolitischen Aktivitäten gründete die HSS 1973 das Institut für Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit, das heute Institut für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit (IBZ) heißt.³⁴²

Die EZ der HSS orientiert sich am Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und soll zur „Förderung freiheitlicher, rechtsstaatlicher und wirtschaftlich stabiler Demokratien“³⁴³

³⁴¹ Vgl. FNS: Human Rights, S. 60-80 und die Informationen zur Medienförderung in Südosteuropa von Dr. Hans-Georg Fleck, Leiter des FNS-Projektes Südosteuropa I, in einer e-mail vom 8.12.1999.

³⁴² Vgl. HSS: Aus der Geschichte der Hanns-Seidel-Stiftung, unter: www.hanns-seidel-stiftung.de/zahlen/z-1-4.htm, am 24.11.1999 und HSS (Hrsg.): Jahresbericht 1998, München 1999, Klappentext (künftig HSS: Jahresbericht 1998).

³⁴³ HSS: Jahresbericht 1998, S. 7.

beitragen. Gesellschaftliche und politische Erwachsenenbildung sollen demokratische Wertvorstellungen vermitteln, Managementtraining und berufliche Bildung für einen starken Mittelstand sorgen, welcher die Basis wirtschaftlicher Entwicklung sei, Verwaltungsförderung, Parteien- und Regierungsberatung schließlich die notwendigen Rahmenbedingungen für den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen schaffen. Weitere Schwerpunkte der EZ sind u.a. Maßnahmen der ländlichen Entwicklung und die Förderung umweltbewußten Handelns.³⁴⁴

Insgesamt standen der HSS 1999 rd. 84,3 Mio. DM zur Verfügung, ca. 700.000 DM weniger als im Vorjahr. Rd. 73,5 Mio. DM davon waren Zuwendungen des Bundes (1998: rd. 74,5 Mio. DM) . Mit 38,557 Mio. DM (1998: 39,577 Mio. DM) machte die Internationale Zusammenarbeit zwar den größten Teil der Ausgaben aus, doch die Entwicklung der absoluten Ausgaben ist seit 1992 (rd. 59 Mio.) stark rückläufig und fiel 1999 wieder deutlich unter den Wert von vor zehn Jahren. Dementsprechend ging auch die Zahl der geförderten Projekte zurück. Förderte die HSS zwischen 1992 und 1994 jährlich noch über 75 Projekte, wurden 1999 vom IBZ noch 62 Projekte in 54 Ländern (64 Projekte in 56 Ländern) durchgeführt. Schwerpunktregionen waren wie im Vorjahr Asien/Ozeanien mit 30 %, Subsahara-Afrika mit 22 % und Naher/Mittlerer Osten/Nordafrika mit 20 % der geförderten Projekte (Mittel-, Ost- und Südosteuropa 14 % und Lateinamerika 13 %).³⁴⁵

Medienförderung hat bei der HSS in der Vergangenheit keine wichtige Rolle gespielt³⁴⁶ und taucht auch heute lediglich am Rande auf. Unter den aktuellen Projekten ist nur ein Medienprojekt: In Kairo arbeitet die HSS in Kooperation mit dem staatlichen ägyptischen Informationsministerium an der pädagogischen Weiterbildung für Journalisten. Ziel ist es, die Qualität der Kinder- und Jugendprogramme in Radio und TV zu verbessern. Das Projekt umfaßt u.a. Seminare zur pädagogischen Grundausbildung, Programmworkshops und Ausbildung von Ausbildern. Die Zielgruppe bilden neben Journalisten und Programmgestaltern auch Produzenten, Regisseure und Moderatoren.³⁴⁷

³⁴⁴ Vgl. BMZ: Informationsvermerk, Anlage 1.4 und HSS: Jahresbericht 1998, S. 46.

³⁴⁵ Vgl. HSS: Jahresbericht 1998, S. 47 und HSS (Hrsg.): Jahresbericht 1999, München 2000, S. 43 (künftig HSS: Jahresbericht 1999).

³⁴⁶ Vgl. Heine: Dritte Welt, S. 88-89 und Krämer/Lehrke: Medienförderung, S. 121.

³⁴⁷ Vgl. HSS: Projektbeschreibung unter: www.hanns-seidel-stiftung.de/arbeit/Usnordafrika/aegypten.htm am 17.3.2000.

Neben der Projekt- und Seminararbeit innerhalb des IBZ bietet die HSS über ihr Förderungswerk seit 1981 Studienförderung für Postgraduierte vorwiegend aus Ländern der Dritten Welt an. Bis 1999 wurden 994 ausländische Stipendiaten aus 71 Ländern gefördert. Seit 1995 bewegt sich die Zahl zwischen 80 und 115 pro Jahr. Unter den Stipendiaten befinden sich neben Wissenschaftlern und Verwaltungsexperten auch Journalisten aus EL.³⁴⁸ Sie nehmen jedoch laut des Förderungswerk-Mitarbeiters Kroeger keine hervorgehobene Stellung ein und machen lediglich gut zehn Prozent der „Studienförderung Ausland“ aus.³⁴⁹

2.3.5 Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)

Laut Satzung beschäftigt sich die Bündnis 90/Die Grünen nahestehende HBS vor allem mit politischer Bildungsarbeit im In- und Ausland mit dem Ziel demokratische Willensbildung, gesellschaftspolitisches Engagement, Völkerverständigung, Geschlechterdemokratie, Kunst und Kultur, Wissenschaft und Forschung sowie die EZ zu fördern.³⁵⁰ Schwerpunkte der Auslandsarbeit sind Demokratieentwicklung (inklusive Aufbau einer kritischen Öffentlichkeit, Förderung der Zivilgesellschaft und sozialer Gerechtigkeit), Ökologie und Frauenförderung. Dabei wurde das Vorgehen der Stiftung in den letzten Jahren dahingehend umstrukturiert, daß Einzelprojekte verstärkt zu thematischen Regionalprogrammen zusammengefaßt werden. Um den fachlichen und politischen Austausch zwischen den Projektpartnern und mit der Stiftung zu verbessern, die regionalen Entwicklungsmöglichkeiten besser berücksichtigen zu können und letztlich um die Berliner Zentrale zu entlasten, wird ferner die Planung, Steuerung und Abwicklung der Programme stärker in die Hände der HBS-Regionalbüros gegeben.³⁵¹

Die EZ ist der größte Arbeitsbereich der HBS. 1998 entfielen mit rd. 32 Mio. DM über die Hälfte der gesamten Jahresausgaben von ca. 60 Mio. DM auf Projekte im Ausland. Wegen des gestiegenen Anteils am Bundesgesamtbudget für die politischen Stiftungen rechnete

³⁴⁸ Vgl. HSS: Jahresbericht 1999, S. 47-48.

³⁴⁹ Bjoern E. Kroeger, Studienförderung Ausland, in einer e-mail vom 8.12.1999.

³⁵⁰ Die als föderaler Verein organisierte HBS mit Sitz in Berlin entstand im März 1996 durch Fusion der drei Einzelstiftungen (Buntstift, Frauen-Anstiftung, Heinrich-Böll-Stiftung) des Stiftungsverbands Regenbogen, welcher im Januar 1991 von Bündnis 90/Die Grünen als parteinahe politische Stiftung anerkannt worden war. Vgl. HBS: Geschichte der grünennahen Stiftungen, unter: www.boell.de/index01.htm am 20.3.2000.

³⁵¹ Vgl. HBS (Hrsg.): Die Auslandsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 1997, S. 7 (künftig HBS: Auslandsarbeit) und HBS (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Berlin 1999, S. 5 (künftig HBS: Jahresbericht 1998).

man für 1999 mit einem Etat von etwa 67 Mio. DM. Aufgrund der Kürzungen im Bundeshaushalt erwartet die HBS ab 2000 allerdings auch Rückgänge bei den Bundeszuschüssen, was sich wohl auch auf die Ausgaben für die Auslandsprojekte auswirken wird, welche seit Gründung der Stiftung konstant angestiegen sind. 1997 und 1998 finanzierte die HBS mit rd. 29 Mio. DM (1997) bzw. rd. 32 Mio. DM (1998) jeweils 118 Projekte und Programme in fast 60 Ländern. Von den Maßnahmen in 1998 fanden rd. 30,5 % in Lateinamerika, rd. 27 % in Mittel-, Südost- und Osteuropa, rd. 19,5 % in Afrika, rd. 12 % in Asien und rd. 10% in Nahost/Nordafrika statt, wobei vor allem das Engagement in Mittel-, Südost- und Osteuropa im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesteigert wurde.³⁵²

In Verbindung mit der Bildung einer unabhängigen kritischen Öffentlichkeit, die man für Demokratieentwicklung als unerlässlich ansieht, schreibt die HBS den Medien eine wichtige Aufgabe zu. Die Notwendigkeit der Medienförderung wird damit begründet, daß das „[...] Recht auf Information als demokratisches Grundrecht und Voraussetzung für politisches Handeln [...] technisch besser einzulösen [sei] als je zuvor“³⁵³, der Verwirklichung des Rechts jedoch Beschränkungen der Informations- und Pressefreiheit und die Kommerzialisierung der Kommunikationsmedien entgegen ständen. Dementsprechend ist der Bereich „Medien und kritische Öffentlichkeit“ neben „Frauenförderung und Geschlechterdemokratie“, „Ökologie“, „Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Friedenssicherung“ und „Kultur und Entwicklung“ einer der sektoralen Schwerpunkte der Auslandsarbeit. 1997 machte dieser Bereich etwa 11 % aller internationalen Projekte der HBS aus, wobei Medienprojekte nicht nur unter der Rubrik „Medien und kritische Öffentlichkeit“ aufgeführt werden, sondern auch unter einem anderen Bereich subsumiert sein können, wenn das Projekt gleichzeitig einem anderen sektoralen Schwerpunkt dient. So sind bspw. die Projekte „Frauenzeitschrift Pazartesi“ in der Türkei und „Radioprogramm für Frauen in Rio“ unter Frauenförderung gefaßt und stellen doch zugleich Projekte der Medienförderung dar.³⁵⁴

³⁵² Vgl. HBS: Jahresbericht 1998, S. 4-5 u. 50-59 und HBS: Auslandsarbeit, S. 15 u. 93.

³⁵³ HBS: Auslandsarbeit, S. 9.

³⁵⁴ Vgl. HBS: Auslandsarbeit, S. 13-15.

1998 finanzierte die HBS insgesamt 19 Medienprojekte. Wie allgemein bei der Auslandsarbeit bildeten auch in diesem Bereich Lateinamerika mit acht und Mittel-, Südost- und Osteuropa mit fünf Projekten die Schwerpunktregionen:

Lateinamerika: In El Salvador unterstützt die HBS zwei Fortbildungsprojekte und in Peru ein Radioprogramm der Menschenrechtsorganisation „Asociación pro Derechos Humanos“. Die anderen fünf Medienprojekte zielen auf die Unterstützung von Frauengruppen in den verschiedenen Ländern ab. In Brasilien wird ein Radioprogramm für Frauen gefördert, in Chile „Vernetzung der Frauenkommunikation“ durch Fortbildung von Frauen im Mediensektor sowie die Erstellung von Informationsmaterial für Journalisten unterstützt. In Trinidad/Tobago und Uruguay hilft die HBS bei der Herausgabe einer Zeitschrift, und in Mexiko unterstützt die Stiftung das „Centro de Investigación y Capacitación de la Mujer“ bei der Durchführung von Computerkursen und Workshops und bei der Herausgabe eines Magazins, das die Kommunikation zwischen Land- und Stadtfrauen verbessern soll.³⁵⁵

In **Mittel-, Südost- und Osteuropa** sind drei der fünf Medienprojekte ebenfalls mit Frauenförderung verbunden: In der Slowakischen Republik unterstützt die HBS die feministische Kulturzeitschrift „ASPEKT“, in Rußland hilft sie dem „Fraueninnovationszentrum Ost-West“ dabei, Fortbildungskurse in ICT für Frauen anzubieten, um deren Berufschancen zu steigern, eine Zeitschrift herauszugeben und das Datenbanksystem „Womenlink“ aufzubauen. Ähnlich sieht die Arbeit in der kroatischen Fraueninfothek Zagreb aus, wo Fortbildungskurse angeboten werden, ein Magazin herausgegeben, das Kommunikationsnetz „Fe-mail“ betrieben und ein Frauenverlag aufgebaut wird. Darüber hinaus fördert die HBS in Ex-Jugoslawien mit einer Vielzahl von Partnern unabhängige Medien und unterstützt in Rußland das „Presse- und Informationszentrum Ökologie“ in seinem Bestreben, eine unabhängige Berichterstattung über Umweltfragen zu etablieren.³⁵⁶

³⁵⁵ Vgl. HBS: Jahresbericht 1998, S. 50-51. Kurzbeschreibungen vieler Projekte der HBS sind unter www.boell.de/index01.htm abrufbar.

³⁵⁶ Vgl. HBS: Jahresbericht 1998, S. 52-53.

In **Nahost/Nordafrika** unterstützt die HBS in der Türkei die Frauenzeitschrift PAZARTESI und in Palästina den Aufbau einer Frauenbibliothek. In Palästina arbeitet sie ferner mit der Universität Bir Zeit bei der Förderung der Medienvielfalt zusammen.³⁵⁷

Die Süd-Süd-Kooperation steht bei den zwei Medienprojekten im Vordergrund, an denen die HBS in **Afrika** beteiligt ist. Bei dem einen soll unter Beteiligung von 22 afrikanischen Ländern ein afrikanisches Verlegernetzwerk aufgebaut werden. Das andere Projekt ist das ebenfalls länderübergreifende „Medienprogramm Südliches Afrika“. Dabei fördert die HBS mit einer Vielzahl von Partnern hauptsächlich die unabhängigen Medien der Region.³⁵⁸

Beim Medienprojekt in **Asien** unterstützt die Stiftung die „Tri Media Production“ der „Women´s Media Circle Foundation“, die Programminhalte im Print-, Radio- und TV-Sektor produziert, bei der Produktion von Fernsehprogrammen.³⁵⁹

Die Medienförderungsaktivitäten der HBS im Ausland bestehen also vor allem in der Unterstützung (hauptsächlich durch Fortbildungsmaßnahmen) unabhängiger Medien und Netzwerke als Formen kritischer Teilöffentlichkeiten, die in der Mehrzahl mit der Förderung von Frauengruppen verknüpft sind. Ferner betreibt die HBS gemeinsam mit dem „Dritte-Welt-JournalistInnennetz“ das Projekt „Media Watch“, das in Deutschland die Berichterstattung über Länder des Südens kritisch unter die Lupe nimmt und beabsichtigt, Kontakte, Erfahrungs- und Ideenaustausch zwischen Journalisten im In- und Ausland herzustellen. 1998 initiierte „Media Watch“ bspw. einen Dialog zwischen der „One World Group of Broadcasters“, der ARD und diversen NGOs über Kooperations- und Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Medienanstalten der IL und der EL.³⁶⁰

2.3.6 Bundesstiftung Rosa Luxemburg (BRL)

Die Bundesstiftung Rosa Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung (BRL) wurde 1990 als Verein gegründet und 1996 vom PDS-Parteitag als PDS-nahe politische Stiftung anerkannt. Ihre Tätigkeit umfaßt neben politischer Bildung, Forschungs- und

³⁵⁷ Vgl. HBS: Jahresbericht 1998, S. 53-54.

³⁵⁸ Vgl. HBS: Jahresbericht 1998, S. 51-52.

³⁵⁹ Vgl. HBS: Jahresbericht 1998, S. 52.

³⁶⁰ Vgl. HBS: Jahresbericht 1998, S. 33-35.

Studienförderung, Öffentlichkeitsarbeit u.a. auch Auslandsarbeit. In ihren Aktivitäten orientiert sich die BRL an „[...] Zielen und Werten linker Strömungen und Bewegungen in Deutschland, den Prinzipien von Öffentlichkeit und eines demokratischen Sozialismus [...]“.³⁶¹

Die Auslandsarbeit zielt auf die Herstellung internationalen Dialogs, die Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, Verwirklichung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, Friedenssicherung und die Verwirklichung der Menschenrechte ab. Die BRL will sich in EL, in Ländern MOEs und der GUS engagieren und vor allem soziale und politische Partizipation fördern. Im Frühjahr 2000 befand sich die Auslandsabteilung der BRL noch im Aufbau. Konkrete Projekte wurden noch nicht durchgeführt. Zwar erhielt die BRL 1999 nach einem Beschluß des Bundestages erstmals Globalmittel von rd. vier Mio. DM als Aufbaufinanzierung. Für die Auslandsarbeit gab es jedoch noch keine Mittel, was sich 2000 ändern soll, wenn man Zuwendungen des BMZ beantragen will. Bei einem der bereits angedachten Auslandsprojekte soll es sich um ein Medienprojekt in Kuba handeln, über das allerdings noch keine näheren Informationen vorliegen. Ein grundsätzliches Konzept zur Medienförderung gibt es nicht. Aufgrund der durch Haushaltskürzungen des BMZ und den Verteilungsschlüssel ziemlich begrenzten finanziellen Möglichkeiten erscheint eine strategische, umfassende Medienförderungspraxis in Zukunft auch eher unrealistisch.³⁶²

2.4 Medienförderung der Kirchen

Neben den politischen Stiftungen sind die beiden großen christlichen Kirchen die wichtigsten nicht-staatlichen Akteure der deutschen Medienförderung. Seit 1962 erhalten Evangelische wie Katholische Kirche für ihre Entwicklungsarbeit Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Wie die politischen Stiftungen können die Kirchen in ihrer EZ in Bereichen aktiv werden, die der staatlichen EZ aus politischen Gründen verschlossen

³⁶¹ BRL (Hrsg.): Politische Bildung. Programm August – Dezember 1999, Berlin 1999, S. 12 (künftig BRL: Politische Bildung). Soweit nicht anders angegeben beziehen sich die Angaben in diesem Kapitel auf ein Gespräch mit dem Leiter der BRL-Auslandsabteilung Balke vom 24.11.1999.

bleiben. Dabei profitieren sie von ihren zahlreichen Kontakten und Partnern in den EL und vom Vertrauensvorschuß, der kirchlichen Stellen eher eingeräumt wird als staatlichen oder privaten Organisationen.

Die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung (über das BMZ) und den Kirchen beruht auf drei Grundsätzen: 1) Die kirchlichen Zentralstellen wählen die Projekte aus. 2) Die Mittelvergabe ist nicht an politische Auflagen geknüpft. 3) Es werden keine Projekte mit missionarischem Charakter gefördert. Seit 1991 werden die Zuwendungen hauptsächlich als Globalmittel vergeben, was bedeutet, daß die kirchlichen Zentralstellen im Rahmen einer Programmzusage eigenständig über bestimmte Maßnahmen entscheiden dürfen. Lediglich Projekte in bestimmten Ländern, mit neuen Entwicklungsansätzen oder einem Fördervolumen ab fünf Mio. DM bedürfen noch der Einzelbewilligung.³⁶³ Die vom BMZ für Entwicklungsvorhaben der Kirchen bereitgestellten Mittel (Baransätze im Haushaltstitel 896 04) stiegen bis 1993 (rd. 296 Mio. DM). Seit 1996 fallen sie wieder und lagen 1999 bei rd. 282 Mio. DM. Mit dem Geld finanzieren die Kirchen fast 500 Projekte jährlich.³⁶⁴

2.4.1 Die Evangelische Kirche

Die EZ der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) erfolgt durch das Netzwerk der fünf selbständigen Organisationen Brot für die Welt (BfdW), Dienste in Übersee (DÜ), Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE), Evangelisches Missionswerk in Deutschland (EMW) und Kirchlicher Entwicklungsdienst (KED), die gemeinsam die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) bilden. Die AG KED finanziert sich aus Spenden (an BfdW), Zuwendungen der EKD (an den KED)³⁶⁵ und Zuwendungen des BMZ (an die EZE) und hatte 1998 375,7 Mio. DM zur Verfügung. 1999 wurde eine Neustrukturierung beschlossen, nach der ab Mitte 2000 der neu gegründete Evangelische Entwicklungsdienst (EED) seine Arbeit aufnehmen soll. Ihm werden bis auf

³⁶² Vgl. BRL: Beschluß der Mitgliederversammlung der Stiftung vom 25.6.1999 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 7 und BRL: Politische Bildung, S. 17

³⁶³ Vgl. BMZ/EZE/KZE (Hrsg.): Gemeinsam Zukunft sichern. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Kirchen, Bonn 1997, S. 3-4 u. 26-27.

³⁶⁴ Vgl. BMZ: Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen in EL, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript).

³⁶⁵ Gerade diese Zuwendungen sind in den letzten Jahren rückläufig. Vgl. Kürschner-Pelkmann, Frank: Deutlicher Rückgang der Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst, in: epd Entwicklungspolitik, 21/1999, S. 14.

BfdW die Mitgliedsorganisationen der AG KED angehören. Ziel der neuen Struktur sind vor allem Effizienzsteigerung, klarere Entscheidungsabläufe und damit verbesserte Handlungsfähigkeit der evangelischen EZ. Der EED wird voraussichtlich über einen Jahresetat von ca. 250 Mio. DM (aus kirchlichen und staatlichen Haushalten) verfügen.³⁶⁶

Medienförderung führt die EKD über das EMW und die internationale Kommunikations- und Entwicklungsorganisation Weltvereinigung für Christliche Kommunikation (World Association for Christian Communication, WACC) durch. Innerhalb der gesamten Auslandsarbeit der EKD macht der Mediensektor allerdings nur einen marginalen Teil aus. Für 1998 gibt die AG KED für den Bereich Kommunikation/Medien einen Anteil von 2,8 % an der gesamten Projekt- und Programmförderung im Ausland (8,1 Mio. DM) an.³⁶⁷

2.4.1.1 Evangelisches Missionswerk (EMW)

Das EMW ist ein eingetragener Verein und hat seinen Sitz in Hamburg.³⁶⁸ Seit über 30 Jahren verfügt das Werk über ein Kommunikationsreferat, das ursprünglich zur Förderung christlicher Literatur im den Ländern des Südens geschaffen wurde. Heute fördert es Projekte in den verschiedensten Medienbereichen (Print, TV, Radio, Theater, Video, ICT etc.). Jedes Jahr erhält das EMW um die 200 Projektanträge, die in der Mehrzahl direkt vom Projektinhaber eingereicht, zum Teil aber auch von anderen AG KED-Mitgliedern an das EMW weitergeleitet werden. Die Projektmittel stammen vom KED.³⁶⁹

Schwerpunkte der Arbeit sind u.a. journalistische Aus- und Fortbildung, der Bereich Frauen und Medien, Ökumene, die Entwicklung einer offensiven Kommunikationsstrategie (diese umfaßt u.a. Analyse bestehender Machtverhältnisse im Medienbereich, den kritischen

³⁶⁶ Vgl. AG KED (Hrsg.): AG KED Jahresbericht 1998, Stuttgart 1999, S. 4, 16-17 u. 26-27 (künftig AG KED: Jahresbericht 1998).

³⁶⁷ Vgl. AG KED: Jahresbericht 1998, S. 29.

³⁶⁸ Das Kapitel zum EMW beruht auf Hamlyn, Glenine: Zur Struktur des EMW und die Stellung des Referates im EMW, Hamburg 1998 (unveröffentlichtes Manuskript), Hamlyn, Glenine: Contribution to Media Forum of CAMECO for October, 1999, Hamburg 1999 (unveröffentlichtes Manuskript) sowie auf weiteren Informationen von Glenine Hamlyn, Leiterin des Referats Kommunikation des EMW, in einer e-mail vom 4.1.2000.

³⁶⁹ Glenine Hamlyn befürchtet, daß durch die Umstrukturierung der evangelischen EZ das Kommunikationsreferat aufgelöst und der Medienbereich in Regionalreferate integriert werden wird und so möglicherweise an Bedeutung verlieren könnte. In einem Brief vom 26.1.2000 und auf telefonische Nachfrage Ende April konnte Dr. Hartmut Bauer, Vorstandsmitglied des neuen EED, im Frühjahr 2000 noch keine Angaben zur Organisationsstruktur machen, betonte aber „[...] daß der Bereich „Kommunikation“ auch zukünftig ein wichtiger Schwerpunkt in der EED-Arbeit sein wird.“

Umgang mit Medien und Förderung des allgemeinen Zugangs zu Medien), die Förderung der Süd-Süd-Kooperation im Medienbereich und die Zusammenarbeit mit der WACC.

1997-1999 förderte das EMW insgesamt 237 Projekte mit einem Finanzvolumen von ca. 25 Mio. DM, wobei sich die Fördersummen für ein Projekt stark unterscheiden können. Für 1997-1999 lagen sie zwischen 1.500 (Reisekosten für ein Frauenradioprojekt in Mexiko) und 200.000 DM (für ein global ausgerichtetes Dokumentations- und Kommunikationsprogramm). In den Angaben sind ferner auch Beiträge zum WACC-Budget von jährlich rd. 2 Mio. DM enthalten. Regional verteilen sich die einzelnen Maßnahmen, von denen viele auf mehrere Jahre ausgelegt sind, wie folgt: Lateinamerika ca. 46 %, Afrika ca. 25 %, Asien ca. 13,5 %, Karibik ca. 4 %, Nahost und Pazifik jeweils ca. 2 %. 7,5 % der Projekte waren in dem Zeitraum weltweit ausgerichtet. Sektorale Schwerpunkte waren Radio, Bildung, Zeitschriften/Zeitungen und Video. Ferner wurden einige wenige Maßnahmen zur Dokumentation (z.B. ein Dokumentarfilm über den Widerstand eines indischen Dorfes), zur Vernetzung von Medieninstitutionen und einige Theaterprojekte gefördert.

2.4.1.2 World Association for Christian Communication (WACC)

Wie erwähnt ist die EKD über das EMW an den Aktivitäten der WACC beteiligt. Die WACC ist eine internationale Organisation, die am 12.5.1975 in London gegründet wurde. Ihr gehören etwa 800 institutionelle und persönliche Mitglieder in 115 Ländern an. In ihren „Christlichen Grundsätzen in der Kommunikation“, die sie 1986 verabschiedete, kritisiert die WACC das vorherrschende Verständnis und die übliche Praxis von Kommunikation, welche Unterschiede (u.a. zwischen Reich und Arm) verstärkten und durch die verzerrte und manipulative Darstellung der Realität den Status quo der Herrschaftsverhältnisse festigten und die Masse der Bevölkerung zum Schweigen brächten. Kommunikation im christlichen Sinne hätte dagegen die Aufgabe, Gemeinschaft zu schaffen, Partizipation zu ermöglichen, befreiend in dem Sinne zu wirken, daß die Menschenrechte verwirklicht würden sowie Kultur zu tragen und zu entfalten.³⁷⁰

³⁷⁰ Vgl. WACC (Hrsg.): Erklärungen über Kommunikation, London 1997, S. 2-9 (künftig WACC: Erklärungen).

Die Projekte der WACC sollen zur Etablierung dieses Kommunikationsverständnisses beitragen und zielen deshalb vor allem auf empowerment der Bevölkerung und die Förderung demokratischer Kommunikationsstrukturen. Sie sollen besonders den Armen, Frauen und Jugendlichen, der Ökumene, dem Dialog, der Eigenständigkeit, der Fortbildung der Beschäftigten und der kulturellen Kreativität dienen. Darum liegt der Schwerpunkt der WACC-Arbeit, welche Workshops, Seminare, Konferenzen und Konsultationen in aller Welt umfaßt, auf Projekten mit Kleinmedien, die die Kultur der jeweiligen Länder in den Mittelpunkt rücken (alternative, volkstümliche Projekte). Dem Radio wird dabei eine herausragende Bedeutung eingeräumt, da es das Medium sei, mit dem sich die breite Bevölkerung am besten erreichen lasse. Die WACC distanziert sich deutlich von einer Medienförderung, die westliche Kommunikationsvorstellungen unter dem Deckmantel der EZ in fremde Länder überträgt (z.B. durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die den Journalismus des Westens vermitteln) und fordert statt dessen einen Journalismus, der bewußt im Dienste der Benachteiligten arbeitet. Angestrebt wird die Verwirklichung afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Formen des Journalismus.³⁷¹

2000 führt die WACC 72 Projekte und Programme mit einem Fördervolumen von rd. zwei Mio. DM durch. Schwerpunktregionen sind Asien mit 20, Afrika mit 18, Lateinamerika mit elf und Naher/Mittlerer Osten mit zehn Maßnahmen. Vier Projekte finden in der Pazifik-, drei in der Karibikregion statt. Sechs Programme (rd. 840.000 DM) sind global ausgerichtet und dienen hauptsächlich der Fortbildung von Kommunikatoren kirchlicher oder kirchennaher Organisationen in EL. Hinzu kommt das Fünfjahresprogramm „Communication for Human Dignity“ (1997-2001), das weltweit angelegt ist, rd. 895.000 DM umfaßt und in dessen Rahmen eine Reihe von Einzelmaßnahmen (Workshops, Seminare, Konsultationen, Konferenzen) zu den Schwerpunktbereichen „Suche nach gemeinsamen Werten“, „Globalisierung der Armut“, „Indigene Völker und marginalisierte Gruppen“, „Frauenprogramme“ und „Netzwerkbildung“ stattfinden. Bei ihren Aktivitäten arbeitet die WACC mit einer Vielzahl von Partnern – Medien, NGOs, Kirchen – zusammen (z.B. die „Grassroots Female Communicators Association“ in Tansania oder die „Presbyterian Church in Rwanda“).³⁷²

³⁷¹ Vgl. WACC: Erklärungen, S. 33-35.

³⁷² Vgl. WACC (Hrsg.): WACC 2000. Projects, London 2000 (künftig WACC: 2000).

Die Aktivitäten der WACC orientieren sich an den spezifischen Erfordernissen in den jeweiligen Förderregionen und bestehen aufgrund des oben beschriebenen Kommunikationsverständnisses und der relativ niedrigen Förderbeträge – die Fördersumme für ein Projekt liegt zwischen 2.600 (Videodokumentation des ländlichen Lebens in Burma) und 625.000 DM (international ausgerichtetes „Development Initiative Programme“ mit verschiedenen Einzelmaßnahmen) – vor allem in der Unterstützung von kleinen, basisnahen Alternativprojekten durch Trainingsseminare und -workshops und vereinzelt auch materiellen Leistungen. Neben dem Schwerpunktmedium Radio (z.B. „Radio for Public Service“ in Nepal) ist die WACC auch in den Medien Presse (z.B. Kinderzeitschrift in Ghana), TV (z.B. regional ausgerichteter Workshop im Mittleren Osten), Nachrichtenagenturen (z.B. „All Africa News Agency“ in Kenia) und Theater (z.B. „Forum Theatre Workshop“ in Palästina) aktiv. Entsprechend der prinzipiellen Vorgaben orientiert sich die WACC-Medienförderung an Zielen der sozialen Entwicklung (Demokratisierung der Kommunikation, empowerment und Partizipation der Bevölkerung) und wird deshalb mit anderen Bereichen verknüpft (z.B. „Sozial Transformation through Street Theatre“ in Indien, „Anti-AIDS Educational Programme“ in Uganda oder „Communications for Women’s Advocacy“ im Sudan).³⁷³

2.4.2 Die Katholische Kirche

Die EZ der Katholischen Kirchen wird über die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE) koordiniert, die auch die Bundeszuwendungen erhält. Im Kommunikationsbild der Katholischen Kirche ist der Aspekt der Partizipation von zentraler Bedeutung. Die Medienarbeit müsse auf die benachteiligte Bevölkerung ausgerichtet sein und zwar derart, daß die Hilfswerke nicht nur für die Armen Partei ergreifen, sondern dafür sorgen, daß die Armen und Benachteiligten einer Gesellschaft Zugang zum Mediensystem erhalten und aktive Subjekte gesellschaftlicher Kommunikation werden.³⁷⁴ Im Bereich der Medienförderung sind drei katholische Organisationen aktiv, der Catholic Media Council (CAMECO), Misereor, beide mit Sitz in Aachen, sowie Adveniat mit Sitz in Essen.

2.4.2.1 Catholic Media Council (CAMECO)

³⁷³ Vgl. WACC: 2000.

Der CAMECO wurde am 16.6.1969 als internationale Beratungsstelle für Kommunikationsfragen gegründet. Er führt selbst keine Projekte durch, sondern begutachtet für kirchliche Hilfswerke Medienprojekte in Hinblick auf Förderungswürdigkeit und Erfolgchancen und hilft durch Beratung, Analyse, Evaluierung und Koordinierung bei der Planung und Durchführung. Dabei wenden sich nicht nur deutsche Organisationen wie das EMW oder Misereor, sondern auch kirchliche EZ-Träger aus Österreich, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz und den USA an CAMECO. Auch wird er von Organisationen aus EL direkt um Hilfe gebeten, z.B. in Bezug auf Fragen der Finanzierung von geplanten Projekten.³⁷⁵

Seit seiner Gründung hat CAMECO rd. 12 000 Projekte bewertet, in den letzten Jahren gut 600 bis 650 jährlich. Von den 658 Projekten, die 1998 begutachtet wurden, entfielen je rd. 30 % auf die traditionellen Schwerpunktbereiche Print und Radio. Rd. 20 % waren im Bereich Video, Film und TV, 15 % in der Kategorie allgemeine Kommunikation (Mediencenter, Konferenzen, Journalistenausbildung) und 5 % im ICT-Sektor angesiedelt, wobei sich die Förderschwerpunkte je nach Region unterschieden.

So wurde in Afrika, das mit 40 % der Projekte 1998 die Schwerpunktregion war, dem Printsektor Priorität in der Medienarbeit gegeben, einfach weil er jahrzehntelang der wichtigste Medienbereich war. Erst Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre wurde im Zuge der Demokratisierung die Gesetzgebung dahingehend verändert, daß ein privater Rundfunkmarkt möglich wurde. Dies schlug sich auch in der Zahl der Projekte nieder, die CAMECO begutachten sollte. Inzwischen machen der Radio- und der TV/Video-Sektor jeweils rd. 15 % der afrikanischen Projekte aus, während der Printsektor mit rd. einem

³⁷⁴ Vgl. Kürschner-Pelkmann, Frank: Vielfalt: Katholische Medienarbeit in der Dritten Welt, in: epd Entwicklungspolitik, 10/1997, S. 39-42, hier: S. 40.

³⁷⁵ Den CAMECO riefen die internationalen katholischen Medienorganisationen „International Catholic Union of the Press“, „International Catholic Association for Radio and Television“ und „International Catholic Organisation for Cinema and Audiovisual“ sowie die Deutsche Katholische Bischofskonferenz ins Leben. Die Betriebskosten von jährlich rd. 1,2 Mio. DM tragen insgesamt 15 kirchliche Organisationen. Vgl. Frank, Daniela: 30 Years of CAMECO. A Look back ... to the Future, in: CAMECO (Hrsg.): Mediaforum Special Edition, 3/4 1999, 30 Years of CAMECO: Media with the Poor?, S. 3-12. Soweit nicht anders angegeben beruhen die Angaben zu CAMECO auf diesem Artikel und auf einem Gespräch mit Daniela Frank, CAMECO-Geschäftsführerin, und Christoph Dietz, Leiter des CAMECO-Lateinamerikareferats, vom 19.1.2000.

Drittel zwar immer noch der wichtigste, gegenüber den siebziger Jahren (rd. zwei Drittel) aber stark zurückgegangen ist.

Rd. 30 % der Projekte stammten 1998 aus Lateinamerika. Dort hat die katholische Radioarbeit eine lange Tradition. Radioschulen und ländliche Stationen auf Gemeindeebene (Radios populares) standen zunächst als Bildungsinstrument, später als Mittel der politischen Auseinandersetzung und als Instrument der Stärkung der Zivilgesellschaft stets im Mittelpunkt der katholischen Medienförderung in Lateinamerika.³⁷⁶ Auch wenn in letzter Zeit vor allem der TV-Bereich immer wichtiger wird, hatten 1998 noch 55 % der Lateinamerika-Projekte mit Radio zu tun.

20 % der Projekte kamen 1998 aus Asien. Hier bilden mit rd. einem Drittel der Vorhaben die Printmedien den wichtigsten Förderbereich. Neben dem TV- und Videobereich, der seit Jahren an Bedeutung gewinnt, sich aber in vielen Ländern wegen restriktiver Gesetzgebung noch nicht frei entfalten kann, spielen in Asien auch traditionelle, volksnahe Kommunikationsformen wie Tanz, Puppenspiel und Straßentheater nach wie vor eine wichtige Rolle.

Dem ICT-Sektor wird wachsende Wichtigkeit bescheinigt. Daß er dennoch bislang nur knapp 5 % der Projekte ausmache, liege vor allem daran, daß in den meisten EL noch die notwendige Infrastruktur aufgebaut werden müsse, um ICT sinnvoll nutzen zu können – eine Aufgabe, die die Hilfswerke, mit denen CAMECO kooperiert, nicht leisten könnten.

2.4.2.2 Misereor

Seit seiner Gründung 1959 als Entwicklungshilfswerk der deutschen Katholischen Kirche (in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins) hat Misereor mehr als 80.000 Projekte mit insgesamt über acht Mrd. DM gefördert. Die Organisation finanziert sich hauptsächlich aus Spenden und über die KZE aus öffentlichen Mitteln. Die Anzahl der geförderten Projekte ist wie die Höhe der Bewilligungen rückläufig. Von 1994 bis 1998 wurden jährlich

³⁷⁶ Vgl. zu den Alternativradios in Lateinamerika Dietz, Christoph: Pädagogisch – Politisch – Populär. Alternativradios in Lateinamerika, in: epd Entwicklungspolitik, 15/16/1998, S. 33-34 (künftig Dietz: Pädagogisch), Scharlowski, Boris: Interaktiv und an der Basis, in: epd Entwicklungspolitik 12/13/1995, S. 28-

durchschnittlich 2.256 Projekte mit 322,751 Mio. DM finanziert. 1998 standen 309,8 Mio. DM für 1785 Projekte, 1999 noch 280,242 Mio. DM für 1.700 Projekte zur Verfügung.³⁷⁷

Sektorale Förderschwerpunkte waren 1999 Gesellschaft, worunter u.a. Demokratieförderung, Konfliktbearbeitung, Menschenrechtsprojekte, Selbsthilfeorganisation und Sozialhilfe fallen, mit 435 Projekten, das Bildungs- und Informationswesen (293 Projekte), das Gesundheitswesen (239 Projekte) sowie Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (235 Projekte). Rd. 35 % der Aktivitäten wurden in Afrika, rd. 31 % in Lateinamerika und rd. 27 % in Asien/Ozeanien durchgeführt.³⁷⁸

Von den 1.700 Projekten, die Misereor 1999 finanzierte, sind insgesamt lediglich 29 (ca. 1,7 %) dem Förderbereich „Information und Medien“ zugeordnet.³⁷⁹ Für diese Projekte wurden insgesamt 3,143 Mio. DM ausgegeben, was rd. 1,1 % der Gesamtausgaben entspricht. Damit ist auch dieser Bereich rückläufig. Zwischen 1994 und 1998 wurden im Durchschnitt jährlich 55 Medienprojekte mit 5,389 Mio. DM gefördert. In Afrika wurden neun (mit 504.000 DM), in Lateinamerika acht (mit 146.000 DM), in Asien sieben (mit rd. 2,4 Mio. DM) und in Europa fünf (mit 108.000 DM) Projekte durchgeführt.³⁸⁰ Die Fördersummen und die allgemeine Auslandsarbeit Misereors³⁸¹ legen die Vermutung nahe, daß es sich – vielleicht mit Ausnahme der Asienprojekte – bei den Maßnahmen um basisnahe Kleinprojekte handelt, die benachteiligten Bevölkerungsgruppen neue Kommunikationsmöglichkeiten erschließen sollen.

2.4.2.3 Adveniat

31 und Vandenbulcke, Humberto: Radios Populares in Latin America: Concepts for the Future, in: CAMECO (Hrsg.): Mediaforum Special Edition, 3/4 1999, 30 Years of COMECO: Media with the Poor?, S. 17-22.

³⁷⁷ Vgl. Misereor (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Aachen 1999, S. 7, 13, 21, 29 u. 56 (künftig Misereor: Jahresbericht 1998) und Misereor: Bewilligungen weltweit, Aachen 2000 (unveröffentlichte Tabelle).

³⁷⁸ Vgl. Misereor: Bewilligungen, Aachen 2000, (unveröffentlichte Tabellen) (künftig Misereor: Bewilligungen).

³⁷⁹ Im Fördersektor 513 „Information und Medien“ sind nur reine Medienprojekte, wie Presse-, Radio- und TV-Projekte erfaßt. Hans Maier von der Misereor-Afrika-Abteilung weist in einem Brief vom 8.4.2000 aber darauf hin, daß in fast allen Förderbereichen, vor allem in den Bereichen Demokratieförderung, politische und soziale Menschenrechte, zahlreiche Projekte auch eine Medienkomponente beinhalten (etwa Produktion und Verbreitung von Zeitschriften oder Videokassetten). Dies werde allerdings nicht gesondert erfaßt. Ebenso wenig machen die Projektaufstellungen nähere Angaben darüber, um welche Projekte es sich genau handelt.

³⁸⁰ Vgl. Misereor: Bewilligungen.

³⁸¹ Vgl. Misereor: Jahresbericht 1998.

Die Bischöfliche Aktion Adveniat mit Sitz in Essen wurde 1961 als Dialogpartner für die Kirche in Lateinamerika gegründet. Ihre Arbeit zielt darauf ab, Würde und Selbstbewußtsein der benachteiligten Bevölkerung zu stärken und so die notwendigen Voraussetzungen für sozialen Wandel zu schaffen. Adveniat hat keine Büros vor Ort, sondern unterstützt pastorale Projekte von kirchlichen Gruppen, Pfarreien, Diözesen, überregionalen und internationalen katholischen Organisationen, die Förderung beantragen können. Staatliche und private Maßnahmen werden nicht unterstützt. Die Arbeit ist armutsorientiert, d.h. es werden vor allem Initiativen gefördert, die den armen Bevölkerungsschichten zugute kommen.³⁸²

Adveniats Etat stammt hauptsächlich aus Spenden. 1999 betrug er 161,345 DM, was nach Jahren des Rückgangs einen Zuwachs von 5 % gegenüber des Vorjahres darstellte. Von den Einnahmen wurden 1999 rd. 97,63 Mio. DM für die Unterstützung von Projekten in Lateinamerika und der Karibik bewilligt. Damit wurden insgesamt 4 652 Projekte in 22 Ländern, fast 30 % davon in Brasilien, gefördert. Der durchschnittliche Förderbetrag lag zwischen 12.591 DM (Uruguay) und 28.653 DM (Kuba) pro Projekt.³⁸³

Da die Arbeit von Adveniat auf dem Antragsprinzip beruht, das Hilfswerk also auf Bedürfnisse der Partner vor Ort reagiert, gibt es außer den generellen Prinzipien (Armutsorientierung, kirchliches Projekt) keine Förderungsstrategie speziell für den Medienbereich. Dennoch wird die Medienarbeit zu den Schwerpunkten der Förderarbeit gezählt, was sich in der Statistik nicht gerade bestätigt. Von den 4.652 Projekten, die 1999 gefördert wurden, lassen sich nur 62 Maßnahmen (1,33 %) mit einem Finanzvolumen von 1,592 Mio. DM (1,63 %) dem Medien-/Kommunikationsbereich zuordnen. Dabei handelte es sich um basisnahe Kleinprojekte mit einer durchschnittlichen Förderungshöhe von 25.677 DM. Gefördert wurden u.a. Radio- und Fernsehprogramme zur Bildung und Weiterbildung und zur Partizipation benachteiligter Gruppen an der gesellschaftlichen Kommunikation sowie die Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Kongressen. In der peruanischen Region Cusco unterstützt Adveniat bspw. eine Pädagogische Hochschule beim Aufbau eines Radiosenders, dessen Programm zum einen als Fortbildung der bereits

³⁸² Vgl. Adveniat: Bischöfliche Aktion Adveniat, unter: www.adveniat.de/infos/infos.htm am 3.4.2000 und Adveniat (Hrsg.): Geschäftsbericht '99, Essen 2000, S. 14 (künftig Adveniat: Geschäftsbericht '99).

ausgebildeten Lehrer dienen soll. Zum anderen ist für die Bevölkerung eine Art Schulfunk in Quechua, das in dieser Region von bis zu 80 % der Bevölkerung gesprochen wird, und Spanisch geplant.³⁸⁴

2.5 Fazit

Im zweiten Teil wurden die Akteure der deutschen Medienförderung nacheinander vorgestellt. Daraus ergibt sich eine aktuelle Bestandsaufnahme dieses EZ-Bereichs. Es hat sich gezeigt, daß die vier Blöcke in ihrer Arbeit unterschiedliche Schwerpunkte setzen, jeweils aber in allen Entwicklungsregionen aktiv sind. Insgesamt macht Medienförderung jedoch nur einen geringen Teil der deutschen EZ aus. Ins Auge fallen vor allem die finanziellen Probleme, denen sich fast jede beschriebene Organisation gegenüber sieht. Die geleistete Beschreibung der deutschen Medienförderungslandschaft dient nun als Grundlage, wenn im dritten Teil der Arbeit die Analyse der Förderschwerpunkte, Tendenzen, Gründe für bestimmte Entwicklungen und der Zukunftsperspektiven der Medienförderung erfolgt.

3. Medienförderung – ein EZ-Bereich vor dem Aus?

Als Marie-Agnes Heine 1988 ihre Untersuchung über die deutsche Medienförderung vorstellte, konnte sie im abschließenden Teil ihrer Arbeit die Förderpraxis noch darauf hin abklopfen, ob sie den theoretischen Vorgaben und Zielsetzungen der Bundesregierung, bzw. des BMZ entsprach³⁸⁵ – ein Vorhaben, das heute zum Scheitern verurteilt wäre. Wie gesehen wird zwar über die CDG, das IJJ und die beiden DWFZ dem Bereich Fortbildung im Mediensektor nach wie vor eine relativ intensive Aufmerksamkeit geschenkt. Doch darüber hinaus führen die staatlichen und halbstaatlichen Institutionen zur Zeit kaum noch Medienprojekte durch. Auch existieren auf staatlicher Seite keine systematischen

³⁸³ Vgl. Adveniat: Geschäftsbericht '99, S. 8-9 u. 14-16.

³⁸⁴ Vgl. Adveniat: Geschäftsbericht '99, S. 16 u. 18 und Huhn, Michael: Adveniat, in: CAMECO (Hrsg.): Mediaforum Special Edition, 3/4 1999, 30 Years of CAMECO: Media with the Poor?, S. 64-65 (künftig Huhn: Adveniat).

³⁸⁵ Es zeigte sich, daß „[...] das BMZ in der Praxis die Mehrzahl der Medienprojekte nicht nach seinen eigenen Zielsetzungen ausrichtet. Die Auswahl der Projekte erfolgt gemäß den wirtschaftlichen und politisch-strategischen Interessen der Bundesrepublik; das eigentliche Entwicklungsinteresse tritt in den Hintergrund.“ Heine: Dritte Welt, S. 100.

strategischen Überlegungen, ob, wie und zu welchem Zweck Medienförderung innerhalb der EZ durchzuführen sei.

Genau hier soll – nach einer Zusammenfassung der Förderschwerpunkte der diversen Akteure (3.1) – die Analyse der im zweiten Kapitel dargestellten aktuellen Medienförderungspraxis ansetzen: Wo liegen die Gründe für die konstatierte Marginalisierung der Medienförderung innerhalb der EZ? (3.2) In Rückgriff auf die im ersten Kapitel veranschaulichte Debatte über den Einsatz von ICT in der Entwicklungspolitik soll dieser Bereich auch bei der Beobachtung aktueller Tendenzen und der Prognose künftiger Entwicklungen besondere Berücksichtigung erfahren: Welchen Stellenwert haben ICT innerhalb der deutschen Medienförderung? Entspricht er auch nur im Entferntesten der Intensität, mit der Chancen und Risiken dieses Medienbereichs für die EL diskutiert werden? Können ICT in Zukunft die Medienförderung gar von ihrem Schattendasein befreien und ihr zu neuer Wichtigkeit verhelfen? Gibt es andere Möglichkeiten, diesen Bereich aufzuwerten oder wird sich der Rückgang der Medienförderungsaktivitäten in der deutschen EZ auch im Zeichen neuer Technologien und damit verbundener Möglichkeiten fortsetzen? (3.3)

3.1 Förderschwerpunkte

3.1.1 Staatlich-halbstaatliche Medienförderung – Fortbildung

Sieht man von den Fortbildungsinstitutionen ab, kommt man für den Zeitraum zwischen 1998 und 2000 auf gerade einmal elf Projekte, die der Bund – das BMZ über die GTZ und die KfW sowie das BPA – durchführten oder noch durchführen. Hinzu kamen 1998 und 1999 jeweils noch drei IPDC-Treuhandprojekte, die das BMZ förderte. Aufgrund dieser geringen Zahl erscheint es wenig sinnvoll, die aktuell durchgeführten Medien- und Kommunikationsprojekte des Bundes nach sektoralen oder regionalen Schwerpunkten aufzuschlüsseln.

Festzuhalten bleibt aber, daß nach wie vor großer Wert auf die Fortbildung von Journalisten und anderen Medienmitarbeitern aus EL gelegt wird. Trotz allgemeiner Einsparungen, wurde die finanzielle Ausstattung der Fortbildungsstätten IJJ, DWFZ Hörfunk und

Fernsehen in den letzten Jahren nicht beschnitten. Offensichtlich soll die Etablierung eines freien und kompetenten Mediensystems in den EL über die Professionalisierung der Beschäftigten erfolgen. Professioneller Journalismus wird als Voraussetzung für unabhängige pluralistische Berichterstattung und somit als unmittelbare Komponente der Demokratisierung der Gesellschaften in den EL gesehen.

Dabei ist die Aus- und Fortbildung von Journalisten aus EL durch westliche Institutionen alles andere als unumstritten. Kritiker sehen darin eine der Ursachen für die im Kapitel zum Entwicklungsjournalismus (1.5.3) beschriebene Übernahme westlicher journalistischer Normen und Standards von den Medien der EL. Selbst wenn Wert darauf gelegt werde, die Maßnahmen vor Ort, also im Kulturkreis der Absolventen durchzuführen, so richteten sich Lehrinhalte in der Regel unreflektiert nach europäischen/US-amerikanischen Vorstellungen. Bei der beabsichtigten Behebung der in EL festgestellten Ausbildungsdefizite beschränke man sich zumeist auf eine Professionalisierung in dem Sinne, daß die „technisch kompetente Gestaltung von Medieninhalten“³⁸⁶ vermittelt werde. Die Entwicklung eines Journalismus, der im Dienste der gesellschaftlichen Entwicklung steht oder gar die Bildung eines speziellen afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Journalismustypus werde dagegen nicht berücksichtigt. Statt dessen führe das an westlichen Vorstellungen ausgerichtete Verständnis von Journalismus nicht selten zu einer Diskrepanz zwischen Gelerntem und der Realität in den Heimatländern der Stipendiaten (z.B. in bezug auf Pressefreiheit).³⁸⁷

Am Beispiel der Journalistenaus- und -fortbildung in Jordanien zeigt Rifai, daß auch schon die Auswahl der Kursteilnehmer problematisch sein kann, da sie oft weniger von realen Fortbildungsbedürfnissen als vielmehr von persönlichen Beziehungen und Gefälligkeiten bestimmt werde. Auch brächten die Kurse wenig gesellschaftlichen Nutzen, wenn die Teilnehmer ihr neu erworbenes Wissen nicht mit ihren Kollegen teilten, sondern nur für ihre eigene Karriere einsetzten.³⁸⁸ Letztendlich sei durch die Weiterbildungsmaßnahmen westlicher Organisationen sogar die Gefahr gegeben, daß ein „journalistisches Zwei-

³⁸⁶ Kunczik: Development Journalism, S. 264.

³⁸⁷ Vgl. Gebrewold, Kilemariam: Neue Zeitungen – alte Politik, in: epd Entwicklungspolitik, 15/16 1998, S. 28-29 (künftig Gebrewold: Neue Zeitungen).

³⁸⁸ Vgl. Rifai, Ziad: Status of media training in Jordan, in: Hawatmeh, George (Hrsg.): The Role of the Media in a Democracy. The Case of Jordan, Amman 1995, S. 85-93, hier: S. 87 u. 91.

Klassen-System³⁸⁹ in den EL entstehe. Dies könne passieren, wenn Absolventen der Maßnahmen in ihrem Heimatland nur noch in Bereichen eingesetzt werden oder eingesetzt werden wollen, die die erlernten journalistischen Fähigkeiten westlicher Ausprägung verlangen. Diese Journalisten machten dann zwar in den Medien der EL-Metropolen Karriere, doch erstens werde Journalisten, die nicht in den Genuß der Aus- und Fortbildung gekommen sind, der Zugang zu diesen Jobs erschwert und zweitens fehlten im ländlichen Bereich, der für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von elementarer Bedeutung sei, qualifizierte Kräfte. Grossenbacher zieht deshalb das enttäuschende Fazit: „Die **Journalistenausbildung**, wie sie an den Instituten in Europa und Nordamerika, aber auch in afrikanischen Ländern praktiziert wird, trägt offenbar kaum dazu bei, die Absolventen in einem entwicklungsländerspezifischen Kontext zu sozialisieren.“³⁹⁰

Für alle deutschen Fortbildungsinstitutionen (auch für die Maßnahmen der CDG) muß man konstatieren, daß sie ihren Schwerpunkt auf Maßnahmen vor Ort legen, also auf Fortbildung im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kontext der Partnerländer und mit den dort real vorhandenen Arbeits- und Produktionsbedingungen. Ferner wird versucht, das Fortbildungsangebot inhaltlich möglichst bedürfnisorientiert zu gestalten, d.h. es wird vor der Planung des Programms vor Ort in Erfahrung gebracht, in welchen Bereichen Defizite – die zudem von den Partnern in den EL formuliert und nicht von Deutschland aus definiert werden – bestehen.

Auch bei den Kursen in Deutschland, die durch die Zusammenführung von Teilnehmern aus verschiedenen Ländern immer auch das Ziel haben, Kontakte herzustellen und so die journalistische Süd-Süd-Kooperation zu stärken, wird darauf geachtet, technisch zwar möglichst auf dem neusten Stand zu sein, aber nicht mit einer Ausstattung zu arbeiten, die mit den realen Möglichkeiten in den Heimatländern der Teilnehmern nichts zu tun hat. Das Erlernte soll nicht Selbstzweck sein, sondern von den Absolventen in ihrem Berufsalltag angewandt werden können. Da sich bei den Kursteilnehmer allerdings die vorhandenen journalistischen und technischen Kenntnisse zuweilen stark unterscheiden, muß zu Beginn der jeweiligen Seminare oder Workshops in Deutschland zunächst einmal eine gemeinsame

³⁸⁹ Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 215.

³⁹⁰ Grossenbacher: Journalismus in EL, S. 215 (Fettung im Original, C.T.).

Grundlage geschaffen werden, auf der man im weiteren Verlauf der Fortbildung aufbauen kann.³⁹¹

Dem Programmangebot der diversen Institutionen und den definierten professionellen Standards liegt zwangsläufig ein westliches Journalismusverständnis zugrunde. Besonders freie Dozenten, wie etwa Journalisten aus der Praxis, die nicht unbedingt über die Gegebenheiten in den Heimatländern der Teilnehmer näher informiert sind, werden die Erfahrungen aus ihrer (westlichen) Lebens- und Berufswelt vermitteln. Doch zum einen gibt es durchaus journalistische Standards, die weltweit (zumindest theoretisch) Gültigkeit besitzen, und der argumentative Rückgriff auf spezifische nationale und kulturelle Journalismustypen erweist sich nicht selten als Legitimationsversuch für die Einschränkung von Pressefreiheit und Kontrolle von Medien.³⁹² Zum anderen kennen die Fortbildungsinstitutionen durch jahrelange Erfahrung und die verschiedenen Partnerorganisationen vor Ort die Medienlandschaften und die Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten der Journalisten in den Partnerländern. Deshalb kann man vermuten, daß die Verantwortlichen darauf achten werden, keine Journalismusvorstellungen zu vermitteln, die den Lebens- und Berufswirklichkeiten der Teilnehmer entgegenstehen.

Ein Problem ist bei Weiterbildungsmaßnahmen – wie auch bei Medienprojekten allgemein – die Erfolgskontrolle. Zwar führt z.B. das DWFZ Hörfunk nach jedem Kurs eine schriftliche Evaluierung durch, wie das Erlernete von den Absolventen in der Praxis angewendet wird.³⁹³ Doch liegt es laut Berwanger „an der Grenze des Unmöglichen“³⁹⁴ zu überprüfen, ob die Maßnahmen die gewünschten Veränderungen zeitigen. Dies gelte zum einen für die einzelnen Kursteilnehmer, da u.a. wegen der unterschiedlichen Voraussetzungen und wegen möglichen Drucks oder Sanktionen bei schlechten Ergebnissen, auf Prüfungen oder andere Lernerfolgskontrollen verzichtet werde. Zum anderen sei auch so gut wie nicht zu ermitteln, welche Auswirkungen die Fortbildung auf das Mediensystem der EL allgemein oder gar auf die gesellschaftliche Entwicklung der Länder hat. Die Organisationen behelfen sich deshalb damit, auf die weitere Laufbahn

³⁹¹ Nach Information von Dietrich Berwanger im Gespräch vom 3.11.1999.

³⁹² So befürworten z.B. Autoren aus verschiedenen Regionen der Welt zwar journalistische Ethik als professionellen Standard (wenn auch mit anderen Schwerpunkten), beschreiben aber gleichzeitig, daß diese in den meisten Ländern u.a. wegen des Verhältnisses Staat-Medien nicht in die Praxis umzusetzen ist. Vgl. zu diesem Thema Kunczik, Michael (Hrsg.): *Ethics in journalism*, Bonn 1999.

³⁹³ Vgl. DWFZ Hörfunk: Jahresbericht 1999, S. 6.

ehemaliger Kursteilnehmer zu verweisen und dies auch als Verdienst ihrer Programme zu bewerten. So schreibt bspw. das DWFZ Hörfunk: „Ein weiteres Indiz [für den Erfolg, C.T.] ist die Tatsache, daß eine Reihe von „Ehemaligen“ nach Absolvierung von DWFZ-Kursen in hohe Positionen berufen wurden, wo sie als Multiplikatoren und Sympathieträger für die Bundesrepublik Deutschland weiterwirken.“³⁹⁵

Dies scheint zu bestätigen, daß das Angebot der deutschen Weiterbildungsinstitutionen primär Einzelkarrieren nützt und nicht dem gesamten Mediensystem der EL. Doch muß man berücksichtigen, daß Führungskräfte in ihrem jeweiligen Arbeitsumfeld versuchen werden, ihre Vorstellungen von Journalismus zu etablieren. Gehören dazu etwa professionelle Standards wie gründliche Recherche oder Trennung von Nachricht und Meinung, was durch eine Fortbildung vermittelt worden sein mag, werden sie diesen journalistischen Anspruch wohl auch von ihren Mitarbeitern erwarten. So kann man durchaus von einer Art (potentiellen) Durchsickereffekts der Kursinhalte sprechen. Zudem legen die Fortbildungsinstitutionen großen Wert auf Ausbilder Ausbildung, wodurch sichergestellt werden soll, daß nicht nur einige wenige Medienmitarbeiter, sondern mittel- bis langfristig die gesamte Medienlandschaft der Partnerländer professionalisiert wird. Hier werden Anklänge an das Diffusionsmodell und den Zwei-Stufen-Fluß der Kommunikation deutlich: Die Inhalte werden zunächst an eine vermittelnde Instanz geleitet, welche dann die breitere Zielgruppe erreichen soll.

3.1.2 Die politischen Stiftungen – Beratung, Fortbildung, Partizipation

Es hat sich gezeigt, daß von den politischen Stiftungen zur Zeit lediglich noch die FES (in Höhe von jährlich ca. acht bis neun Mio. DM), die KAS und HBS (jeweils jährlich ca. vier Mio. DM) in relevantem Ausmaß Medienförderung betreiben. Mit deutlichen Abstrichen kann man auch noch die FNS dazu zählen, die in der Vergangenheit einer der bedeutendsten Akteure in diesem Bereich war, sich inzwischen allerdings fast völlig aus der Medienförderung zurückgezogen hat und aktuell nur noch fünf Projekte in EL fördert. Für

³⁹⁴ Berwanger im Gespräch vom 3.11.1999.

³⁹⁵ DWFZ Hörfunk: Jahresbericht 1999, S. 7. Vgl. auch die verschiedenen Ausgaben der IIIJ-Publikation Berlin Bear Newsletter. Dort wird unter der Rubrik „Keeping track“ regelmäßig über die Karrieren ehemaliger Kursteilnehmer berichtet.

die HSS (ein Projekt) und die BRL, die freilich ihre Auslandsarbeit erst noch aufnehmen muß, spielt der Medienbereich innerhalb der EZ keine Rolle.

Wegen der verschiedenen regionalen Schwerpunkte in der Auslandsarbeit der Stiftungen³⁹⁶ und des regionalen Ansatzes von FES und KAS in ihrer Medienarbeit verteilen sich die Medienprojekte aller Stiftungen breit gefächert über alle Entwicklungsregionen. Die Stiftungen sehen ein freies Mediensystem übereinstimmend als wichtige Voraussetzung für Demokratie, Pluralismus und soziale Entwicklung an, haben in ihrer konkreten Medienarbeit aber verschiedene Ansatzpunkte. FES und KAS setzen innerhalb ihrer Regionalprogramme verstärkt bei den Entscheidungsträgern und Mitarbeitern der Mediensysteme an. Ihre Maßnahmen, die nach einer Analyse der Medienlandschaften der verschiedenen Regionen und Länder geplant werden, zielen auf Professionalisierung und Demokratisierung des Mediensektors ab. Dabei werden vor allem die Aus- und Weiterbildung von Medienmitarbeitern (Journalisten, Redakteure, Manager etc.) an und außerhalb von Universitäten und der Dialog mit und die Beratung von politischen Entscheidungsträgern hinsichtlich der Mediengesetzgebung (Pressefreiheit, Zulassung privater Anbieter etc.) als Hauptinstrumente begriffen. Neben der Kooperation mit traditionellen Partnern wie Gewerkschaften (FES) oder christdemokratischen Parteien (KAS) arbeiten die beiden Stiftungen im Medienbereich mit Partnern auf vielen verschiedenen Ebenen zusammen (Regierungen, Parlamente, Parteien, Medienorganisationen usw.).

Die HBS kooperiert hauptsächlich mit kleineren NGOs. Ihre Medienarbeit zielt auf die Herstellung pluralistischer Strukturen durch Etablierung kritischer Gegenöffentlichkeiten. Im Sinne eines partizipativen Kommunikationsansatzes soll benachteiligten Gruppen die Teilhabe an der gesellschaftlichen Kommunikation ermöglicht werden. Deshalb ist in den allermeisten Fällen die Medienförderung und Veränderung von Kommunikationsstrukturen auch nur ein Aspekt der Projekte. Fast jedes ihrer Medienprojekte verknüpft die HBS mit anderen EZ-Schwerpunkten, vor allem mit der Frauenförderung. Durch ihr „Media Watch“-Projekt trägt die Stiftung ferner zur entwicklungspolitischen Selbstbeobachtung und Bewußtseinsbildung über Probleme und Fehlentwicklungen der EZ bei.

³⁹⁶ FES: 1. Afrika, 2. Lateinamerika, 3. Asien; KAS: 1. Lateinamerika, 2. Asien, 3. Afrika; HBS: 1. Lateinamerika, 2. MOE, 3. Afrika.

3.1.3 Die Kirchen – Kleinprojekte

Bei der Medienförderung der Kirchen stehen die benachteiligten Bevölkerungsgruppen und die Kultur der jeweiligen Länder im Vordergrund. Die Maßnahmen zielen hauptsächlich auf das empowerment der Armen und anderer vernachlässigter Randgruppen und auf die Schaffung demokratischerer Kommunikationsstrukturen durch die Herstellung von Partizipation eben dieser Gruppen. Der Zugang aller zu den Medien soll gefördert werden.³⁹⁷ Dabei werden stärker als bei der Arbeit der politischen Stiftungen traditionelle, kulturspezifische Kommunikationsformen berücksichtigt. Zumindest tendenziell, bei der WACC auch explizit, wird die Medienarbeit als Gegengewicht zu (staatlichen) Programmen und Projekten verstanden, welche westliche Kommunikations- und Journalismusvorstellungen unreflektiert in die EL transportierten. Statt dessen müsse ein regional spezifischer Journalismus etabliert werden. Wie sich im Kapitel zum Entwicklungsjournalismus (1.5.3) bereits zeigte, ist es allerdings sehr schwierig, solch eine Forderung mit konkreten Inhalten zu füllen. Die Vorstellungen darüber, wie ein afrikanischer, asiatischer oder lateinamerikanischer Journalismus auszusehen und was ihn von westlichen Typen zu unterscheiden habe, sind äußerst unterschiedlich. Hinter der Ablehnung westlicher Journalismusmodelle verbergen sich zudem nicht selten handfeste Interessen der Herrschenden (z.B. staatliche Kontrolle über Medien, Verlautbarungsjournalismus), was selbstverständlich nicht im Sinne der kirchlichen Vorstellungen von Partizipationskommunikation sein kann.

Partner der kirchlichen Institutionen sind vor allem kirchliche Gruppen vor Ort, aber durchaus auch nicht-kirchliche basisnahe NGOs. Hauptsächlich werden basisnahe, partizipatorische und emanzipatorische Alternativmedienprojekte gefördert, die den benachteiligten Gruppen Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen sollen, die sich ihnen in den staatlichen und privat-kommerziellen Medien der Länder nicht bieten (z.B. Bürgerradios, Frauenzeitschriften). Der Umsetzung dieses Anspruchs stehen allerdings nicht selten politische Realitäten ebenso entgegen wie Mangel an Personal, Know-how und

³⁹⁷ Mesghena betont, daß die kirchlichen Organisationen nahezu die einzigen seien, die in ihrer Arbeit partizipative Kommunikation verfolgen. Vgl. Mesghena, Mekonnen: Wunschsender, in: epd-Entwicklungspolitik, 12/13/1995, S. 19-22, hier: S. 22.

Geld.³⁹⁸ Auch die Nachhaltigkeit ist ein Problem. Gerade Kleinprojekten für benachteiligte Gruppen gelingt es nur schwer, selbsttragend zu arbeiten, weshalb etwa Alternativmedien nach Beendigung und Übergabe des Projektes an die Partner vor Ort schnell in finanzielle und damit existentielle Schwierigkeiten geraten.³⁹⁹

3.2 Bedeutungsverlust – nicht nur ein finanzielles Problem

Alle Akteure der deutschen EZ sind sich darüber einig, daß ein freies, pluralistisches Mediensystem Voraussetzung und zugleich unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft ist. Und da die Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Strukturen in den EL übereinstimmend als eines der wichtigsten Anliegen der deutschen EZ definiert wird, erschiene es folgerichtig, der Förderung freier und unabhängiger Medien einen hohen Stellenwert beizumessen. Doch sieht man von den Institutionen ab, die sich in ihrer Arbeit ausschließlich mit dem Medien- und Kommunikationssektor beschäftigen (IPDC, CAMECO, WACC und die Fortbildungsorganisationen), genießt Medienförderung bei keinem der beschriebenen EZ-Akteure Priorität. Im Gegenteil wurde sie seit Anfang der neunziger Jahre sowohl in der theoretischen Diskussion als auch in der Praxis immer weiter vernachlässigt und ist zur Zeit höchstens noch von marginaler Bedeutung. So sah Oepen 1995 die „Deutsche Medienförderung im Abseits“⁴⁰⁰, und Breunig fragte 1998 „Steht die Medienförderung vor dem Ende?“⁴⁰¹.

Verantwortlich ist dafür zunächst die veränderte Einschätzung der Wirksamkeit von Medien- und Kommunikationsprojekten. Wie im ersten Teil dieser Arbeit beschrieben, ist der frühere Glaube daran, daß Medien direkt gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungsprozesse in Gang setzen können angesichts fehlgeschlagener Projekte, ausbleibender Entwicklungserfolge und der realen Situation der Medienlandschaften, die oft von mangelnder Pressefreiheit oder auch Kommerzialisierungs- und Konzentrationstendenzen geprägt ist⁴⁰², einer skeptischeren Einschätzung gewichen. Auch

³⁹⁸ Adveniat-Mitarbeiter Michael Huhn konstatiert etwa für die Adveniat-Medienprojekte in Haiti zwischen 1995 und 1999, daß wegen der politischen Gegebenheiten und der geringen Finanzausstattung die Projekte ihrem Anspruch, arme Bevölkerungsgruppen zu Kommunikationssubjekten zu machen, nicht gerecht wurden. Vgl. Huhn: Adveniat.

³⁹⁹ Laut Auskunft von CAMECO-Geschäftsführerin Daniela Frank im Gespräch vom 19.1.2000.

⁴⁰⁰ Oepen: Deutsche Medienförderung.

⁴⁰¹ Breunig: Kommunikationspolitik, S. 76.

⁴⁰² Siehe dazu Open: Media Support.

wenn sie in der Debatte über ICT wieder ansatzweise anklingt, ist die Vorstellung, daß man Entwicklung einfach durch technische und personelle Inputs in Gang setzen kann, von der Erkenntnis abgelöst worden, daß Entwicklung in erster Linie von innen kommen muß und von außen lediglich unterstützt werden kann. Ferner weiß man inzwischen, daß bei Kommunikationsprozessen keine einfachen Ursache-Wirkung-Verhältnisse vorliegen. Zudem stehen Medien und Kommunikation in einer Gesellschaft nicht für sich allein, sondern in komplizierten Wechselbeziehungen zu wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen und Vorgängen.

3.2.1 Bund – bewußter Rückzug oder Reaktion auf veränderte EZ-Anforderungen?

Besonders auffällig an der Entwicklung der letzten Jahre ist der Rückzug der staatlichen und halbstaatlichen Organisationen aus der Medienförderung. Breunigs Einschätzung, „[...] daß in der Entwicklungspolitik der Bundesregierung eine medienbezogene entwicklungspolitische Debatte nicht mehr stattfindet“⁴⁰³ hat sich in der Untersuchung bestätigt. Daß die Ausgaben für den Medienbereich zurückgingen, ist zunächst auf allgemeine Einsparungen bei der EZ zurückzuführen. Nicht nur der Etat des BMZ (Einzelplan 23) wird seit Jahren kleiner, auch sein Anteil am gesamten Bundesetat schrumpft seit 1988 kontinuierlich (1998 lag er bei 1,7 %). Dieser Trend setzt sich auch unter der rot-grünen Bundesregierung fort, die entgegen der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag⁴⁰⁴ sowohl den BMZ-Etat als auch die Verpflichtungsermächtigungen (VE), die Ausdruck der mittel- und langfristigen EZ-Planung sind, wieder gekürzt hat. Der Einzelplan 23 verkleinerte sich von 7,763 Mrd. DM (1999) auf 7,089 Mrd. DM (2000). In den folgenden Jahren soll der Etat weiter gesenkt werden, auf 6,9 Mrd. DM in 2002 und 6,7 Mrd. DM in 2003. Die VE, die 1999 im Vergleich zum Vorjahr (rd. 4,8 Mrd.) noch deutlich aufgestockt wurden (auf rd. 7,56 Mrd. DM), sollen 2000 um mehr als die Hälfte auf rd. 3,16 Mrd. DM gekürzt werden.⁴⁰⁵ Die Abbildungen 7 und 8 veranschaulichen, wie sich der Haushalt des BMZ und sein Anteil am gesamten Bundesetat in den letzten Jahren entwickelt haben.

⁴⁰³ Breunig: Kommunikationspolitik, S. 76.

⁴⁰⁴ Vgl. Bundesregierung: Entwicklungspolitik, unter: www.bundesregierung.de/05/0513/12 am 5.12.1999 (künftig Bundesregierung: Entwicklungspolitik).

⁴⁰⁵ Vgl. Adelman, Karin: „Zukunftsprogramm Deutschland“: Einschnitte im Entwicklungsetat, in: epd Entwicklungspolitik, 12/1999, S.4.

Abb. 7: Etat des BMZ
am Bundesetat

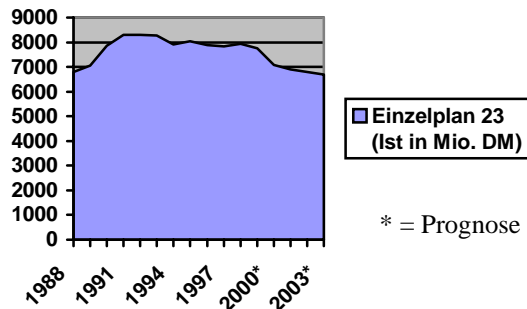
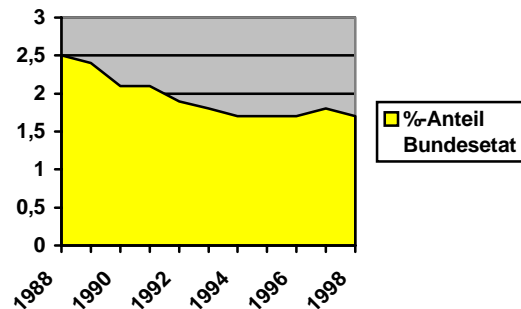


Abb. 8: Anteil des Einzelplans 23



Quelle: Adelmann, Karin: „Zukunftsprogramm Deutschland“: Einschnitte im Entwicklungsetat, in: epd Entwicklungspolitik, 12/1999, S. 4 und www.bmz.de

Medienförderung von Kürzungen betroffen ist. Doch ist damit noch nicht erklärt, weshalb der Mediensektor auch relativ zu anderen EZ-Bereichen von staatlicher Seite kaum noch berücksichtigt wird. Als Erklärung dafür wird auf die veränderte politische Situation in vielen EL verwiesen. Die politische Öffnung in weiten Teilen Afrikas mit Demokratisierungsbestrebungen und der Liberalisierung des Wirtschaftssystems hat sich auch auf die Medienlandschaft ausgewirkt. Diese Veränderungen sind durch drei Tendenzen gekennzeichnet: 1. Öffnung des Mediensektors für private Rundfunkanbieter und Presseorgane, 2. Eindämmung des staatlichen Einflusses und 3. Planungen zur Regulierung des Mediensektors durch unabhängige Verwaltungsautoritäten.⁴⁰⁶ In vielen Ländern Afrikas hat die Demokratisierung zu einem regelrechten „Medienboom“⁴⁰⁷ mit einer Vielzahl von Zeitungs- und Zeitschriftenneugründungen geführt. Auch Alternativradios gewinnen in Afrika wie in Lateinamerika immer mehr an Bedeutung.⁴⁰⁸ Selbst wenn viele Länder von einem freien und unabhängigen Mediensystem noch weit entfernt und Demokratisierung und Liberalisierung des Sektors oft wenig mehr als Lippenbekenntnisse sind⁴⁰⁹, ist insgesamt in den EL zumindest ein immenser Anstieg privater, kommerzieller wie nicht-kommerzieller Medienanbieter zu verzeichnen.

⁴⁰⁶ Vgl. KAS/Universite Dakar (Hrsg.): La liberalisation de l'espace audiovisuel Senegalais enjeux et perspectives, Dakar 1999, S. 4.

⁴⁰⁷ Gebrewold: Neue Zeitungen, S. 28.

⁴⁰⁸ Vgl. Dietz: Pädagogisch.

⁴⁰⁹ Die oben angesprochenen drei Punkte stellen lediglich allgemeine Tendenzen dar. Wie die Analysen der Medienlandschaften von KAS und FES zeigen, werden in vielen Ländern die Medien noch immer direkt oder indirekt von der Regierung kontrolliert und gegebenenfalls – etwa bei unliebsamer Berichterstattung – sanktioniert. Vgl. zur gegenwärtigen Situation des Mediensektors in Afrika FES – Afrika Referat: Östliches Afrika, Riehn: Südliches Afrika und Vogt: Westliches Afrika.

Laut GTZ-Mitarbeiter Peter Holasek bestehe von Seiten dieser nicht-staatlichen Medieneinrichtungen kaum Interesse an einer Förderung durch staatliche oder halbstaatliche Einrichtungen der BRD, was in den letzten Jahren zu einem drastischen Rückgang der Förderanträge bei BMZ, GTZ und KfW im Medienbereich und schließlich zur Auflösung des GTZ-Medienreferats geführt habe. Die Projektträger aus den EL wendeten sich statt dessen an private Organisationen. Auch IPDC-Präsident und FES-Mitarbeiter Reinhard Keune betont, daß Regierungen wegen unterstellter politischer Interessen als Förderer nicht primär erwünscht seien und Förderanträge deshalb eher an multilaterale Organisationen oder NGOs gerichtet würden.⁴¹⁰

Diese Begründung ist allerdings kritisch zu sehen. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß staatliche EZ zur Zeit des Kalten Krieges immer auch eine eindämmungspolitische Funktion hatte und Medienförderung damals stets auch dem Ziel diene, in den EL das westliche Prinzip vom free flow of information durchzusetzen und gleichzeitig die Ausbreitung des sozialistischen autoritären Medien- und Kommunikationsverständnis zu verhindern. Daß nach dem Ende des Kalten Krieges die staatlichen und halbstaatlichen Aktivitäten im Medienbereich stark nachließen, legt zumindest die Vermutung nahe, Medienförderung werde nach dem Verlust ihrer ideologisch-politischen Funktion von den staatlichen Entscheidungsträgern als nicht länger bedeutsam empfunden.⁴¹¹

Auch FES-Mitarbeiter Erich Vogt sieht den Verweis auf die sinkende Zahl der Förderanträge skeptisch. Er habe lediglich Alibifunktion, um das mangelnde Engagement des Bundes in der Medienförderung und den Verzicht auf Förderkonzepte zu erklären. Der Grund für den Rückgang der Medienprojekte sei nicht in fehlendem Interesse der Medien in den EL zu sehen, sondern in der im BMZ und seinen Durchführungsorganisationen vertretenen Auffassung, daß es nicht Aufgabe des Staates sein könne, nicht-staatliche, private Medien zu fördern. Es herrsche ein Medienbild vor, das private Medien nicht in erster Linie als notwendigen Bestandteil einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft und als Moderator zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sondern primär

⁴¹⁰ Laut Auskunft von Dr. Peter Holasek, Abt. 42 der GTZ, in einem Gespräch vom 6.1.2000 und Reinhard Keune, IPDC-Präsident und Leiter des FES-Büros Genf, in einer e-mail vom 16.2.2000.

⁴¹¹ Vgl. dazu auch FES: Medien, S. 18 und Röben: Deutsche Medienförderung, S. 38.

als kommerzielle Wirtschaftsunternehmen begreife, welche nicht Gegenstand staatlicher EZ seien.⁴¹²

Sollte diese Einschätzung stimmen⁴¹³, ergibt sich für die EL das Paradox, daß ihnen von westlicher Seite zwar Liberalisierung und Deregulierung des Informations- und Kommunikationssektors als Voraussetzung für Entwicklung nahegelegt bzw. vorgegeben wird (vgl. 1.6), die dadurch entstehenden privaten Medien aber von der EZ nicht unterstützt werden. Ferner ließe der bewußte Verzicht auf die Förderung privater Medien außer acht, daß in vielen EL die staatlichen (zum Teil inzwischen öffentlich-rechtlichen) Rundfunkanstalten, sei es durch Beibehaltung alter Berichterstattungsmuster, sei es durch mangelhafte Reform und weiter bestehende staatliche Kontrolle, weiterhin einem regierungsunkritischen Verlautbarungsjournalismus verhaftet sind. „Wo die Demokratie erst im Entstehen begriffen ist, sind meistens kleine private oder kommerzielle Sender die Hoffnungsträger. Sie bringen den Mut zur unabhängigen Berichterstattung auf, geben den Medien ihre Glaubwürdigkeit zurück und gewinnen damit ihre Hörserschaft.“⁴¹⁴ Wenn aber wirklich die privaten Medien als Triebfeder für das angestrebte freie und pluralistische Mediensystem in EL gelten können, ist ihre bewußte Ausklammerung aus der EZ nicht nachvollziehbar.

3.2.2 Die politischen Stiftungen – knapp bei Kasse, neue alte Schwerpunkte

Bis auf die HBS haben die politischen Stiftungen in den letzten Jahren mit Kürzungen der Bundeszuwendungen und damit schrumpfenden Gesamtetats zu kämpfen. Diese Situation wird sich, auch für die HBS, in Zukunft noch durch die Aufnahme der BRL in den Zuwendungsschlüssel des BMZ verschärfen. Insofern verwundert es nicht, daß auch auf dem Gebiet der Medienförderung die Ausgaben der politischen Stiftungen rückläufig sind.

⁴¹² Laut Auskunft von Erich Vogt, Leiter des FES-Medienprojekts Asien, in einem Gespräch vom 9.2.2000.

⁴¹³ Diese Einschätzung stellt lediglich eine Mutmaßung dar und dürfte kaum zu beweisen sein. Doch plausibel ist sie insofern, als es zuweilen überrascht, daß private Medien in der Diskussion über die Situation in Deutschland vor allem in Verbindung mit Defiziten und Gefahren des Mediensystems thematisiert werden (Kommerzialisierung, Konzentration, Konvergenz von Programmen etc.), ihnen in der Debatte um die Rolle der Medien für den Entwicklungsprozeß aber gleichzeitig wichtige positive Funktionen zugeschrieben werden. Vgl. zu dieser Problematik Oepen: Media Support, S. 84-85.

⁴¹⁴ Price, Gareth: Die zweiten 50 Jahre, in: UNESCO Kurier, 2/1997, S. 16-21, hier: S. 21.

Auf die knapper werdenden Finanzressourcen haben die meisten Stiftungen bereits mit einem veränderten Ansatz bei ihrer internationalen Arbeit reagiert. Außer bei der HBS läßt sich bei allen Stiftungen die Tendenz zur „Politisierung“ ihrer Auslandsarbeit beobachten, d.h. daß die politischen Stiftungen wieder verstärkt zu ihren „klassischen“ Aufgaben zurückkehren (politische Bildung, Politikberatung). Dadurch wird auch die konkrete Projektarbeit klientelistischer. Das bedeutet, daß die Stiftungen wieder bewußt hauptsächlich mit traditionellen Partnern kooperieren, also Parteien der jeweiligen Couleur, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände etc. Ferner wird von der Durchführung vieler einzelner, voneinander unabhängiger Projekte zu integrierten Regionalansätzen übergegangen. Einzelprojekte werden dann nach den Vorgaben der regionalen Rahmenkonzepte ausgesucht und durchgeführt. Die Konzentration auf Schwerpunktbereiche und zum Teil auch Schwerpunktländer in den einzelnen Regionen birgt dabei finanzielles wie personelles Einsparungspotential, da die Auslandsbüros, zumindest in Ländern mit sehr geringen Aktivitäten, zugunsten der Regionalansätze tendenziell an Bedeutung verlieren.

Für die Medienförderung bedeuten diese Punkte, daß sie vermehrt in die regionale Arbeit integriert wird, was in der Auflösung des MuK der FES besonders augenfällig ist. FNS und HSS haben ihre Medienarbeit sogar fast vollständig zurückgefahren. Problematisch wird es vor allem, wenn sich auch die Medienprojekte nach den Vorgaben einer politischeren und klientelistischen Förderung richten. Die Frage ist zumindest berechtigt, ob eine klientelistische Medienförderung dem Ziel, Medien als Mediator zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und Ebenen und als vierte Gewalt in den EL zu etablieren besonders zuträglich wäre. Denn die Unabhängigkeit von bestimmten politischen Strömungen und Gruppen ist gerade in Ländern, in denen sich ein regierungskritisches und unabhängiges Mediensystem erst entwickelt, für die Glaubwürdigkeit der Medien äußerst wichtig.

3.2.3 Das Problem der Vermittelbarkeit

In Zeiten knapper werdender Finanzressourcen und angesichts von Entwicklungsbilanzen, in denen beachtlichen Erfolgen (z.B. Rückgang der Kindersterblichkeit, Alphabetisierung) auch dramatische Defizite gegenüberstehen (z.B. Anstieg der absoluten Zahl der Armen

und der Unterernährten), gerät die EZ insgesamt immer wieder in die Kritik und in Legitimationszwang. Entwicklungspolitische Fehlschläge werden nicht selten als Argument gegen die gesamte EZ angeführt. Die theoretischen Diskussionen um Sinn und Nutzen der EZ spiegeln sich regelmäßig auch in konkreten politischen Auseinandersetzungen des BMZ mit anderen Ministerien wieder, in denen es nicht nur um die Verteilung von Bundesmitteln, sondern auch um politische Kompetenzen und Zuständigkeiten geht.⁴¹⁵

Im Schatten von Einsparungszwängen für alle Ressorts ist der Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines Politikbereich, dessen Gegenstand räumlich weit entfernt ist und deshalb anscheinend mit Deutschland nichts direkt zu tun hat, nur schwer vermittelbar.⁴¹⁶ Muß schon in Deutschland gespart werden, erscheinen Ausgaben für andere Regionen der Welt schnell als Verschwendung, weshalb die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des BMZ stets auch betont, daß und wie Deutschland mit den EL verflochten ist und daß EZ auch immer deutschen Interessen dient (z.B. Friedenssicherung).⁴¹⁷

Was für die EZ insgesamt gilt, trifft auf den Bereich der Medienförderung in besonderem Maße zu. Während Projekte, in denen es um die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse geht (z.B. Bekämpfung von Hunger, Armut), der Öffentlichkeit zumindest die moralische Notwendigkeit von EZ und einen sichtbaren Nutzen der Hilfe deutlich vor Augen führen, stellt sich bei Medienprojekten die Frage, wie deren Ertrag sichtbar gemacht werden kann. Wie soll man z.B. zeigen, daß ein Radioprojekt zur Demokratisierung im Land beiträgt? Die Ergebnisse solcher Projekte sind äußerst schwer zu evaluieren. Zum einen hat sich, wie im ersten Teil dieser Arbeit gesehen, im Laufe der Zeit die Erkenntnis durchgesetzt, daß man bei Medien/Kommunikation nicht von einfachen Ursache-Wirkungen-Beziehungen ausgehen kann. Zum anderen findet Kommunikation in einer Gesellschaft unter komplizierten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen statt. So wirken dermaßen viele Faktoren gleichzeitig, daß der Beitrag eines einzelnen

⁴¹⁵ Die Interessenkonflikte zwischen BMZ und anderen Ministerien (vor allem AA und BMWi), die sich seit der Gründung des BMZ 1961 wie ein roter Faden durch die Geschichte bundesdeutscher Entwicklungspolitik ziehen, sollen hier lediglich erwähnt, allerdings nicht vertieft werden. Siehe dazu z.B. Nuscheler: Lern- und Arbeitsbuch, S. 233-247.

⁴¹⁶ Siehe dazu z.B. Kevenhörster, Paul: Das Schattendasein der Entwicklungspolitik, in: Internationale Politik, 4/1996, S. 19-24 und Thiel, Reinold E.: Ein marginaler Politikbereich?, in: E+Z, 10/1998, S. 252-253.

⁴¹⁷ Im Frühjahr 2000 hat das BMZ ein neues Konzept für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit vorgestellt. Vgl. BMZ: Konzeption für den Einsatz der Mittel aus dem BMZ-Titel 68510 (Entwicklungspolitische Bildungsarbeit), in: epd Entwicklungspolitik, 3/2000, S. 51-53.

Medienprojekts zu gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen so gut wie nicht mehr auszumachen ist.

Wenn Projekte aber nicht dazu geeignet sind, klar faßbare Erfolge vorzuweisen, erzielen sie auch keine positive Außenwirkung für die jeweiligen Projektträger. Sehen sich die Entscheidungsträger der verschiedenen Organisationen aber einem durch knapper werdende Mittel hervorgerufenen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt, und befinden sie sich wie etwa die politischen Stiftungen in einer grundsätzlichen Konkurrenzsituation, werden sie Projekte bevorzugen, an deren Ergebnissen sich der erfolgreiche Einsatz der aufgewandten Mittel ablesen läßt bzw. solche Projekte, die eindeutig den übergeordneten, zum Teil politischen Zielen der jeweiligen Institution zuzuordnen sind. Diese Kriterien scheinen Medienprojekte nicht zu erfüllen, was den Rückzug verschiedener Organisationen aus diesem Bereich erklären könnte.

Offensichtlich besteht gerade für den Medien-/Kommunikationssektor innerhalb der EZ ein Vermittlungsdefizit in bezug auf Entscheidungsträger und Öffentlichkeit. Je weniger es aber gelingt, die Notwendigkeit und den Nutzen eines Förderbereichs nach außen deutlich zu machen, desto größer wird der Legitimationsdruck und um so eher wird dieser Bereich bei Einsparungen und damit einhergehender veränderter Schwerpunktsetzung beschnitten werden. So kommt FES-Mitarbeiter Erich Vogt für die deutsche Medienförderung zu einer resignierten bis selbstkritischen Zustandsbeschreibung:

„Wir kämpfen hier an allen Fronten gegen einen heftigen Gegenwind, der aber auch immer bleiben wird, weil eine Bevölkerung, die nur noch auf ihren Bauchnabel schaut, schlechterdings nicht begreifen will und kann, warum Außenpolitik auch immer Innenpolitik und warum Entwicklungspolitik auch immer Innenpolitik und letztlich Friedenspolitik ist [...]. Wir haben es nicht geschafft, dies in irgendeiner Form eindrucksvoll nach außen zu tragen.“⁴¹⁸

3.3 Tendenzen

3.3.1 ICT – Wiedergeburtshelfer der Medienförderung?

Wie im ersten Teil dieser Arbeit gezeigt wurde, wird seit einigen Jahren der Einsatz von ICT in der entwicklungspolitischen Arbeit intensiv diskutiert. Risiken (mögliche

⁴¹⁸ Erich Vogt, Leiter des FES-Medienprojektes Asien, im Gespräch vom 9.2.2000.

Vergrößerung der Wissenskluft zwischen Zugangsbesitzern und Zugangslosen, neue Abhängigkeiten des Südens vom Norden etc.) werden gegen potentielle Chancen für die EL (u.a. neue Arbeitsmärkte und Industrien, Bildung) abgewogen. Doch nahezu alle Autoren sind sich einig, daß man es bei der Globalisierung der Information und Kommunikation und beim Eintritt in die sogenannte Informationsgesellschaft mit einem unumkehrbaren Prozeß zu tun hat, den jede Gesellschaft als Faktum akzeptieren und so gut wie möglich zu ihrem Vorteil zu nutzen versuchen sollte.

Daß selbst die IL zum Teil nur äußerst bedingt auf die Herausforderungen und Veränderungen, die sich für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft durch die neuen Technologien ergeben, vorbereitet sind, offenbart sich zur Zeit in Deutschland in der teils sachlich, teils polemisch („Kinder statt Inder“) geführten Debatte um den Fachkräftemangel im Informationstechnologiesektor und die Frage, wie er zu beheben sei. Von Befürwortern wie Gegnern der befristeten Einwanderung ausländischer Spezialisten wird in der Diskussion Indien schlagwortartig („Indernet“) zum Prototypen der Heimat von IT-Fachkräften stilisiert. Wie im ersten Teil gesehen, wird genau dieser Punkt als Beispiel für die Chancen angeführt, die sich für EL durch ICT ergeben. Doch die Betonung der Erfolge der indischen Computerindustrie verstellt ebenso wie die vor allem von der NRW-CDU geschürten Ängste vor einer Einwanderung u.a. indischer Spezialisten den Blick auf die Tatsache, daß zum einen in Indien nur eine kleine, neu entstandene Elite und keinesfalls die große Masse der indischen Bevölkerung profitiert – im Gegenteil die Kluft im Lande sich noch vergrößert – und zum anderen Indien durch gewisse günstige Rahmenbedingungen (siehe 1.6.2) eine der wenigen Ausnahmen unter den EL ist, die durch ICT neue Industrien aufbauen und gewinnbringend nutzen können. Den meisten EL fehlt es dagegen an grundlegenden Voraussetzungen (Infrastruktur, Bildung), um den Schritt ins Informationszeitalter zu machen, geschweige denn, durch diesen Schritt den Abstand zwischen sich und den IL zu verkleinern.

Wenn man konstatiert, daß der Zugang zu und die Nutzung von ICT für die Zukunft der EL unerläßlich ist und man in den EL zugleich infrastrukturelle und Know-how-Defizite feststellt, die genau das verhindern, ergibt sich daraus, daß die Förderung von ICT Gegenstand von EZ sein müßte. Nuscheler zählt es zu den wichtigsten Funktionen und Prioritäten der EZ, den EL „[...] den Zugang zum in der Welt reichlich vorhandenen

Wissen [zu] eröffnen, das in Zukunft mindestens ebenso wichtig sein wird wie der Zugang zu Güter- und Kapitalmärkten.“⁴¹⁹ Insofern wurde erwartet, daß auch in der deutschen EZ innerhalb der Medienförderung der Bereich ICT bereits eine relevante Rolle spielt.

Diese Erwartung wurde durch die Untersuchung der Medienförderungsaktivitäten der verschiedenen EZ-Akteure nur bedingt bestätigt: Zwar werden ICT von den EZ-Organisationen zur internen Kommunikation und zur Kommunikation mit anderen Organisationen und Einzelpersonen (z.B. e-mail-Kontakt zu Partnern und ehemaligen Stipendiaten) ebenso intensiv genutzt wie für die Außendarstellung (Internet-Auftritte), doch spezielle ICT-Förderprojekte sind noch die Ausnahme. Im Bereich Aus- und Fortbildung sind hier vor allem die Programmangebote der CDG zu nennen. Staatliche und halbstaatliche Institutionen, politische Stiftungen und die kirchlichen Organisationen fördern zwar vereinzelt auch ICT-Projekte (z.B. Hilfe beim Aufbau einer Website oder von e-mail-Kommunikationsnetzen), aber nirgendwo bildete dieser Bereich bisher einen Schwerpunkt der Medienförderung. Auch fehlt der deutschen EZ bislang ein grundsätzliches Konzept für den entwicklungspolitischen Einsatz von ICT. Hier hinkt Deutschland z.B. Großbritannien hinterher, wo sich das Entwicklungsministerium bereits intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und Strategien für die Nutzung von ICT in der EZ entwickelt hat.⁴²⁰

Eine Wende könnte allerdings das unter 2.1.3 beschriebene Sektorvorhaben des BMZ „Einsatz von Medien und IKTechnologien in der EZ“ bedeuten, das Strategien und Förderkonzepte zu Medien und speziell ICT für die deutsche EZ entwickeln soll. Ob es sich hierbei aber lediglich um ein Einzelprojekt oder tatsächlich um eine Trendwende und Aufwertung der deutschen Medienförderung handelt, wird wohl stark von den Ergebnissen dieses Vorhabens abhängen, da ja ein Ziel darin besteht, auszuloten ob, wo und wie der Medien- und ICT-Einsatz innerhalb der EZ sinnvoll ist.

Grundsätzlich sind sich aber Vertreter der EZ-Organisationen einig, daß ICT in Zukunft sowohl für die EZ-Akteure (interne Kommunikation, Außendarstellung etc.) als auch für die Medienförderung in den EL an Bedeutung gewinnen werden. So forderte etwa Reinhard

⁴¹⁹ Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe im 21. Jahrhundert, in: epd Entwicklungspolitik, 1/2000, S. 40-45, hier: S. 43 (künftig Nuscheler: Entwicklungspolitik).

Keune in seiner Antrittsrede als IPDC-Präsident eine stärkere Förderung von Projekten „[...] die sich um die Nutzung neuer Technologien wie Internet und e-mail zur Medienentwicklung bemühen.“⁴²¹ Berwanger, Leiter des DWFZ Fernsehen, sieht im Internet und in der Möglichkeit, afrikanische Zeitungen und Zeitschriften ins Netz zu stellen und abzurufen, eine revolutionäre Entwicklung für die journalistische Süd-Süd-Kooperation, die die zu diesem Zweck gegründete Nachrichtenagentur IPS bereits nahezu überflüssig gemacht habe.⁴²² Und Glenine Hamlyn, Leiterin des Kommunikationsreferats im EMW, hält es für eine der künftig wichtigen Aufgaben, die „[...] Menschen, die an der Basis arbeiten, mit den notwendigen Fertigkeiten auszustatten, um auf sinnvolle Weise mit dem Internet zu arbeiten.“⁴²³

3.3.2 Bedarf, Organisation, Finanzen

Generell läßt sich in der EZ der Trend feststellen, von der Förderung vieler unabhängiger Einzelprojekte („Projektitis“⁴²⁴) abzurücken und statt dessen integrierte umfassende Regional- und Strukturprogramme zu entwickeln. Das ist auch die Folge daraus, daß EZ zunehmend als globale Strukturpolitik begriffen wird, die sich am Leitbild einer globalen nachhaltigen Entwicklung orientiert. Die rot-grüne Bundesregierung hat dieses Entwicklungskonzept zur Grundlage ihrer entwicklungspolitischen Vorstellungen gemacht.⁴²⁵ Damit verfolgt sie eine EZ, die auf die strukturelle Umgestaltung des internationalen Systems und der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abzielt. Das bedeutet, daß das traditionelle Geber-Empfänger-Verhältnis zwischen IL und EL aufgegeben und ein partnerschaftlicherer Ansatz verfolgt werden soll, der auch für die IL Strukturveränderungen zur Folge hat. Dabei stehe auch die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren und die gemeinsame Suche nach Lösungen für globale Probleme im Vordergrund.⁴²⁶

⁴²⁰ Vgl. Burke: Communication & Development.

⁴²¹ IPS: Nachgefragt.

⁴²² Laut Auskunft im Gespräch vom 3.11.1999.

⁴²³ Hamlyn, Glenine: Medienförderung innerhalb der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Hamburg 1999 (unveröffentlichtes Manuskript). Auch FES-Mitarbeiter Erich Vogt hegte im Gespräch vom 9.2.2000 die Hoffnung, daß ICT dem Medienbereich wieder zu einem größeren Stellenwert innerhalb der EZ verhelfen könnten.

⁴²⁴ Nuscheler: Entwicklungspolitik, S. 40.

⁴²⁵ Vgl. Bundesregierung: Entwicklungspolitik.

⁴²⁶ Vgl. Nuscheler: Entwicklungspolitik, S. 43.

Der nationale, internationale und globale Austausch zwischen allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen (Internationale Organisationen, Regierungen, Parlamente, NGOs) setzt aber eine adäquate Medien- und Kommunikationsausstattung voraus, wodurch sich die angestrebte Umgestaltung globaler Strukturen eigentlich auch auf die internationalen Informations- und Kommunikationsbeziehungen beziehen müßte.⁴²⁷ Zahlen belegen nämlich, daß nicht nur wie bereits in 1.6 gesehen die ICT, sondern auch andere Massenmedien – trotz jahrzehntelanger Unterstützung beim Aufbau nationaler Kommunikationssysteme in EL und durchaus vorhandener Steigerungsraten – global äußerst ungleich verteilt sind: Das Radio ist zwar das weltweit verbreitetste Medium, doch standen 1996 1005 Geräten pro 1000 Einwohner in den IL nur 166/1000 in Subsahara-Afrika, 156/1000 in Südostasien, 384/1000 in Lateinamerika und der Karibik und 88/1000 im südlichen Asien gegenüber. Bei den TV-Geräten sieht es ähnlich aus. 1996 hatten von 1000 Einwohnern in den IL 524, in Subsahara-Afrika 35, im Südlichen Asien 55, in Südostasien 150 und in Lateinamerika und der Karibik 223 einen Fernseher.⁴²⁸

Besonders in der Debatte um den Einsatz von ICT in der EZ wird immer wieder betont, daß es in vielen EL an der notwendigen Infrastruktur mangelt, um die neuen Technologien sinnvoll und effizient für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung nutzen zu können. Doch gerade dieser Bereich – der breite Ausbau von Medieninfrastrukturen – ist durch den Rückzug von BMZ, GTZ und KfW in der deutschen Medienförderung zur Zeit so gut wie nicht mehr existent. Andere Organisationen können diese Aufgabe nicht leisten, da sie gar nicht den Zielen und Ansprüchen ihrer Medienarbeit entspricht und ihnen darüber hinaus auch die finanziellen Kapazitäten fehlen.

Möglicherweise erfährt der ICT-Bereich durch das BMZ-Vorhaben „Einsatz von Medien und IKTechnologien in der EZ“ eine Aufwertung. Es wird stark von den Ergebnissen dieses

⁴²⁷ Vgl. Frommlet, Wolfram: Stimmen des Volkes, in: epd Entwicklungspolitik, 12/13 1995, S. 23-27, hier: S. 27. Howkins und Valantin betonen in einer Studie, in der sie für die künftige ICT-Nutzung in EL vier Szenarien entwerfen, daß die Frage, ob und wie EL den Schritt in die Informationsgesellschaft bewältigen, nicht nur vom Willen und der Politik der jeweiligen Ländern, sondern ebenso stark von globalen Strukturen und internationalen Regelungen abhängt. Vgl. Howkins, John/Robert Valantin: Development and the Information Age, Ottawa 1997, S. 25-27.

⁴²⁸ Vgl. UNESCO: Report, S. 282. Die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Regionen drohen sich zudem noch zu verschärfen, wenn der Kommunikationssektor unterschiedlich schnell wächst, unterschiedlich stark ausgebaut wird. So stieg bspw. die Zahl der Telefon-Hauptanschlüsse in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in Afrika lediglich um jährlich acht Prozent, in Asien dagegen um 25 %. Vgl. Brüne: Afrika, S. 86.

Projektes abhängen, ob ICT die Wende in der deutschen Medienförderung einläuten können, die Rößen 1998 noch nicht feststellen konnte.⁴²⁹ Entscheidungsträger nahezu aller Akteure der Medienförderung erwarten von ICT eine Aufwertung des Medienbereiches innerhalb der EZ. Dieser Optimismus ist sicherlich nicht nur als Zweckoptimismus einzuschätzen, den die in diesem Bereich Beschäftigten schon aus Eigeninteresse vertreten müssen. Er begründet sich auch durch die in der theoretischen Debatte insgesamt positiv eingeschätzten Chancen und Einsatzmöglichkeiten von ICT für die entwicklungspolitische Arbeit. Ferner wird der Bedarf an Medienförderung in EL nach wie als hoch angesehen, neben dem Aufbau von ICT-Infrastruktur und -Kompetenz vor allem in Bezug auf politische und rechtliche Beratung sowie Professionalisierung in Ländern, die gerade erst dabei sind, ein freies Mediensystem aufzubauen.

Allerdings stellt sich die Frage, ob sich die erhoffte Aufwertung der Medienförderung angesichts der finanziellen Situation nicht vielmehr als Verlagerung entpuppen wird, die zu einer stärkeren Berücksichtigung des ICT-Bereichs auf Kosten anderer Medien führt. Aktuell deutet außer besagtem BMZ-Projekt jedenfalls nichts auf einen Bedeutungszuwachs der Medienförderung hin. Im Gegenteil legen die aktuellen Tendenzen eher die Vermutung nahe, daß dieser Bereich innerhalb der EZ auch weiterhin eher seinen marginalen Stellenwert behalten oder sogar noch weiter vernachlässigt werden wird. Organisatorisch geht der Trend dahin, den Sektor Medien/Kommunikation als eigenen Förderbereich abzubauen und in Regional- bzw. Länderbereiche zu integrieren. So wurden Anfang der neunziger Jahre die Medienreferate bei GTZ und FES geschlossen, die bis dahin vom Finanzvolumen her zu den wichtigsten Medienförderungsakteuren zählten. Auch bei der Neustrukturierung der EZ der Evangelischen Kirche deutet alles auf die Auflösung des Kommunikationsreferates hin, das sich bislang im EMW befand.⁴³⁰

Regionale Förderansätze und auch die Integration von Sektoren in Regional- oder Länderabteilungen machen insofern Sinn, als die Zielregionen der entwicklungspolitischen Arbeit äußerst heterogen sind. Es ist einleuchtend, daß Länder, in denen sich gerade erst ein liberales unabhängiges Mediensystem entwickelt, einen anderen Medienförderungsansatz

⁴²⁹ Vgl. Rößen: Deutsche Medienförderung.

⁴³⁰ EED-Vorstandsmitglied Dr. Hartmut Bauer teilte in einem Brief vom 26.1.2000 und Ende April auf telefonische Nachfrage mit, daß die Organisationsentwicklung des EED noch nicht abgeschlossen sei. Der

benötigen als Länder, die den Wettbewerb privater Medien schon lange kennen und sich verstärkt Konzentrations- und Kommerzialisierungstendenzen gegenüber sehen. Ländliche Regionen, die kaum Zugang zu Medien haben, brauchen andere Konzepte als Länder mit hoher Mediendichte aber ebenso hoher staatlicher Kontrolle. Doch mit der Auflösung eigener Medienabteilungen und dem daraus folgenden Wegfall organisationaler Strukturen wird die systematische Medienförderung zumindest erschwert.

Zwar muß die Integration des Medien-/Kommunikationssektors in andere Bereiche nicht a priori eine Vernachlässigung dieses Bereichs bedeuten. Doch wie stark der Medienbereich in der EZ für die jeweilige Region berücksichtigt wird, hängt dann wesentlich stärker von Einzelpersonen ab. Mitarbeiter, die selbst aus dem Medienbereich kommen, bzw. schon früher viel in diesem Sektor tätig waren, werden der Medienförderung sicherlich einen ungleich höheren Stellenwert einräumen als Mitarbeiter, die in ihrer bisherigen Arbeit mit diesem Bereich erst wenig oder noch gar nichts zu tun hatten. Man kann nicht mehr automatisch davon ausgehen, daß für eine Förderregion stets auch strategische Konzepte für den Medien-/Kommunikationssektor ausgearbeitet werden. So räumt auch Keune ein, daß die Auflösung des MuK die Medienarbeit der FES zwar nicht entscheidend beeinträchtigt, aber doch geschwächt habe.⁴³¹

Doch selbst wenn der Bedeutungsverlust gestoppt und die Medienförderung innerhalb der EZ relativ an Wichtigkeit gewinnen würde, so bedeutete das nicht zwangsläufig auch ein stärkeres absolutes Engagement. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes sieht deutliche Kürzungen beim Haushalt des BMZ vor. Dadurch werden auch auf die Organisationen, die von diesem Ministerium Zuwendungen erhalten, in den nächsten Jahren weitere Einsparungszwänge und Haushaltskürzungen zukommen. Nuscheler erwartet dementsprechend, „[...] dass die Bedeutung der EZ schon auf Grund schrumpfender Entwicklungsetats abnehmen und die Bedeutung anderer Politikbereich – wie der Handels-, Finanz-, Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtspolitik – zunehmen wird.“⁴³² So kann man innerhalb der EZ in keinem Förderbereich mit relevanten Ausgabensteigerungen rechnen. Selbst wenn also Medienförderung, wie vom BMZ-

Kommunikationsbereich bleibe zwar auch weiterhin ein Schwerpunkt der evangelischen EZ, werde aber wohl in die Regionalreferate integriert werden.

⁴³¹ Laut Auskunft von Reinhard Keune, IPDC-Präsident und FES-Mitarbeiter, in einer e-mail vom 16.2.2000.

⁴³² Nuscheler: Entwicklungspolitik, S. 40.

Mitarbeiter Rainer Lotz angekündigt⁴³³, wieder verstärkt auf die entwicklungspolitische Agenda gesetzt werden sollte, kann nicht von Mittelerhöhungen für diesen Bereich ausgegangen werden.

3.3.3 Lösungsansätze – Netzwerke für die Vernetzung?

Wenn aber die angespannte finanzielle Situation alle Akteure der deutschen Medienförderung dazu zwingt, ihre Aktivitäten in diesem Bereich zurückzufahren, stellt sich die Frage, ob es möglich und sinnvoll wäre, wenn die verschiedenen Organisationen untereinander stärker zusammenarbeiteten, mit Medienförderungsakteuren anderer Länder sowie multilateralen Organisationen kooperative Förderansätze entwickelten und neue Partner für ihre Arbeit zu gewinnen suchten, möglicherweise aus der Privatwirtschaft. Es ließe sich an die Bildung eines Netzwerks der Medienförderung denken, in das die diversen Institutionen ihre jeweiligen regionalen und sektoralen Schwerpunkte und ihre vielfältigen Kontakte in den Partnerländern einbringen und in einer Art arbeitsteiligen Ansatz gemäß ihrer spezifischen Stärken tätig würden.

Diese Möglichkeit wendet einen Ansatz auf den Medienbereich an, der für die gesamte EZ verstärkt diskutiert und verfolgt wird. Das BMZ hat verschiedene Strategien formuliert, wie es trotz der Haushaltskürzungen die Wirksamkeit, Flexibilität und Effizienz seiner Arbeit zu steigern gedenkt. Dazu zählen neben der Konzentration der bilateralen Zusammenarbeit auf Schwerpunktländer auch verbesserte Kooperation mit europäischen und multilateralen Akteuren sowie eine „engere Einbindung von Wirtschaft und Gesellschaft, Stiftungen und Verbände in die Entwicklungszusammenarbeit“⁴³⁴. Besonders die verstärkte Kooperation der öffentlichen EZ-Organisationen mit NGOs und der Privatwirtschaft (public-private partnership, PPP) wird als besonders wichtig angesehen, zum einen wegen des besagten Schrumpfens der Entwicklungsetats. Zum anderen haben sich NGOs wie privatwirtschaftliche Unternehmen zu wichtigen Akteuren der internationalen Beziehungen entwickelt, weshalb eine Entwicklungspolitik, die sich selbst als globale Strukturpolitik begreift, nicht daran vorbei kommt, diese Organisationen in ihre Arbeit einzubeziehen. „Ohne die organisatorischen und finanziellen Ressourcen der weltweit operierenden Unternehmen und ohne die Wachhund-Funktion der zunehmend transnationalisierten und

⁴³³ Vgl. Röben: Deutsche Medienförderung, S. 38.

⁴³⁴ BMZ: Journalistenhandbuch 1999, S. 36.

auch professionalisierten NROs ist die Lösung vieler Weltprobleme nicht mehr möglich.⁴³⁵

Bislang lassen sich auf dem Gebiet der Medienförderung keine Anzeichen für einen integrativen, kooperativen Ansatz und einer Art internationaler Netzwerkbildung ausmachen. Die Kooperation der verschiedenen Akteure der deutschen Medienförderung beschränkt sich bisher im wesentlichen auf die sogenannten Clearing-Treffen. Zweimal im Jahr kommen Vertreter aller Organisationen, die im Medienbereich tätig sind (u.a. BMZ, AA, politische Stiftungen, UNESCO-Deutschland, Rundfunkanstalten), zusammen und informieren sich gegenseitig darüber, wer wo welche Vorhaben plant und durchführt. Der Zweck dieser Zusammenkünfte liegt neben der Information über das Gesamtbild aller Medienförderungsaktivitäten vor allem darin, Arbeitsschwerpunkte abzustimmen und Doppelaktivitäten in einem Bereich oder in einem Land zu verhindern. Auf der Suche nach Finanzierungsquellen wenden sich die Projektträger in den EL verständlicherweise an möglichst viele verschiedene Stellen. Der regelmäßige Austausch der deutschen Organisationen verhindert, daß unwissentlich Projekte von mehreren Stellen gefördert werden, was evtl. zu Interessenkonflikten und Verschwendung finanzieller Ressourcen führen könnte.

Die Zusammenarbeit der Organisationen geht aber nur selten über die reine Information hinaus. Zwar führen z.B. die Fortbildungsinstitute zuweilen Maßnahmen in Kooperation mit politischen Stiftungen oder kirchlichen Institutionen durch. Und auch kirchliche Akteure und politische Stiftungen beraten vereinzelt über bestimmte Projekte. Doch Organisationen, die in einer Wettbewerbssituation zueinander stehen wie die politischen Stiftungen, sorgen eher dafür, daß sich ihre Arbeitsbereiche nicht berühren als daß sie gemeinsame Aktivitäten anstreben.⁴³⁶

Angesichts knapper werdender Mittel erschiene es hinsichtlich der Effizienz der Medienförderung durchaus sinnvoll, wenn etwa Organisationen wie FES und KAS in bestimmten Regionen, in denen beide bereits über viel Erfahrung und Kontakte verfügen, ihre Kräfte bündelten und einen gemeinsamen Förderansatz entwickelten, in den beide ihre

⁴³⁵ Nuscheler: Entwicklungspolitik, S. 44.

⁴³⁶ Das heißt natürlich nicht, daß Auslandsvertreter der verschiedenen Organisationen nicht miteinander in Kontakt stehen. Mitarbeiter, die in einem Land/einer Region im Medienbereich arbeiten, haben in ihrem

jeweiligen Stärken einbringen könnten. Dennoch ist ein solches integriertes Medienförderungskonzept, welches über einen Informationsaustausch hinausgeht, nicht realistisch. Gerade die politischen Stiftungen befinden sich wegen ihrer Nähe zu verschiedenen politischen Parteien grundsätzlich in Konkurrenz zueinander. Die konstatierte „Politisierung“ und stärkere Einbeziehung der klassischen Stiftungsklientel deutet eher darauf hin, daß künftig die Positionierung gefestigt und damit die Unterschiede betont werden, statt daß nach gemeinsamen Arbeitsansätzen gesucht wird. Auch für die im Medienbereich tätigen Stiftungsmitglieder läßt sich der politische Überbau und die Vorgaben für ihre Arbeit nicht einfach abschütteln.

Der bisherige Verzicht auf weitergehende Zusammenarbeit wird ferner damit begründet, daß die verschiedenen Organisationen zum Teil unterschiedliche Ansätze in ihrer Medienarbeit verfolgen. Wie gesehen setzen die kirchlichen Institutionen und die HBS in einer partizipatorischen Ausrichtung eher bei basisnahen Gruppen an, während die FES und KAS eher auf Professionalisierung und demokratische und liberale Umgestaltung des bestehenden Mediensystems abzielen. Und die Maßnahmen der GTZ dienten in der Vergangenheit hauptsächlich dem infrastrukturellen Aufbau einer breiten Medienversorgung (z.B. Telekommunikation). Allerdings widersprechen diese unterschiedlichen Ansätze ja nicht grundsätzlich einem gemeinsamen Medienkonzept. Es ließe sich durchaus ein kooperatives Förderungsmodell denken, das ein übergeordnetes Ziel für ein Land/eine Region formuliert und in dem die verschiedenen Organisationen den allgemeinen Vorgaben entsprechend wie bisher auf unterschiedlichen Ebenen tätig werden, wechselseitig aber in stärkerem Austausch stehen und ihre Aktivitäten besser aufeinander abstimmen.

Der PPP-Ansatz muß bei der Medienförderung allerdings besonders sensibel verfolgt werden, d.h. es muß sorgsam geprüft werden, ob neben nicht-kommerziellen NGOs überhaupt andere private Partner in Betracht kommen können. Denn eine stärkere Kooperation von EZ-Organisationen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen im Bereich der Medien und Kommunikation würde altbekannte Probleme aufwerfen. Was allgemein über die Bedeutung privatwirtschaftlicher Akteure für die internationalen Beziehungen

Berufsalltag mit denselben Leuten zu tun (z.B. Medienvertreter, Politiker) und werden auch untereinander in Kontakt stehen (Beratung, Informationsaustausch, allgemeiner Dialog).

gesagt wurde, gilt für den Mediensektor in besonderem Maße. Die Mediensysteme in den meisten Ländern und Regionen wie auch die internationalen Informations- und Kommunikationsstrukturen werden von großen, oft transnational operierenden Unternehmen dominiert.⁴³⁷ Die Einbindung dieser Organisationen in die Medienförderung erweckte einmal mehr den Verdacht des Kultur- und Kommunikationsimperialismus und rief den Vorwurf hervor, unter dem Deckmantel der EZ würden bestehende Abhängigkeiten der EL von den IL gefestigt. Es ist nicht schwer zu vermuten, daß die Medienförderung privat-kommerzieller Akteure hauptsächlich auf Geschäftsinteressen (Schaffung neuer Märkte für Technik und Programme) basierte. Da aber gerade Medien in besonderem Maße auf Glaubwürdigkeit angewiesen sind, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit voraussetzt, sieht sich die Medienförderung in dem Dilemma, daß gerade die Kooperation mit den Partnern, die ihr am ehesten aus der finanziellen Klemme helfen könnten, aus politischen und ideologischen Gründen am problematischsten ist.

3.3.4 Fazit

Während in der EZ insgesamt also nach neuen Kooperationsmöglichkeiten und Wegen umfassender integrativer Förderansätze gesucht wird, fehlt es im Bereich der Medienförderung scheinbar an realistischen Kooperationsoptionen und/oder am politischen Willen dazu, obwohl gerade in diesem Bereich bereits viele unterschiedliche Akteure mit verschiedenen Arbeitsschwerpunkten tätig sind. Die rückläufigen Zahlungen des Bundes an das IPDC deuten zudem nicht daraufhin, daß im Medienbereich die allgemein für die EZ angekündigte Stärkung multilateraler Organisationen wirklich stattfindet oder in Zukunft realisiert werden wird.

Die ICT könnten der Medienförderung innerhalb der EZ zu einem Bedeutungsaufschwung verhelfen. Geschieht das nicht, kommt man z.B. in dem angesprochenen BMZ-Projekt zu dem Ergebnis, daß der Einsatz von ICT in der deutschen EZ nicht so sinnvoll ist wie allgemein gedacht, ist zu erwarten, daß bei anhaltendem Rückgang der Entwicklungsetats die Medienförderung in ihrer marginalen Rolle verbleibt oder noch weiter vernachlässigt werden wird. Einzelne Bereiche wie die Fortbildung von Journalisten und anderen

⁴³⁷ Siehe hierzu Kleinsteuber, Hans J./Barbara Thomaß: Konkurrenz versus Konzentration. Unternehmensverflechtungen im globalen Medienmarkt, in: Meckel, Miriam/Markus Kriener (Hrsg.):

Medienmitarbeitern oder die Beratung bei der Mediengesetzgebung werden wohl auch in Zukunft ihre Wichtigkeit behalten und entsprechend gefördert werden. Doch darüber hinaus ist eher damit zu rechnen, daß Medien vermehrt nur innerhalb von Projekten anderer Schwerpunktbereiche quasi en passant berücksichtigt werden.

Es scheint so zu sein, daß zwar die Bedeutung der Medien für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften hervorgehoben und der Medien- und Kommunikationssektor gerne angeführt wird, wenn es darum geht, das Zusammenwachsen der Welt oder den globalen, gleichberechtigten Austausch von Wissen und Meinungen zu belegen. Gleichzeitig wird Medienförderung aber immer weniger als Aufgabe der EZ angesehen. Für die in diesem Bereich Tätigen bedeutet das, daß bezüglich Öffentlichkeitsarbeit, Transparenz ihrer Arbeit und Evaluation stärkere Anstrengungen unternommen werden müssen, um Medienförderung als wichtigen und legitimen Bestandteil der deutschen EZ sowohl innerhalb ihrer Organisationen als auch nach außen zu kommunizieren.

Literatur:

- Adelmann, Karin:** „Zukunftsprogramm Deutschland“: Einschnitte im Entwicklungsetat, in: epd Entwicklungspolitik, 12/1999, S. 4
- Adelmann, Karin:** Entwicklungsministerium bekommt neue Organisationsstruktur, in: epd Entwicklungspolitik, 2/2000, S. 10-11
- Adveniat (Hrsg.):** Geschäftsbericht '99, Essen 2000
- Afemann, Uwe:** Internet für die Dritte Welt. Chance oder Bedrohung?, in: Wechselwirkung, Februar 1997, S. 31-41
- AG KED (Hrsg.):** AG KED Jahresbericht 1998, Stuttgart 1999
- Ali, Owais Aslam:** Freedom of the Press and Asian Values in Journalism, o.O. o. J., unter www.oneworld.org/ppf/publications/asianvalue.htm am 15.2.2000
- Anashin, Vladimir:** A worldwide view, in: UNESCO (Hrsg.): World Communication and Information Report 1999-2000, Paris 1999, unter www.unesco.org/webworld/wcir/en/report.html am 13.2.2000, S. 167-179
- Appiah, Kwaku:** Developing Participation in the Global Information Society, in: INFO-ethics forum for the Conference on Information Ethics in Monte Carlo, October 1998, unter www.de3.emb.net/conference/Topics/fullTexts.asp?TUSR= am 19.2.2000
- ARD/ZDF-Clearing für Entwicklungsländer (Hrsg.):** Clearing-Brief, Nr. 167, Februar 2000
- August, Horst:** Erfahrungen der Friedrich-Naumann-Stiftung in Lateinamerika, Tegucigalpa (Honduras) 1995 (unveröffentlichtes Redemanuskript)
- Balit, Sylvia:** Development Communication. Essentials from a Berlin Conference Working Group, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 160-161
- Barber, Benjamin R.:** Wie demokratisch ist das Internet? Technologie als Spiegel kommerzieller Interessen, in: Leggewie, Claus/Christa Maar (Hrsg.): Internet & Politik, Köln 1998, S. 120-133
- Bauer, Dieter:** Das Projekt Nueva Sociedad der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Bauer, Dieter:** Das Regionalprojekt Medienförderung und Kommunikationsberatung Lateinamerika, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)

- Becker, Jörg:** Television and Cultural Change. A Historical-Structural Perspective, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 62-64
- Becker, Jörg:** Kommunikation und Medien, in: Hauchler, Ingomar/Dirk Messner/Franz Nuscheler (Hrsg.): Globale Trends 1998. Fakten – Analysen – Prognosen, Frankfurt a. M. 1997, S. 378-397
- Becker, Jörg:** Massenkommunikation und individuelle Selbstbestimmung. Zur Entregelung staatlich-technischer Informationsprozesse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/98, S. 3-12
- Becker, Jörg:** Marginalisierte Debatte, in: epd Entwicklungspolitik, 15/16/1998, S. 19-22
- Bentele, Günter/Klaus Beck:** Information – Kommunikation – Massenkommunikation: Grundbegriffe und Modelle der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, in: Jarren, Otfried (Hrsg.): Medien und Journalismus 1. Eine Einführung, Opladen 1994, S. 16-49
- Berhorst, Anja:** Die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung, in: Brockmann, Andreas/Martin Dabrowski/Ricardo Lagos Andino (Hrsg.): Mittelamerika und Deutschland. Das Potential einer guten Partnerschaft, Frankfurt a. M. 1996, S. 190-198
- Berwanger, Dietrich:** Die Neue Internationale Informationsordnung und die UNESCO-Mediendeklaration, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg., 1/1980, S. 7-20
- Berwanger, Dietrich:** Is Television in the Third World Useful – and if so, how?, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 58-61
- Berwanger, Dietrich:** Das Fortbildungszentrum Fernsehen in Berlin im Überblick, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Berwanger, Dietrich:** Jahresbericht und Sachbericht zum Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 1998, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Berwanger, Dietrich:** DW-Fortbildungszentrum Fernsehen. Aufgabenplanung 2000-2003, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Berwanger, Dietrich:** Medienhilfe im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa. Konzeption für den Aufbau eines demokratischen Fernsehens, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- BMZ:** Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen in EL, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)

- BMZ:** Informationsvermerk für den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die entwicklungspolitische Arbeit der politischen Stiftungen, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- BMZ** (Hrsg.): Journalistenhandbuch Entwicklungspolitik 1998, Bonn 1998
- BMZ** (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Bonn 1999, unter www.bmz.de am 6.12.1999
- BMZ** (Hrsg.): Journalistenhandbuch Entwicklungspolitik 1999, Bonn 1999, unter www.bmz.de am 2.3.2000
- BMZ:** Konzeption für den Einsatz der Mittel aus dem BMZ-Titel 68510 (Entwicklungspolitische Bildungsarbeit), in: epd Entwicklungspolitik, 3/2000, S. 51-53
- BMZ – Referat 313:** Daten zum Förderbereich 22 – Kommunikation, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- BMZ – Referat 415:** Medienförderung durch UNESCO-Projekte, Bonn 2000 (unveröffentlichtes Manuskript)
- BMZ/EZE/KZE** (Hrsg.): Gemeinsam Zukunft sichern. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Kirchen, Bonn 1997
- Boeckh, Andreas:** Abhängigkeit, Unterentwicklung und Entwicklung: Zum Erklärungswert der Dependencia-Ansätze, in: Nohlen, Dieter/Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd.1, 2. Aufl., Bonn 1982, S. 133-151
- Boeckh, Andreas:** Entwicklungstheorien: Eine Rückschau, in: Nohlen, Dieter/Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, 3. Aufl., Bonn 1993, S. 110-130
- BPA** (Hrsg.): Medienbericht 98, Schwerin 1998, unter www.bundesregierung.de/05/0515/00.htm am 11.3.2000
- BPA:** Pressemitteilung vom 23.2.2000. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Eröffnungsfeier der CeBIT 2000 am Mittwoch, 23. Februar 2000, in Hannover
- BPA:** Pressemitteilung Nr. 147/00 vom 5.4.2000
- Breunig, Christian:** 50 Jahre Kommunikationspolitik der UNESCO, in: NORD-SÜD aktuell, 4/1996, S. 697-704
- Breunig, Christian:** Internationale Kommunikationspolitik im Wandel, in: Meckel, Miriam/Markus Kriener (Hrsg.): Internationale Kommunikation, Opladen 1996, S. 67-84
- Breunig, Christian:** Kommunikationspolitik als Beitrag zur internationalen Verständigung, in: UNESCO heute, 1/1998, S. 71-76

- BRL:** Beschluß der Mitgliederversammlung der Stiftung vom 25.6.1999, o.O. 1999
(unveröffentlichtes Manuskript)
- BRL** (Hrsg.): Politische Bildung. Programm August – Dezember 1999, Berlin 1999
- Brüne, Stefan:** Afrika und die globale Informationsgesellschaft, in: UNESCO heute, 2/3/1998, S. 84-86
- Burke, Adam:** Communication & Development. A practical guide, London 1999, unter www.dfid.gov.uk/public/what/advisory/group7/pdf/c_d.pdf am 11.1.2000
- CDG:** Information Technology Consulting, Köln 1999 (Flyer für Bewerber)
- CDG** (Hrsg.): Zahlen, Daten, Fakten 1998, Köln 1999
- CDG:** IT-Projekte 2000, Köln 2000 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Chu, Godwin C.:** Communication and Development: Schramm's Contributions, in: Westley, Bruce H. (Hrsg.): Journalism monographs, No. 36, Oct. 1974: Contributions of Wilbur Schramm to Mass Communication Research, S. 17-23
- Colle, Royal D.:** The Pragmatics of Development Communication, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 168-174
- Dietz, Christoph:** Pädagogisch – Politisch – Populär. Alternativradios in Lateinamerika, epd Entwicklungspolitik, 15/16/1998, S. 33-34
- Dobers, Hubert:** Why international cooperation in the media field is essential, in: Hawatmeh, George: The Role of the Media in a Democracy. The Case of Jordan, Amman (KAS/CSS) 1995, S. XI-XIII
- DPA:** Werbung im Netz nimmt weiter zu, in: SZ-Technik Cebit 2000, Beilage der SZ, Nr. 44, 23.2.2000, S. V2/28
- DSE** (Hrsg.): Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn 1998
- DSE** (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Bonn 1999
- DWFZ Fernsehen:** Tabellarische Aufstellung der Projektmaßnahmen 1997, Berlin 1997
(unveröffentlichtes Manuskript)
- DWFZ Fernsehen:** Tabellarische Aufstellung der Projektmaßnahmen 1998, Berlin 1999
(unveröffentlichtes Manuskript)
- DWFZ Fernsehen:** Tabellarische Ausstellung der Projektmaßnahmen 1999, Berlin 1999
(unveröffentlichtes Manuskript)
- DWFZ Hörfunk** (Hrsg.): DWFZ. Deutsche Welle Fortbildungszentrum Hörfunk, Köln 1997

- DWFZ Hörfunk:** Kursplanung 1998, Köln 1998 (unveröffentlichtes Manuskript)
- DWFZ Hörfunk** (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Köln 2000
- DWFZ Hörfunk:** Kursplanung 2000, Köln 2000 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Elshorst, Hansjörg:** Organisation und Entwicklung – Zum System der deutschen Entwicklungspolitik, in: Glasgow, Manfred (Hrsg.): Deutsche und internationale Entwicklungspolitik, Opladen 1990, S. 19-34
- FES** (Hrsg.): Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998, Bonn 1999
- FES:** Medien für Entwicklung – Entwicklung von Medien. Die Rolle von Medien und Kommunikation in der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- FES – Afrika Referat:** Das FES-Medienprojekt Östliches Afrika 2000 – Ausschnitte aus einem internen Bericht, Kapstadt 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- FNS** (Hrsg.): Human Rights, the Rule of Law and Democracy. The international work of the Friedrich Naumann Foundation, o.O. 1996
- FNS** (Hrsg.): Die politischen Grundsätze für die Arbeit im In- und Ausland, Königswinter o.J. (Broschüre)
- FNS** (Hrsg.): 1998. Zahlen. Daten. Fakten., Königswinter 1999
- Frank, Daniela:** 30 Years of CAMECO. A Look back ... to the Future, in: CAMECO (Hrsg.): Mediaforum Special Edition, 3/4 1999, 30 Years of CAMECO: Media with the Poor?, S. 3-12
- Freire, Paulo:** Erziehung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1974
- Freire, Paulo:** Pedagogy of the Oppressed, 3. ed., New York 1997
- Frommlet, Wolfram:** Stimmen des Volkes, in: epd Entwicklungspolitik, 12/13 1995, S. 23-27
- Gedatus, Michael:** Massenmedien, Kommunikationstechnologie und gesellschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt, Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris 1988
- Gebrewold, Kiflemariam:** Neue Zeitungen – alte Politik, in: epd Entwicklungspolitik, 15/16/1998, S. 28-29
- Geerlings, Ben:** ICT can be used to eradicate poverty – interview with Mr. Ventura, in: IICD e-journal, 25.10.1999, unter www.iicd.org/search/show-entry.ap?entryid=3957&part=all am 14.1.2000
- German, Christiano:** Politische (Irr-)Wege in die globale Informationsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/96, S. 16-25

- Glagow**, Manfred: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und seine Durchführungsorganisationen: Zwischen inhaltlicher Steuerung, bürokratischer Reglementierung und punktueller Intervention, in: Glagow, Manfred/Wilfried Gotsch/Andreas Stucke (Hrsg.): Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ): Entstehungszusammenhang, Personalpolitik, Steuerungsfähigkeit, Pfaffenweiler 1989, S. 242-255
- Grossenbacher**, René: Journalismus in Entwicklungsländern. Medien als Träger des sozialen Wandels? Köln/Wien 1988
- Grossman**, Lawrence K.: Der Traum des Nebukadnezar. Demokratie in der Ära des Internet, in: Leggewie, Claus/Christa Maar (Hrsg.): Internet & Politik, Köln 1998, S. 85-96
- GTZ**: Angebot zur Durchführung des Vorhabens Journalisten- und Technikerfortbildung Radio Rwanda, Eschborn 1997 (unveröffentlichtes Manuskript)
- GTZ**: Angebot zur Durchführung des Vorhabens Unterstützung des malischen Rundfunks ORTM, Eschborn 1997 (unveröffentlichtes Manuskript)
- GTZ** (Hrsg.): 25 Jahre GTZ. Eine Chronik zum 25-jährigen Jubiläum, Eschborn 1999, unter www.gtz.de/25/deutsch/GTZ-Chronik.pdf am 10.3.2000
- GTZ** (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Eschborn 1999, unter www.gtz.de/home/deutsch/publikat/jahresberichte.htm am 13.12.1999
- Hamelink**, Cees J.: New Information and Communication Technologies, Social Development and Cultural Change, Discussion Paper No. 86, June 1997, unter www.unrisd.org/engindex/publ/list/dp/dp86/toc.htm am 6.1.2000
- Hamelink**, Cees J.: Human Development, in: UNESCO (Hrsg.): World Communication and Information Report 1999-2000, Paris 1999, unter www.unesco.org/webworld/wcir/en/report.html am 13.2.2000, S. 23-45
- Hamlyn**, Glenine: Zur Struktur des EMW und die Stellung des Referates im EMW, Hamburg 1998 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Hamlyn**, Glenine: Contribution to Media Forum of CAMECO for October, 1999, Hamburg 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Hamlyn**, Glenine: Die eigene Welt ins Bild setzen, in: Eine Welt. Magazin aus Mission und Ökumene, 6/1999, S. 17-19

- Hamlyn**, Glenine: Medienförderung innerhalb der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Hamburg 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- HBS** (Hrsg.): Die Auslandsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 1997
- HBS** (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Berlin 1999
- Heeks**, Richard: Flying software: is the Information Society heading South?, in: id 21 Report, 30.7.1998, unter [nt1.ids.ac.uk/cgi-bin/dbtcgi.exe?RECN=147&\\$TEXTBASE_PATH=d:\InetPub\wwwroot\data\&\\$TEXTBASE_NAME=id21&\\$MAXRECS=5&\\$REPORT_FORM=Full+display&\\$DISPLAY_FORM=Full+display&\\$NOREPORT=0&\\$NODISPLAY=0](http://nt1.ids.ac.uk/cgi-bin/dbtcgi.exe?RECN=147&$TEXTBASE_PATH=d:\InetPub\wwwroot\data\&$TEXTBASE_NAME=id21&$MAXRECS=5&$REPORT_FORM=Full+display&$DISPLAY_FORM=Full+display&$NOREPORT=0&$NODISPLAY=0) am 13.1.2000
- Hegener**, Michiel: Bits of help for developing countries, in: IICD e-journal, 1.3.1997, unter www.iicd.org/search/show-entry.ap?entryid=197 am 14.1.2000
- Heine**, Marie-Agnes: Dritte Welt auf Empfang? Die Medienförderung der Bundesrepublik Deutschland in der Dritten Welt, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1988
- Hendricks**, Bernd: „Heißen willkommen in New York“, in: SZ-Technik Cebit 2000, Beilage der SZ, Nr. 44, 23.2.2000, S. V2/6
- Hoffmann**, Emil: Medienfreiheit? Anspruch und Wirklichkeit, Schotten 1981
- Hoffmann**, Jürgen: Jenseits von Europa, in: SZ-Technik Cebit 2000, Beilage der SZ, Nr. 44, 23.2.2000, Seite V2/15
- Howkins**, John/Robert Valantin: Development and the Information Age, Ottawa 1997
- HSS** (Hrsg.): Jahresbericht 1998, München 1999
- HSS** (Hrsg.): Jahresbericht 1999, München 2000
- Huhn**, Michael: Adveniat, in: CAMECO (Hrsg.): Mediaforum Special Edition, 3/4 1999, 30 Years of CAMECO: Media with the Poor?, S. 64-65
- IJJ** (Hrsg.): Berlin Bear Newsletter 1998, Berlin 1998
- IJJ** (Hrsg.): Berlin Bear Newsletter 1998/99, Berlin 1999
- IJJ**: Programm 1999, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- IJJ**: Programm 2000, Berlin 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- IPS**: Nachgefragt – nachgehakt. Präsident des IPDC-Rates fordert mehr Engagement für Entwicklungsländer, in: UNESCO heute, 2/3/1998, S. 22
- Jarren**, Otfried: Internet – neue Chancen für die politische Kommunikation?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/98; S. 12-21

- Jupiter Communications:** Low PC Penetration, Low Credit Card Usage and Infrastructure Hinder Latin American Internet Markets, Miami 2000, unter www.jup.com/company/pressrelease.jsp?doc=pr000215 am 27.2.2000
- KAS** (Hrsg.): Jordan (Broschüre), Amman o.J.
- KAS** (Hrsg.): Für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1996
- KAS** (Hrsg.): AsianMedia Report, No. 1, July 1998
- KAS** (Hrsg.): AsianMedia Report, No. 2, October 1998
- KAS** (Hrsg.): AsianMedia Report, No. 3, January 1999
- KAS** (Hrsg.): AsianMedia Report, No. 4, April 1999
- KAS** (Hrsg.): Die Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten, o.O. 1999
- KAS** (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Sankt Augustin 1999
- KAS** (Hrsg.): Partner in der einen Welt. Die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1999
- KAS** (Hrsg.): Grundsätze der Finanzierung Politischer Stiftungen, Sankt Augustin 2000
- KAS** (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Sankt Augustin 2000
- KAS/MDB** (Hrsg.): mediascape Türkiye 98, Ankara 1998
- KAS/Universite Dakar** (Hrsg.): La liberalisation de l'espace audiovisuel Senegalais enjeux et perspectives, Dakar 1999
- Kevenhörster**, Paul: Das Schattendasein der Entwicklungspolitik, in: Internationale Politik, 4/1996, S. 19-24
- KfW** (Hrsg.): Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Frankfurt a. M. 1999, unter www.kfw.de/d_kfw/fz/f_fz2.htm am 9.12.1999
- KfW** (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Frankfurt a. M. 1999, unter www.kfw.de/d_kfw/kfw/f_kfw4.htm am 8.12.1999
- KfW** (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Frankfurt a. M. 2000, unter www.kfw.de/d_kfw/kfw/f_kfw4.htm am 9.3.2000
- KfW:** Finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Frankfurt a.M. 2000 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Kleger**, Heinz: Direkte und transnationale Demokratie. Die neuen Medien verändern die repräsentative Demokratie, in: Leggewie, Claus/Christa Maar (Hrsg.): Internet & Politik, Köln 1998, S. 97-110

- Kleinsteuber**, Hans J.: Nationale und internationale Mediensysteme, in: Merten, Klaus/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994, S. 544-569
- Kleinsteuber**, Hans J./Barbara Thomaß: Konkurrenz versus Konzentration. Unternehmensverflechtungen im globalen Medienmarkt, in: Meckel, Miriam/Markus Kriener (Hrsg.): Internationale Kommunikation, Opladen 1996, S. 125-144
- Krämer**, Frank/Gunter Lehrke: Medienförderung in Entwicklungsländern – Der Beitrag deutscher politischer Stiftungen, in: Meckel, Miriam/Markus Kriener (Hrsg.): Internationale Kommunikation, Opladen 1996, S. 105-124
- Kunczik**, Michael: Massenkommunikation, Köln/Wien 1977
- Kunczik**, Michael: „Development Journalism“ – ein neuer Journalistentypus?, in: Publizistik, 31. Jg., 3/4/1986, S. 262-277
- Kunczik**, Michael: Media giants, Bonn 1997
- Kunczik**, Michael (Hrsg.): Ethics in journalism, Bonn 1999
- Kunczik**, Michael/Astrid Zipfel: „In zehn, fünfzehn Jahren eine Goldgrube“, in: epd Entwicklungspolitik, 15/16/1998, S. 25-27
- Kürschner-Pelkmann**, Frank: Vielfalt: Katholische Medienarbeit in der Dritten Welt, in: epd Entwicklungspolitik, 10/1997, S. 39- 42
- Kürschner-Pelkmann**, Frank: Deutlicher Rückgang der Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst, in: epd Entwicklungspolitik, 21/1999, S. 14
- Lange**, Gerald: Neue Medien – Eine Chance für Entwicklungsländer? – Die Globale Informationsgesellschaft, in: Entwicklung & ländlicher Raum, 31. Jg., 2/1997, S. 3-6
- Lazarsfeld**, Paul F.: The Prognosis for International Communications Research, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 16, 4/1952/53, S. 481-490
- Lerner**, Daniel: The Passing of Traditional Society. Modernizing The Middle East. New York 1964
- Lerner**, Daniel/Wilbur Schramm (Hrsg.): Communication and Change in the Developing Countries. Honolulu 1969
- Lob**, Harald/Matthias Oel: Europa und die Informationsgesellschaft: wirtschaftspolitische Herausforderungen und regionalpolitische Chancen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/98; S. 30-38

- Lorenzen**, Uwe: Entwicklungspolitische Zielvorstellungen und technische Kommunikation, in: Turner, George/Gerhardt Zeidler (Hrsg.): Dritte Welt und Kommunikation, Stuttgart 1983, S. 37-49
- Lowenthal**, Leo: Introduction, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 16, 4/1952/53, S. v-x
- Luyken**, Georg-Michael: 25 Jahre „Communication and Development“ – Forschung in den U.S.A.: Wissenschaft oder Ideologie?, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg., 1/1980, S. 110-122
- Maletzke**, Gerhard: Die zukünftige Bedeutung der Massenmedien für die Dritte Welt, in: Magnus, Uwe (Hrsg.): Massenmedien in der Prognose. Konzepte und Modelle für die Zukunft, Berlin 1974, S. 173-188
- Mattelart**, Armand: Against global inevitability, in: Current Issue, 2/99, unter www.wacc.org.uk/media/mattelart.htm am 11.1.2000
- Merten**, Klaus: Wirkungen von Kommunikation, in: Merten, Klaus/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994, S. 291-328
- Mesghena**, Mekonnen: Wunschsender, in: epd-Entwicklungspolitik, 12/13/1995, S. 19-22
- Metze-Mangold**, Verena: Die alternativen Nachrichtenagenturen: Nachrichtenpool der blockfreien Staaten und Inter Press Service, in: Steinweg, Reiner (Hrsg.): Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die Neue Internationale Informationsordnung, Frankfurt a. M. 1984, S. 202-228
- Misereor** (Hrsg.): Jahresbericht 1998, Aachen 1999
- Misereor**: Bewilligungen, Aachen 2000 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Mutume**, Gumisai: Technology – Africa: Lagging Behind In Telecommunication, in: World News, 2.7.1999, unter www.oneworld.org/ips2/july99/10_31_024.html am 20.1.2000
- N.N.**: Second Round Table on Communication for Development, 20th General Assembly & Scientific Conference of the International Association for Mass Communication Research (IAMCR), Sydney 1996, unter [www.kubrusel.ac.be/psw/pcr/newsletter5\(1\)1997/secondro.html](http://www.kubrusel.ac.be/psw/pcr/newsletter5(1)1997/secondro.html) am 15.2.2000
- N.N.**: „Das Internet boomt weiter“, in: Tomorrow, 1/2000, S. 13
- Neuhaus**, Gabriela: Globale Datenautobahn – ein Segen für alle?, in: Eine Welt, 1/1999, S. 4-6

- Neyer**, Jürgen: Die Dritte Welt am Netz, in: Internationale Politik, 51. Jg., 6/1996, S. 28-34
- Nohlen**, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, 10. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1998
- Nuscheler**, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 3. Aufl., Bonn 1991
- Nuscheler**, Franz: Das Nord-Süd-Problem, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Grundwissen Politik, 2. Aufl., Bonn 1993, S. 335-422
- Nuscheler**, Franz: Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe im 21. Jahrhundert, in: epd Entwicklungspolitik, 1/2000, S. 40-45
- Oepen**, Manfred: Deutsche Medienförderung im Abseits, in: epd Entwicklungspolitik, 12/13/1995, S. j-q
- Oepen**, Manfred: Media Support and Development Communication. The Situation in Germany, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 78-85
- Offenhäuser**, Dieter: IPDC beschließt Reformen, in: UNESCO heute, I/II/1997, S. 9-11
- Offenhäuser**, Dieter: „Medienpolitik in der globalen Informationsgesellschaft“, in: UNESCO heute, 1/1998, S. 67-70
- Panos Briefing**: The Internet and the South: Superhighway or Dirt-Track?, Panos Media Briefing No. 16, October 1995
- Price**, Gareth: Die zweiten 50 Jahre, in: UNESCO Kurier, 2/1997, S. 16-21
- Priess**, Frank: Cooperando con el sector de los medios. El trabajo de la Fundacion Konrad Adenauer en America Latina – Un proceso de aprendizaje, Buenos Aires 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Riehn**, Wolfgang: Gesellschaftspolitisches Beraterprogramm suedliches Afrika. Teilprojekt: „Beratungs- und Ausbildungsmassnahmen fuer Medieninstitutionen im Suedlichen Afrika“. Jahresbericht 1999, Harare 1999 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Rifai**, Ziad: Status of media training in Jordan, in: Hawatmeh, George (Hrsg.): The Role of the Media in a Democracy. The Case of Jordan, Amman 1995, S. 85-93
- Röben**, Bärbel: Deutsche Medienförderung vor einer Wende?, in: epd Entwicklungspolitik, 15/16/1998, S. 37-39
- Rogers**, Everett M./F. Floyd Shoemaker: Communication of Innovations. A Cross-Cultural Approach. 2nd ed., New York/London 1971
- Rogers**, Everett M.: Communication and Development. The Passing of the Dominant Paradigm, in: Rogers, Everett M. (Hrsg.): Communication and Development. Critical Perspectives, Beverly Hills/London 1976, S. 121-148

- Rogers**, Everett M.: New Perspectives on Communication and Development. Overview, in: Rogers, Everett M. (Hrsg.): Communication and Development. Critical Perspectives, Beverly Hills/London 1976, S. 7-14
- Rogers**, Everett M.: The Passing of the Dominant Paradigm – Reflections on Diffusion Research, in: Schramm, Wilbur/Daniel Lerner (Hrsg.): Communication and Change. The Last Ten Years – and the Next, Honolulu 1976, S. 49-52
- Rogers**, Everett M.: Diffusion of Innovations, 3rd ed., New York/London 1983
- Rogers**, Everett: Kommunikationstechnik als Entwicklungsfaktor, in: Turner, George/Gerhardt Zeidler (Hrsg.): Dritte Welt und Kommunikation, Stuttgart 1983, S. 67-76
- Ruhrmann**, Georg: Ereignis, Nachricht und Rezipient, in: Merten, Klaus/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994, S. 237-256
- Rullmann**, Anja: Modernisierung und Dependenz. Paradigmen internationaler Kommunikationsforschung, in: Meckel, Miriam/Markus Kriener (Hrsg.): Internationale Kommunikation, Opladen 1996, S. 19-47
- Scharlowski**, Boris: Interaktiv und an der Basis, in: epd Entwicklungspolitik 12/13/1995, S. 28-31
- Schiller**, Herbert I.: Die Kommerzialisierung von Information, in: Leggewie, Claus/Christa Maar (Hrsg.): Internet & Politik, Köln 1998, S. 134-141
- Schmidt**, Siegfried J./Siegfried Weischenberg: Mediengattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen, in: Merten, Klaus/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994, S. 212-236
- Schneeberger**, Jane-Lise: Satelliten gegen Heuschrecken, in: Eine Welt, 1/1999, S. 8-9
- Schramm**, Wilbur: Mass Media and National Development. Stanford/Paris 1964
- Schramm**, Wilbur: End of an Old Paradigm?, in: Schramm, Wilbur/Daniel Lerner (Hrsg.): Communication and Change. The Last Ten Years – and the Next, Honolulu 1976, S. 45-48
- Schulz**, Winfried: Kommunikationsprozeß, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Winfried Schulz/Jürgen Wilke: Fischer Lexikon Publizistik. Massenkommunikation, Frankfurt a. M. 1994, S. 140-171

- Servaes**, Jan: Development Communication Approaches in an International Perspective, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 24-39
- Siepmann**, Ralf: Developing Media in the Third World. Project Examples, Bonn (FES) 1990
- Smith**, Bruce L.: „Communications Research on Non-Industrial Countries“, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 16, 4/1952/53, S. 527-538
- Smith**, Bruce Lannes: Trends in Research on International Communication and Opinion, 1945-55, in: Public Opinion Quarterly, 1/1956, S. 182-195
- Sülzer**, Rolf: Medienstrategien und Entwicklungspolitik, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg, 1/1980, S. 56-69
- Tan**, Abby/Thomas Bernd Stehling (Hrsg.): The ASEAN Media Directory, Manila (KAS) 1998
- Tetzlaff**, Rainer: Die Dekolonisation und das neue Staatensystem, in: Kaiser, Karl/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die neue Weltpolitik, Bonn 1995, S. 34-55
- Thiel**, Reinold E.: Ein marginaler Politikbereich?, in: E+Z, 10/1998, S. 252-253
- Thomas**, Pradip: On the Notion of Participation, in: Oepen, Manfred (Hrsg.): Media Support and Development Communication in a World of Change, Bad Honnef 1995, S. 165-167
- Traoré**, Vincent: Afrika auf dem Sprung, in: Eine Welt, 1/1999, S. 10
- Uimonen**, Paula: Internet as a Tool for Social Development, Stockholm 1997, unter www.unrisd.org/infotech/publicat/inet97.htm am 11.1.2000
- UNDP**: Report of the Roundtable on Communication for the Promotion of Peace, Development, Democracy and Respect for Human Rights and Fundamental Freedoms in the Global Village, New York 1997, unter www.undp.org/info21/text/bg/harriman.htm am 11.1.2000
- UNDP**: Human Development Report 1999, New York 1999, unter www.undp.org/hdro/report.html am 20.1.2000
- UNESCO**: Resolution der 20. Generalkonferenz der UNESCO am 28. November 1978 in Paris, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg., 1/1980, S. 106-109
- UNESCO**: Information and Communication Technologies in Development: A UNESCO Perspective, Paris 1996, unter www.itu.int/acc/rtc/unesco.htm am 21.12.1999

- UNESCO** (Hrsg.): World Communication and Information Report 1999-2000, Paris 1999, unter www.UNESCO.org/webworld/wcir/en/report.html am 13.2.2000
- Vandenbulcke**, Humberto: Radios Populares in Latin America: Concepts for the Future, in: CAMECO (Hrsg.): Mediaforum Special Edition, 3/4 1999, 30 Years of CAMECO: Media with the Poor?, S. 17-22
- Venturelli**, Shalini: Information society and multilateral agreements: obstacles for developing countries, in: Current Issue, 2/99, unter www.wacc.org.uk/media/venturelli.htm am 11.1.2000
- Vogt**, Achim: Medienprojekt Westliches Afrika. Kurzinformationen zu wichtigen Teilbereichen, o.O. 1998 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Vonk**, Tjalling: Statistics: Costs and benefits of Internet in Africa, in: IICD e-journal, 24.11.1998, unter www.iicd.org/search/show-entry.ap?entryid=3150&part=all am 14.1.2000
- WACC** (Hrsg.): Erklärungen über Kommunikation, London 1997
- WACC** (Hrsg.): WACC 2000. Projects, London 2000
- Weirich**, Dieter: Die Globalisierung bekommt humane Züge, in: Das Parlament, 48. Jg., Nr. 40, 25. September 1998, S. 12
- Werth**, Christoph H.: Die Herausforderungen des Staates in der Informationsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/98; S. 22-29
- Winckler**, Klaus: Medienförderung in der Dritten Welt, in: Rundfunk und Fernsehen, 28. Jg, 1/1980, S. 70-91
- Witte**, Barthold C.: Deutsche Medienpolitik für die Dritte Welt – Grundsätze und Thesen, in: Turner, George/Gerhardt Zeidler (Hrsg.): Dritte Welt und Kommunikation, Stuttgart 1983, S. 31-35
- Woyke**, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 5. Aufl., Bonn 1994
- Zgodzinski**, David: Third-World Internet, in: Internet World, 12/1996, unter: www.internetworld.com/print/monthly/1996/12/thirdworld.shtml am 14.1.2000

(Ausdrucke der Internet-Texte, Pressemitteilungen und der e-mail-Korrespondenz befinden sich im Privatarchiv von Christoph Teves)

Internet-Adressen

- Adveniat: www.adveniat.de
- AG KED: www.ekd.de/agked
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: www.bmz.de
- Bundesregierung: www.bundesregierung.de
- Bundesstiftung Rosa Luxemburg: www.bundesstiftung-rosa-luxemburg.de
- Carl Duisberg Gesellschaft e.V.: www.cdg.de
- Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit: www.gtz.de
- Deutsche Stiftung für Entwicklung: www.dse.de
- DWFZ Fernsehen: www.dwelle.de/ttc
- DWFZ Hörfunk: www.dwelle.de/rtc
- Friedrich-Ebert-Stiftung: www.fes.de
- Friedrich-Naumann-Stiftung: www.fnst.de
- Hanns-Seidel-Stiftung: www.hanns-seidel-stiftung.de
- Heinrich-Böll-Stiftung: www.boell.de
- Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de
- Kreditanstalt für Wiederaufbau: www.kfw.de
- Misereor: www.misereor.de
- UNDP: www.undp.org
- UNESCO: www.unesco.org
- WACC: www.oneworld.org/wacc
- Weltbank: www.worldbank.org

(Stand: 15. Mai 2000)